1 Y 12892 F
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

Solidaritätsbewegungen

Zwischen Hoffnung und Resignation

Heft 3 -September 1994 DM 16,-

WESTDEUTSCHER
VERLAG

INHALT

Editorial 2

Ralf Kreibich
Nachruf auf Robert Jungk 13

Reinhart Kößler
Lauter Bäume oder großer Wald?
Entwicklungstheorie zwischen partikularer Diagnose und globalen Problemen 17

Rolf Bräuer
Zwischen Provinzialität und Globalismus
Die westdeutsche Dritte-Welt-Bewegung in den 80er und 90er Jahren 32

Malte Letz
Im Osten nichts Neues?
Ostdeutsche Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende 49

Michael Bommes/ Michael Heuer
„Dritte-Welt-Bewegung" – Was für eine Bewegung?! 63

Michael Windfuhr
Die Menschenrechtsfrage als 'Blinder Fleck' der Dritte-Welt-Bewegung 76

Ingrid Spiller
Die feministische Diskussion zur Bevölkerungspolitik 90

Michael Bommes/ Albert Scherr
Migration und Dritte-Welt-Bewegung 99

Pulsschlag
Tagungshinweis, Kurzkommentar, Kurzbericht, Termine 111

Treibgut
Material, Infos 119

Bewegungsliteratur:
Rezensionen 122

Annotationen 128

Aktuelle Bibliographie 129

Abstracts 134

EDITORIAL

In den üblichen Aufzählungen einzelner sozialer Bewegungen, die dem Containerbegriff der Neuen Sozialen Bewegungen zugerechnet werden, findet sich zumeist auch die Dritte-Welt-Bewegung. Schon der Begriff „Dritte-Welt-Bewegung" ist indes nicht unumstritten. Mit ihm konkurrieren in der Literatur die Bezeichnungen Internationalismus- und Solidaritätsbewegung, was auf einen nicht geringen Interpretationsspielraum hinweist.[1] *Wie die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung oder auch die Frauenbewegung konnte die Dritte-Welt-Bewegung in der Hochphase der neuen sozialen Bewegungen öffentliche Aufmerksamkeit erzielen und beachtliche politische Mobilisierung bewerkstelligen. Auf den ersten Blick mag es daher verwunderlich scheinen, daß zur Dritte-Welt-Bewegung nur spärliche Analysen und Darstellungen vorliegen. Sie fristet in der Bewegungsforschung ein Schattendasein und erscheint im Ensemble der kollektiven Bewegungsakteure als ein – wenngleich nicht zu übersehendes – Anhängsel. Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, daß die Dritte-Welt-Bewegung in besonderem Maße von der Schubkraft anderer sozialer Bewegungen profitiert (hat). Dies mag dazu beigetragen haben, daß sie sich als eigenständige Bewegung wenig profilieren konnte oder wahrgenommen wird.*

Die Impulse der Studentenbewegung von 1968, die im Zeichen von internationaler Solidarität, Antikolonialismus und Antiimperialismus nationale Befreiungsbewegungen vor allem dann unterstützte, wenn diese das Programm sozialistischer Gesellschaftstransformation auf ihre Fahnen geschrieben hatten, können als der take off *der Dritte-Welt-Bewegung als einer neuen sozialen Bewegung gelten. Der Internationalismusdiskurs der Neuen Linken knüpft an die Erklärungmuster einer neo-marxistischen Analyse von ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung an. Diese wirken noch heute in den Mobilisierungsdiskursen der Dritte-Welt-Bewegung fort. In den Selbstreflexionen der Bewegungsakteure nimmt in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit diesem Erbe an Problemdeutungen und Zielsetzungen einen prominenten Stellenwert ein. Sie ist ein wesentlicher Ausgangspunkt der in den Selbstverständigungsdiskursen der Dritte-Welt-Bewegung getroffenen Diagnose einer Krise der Bewegung in einem eigentümlichen Schwebezustand zwischen Hoffnung und Resignation.*[2] *Deutlich wird die Problematik der genannten Deutungsmuster zum einen aufgrund der ernüchternden politischen Erfahrung des Scheiterns sozialistischer Gesellschaftsveränderung in den Staaten der Dritten Welt und der gewachsenen Skepsis gegenüber den an nationale Unabhängigkeit geknüpften Erwartungen.*[3] *Zum anderen stellt die neuere entwicklungstheoretische Diskussion zunehmend auch die innergesellschaftlichen Faktoren ökonomischer und politischer Entwicklung in Rechnung und löst sich von vereinseitigenden Problembeschreibungen, die Weltmarktzusammenhänge und politische Einflußnahme von außen als externe Faktoren von Unterentwicklung, Abhängigkeit, Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung in den Mittelpunkt stellen.*[4]

Mit der Friedensbewegung teilt die Dritte-Welt-Bewegung den Aufmerksamkeitsfocus für internationale politische Prozesse und das Bemühen, traditionell der Außenpolitik zugeordneten Fragestellungen Problemakzente zu verleihen, welche eine politische Mobilisierung von Betroffenheit im nationalstaatlichen Rahmen ermöglichen.[5] *Doch in noch weitaus stärkerem Maße als die Friedensbewegung, die unmittelbare Betroffenheit über die Artikulation der Angst vor einer militärischen Auseinandersetzung mit verheerenden Folgen*

im eigenen Lande erreichte, ist die Dritte-Welt-Bewegung auf eine moralische Konstruktion von Betroffenheit angewiesen, welcher es an Unmittelbarkeit mangelt.[6] Die Sensibilisierung für globale Problemzusammenhänge und ein darauf bezogenes eigenverantwortliches Handeln bedürfen aufwendiger Begründungen eines öffentlichen Interesses, welches quer steht zu dem eingespielten Muster von an der Optimierung des Eigennutzens orientierter Interessenpolitik und dieser gegenüber strukturell durchsetzungsschwächer ist. Die weltpolitischen Umbrüche der letzten Jahre steigern diese Begründungsprobleme im Mobilisierungsdiskurs der Dritte-Welt-Bewegung zusätzlich. Die Konturen einer Problemanalyse von Ausbeutung, Unterentwicklung und Ungerechtigkeit in den Ländern der „Dritten Welt", die Ursachen, Lösungswege und vor diesem Hintergrund auch Protestadressaten markiert, werden unübersichtlicher.

Auch hier ist ein Vergleich mit der Friedensbewegung hilfreich. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation im Gefolge der osteuropäischen Umbrüche von 1989 haben der Golfkrieg und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu tiefgreifenden Spaltungen (Bellizisten vs. Pazifisten) geführt. Auch die Dritte-Welt-Bewegung muß sich nach dem Zusammenbruch der „Zweiten Welt" neu verorten und steht vor neuen Fragestellungen. Diese betreffen nicht nur die entfachte Diskussion über das Ende der „Dritten Welt". Zu nennen sind etwa die gewachsene Aufmerksamkeit für nationalistische, rassistische oder ethnische Konflikte und der Streit um die Bewertung eines darauf reagierenden Menschenrechtsinterventionismus des Nordens unter UNO-Auftrag (bspw. in Somalia oder Ruanda) oder auch die notwendige Neueinschätzung von Demokratiebewegungen in den Ländern der „Dritten Welt", die dort die politischen Voraussetzungen gesellschaftlicher Entwicklung thematisieren.

Eher stabilisierend wirken angesichts der angesprochenen Unübersichtlichkeit der Problemanalyse hingegen die Anlehnungen der Dritte-Welt-Bewegung an die Themen der Ökologie- und Frauenbewegung, die in den 80er Jahren ausgebaut worden sind: Die Globalität ökologischer Problemzusammenhänge nimmt in ihrem Mobilisierungsdiskurs mittlerweile einen zentralen Stellenwert ein, lassen sich doch hier noch am ehesten bestehende Aufmerksamkeitsmuster abrufen und für die Konstruktion von Betroffenheit in Anschlag bringen. Auch die Sensibilisierung für Fragen des Geschlechterverhältnisses durch die Frauenbewegung kann für globale Thematisierungsstrategien genutzt werden. Die anwachsende Bedeutung und auch innenpolitische Brisanz der Migrationsthematik eröffnet in den letzten Jahren zunehmend die Möglichkeit, auf politische, ökonomische und ökologische Ursachen der globalen Wanderungsbewegung hinzuweisen und politische Antworten der nördlichen Industriegesellschaften zu suchen, die sich von der derzeit dominierenden Festungsmentalität fortbewegen. Einwanderungspolitik und Entwicklungspolitik gewinnen als zusammengehöriges Politikfeld für die Dritte-Welt-Bewegung an Bedeutung. Zu beobachten ist vor diesem Hintergrund insgesamt eine reflexive Wendung der Diskussionen innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung auf Fragen der" Entwicklung des Nordens" und zu den Problemstellungen einer globalen Strategiebildung von „Weltinnenpolitik".

Die hier in groben Zügen skizzierten inhaltlichen Konturen eines auf den Wandel von Problemstellungen und -deutungen bezogenen Diskurses der Dritte-Welt-Bewegung sind geprägt von tiefgreifenden Reorientierungsbe-

mühungen, von denen in einer Phase des thematischen Umbruchs kaum große Mobilisierungskraft ausgehen dürfte. Die Demobilisierung der neuen sozialen Bewegungen insgesamt, auf deren Schubkraft die Dritte-Welt-Bewegung besonders angewiesen zu sein scheint, läßt vermuten, daß sie in noch stärkerem Maße als diese auf Institutionalisierung, Organisationsbildung und Professionalisierung der Arbeitsstrukturen zurückgreifen muß, um dauerhaft globale Problemzusammenhänge öffentlich thematisieren zu können. Inwieweit dann noch von einer „Bewegung" gesprochen werden kann, bleibt klärungsbedürftig (Roth 1993). Die zunehmende Verschränkung der Fragestellungen der Dritte-Welt-Bewegung mit denen der anderen neuen sozialen Bewegungen weist in Richtung auf weitergehende Vernetzung eines institutionalisierten Bewegungssektors, in dem die Dritte-Welt-Bewegung sich arbeitsteilig auf die Thematisierung der globalen Aspekte der für die neuen sozialen Bewegungen zentralen Problemstellungen spezialisiert (Gerhards 1993).[7]

Eine Analyse der Dritte-Welt-Bewegung seitens der Bewegungsforschung muß deren Position innerhalb der neuen sozialen Bewegungen ebenso berücksichtigen wie ihre Stellung im entwicklungspolitischen Feld. Augenfällig ist die Ressourcenzufuhr vor allem seitens der Kirchen (Willems 1993) sowie die Bedeutung von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), eigenen Lobby-Organisationen und Medien. Für das Forschungsjournal bleiben Analysen zu den NRO und den Lobby- und Medienorganisationen der Dritte-Welt-Bewegung leider auch in diesem Themenheft weitgehend ein Desiderat. Wir hoffen diesen Mangel jedoch zukünftig über Einzelanalysen wie auch über ein weiteres Themenheft, in dessen Mittelpunkt die internationalen Vernetzungen von NRO stehen sollen, beheben zu können. Rio (Ökologie) und Wien (Menschenrechte) haben den Stellenwert unterstrichen, den diese internationalen Netzwerke insbesondere für eine sich neu verortende Dritte-Welt-Bewegung gewonnen haben und zukünftig einnehmen werden.[8] *An dieser Stelle sei zu Themenvorschlägen in diesen Bereichen nachdrücklich eingeladen.*

Das vorliegende Themenheft ist auf Anregung und in Zusammenarbeit mit einer externen Redaktionsgruppe entstanden, die sich aus MitarbeiterInnen von NRO und AktivistInnen der Dritte-Welt-Bewegung zusammengesetzt hat. Aufgrund des unzureichenden Wissensstandes über die Dritte-Welt-Bewegung erschien uns ein zunächst auf Insiderwissen setzendes Aquisitionsverfahren sinnvoll. Die Beiträge des vorliegenden Themenheftes beleuchten problematische Thematisierungsstrategien und blinde Flecke der Dritte-Welt-Bewegung sowie Kontroversen des Bewegungsdiskurses zwischen Selbstkritik und „weiter so", verweisen auf bestehende Abstände zwischen der entwicklungstheoretischen Diskussion und den Praxisfeldern der Bewegung und umreißen weiterführende Fragestellungen für die Bewegungsforschung. Neben einem einführenden Beitrag zur entwicklungstheoretischen Diskussion, der allen AutorInnen als Diskussionsgrundlage vorgelegen hat, und einem theoretischen Annäherungsbeitrag zum Verständnis der Dritte-Welt-Bewegung finden sich Skizzen zu ihrer historischen Entwicklung in der alten Bundesrepublik und der DDR sowie Beiträge zu einzelnen Themenfeldern des Bewegungsdiskurses. Nachfolgend skizziert die externe Redaktionsgruppe ihre Diskussion und die einzelnen Beiträge. An dieser Stelle sei den externen MitarbeiterInnen ***Ingrid Spiller*** *(Berlin),* ***Michael Heuer*** *und* ***Michael Bommes*** *(beide Osnabrück) ausdrücklich gedankt, ohne deren Arbeit sich für das vorliegende Heft wertvolle*

Synergieeffekte zwischen Insider- und Beobachterperspektive nicht hätten erzielen lassen. Wir hoffen, daß die vorgelegten Beiträge sowohl für weitergehende Bemühungen der Bewegungsforschung als auch für eine notwendige Diskussion über die Zukunft der Dritte-Welt-Bewegung hilfreich sein können.

Im Anschluß an dieses Editorial findet sich ein Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Robert Jungk, der die Arbeit des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen seit dessen Beginn vor gut sechs Jahren als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates begleitete. Wir möchten in diesem Heft die Gelegenheit nutzen, seinem Leben und Wirken auch innerhalb der neuen sozialen Bewegungen zu gedenken.

Ansgar Klein/Markus Rohde

Vorwort der Redaktionsgruppe

Wirft man einen Blick auf die umfangreichen Publikationen zu den neuen sozialen Bewegungen, dann fällt auf, daß die Dritte-Welt-Bewegung gar nicht oder nur am Rande behandelt wird. 1986 wurde erstmals ein größeres Werk zur Geschichte der Dritte-Welt/ Solidaritätsbewegung aus der Sicht von bewegungsnahen Autoren vorgelegt (vgl. Balsen/Rössel). Ferner liegt eine Reihe von Publikationen und Selbstdarstellungen vor, in denen bestimmte Themen- und Aktionsansätze dargestellt werden (BUKO 1986). Im Wissenschaftskontext lassen sich dagegen nur wenige Texte finden, die sich z.B. mit Fragen der Mobilisierungs- und Kommunikationsformen der Dritte-Welt-Bewegung beschäftigen (vgl. Gerhards 1991; Wesel 1991).

Das Thema Dritte Welt ist heute fester Bestandteil der politischen Diskurse. Allein ein flüchtiger Blick auf die Anzahl von Bildungsveranstaltungen, Kongressen, Forschungseinrichtungen sowie das Spektrum von Zeitungsberichten und politischen Debatten macht deutlich, daß sich in der Bundesrepublik ein Interesse an Fragen der Nord-Süd-Politik verstetigt hat. An der Etablierung bestimmter Deutungsweisen des Nord-Süd-Verhältnisses war und ist auch die Dritte-Welt-Bewegung beteiligt, die, folgt man jedenfalls den wenigen Publikationen zum Thema, auf eine über 30 jährige Bewegungsgeschichte zurückblikken kann. Aufgrund ihrer breiten Themenpalette ist es der Dritte-Welt-Bewegung immer wieder gelungen, an aktuelle gesellschaftliche Diskurse und Themen anderer sozialer Bewegung (Friedensbewegung, Frauen- und Ökologiebewegung etc.) anzuknüpfen. Konnte die Dritte-Welt-Bewegung auf der einen Seite ihr Fortbestehen über diese Themenvariationen sicherstellen, so resultiert daraus andererseits eine Unschärfe in der Bestimmung des Gegenstandes und der Abgrenzung zu anderen Bewegungen. Vermutlich ist die Nichtbehandlung der Dritte-Welt-Bewegung im Kontext der Bewegungsforschung diesem Sachverhalt geschuldet. Erschwerend kommt hinzu, daß Dritte-Welt-Probleme von verschiedenen Akteuren und Institutionen thematisiert werden (Bewegung, Hilfswerke, Forschungseinrichtungen, Parteien). Alle Versuche, sich der Dritte-Welt-Bewegung analytisch zu nähern, stehen vor einem schwierigen Problem: Die Bewegung scheint stets umfangreicher als der Aspekt, der gerade beschrieben werden soll und jeder Beschreibungsversuch sieht sich daher mit dem Einwand konfrontiert, daß die Bewegung mehr als das jeweils Beschriebene umfaßt.

Will man sich angesichts dieser Sachlage gleichwohl der Dritte-Welt-Bewegung als bisher vernachlässigtem Gegenstand annähern, so kann man formale Merkmale wie Kommunikationsweise der Bewegung, Bewe-

gungsteilnehmer, Interaktionsnetzwerke, Publikationsorgane, sympathisierende Organisationen oder ähnliches thematisieren und so versuchen, etwas über die Bewegung in Erfahrung zu bringen. Man kann aber auch die verschiedenen Themen der Bewegung wie Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, mit ethnischen Minderheiten und indigenen Völkern, wie Strukturen der Weltökonomie (multinationale Konzerne, Banken, Verschuldung, Landwirtschaft, Rohstoffe), internationale Politik, Bevölkerungsentwicklung, Menschenrechte, Ökologie oder Frieden als Ausgangspunkt wählen. In der Perspektive dieses Heftes geht es darum zu zeigen, worin bei der Heterogenität der Themen, die zugleich die Herausbildung von sich spezialisierenden Gruppierungen und Initiativen zur Folge hat, die Einheit der Bewegung besteht, was also an der jeweiligen Themenstellung und der Weise ihrer Bearbeitung das Spezifische der Bewegung zur Ansicht bringt. Formale Merkmale einer Bewegung wie auch ihrer Formen der Thematisierung geraten im Verlauf ihrer Geschichte von innen wie von außen in den Blick. Bewegungsteilnehmer selbst beobachten sich und machen Merkmale der Bewegung wie auch ihrer Themenstellungen zum Gegenstand der Kritik. Solche Selbstbeschreibungen im Modus der Kritik sind zugleich – sofern sie nicht dezidierte Austrittserklärungen sind – Fortsetzung der Bewegung im Versuch, deren Ausrichtung zu modifizieren. Beobachtungen von außen sind demgegenüber nicht der Fortsetzung von Bewegungskommunikation verpflichtet und sehen von daher des öfteren Aspekte einer Bewegungspraxis, die Teilnehmern im Vollzug verborgen bleiben.

Für den Kontext dieses Heftes war die Differenz von Fremd- und Selbstbeobachtung ein Auswahlkriterium der Autoren und Autorinnen: Indem exponierte Teilnehmer der Bewegung gebeten wurden, zu bestimmten Aspekten und Themen der Dritte-Welt-Bewegung Stellung zu nehmen, sollte auch die Chance erhöht werden, daß mittels solcher Selbstbeschreibungen der bewegungsspezifische Modus der Kommunikation selbst zugänglich wird. Zugleich sollten Autoren von außen Themenstellungen zum Gegenstand machen, die aktuell sowohl für die Bewegung sowie für ihre Position in politischen Auseinandersetzungen bedeutsam sind.

Angesicht der Vielfalt der Themenstellungen der Dritte-Welt-Bewegung und ihrer verzweigten Geschichte erwies sich eine Eingrenzung des Gegenstandes für den Rahmen dieses Heftes als schwierig. So mußten die zahlreichen Initiativen und Gruppierungen und ihre weitläufigen Arbeitsfelder weitgehend ausgespart werden (ein Überblick über die umfangreichen Aktionsfelder der Dritte-Welt-Bewegung findet sich in Pater 1993). Auch konnten nicht alle Facetten und Bewegungsströmungen Berücksichtigung finden. So haben wir aus Platzgründen auf eigenständige Artikel zur Dritte-Welt-Arbeit der Kirchen und Gewerkschaften verzichten müssen.[9] *Im Mittelpunkt der hier veröffentlichten Artikel stehen insbesondere die Entwicklungen seit 1989/90. In den einschlägigen Bewegungspublikationen wird vielfach eine Orientierungskrise der Bewegung konstatiert, die aus dem Zusammenbruch Osteuropas, den Entwicklungen seit 1989/90 sowie dem „Verlust der großen Utopien/ Theorien" resultiere. Vor diesem Hintergrund haben wir die Autoren gebeten, die Auswirkungen dieser Entwicklung in ihren Beiträgen zu thematisieren. Die Berücksichtigung dieses Aspektes erschien uns aus mehreren Gründen sinnvoll. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde die Dritte-Welt-Bewegung der BRD erweitert um die Dritte-Welt-Bewegung der*

alten DDR respektive der neuen Bundesländer. Zugleich kam aber auch die oft beklagte Mobilisierungsschwäche der Bewegung neu in den Blick angesichts der Gefahr, daß beim Ressourcentransfer und der Aufbauhilfe für den Osten die Dritte Welt in Vergessenheit geraten und sich selbst überlassen werden könnte. Von theoretischer Seite wurde im gleichen Kontext der Bewegung die Verflüchtigung „ihres" Gegenstandes, das „Ende der Dritten Welt" (Menzel) sowie das Festhalten an mythologischen Ausbeutungstheorien (Kohlhammer 1992) vorgehalten. In Bewegungskontexten selbst sowie auf seiten sympathisierender Theoretiker reagiert man auf diese Herausforderungen mit neuen Konzepten wie dem Stichwort „Entwicklungspolitik für den Norden" als Forderung nach Veränderung der ökologischen und ökonomischen Voraussetzungen in den Ländern der Ersten Welt, um so Entwicklung im Süden erst möglich zu machen. Rückhalt erfuhr dieses Konzept durch die UN-Konferenz über „Umwelt und Entwicklung" (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro. In der von den Teilnehmerstaaten verabschiedeten „Agenda 21" werden umweltpolitische und entwicklungspolitische Fragestellungen verknüpft. Zugleich nimmt die Dritte-Welt-Bewegung an aktuellen Auseinandersetzungen um Bevölkerungsentwicklung, Migration und Rassismus in der Perspektive teil, die Stellung der Dritten gegen die Erste Welt im Umgang mit Migration/ Migranten und in der bevölkerungspolitischen Debatte zu verteidigen.

Michael Bommes/Michael Heuer/Ingrid Spiller

Reinhart Kößler behandelt in seinem Artikel „Lauter Bäume oder großer Wald? Entwicklungstheorie zwischen partikularer Diagnose und globalen Problemen" die Aussichten einer politischen Theoriebildung, die zur Kenntnis genommen hat, daß sich die unirritierte Fortschreibung von Entwicklungstheorie ebenso wie das unreflektierte Fortsetzen einer Bewegung vor dem Hintergrund verbietet, daß spätestens mit dem Zusammenbruch des Ostblocks auch die Einheit des Gegenstandes „Dritte-Welt" nicht mehr fraglos gegeben ist. Die globale Dimension der Problemkomplexe Verschuldung, Ökologie und Bevölkerungsentwicklung läßt deren Relevanz für die „Eine Welt" in den Vordergrund treten und macht Abkoppelungsstrategien (Dependenztheorien) ebenso unplausibel wie Konzepte nachholender Entwicklung. Innergesellschaftliche Restriktionen gesellschaftlicher Selbstbestimmung und externe hierarchische Abhängigkeitsverhältnisse erfordern eine Theorie der Moderne, die um den hierarchischen Zusammenhang von regional verschiedenen Entwicklungsverläufen in der Welt weiß und insofern auch nicht vorschnell vom Ende der Dritten Welt ausgeht: Interne Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung und externe hierarchische Einschränkungen gesellschaftlicher Selbstbestimmung sind demnach ebenso zu berücksichtigen wie globale Bedingungen und Erfordernisse der Ko-Evolution unterschiedlicher moderner Gesellschaftsformen (lineare Modernisierungskonzepte schließen diese ebenso aus wie Vorstellungen der Abkoppelung von weltweiten Interdependenzen).

Rolf Bräuer beschreibt in seinem Artikel „Zwischen Provinzialität und Globalismus" die Geschichte der im „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) zusammengeschlossenen Solidaritätsgruppen. Untersucht werden insbesondere die Mobilisierungs- und Demobilisierungsphasen der Bewegung. Im Anschluß daran wird die These von der „Krise der Bewegung" kritisch diskutiert. Die Mobilisierungserfolge der Vergangenheit können, so Bräuer, nicht

als „Normalzustand" bezeichnet werden. Die durch die spezifische Problematik des Gegenstandes „Dritte Welt" bedingte Spezialisierung erschwert vielmehr den Mobilisierungsprozeß der Bewegung. Abschließend formuliert Bräuer einen Anforderungskatalog, dem die zukünftige Arbeit der Dritte-Welt-Bewegung seines Erachtens Rechnung tragen muß. Perspektivisch bedarf es demnach nicht nur einer veränderten thematischen Ausrichtung, sondern auch einer Reform der inneren Strukturen und Arbeitsformen der Dritte-Welt-Bewegung.

Die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten hat auch Auswirkungen auf die Dritte-Welt-Bewegung. Auf der einen Seite rücken die Probleme Osteuropas stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Andererseits wurde das Bewegungsspektrum der BRD um die Gruppen aus der ehemaligen DDR erweitert. **Malte Letz** zeichnet die verschiedenen Entwicklungsphasen der Dritte-Welt-Bewegung von der früheren DDR bis heute nach. Im Mittelpunkte steht dabei die Erfahrung eines durch den Zusammenbruch des DDR- Staats- und Machtapparates bedingten erweiterten Handlungsspielraumes der ostdeutschen Bewegungsakteure. Vor dem Hintergrund der aus diesem Zusammenbruch resultierenden Entwicklungen werden die unterschiedlichen Differenzierungs- und Mobilisierungsprozesse der Bewegung skizziert. Der Autor beschreibt das Spezifikum der ostdeutschen Dritte-Welt-Bewegung anhand der Dynamisierungsprozesse, die sich aus den radikalen Umwälzungen im eigenen Land, der Wende-Illusionen und der mit dem Beitritt der DDR zur BRD einhergehenden Ernüchterung ergeben. Aufbauend auf einer Beschreibung der Motivationsstruktur der verschiedenen Akteure wird die Frage erörtert, worin die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Solidaritätsbewegung in Ost- und Westdeutschland festzumachen sind. Die derzeitige (Sinn- und Orientierungs-) Krise der Bewegung, so das Resümee, wird nur dann zu überwinden sein, wenn es gelingt, die „Süd-Orientierung" zugunsten eines Reformprogramms „Entwicklung für den Norden" aufzubrechen.

Michael Bommes und **Michael Heuer** behandeln die Frage, wie die Dritte-Welt-Bewegung im Kontext der Bewegungsforschung zu interpretieren ist. Ausgangspunkt ist die Frage, wie es die Dritte-Welt-Bewegung vermag, angesichts verbreiteter Krisen-Szenarien auch im Hinblick auf andere neue soziale Bewegungen Kontinuität zu wahren. Sie beschreiben die Dritte-Welt-Bewegung als eine Bewegung, der es durch die Form ihrer Kommunikation vermittels einer generalisierten Gleichheits- und Gerechtigkeitsformel gelingt, verschiedenste Themenstellungen - von der Solidarität mit Befreiungsbewegungen über Frieden bis zur Ökologieproblematik - aufzugreifen und sich selbst als Bewegung dadurch fortzuschreiben. Zudem agiert die Dritte-Welt-Bewegung auf einem politischen Terrain, das ihr durch die Existenz eines politischen Fachressorts, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE), und sich daran anlagernde Nichtregierungsorganisationen einen Adressanteres verschafft, an den sich der Protest gegen die Verfehlung des deklarierten Zieles, „Gleichheit und Gerechtigkeit", halten kann und welcher somit Kontinuitätsbemühungen erleichtert.

Der Dritte-Welt-Bewegung wurde häufig vorgeworfen, ein taktisches Verhältnis zur Menschenrechtsfrage zu haben. **Michael Windfuhr** setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit diesem Vorwurf auseinander und plädiert für eine Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Solidaritätsar-

beit und Menschenrechtsengagement. Der Ost-West-Konflikt hat auch Teile der Bewegung dazu verleitet, Menschenrechtsverletzungen zu übersehen. Dieses Spannungsverhältnis wird anhand der aktuellen Debatten um Souveränität, Einmischung und Konditionalität diskutiert. Thematisiert werden dabei auch die unterschiedlichen Positionen der Akteure (Regierungen, Bewegung, Nichtregierungsorganisationen). Unter dem Stichwort „Internationalisierung und Gegenmacht" werden dann Möglichkeiten einer Universalisierung der Menschenrechtspolitik diskutiert. Der Autor sieht hier eine neue Handlungsperspektive für die Dritte-Welt-Bewegung.

Das weltweite Bevölkerungswachstum gehört zu den umstrittensten Themen in der entwicklungspolitischen Debatte; herausgegriffen wird dieses Thema hier insbesondere als stellvertretend für die Vielzahl frauenpolitisch geprägter Diskurse innerhalb der Themenfelder der Dritte-Welt-Bewegung. In diesem weitgespannten Rahmen wird mit der Bevölkerungspolitik eines der prominentesten Bewegungsthemen von Frauen problematisiert, wie auch ein Blick auf das Programm der im September 1994 stattfindenden Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zeigt. **Ingrid Spiller** untersucht zunächst die Begründungslinien des „herrschenden" Diskurses über Bevölkerungspolitik, an dem sich die feministische Kritik entzündet. Kritisiert wird u.a. die geschlechtsspezifische Komponente der Bevölkerungsprogramme sowie die Wahl der im Rahmen von Bevölkerungskontroll-Maßnahmen angebotenen und angewendeten Verhütungsmittel und -methoden. Innerhalb der internationalen Frauenbewegung sind die diesbezüglichen feministischen Standpunkte jedoch nicht unumstritten: So kritisieren Frauen aus dem Süden die vor allem im Norden formulierte feministische Forderung nach „reproduktiven Rechten" sowie eine utilitaristische Betrachtungsweise des Themas.

Michael Bommes und **Albert Scherr** setzen sich mit der Thematisierung von Migrationsphänomenen in der Dritte-Welt-Bewegung auseinander. Zum Zweck der Betroffenheitserzeugung, so die Analyse der Autoren, wird auch in der Dritte-Welt-Bewegung oftmals auf Argumentationsfiguren zurückgegriffen, welche aus öffentlichen Verlautbarungen der „Burgherren europäischer Festungspolitik" bekannt sind. „Flüchtlingsströme" und drohende „Einwanderungsfluten" prägen auch den Mobilisierungsdiskurs der Dritte-Welt-Bewegung. Die Dramatisierung stattfindender und künftiger Einwanderung verbindet sich mit einer kulturalistischen Problemanalyse, Rassismustheorien sowie mit einer quasireligiösen Aufrüttelungsrhetorik. Die Autoren zeigen auf, daß eine moralisierende Betroffenheitserzeugung gerade in diesem Problemfeld der Gefahr unterliegt, mit analytischen Verkürzungen einherzugehen, die eine angemessen sachliche Thematisierung von Migration ebenso behindern wie die Entwicklung politischer Strategien zur Regelung der globalen Flüchtlingsproblematik.

Anmerkungen

[1] Letztlich gilt es, eine Begrifflichkeit zu finden, welche eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure vereint: Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees, kirchliche Gruppierungen, regionale Initiativen und nationale Dachverbände (BUKO), Lobbyvereinigungen und karitative Entwicklungshilfe-Einrichtungen, Dritte-Welt-Handel und international operierende NRO bilden eine Gemengelage unterschiedlicher Interessen, Aktions- und Organisationsformen, auf die sich externe Beobachter ebenso beziehen wie bewegungsrelevante Selbstverortungen. Während die Begriffe Dritte-Welt-Bewegung und Internationalismusbewegung noch Anschlüsse aufweisen an

die politischen Diskurse der Studentenbewegung, hebt die Bezeichnung Solidaritätsbewegung stärker deren moralischen Charakter hervor. Unter Solidaritätsbewegung firmiert nach Kriesi „die vielgestaltige Bewegung, die Solidarität mit der Dritten Welt übt. Sie umfaßt Teilbewegungen für Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, für politische Häftlinge, für Asylbewerber, für Menschenrechte und gegen den Rassismus" (Kriesi 1992). Im Kontext dieser Begriffsdiskussion ist zu berücksichtigen, daß – nicht erst seit Menzels These vom „Ende der Dritten Welt" (Menzel 1992), hier aber sehr prominent – das Konzept der „Dritten Welt" als solches in Frage gestellt wird. Je strittiger der „Dritte-Welt"-Begriff ist, umso fragwürdiger erscheint auch die Bezeichnung „Dritte-Welt-Bewegung". Das *Label* Solidaritätsbewegung indessen scheint den Vorteil zu gewähren, sowohl den globalen Bezugsrahmen bei ausdifferenzierten Themenbereichen, als auch den starken moralischen Charakter der Bewegung zu berücksichtigen. Wir haben uns im Titel dieses Themenheftes dennoch für den Begriff der Dritte-Welt-Bewegung entschieden, da die im Heft vertretenen Autoren diesen übereinstimmend benutzen.

[2] Zu bemerken ist in diesen internen (Selbst-)Verständigungsdiskursen der Dritte-Welt-Bewegung der Mangel an Bezugnahme auf die entwicklungstheoretische Diskussion. Eine solche Bezugnahme auf entwicklungstheoretische oder -soziologische Debatten wird freilich durch den Umstand erschwert, daß diese seit dem Scheitern der großen entwicklungstheoretischen Konzeptionen (Modernisierungs- und Dependenztheorie) weniger Gewißheiten denn neue Fragen und Unsicherheiten produzieren. Gleichwohl scheint es dem Gap zwischen den Bewegungsakteuren und der akademischen Theorienbildung geschuldet, daß sich auch noch aktuelle Deutungsmuster der Dritte-Welt-Bewegung auf die eingangs genannten linken Selbstgewißheiten beziehen, die in ihrer Vereinseitigung angesichts der weltpolitischen Entwicklungen zunehmend fragwürdig werden.

[3] Zweifel an der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit nähren auch nationalistische Entwicklungen in der ehemals „Zweiten Welt", den Staaten der vormaligen UdSSR, sowie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

[4] Der einführende Beitrag von Kößler in diesem Heft zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion gibt erste Hinweise dafür, daß an die Stelle einer die Diskussion bisher bestimmenden Konkurrenz von Modernisierungs- und Dependenztheorien eine Verbindung beider Perspektiven im Rahmen einer übergreifenden Gesellschaftstheorie der Moderne treten müsse. Modernisierungstheorien verweisen auf die Priorität interner Bedingungen (sozial, kulturell, psychologisch), Dependenztheorien auf die externen Restriktionen durch Weltmarktzusammenhänge. Die Dependenztheorie und ihre Betonung der externen Weltmarktrestriktionen gesellschaftlicher Entwicklung dominierte auch die theoretische Deutung seitens der Dritte-Welt-Bewegung. Doch die ausschließliche Verknüpfung von Abhängigkeit (extern) und Unterentwicklung ist nicht mehr plausibel. Die Gegenüberstellung dieser Theorien muß als falsche Vereinseitigung von Problemstellungen und -deutungen einer die Aspekte verschränkenden Sicht weichen. Großtheorien scheinen keine überzeugenden Antworten mehr zur Verfügung zu stellen und müssen durch Theorien mittlerer Reichweite ersetzt werden, die unter Bedingungen globaler Interdependenz und hierarchischer Beziehungsmuster den Verlauf einzelner nationalstaatlicher Entwicklungswege und -chancen analysieren und sich dabei auch von Konzepten nachholender Entwicklung lösen.

[5] Die traditionelle Unterscheidung in Innen- und Außenpolitik sieht sich angesichts der Globalität allgemeiner Problemstellungen ohnehin auf dem Prüfstand. Die aktuelle Diskussion über die Krise nationalstaatlicher Demokratie verweist auf die Überforderung territorial gegliederter Nationalstaa-

ten bei der anstehenden Lösung globaler Probleme, ohne daß die erforderlichen Institutionen und Instrumente zu dieser Problemlösung momentan in ausreichendem Maße in Sicht sind. In diesem Kontext sind auch der Stellenwert der UNO-Debatte oder die Diskussion um eine erforderliche „Weltinnenpolitik" zu begreifen. International erfolgt bislang nicht etwa die Problemlösung, sondern die Rückverweisung der Verantwortung für die „ersten Schritte" in nationalstaatliche Zusammenhänge nach Art eines internationalen „Problemverschiebebahnhofs". Die Thematisierung nationalstaatlicher Unverantwortlichkeiten und der Mechanismen, die zu einer Implementierungsschwäche inter- und supranationaler Problemlösung führen, könnte als künftiges Handlungsfeld der Dritte-Welt-Bewegung an Bedeutung gewinnen. Zu diesem Zusammenhang vgl. auch die Beiträge zum Themenheft der Prokla „Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods" (Prokla 1994).

[6] In diesem Zusammenhang findet sich in Mobilisierungsdiskursen der Dritte-Welt-Bewegung das kurzschlüssige Argument gleichartiger Betroffenheit in der „Ersten" und der „Dritten Welt". Nicht die Gleichartigkeit der Betroffenheit, sondern die Globalität der Problemzusammenhänge bei durchaus unterschiedlichen Graden an Betroffenheit wäre demgegenüber hervorzuheben. Eine solche Sicht vermeidet den kurzschlüssigen Bezug auf gemeinsame Interessen und kann den kognitiven wie moralischen Aufwand näher ins Auge fassen, der erforderlich ist, um bei positionellen Unterschieden von Betroffenheit (und bei Interessengegensätzen!) solidarisches Handeln zu begründen und einzufordern. Der Konflikt zwischen moralischen Gründen und Interessendefinitionen ist in den Themenfeldern der Dritte-Welt-Bewegung ebenso offensichtlich wie die Probleme, die sich daraus für Mobilisierungsbemühungen ergeben. Es dürfte kein Zufall sein, daß die Bundesregierung ihre entwicklungspolitischen Maßnahmen letztlich unter Hinweis auf den damit für die eigene Wirtschaft verbundenen Nutzen rechtfertigt und entsprechende Entscheidungen – wie als ein jüngeres Beispiel von vielen die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern für China an den Siemens-Konzern zeigt – ohne große Probleme treffen kann.

[7] Vor diesem Hintergrund scheint eine ausschließliche Bezugnahme auf Protestmobilisierung in Abgrenzung zu professionalisierten Koordinationsbemühungen und intermediären Organisationsformen nicht mehr plausibel. Institutionalisierung ist nicht das Ende der Neuen Sozialen Bewegungen, sondern Bedingung für die Möglichkeit ihrer Verstetigung (Eder 1994). Umfassende Mobilisierungserfolge dürften Ausnahmen bleiben; eine kontinuierliche Bearbeitung des Problemfeldes erfordert höhere Organisationsgrade und dichtere Institutionalisierungsprozesse. Die Thematisierung von „public interests" bleibt zur Gewährleistung von Durchsetzungsmacht jedoch auch weiterhin an Mobilisierungsmöglichkeiten gebunden. Spannungen innerhalb einer derart ausdifferenzierten Dritte-Welt-Bewegung zwischen jenen, die Anforderungen organisatorischer Verstetigung thematisieren, und den auf Mobilisierungsaspekte konzentrierten „Bewegungsbewegten" (Bommes/ Heuer in diesem Heft) tauchen dabei nahezu zwangsläufig auf. Empirische Bestandsaufnahmen und Überblicke über die Dritte-Welt-Bewegung mögen in ersten Anläufen durch Vorwegdefinition ihres Gegenstandsbereichs und unter Beschränkung auf die durch Abgrenzung gewonnenen Teilbereiche der Dritte-Welt-Bewegung erste Annäherungen ermöglichen. Sie können jedoch eine Gesamtanalyse des spannungsreichen Miteinanders von Organisationen und Institutionen einerseits und Mobilisierung andererseits nicht ersetzen, das die Dritte-Welt-Bewegung in besonderem Maße zu prägen scheint. Feste Grenzziehungen zwischen intermediären Organisationen und „Bewegungsbewegten", die Konzentration auf das im BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) organisierte Spektrum oder eine Unterscheidung nach Aktionsformen – etwa Diskussionsorientierung vs. Militanz (wie sie sich auch in Beiträgen dieses Heftes finden) – erfassen zunächst nur Teilbereiche, nicht aber den Gesamtzusammenhang der Dritte-Welt-Bewegung. Die behelfsweise Rhetorik von „Überlappungen" der voneinander geschiedenen Bereiche signalisiert hier weiteren Diskussionsbedarf.

[8] Die NRO haben nicht nur zu einer Sensibilisierung für Probleme in Bezug auf Menschenrechte, Ökologie u.a. beigetragen, sondern auch die Forderungskataloge und Entschlüsse internationaler Gremien und Konferenzen beeinflußt. Hierzu sind ausgebaute Netzwerk-Infrastrukturen erforderlich. Diese können insbesondere auch genutzt werden, um die eklatanten Implementierungsmängel international getroffener Vereinbarungen im nationalstaatlichen Rahmen zu problematisieren und ihre Umsetzung einzufordern. Nur so lassen sich die angesprochenen internationalen „Problemverschiebungen" wirksam begrenzen, bei denen jeder Staat seine Verantwortung zur Lösung globaler Problemstellungen von den „ersten Schritten" jeweils anderer Staaten abhängig macht. Dazu auch Bruckmeier 1994.

[9] Zur Arbeit dieser Bewegungssegmente siehe Bahlsen/Rössel (1986) sowie das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 3-4/93, darin insbesondere den Artikel von Willems.

Literatur

Balsen, Werner/ Rössel, Karl 1986: Hoch die internationale Solidarität: Zur Geschichte der Dritte Welt Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt.
Bruckmeier, Karl: Nichtstaatliche Umweltorganisationen und die Diskussion über eine neue Weltordnung. In: Prokla 1994, S. 227-241.
Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, BUKO, (Hrsg.) 1986: Aktionshandbuch Dritte Welt. Wuppertal: Peter Hammer-Verlag (7. überarbeitete Auflage).
Eder, Klaus 1994: Die Institutionalisierung kollektiven Handelns. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 7, Nr. 2, S. 40-52.
Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1993: Die herausgeforderten Kirchen. Religiosität in Bewegung; Jg. 6, Nr. 3-4.
Gerhards, Jürgen 1991: Die Mobilisierung gegen die IWF- und Weltbanktagung 1988 in Berlin. Gruppen, Veranstaltungen, Diskurse. In: *Roth, Roland/ Rucht, Dieter* (Hrsg.) 1991: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Reihe: Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 252. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
Gerhards, Jürgen 1993: Neue Konfliktlinien in der Mobilisation öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
Kriesi, Hanspeter 1992: Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 5, Nr. 4, Anm. 7, S. 92.
Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt: Suhrkamp.
Pater, Siegrid 1993: Aktionshandbuch Süd-Nord. Göttingen: Lamuv-Verlag.
Prokla 1994: Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods. Jg. 24, Nr. 2
Roth, Roland 1993: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund-Verlag.
Wesel, Reinhard 1991: Entwicklungspolitische Rhetorik: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich „Dritte Welt" und ihre 'symbolische Politisierung' zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten. In: *Opp de Hipt, Manfred/ Latniak, Erich* (Hrsg.): Sprache statt Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 66-90.
Willems, Ulrich 1993: Evangelische Kirche und Solidaritätsbewegung. Aktionsformen und Konfliktlinien „advokatorischer Politik" am Beispiel des Pharmahandels. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen; Die herausgeforderten Kirchen. Religiosität in Bewegung; Jg. 6, Nr. 3-4, S. 99-109.

Prof. Dr. Rolf Kreibich

Zukunftsforscher, Visionär, Kommunikator

Zum Tode von Robert Jungk

John McHale, amerikanischer Zukunftsforscher und Weggefährte von Robert Jungk, hat in seinem Buch „Die Zukunft der Zukunft" festgestellt, daß es maßgeblich Robert Jungk und Bertrand de Jouvenel zu verdanken ist, daß Europa – wenn nicht sogar die ganze Welt – für die Notwendigkeit einer systematischen Zukunftsforschung sensibilisiert worden ist. In diesem Zusammenhang verwies er auf das schon 1952 erschienene Buch „Die Zukunft hat schon begonnen". Robert Jungk habe hier „mit seiner Klarsichtigkeit viele der zunehmenden Gefahren dank wachsender Überwachung und Erforschung der physischen und sozialen Wirkungen von Technologien vorhergesagt, deren langfristige Folgen wir bis dahin nur wenig Beachtung geschenkt hatten."

Die großartigen Leistungen Robert Jungks als Zukunftsforscher, Visionär, Kommunikator und Agitator sind eng verknüpft mit seiner Lebensgeschichte. Als Jude 1913 in Berlin geboren und schon als Jugendlicher aufmerksam Unrecht Registrierender, durchschaut Robert Jungk frühzeitig die braune Gefahr und das verbrecherische System. Seine humane Gesinnung führte ihn fast zwangsläufig in den Widerstand gegen das Nazi-Regime. Am Anfang, nach dem Reichstagsbrand, riß er noch unorganisiert Nazi-Plakate ab und kam 1933 in Haft. Er hatte Glück, kam bald wieder frei und emigrierte nach Paris. Dort begann er seine journalistische Arbeit, die primär auf den Kampf gegen die Nazi-Herrschaft konzentriert war. Es war wiederum fast zwangsläufig, daß er sich dem sozialistischen Widerstand anschloß, der den Kampf nicht nur als humane Verpflichtung, sondern auch als gesellschaftliche Auseinandersetzung begriff und als einziger ein Gesellschaftskonzept für den Tag danach hatte. Hier war sein Platz im unorthodoxen Spektrum und so schloß er sich der illegal arbeitenden Gruppe „Neu Beginnen" an. Seine illegalen Tätigkeiten in Deutschland wurden so gefährlich, daß er 1939 in die Schweiz emigrieren mußte. Von hier aus setzte er seinen Kampf gegen die Nazis fort und mußte wie manche andere Emigranten erleben, daß den Schweizern das Hemd näher als der Rock war. Unter dem Pseudonym F.L. arbeitete er unter anderem für die „Weltwoche" und agitierte unter Inkaufnahme größter Strapazen gegen die Verbrechen in Deutschland. Nur mühsam konnte er sich in der Schweiz über Wasser halten. Im Jahre 1943 wurde er sogar interniert.

Als Korrespondent des „Observer" (London) arbeitete Robert Jungk ab 1944 auch eng mit der US-Botschaft zusammen, was ihm noch

während des Krieges gute Kontakte zur amerikanischen Administration und den vielen Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verschaffte, die ihm später so wichtige Informationen für seine großen Reportagen aus den Zukunfts-, Technik- und Waffenfabriken der neuen Welt lieferten. Robert Jungk kehrt gleich nach dem Krieg nach Deutschland zurück, berichtet von hier für verschiedene Schweizer Zeitungen sowie englische und amerikanische Medien von den Nürnberger Prozessen, den demokratischen und antidemokratischen Tendenzen in Deutschland und nimmt immer mehr die Gefahren des Kalten Krieges ins Visier. So ist es nur konsequent, daß er 1950 die amerikanische Staatsbürgerschaft annimmt, um sich als Dazugehöriger und im Zentrum des technischen Fortschritts den großen Themen der militärischen und zivilen Folgen der Atomenergie zu widmen.

Es ist eine der großen Lebensleistungen von Robert Jungk, viel früher als andere auf die Gefahren der wissenschaftlich-technischen Welt und ihre Sekundärfolgen, auf den supertechnischen Rausch der Industriegesellschaft und das ungesteuerte Wachstum aufmerksam gemacht zu haben:

„Heller als tausend Sonnen" (1956), „Strahlen aus der Asche" (1958), Die große Maschine" (1966), „Vom blinden zum wissenden Fortschritt" (1969), „Der Atomstaat" (1977) sind nur einige Etappen auf dem Weg, die großen Zukunftsgefahren auzuspüren und eindringlich zu beschreiben. Meist sind es die ungewöhnlichen, eigens gesammelten Fakten, die sich selbst verstärken. Wenn Heerscharen von Wissenschaftlern, Technikern und Administratoren relativ einfache Tatbestände und Zusammenhänge, wie sie Robert Jungk recherchiert, wissentlich oder fachblind nicht wahrnehmen, dann müssen Tatsachenbeschreibungen zur Provokation werden und ihr Aufspürer zum Provokateur.

Die fahrlässigen oder bewußten Verdränger oder Verniedlicher der Atomenergie und der Rüstungs- und Umweltgefahren wurden deshalb vielfach zum feindlich reagierenden Umfeld. Ihre Aufgeregtheiten, Falschmeldungen und persönlichen Verunglimpfungen haben Robert Jungk allerdings nicht weichgemacht. Sie haben den feinfühligen Menschen, den Seismographen und Vermittler bedrohlicher Zukunftsprobleme, in seinen Intentionen sogar eher noch gestärkt. Auch kamen dadurch seine ungewöhnlichen Botschaften bei den Adressaten meist hörbar genug an. Durch sein Denken und Handeln in globalen Zusammenhängen und die klare Sprache hat er vielen von uns eine Vorstellung und ein Gefühl für die Gefahren in unserer Welt, aber auch für die Chancen einer humaneren Zukunft verschafft.

Robert Jungk war ja nicht nur der scharfe Zukunftsanalytiker, sondern auch der große Ermutiger, lebenswerte, wünschbare Ziele kreativ zu erdenken und selbst zu gestalten. In der Anregung von Zukunftsperspektiven, die Wege aus den Bedrohungen weisen und Zukunftshandeln wieder ermöglichen, liegt seine zweite große Lebensleistung:

Die Werke „Der Jahrtausendmensch" mit Berichten aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft (1973), „Die Grenzen der Resignation. Ein Versuch der Ermutigung und Kritik" (1977 hrsg. zusammen mit Adam Weyer), „Enzyklopädie der Zukunft" (1978, Hg.), „Menschenbeben: Der Aufstand gegen das Unerträgliche" (1983) und „Projekt Ermutigung. Streitschrift wider die Resignation" (1988) sowie zahlreiche andere Schriften sind nach wie vor ein unerschöpflicher Fundus der Ermutigung zur selbstverantwortlichen Gestaltung der Zukunft und vieler individueller Zukünfte. Seine lei-

denschaftlichen Plädoyers gegen Resignation, apokalyptische Stimmungsmache und für kreative Selbstgestaltung der Zukunft haben viele aufgerüttelt, die Probleme selbst in die Hand zu nehmen und eigenverantwortlich zu lösen.

Das Aufzeigen von neuen, unkonventionellen Zukunftsperspektiven, das Bloßlegen von gangbaren Wegen in bessere Zukünfte ist verbunden mit seiner dritten großen Lebensleistung: die Mobilisierung von Akteuren in sozialen Bewegungen, Gruppen, Organisationen und Bürgerinitiativen. Robert Jungk ist Kommunikator, Mobilisator und Netzeknüpfer für Menschen, die gegen die Gefahren angehen und neue humane Zukünfte gestalten wollen. Sein Freund Mathias Greffrath beschreibt dies so: „... sein Beruf ist es, Verbindungsmann zu sein und den isoliert voneinander Arbeitenden Mut zu machen. Keine 'organisatorischen' Verbindungen herstellen, sondern dafür zu sorgen, daß jedes Widerstandsmolekül an seiner Stelle weiterwirkt und daß sie alle sich nach der einen Sonne ausrichten..."

Dieses Ausrichten zur regenerativen Sonne hat angesichts der Bedrohung durch nukleare und fossile Energie Symbolkraft, die Robert Jungk in zahlreichen seiner Werke und Aktionen zur Überwindung der atomaren und ökologischen Katastrophe und der Mobilisierung sozialer Innovationen in den letzten Jahren geradezu beschwor.

„Sternenhimmel statt Giftwolken oder den Frieden erfinden" (1987) und „Zukunft zwischen Angst und Hoffnung. Ein Plädoyer für die politische Phantasie" (1991) sind neuere Arbeiten, die Wege weisen und Instrumente an die Hand geben. Besonders in den letzten Jahren war Bob Jungk von der Botschaft durchdrungen und unermüdlich dafür unterwegs, daß das Wissen allein über Zusammenhänge, wie der Weg in den Abgrund führt, nicht ausreicht. Erforderlich ist es heute mehr denn je, neue Ziele und neue Wege aufzuzeigen, alternative Lebenswelten und andere Lebensmuster zu entwerfen und zu praktizieren. Dafür müssen Wunschträume in phantasievolle reale Zukunftsbilder, Verstummtheit in kreative Kommunikation, Passivität in soziale Experimente, Resignation in politisches Handeln und aktive Bürgerbewegungen überführt werden. Durch das Entwerfen, Vorleben und eigenes Gestalten wünschbarer Zukunftswelten und nachhaltiger Entwicklungspfade lassen sich ungahnte Kraftquellen zur Überwindung apokalyptischer Entwicklungstrends erschließen. Entscheidend ist, daß wir nicht warten, bis „von oben oder von außen" etwas geschieht, sondern daß wir selbst erfinden, selbst organisieren, selbst handeln – viele, überall, solidarisch, demokratisch.

In seinem Buch „Projekt Ermutigung - Streitschrift wider die Resignation" beschreibt er den Prozeß. Dieser kann nur dann in Richtung einer humanen Gesellschaft weisen, wenn er die wahren Sehnsüchte und Bedürfnisse der Menschen aufgreift und umzusetzen versucht, aber sie nicht mit elitären Weltbeglückungsmodellen bevormundet:

„Die Aufgabe derjenigen, die sich mit einer human orientierten Zukunft der Gesellschaft befassen, ist es nicht, nun ihrerseits auf elitäre Weise Leitideologien zu entwickeln, sondern Muster gewünschter gesellschaftlicher Zukunft in den vielfältigen Wünschen und Ideen der Menschen zu entdecken, zum Sprechen zu bringen und sichtbar zu machen: ein Prozeß, der nie abgeschlossen sein kann, ein Gleichgewicht, das nie definitiv, statisch werden darf, sondern immer wieder Störung durch Neuerungen, Unruhe durch Verbesserungen, niemals aufhörende Selbstkritik als produktive Chancen begreift."

Erste Voraussetzung ist für ihn, daß die Menschen hinsehen, wo sich Schreckliches und Verwerfliches, Elend und Vernichtung konkret vollziehen oder drohen. Deshalb spricht er nicht nur über Strahlenopfer, sondern fährt selbst nach Hiroshima und spricht mit ihnen.

Aber genauso wichtig ist das Gespräch und die Auseinandersetzung mit den Mächtigen. Deshalb spricht er mit ihnen und versucht sie zu überzeugen, daß der militärische und ökonomische Hochrüstungspfad verlassen werden muß, wenn wir ökologisch überleben und human zusammenleben wollen.

Woher nahm eigentlich dieser Robert Jungk angesichts der vielen erdrückenden negativen Fakten seine Triebkraft Hoffnung und seine Triebkraft Ermutigung? Es sind die vielen eigenen Erlebnisse von Leid und Unrecht, aber auch von sozialer Phantasie und vielfältigem Engagement, das sich heute überall auf der Welt organisiert. Hieraus gewinnt er seinen festen Glauben an die immense Energiequelle der „Millionen und Abermillionen". Die Zukunftsbilder der Vielen sind nicht die Steigerung des Bruttosozialprodukts und mächtige Waffenarsenale, sondern natur- und lebenserhaltende Zukünfte und individuelle Lebensstile. Das gilt für die Erste Welt ebenso wie für die Zweite und Dritte.

Ist es nicht so, daß soziale Innovationen und praktische nachhaltige Zukunftsgestaltung schon lange nicht mehr von den politisch und ökonomisch Mächtigen ausgehen?

Ist es nicht so, daß ökologische Initiativen von Bürgern, Nichtregierungs-Organisationen und sozialen Bewegungen deshalb so viel Wirkung erzielen, weil die politischen und wirtschaftlichen Eliten heimlich oder offen mit ihren Argumenten, Experimenten und Strategien sympathisieren und diese nicht selten klammheimlich, manchmal sogar ganz offen und mit viel Getöse übernehmen?

Ist es nicht so, daß sich vor allem auch durch die Friedensbewegung die Großmächte bewegten und die militärische Hochrüstungsspirale erstmals ein Stück zurückgedreht wurde?

Ist es nicht so, daß die ökologischen und sozialen Krisen und Gefahren in dieser Welt vor allem deshalb im Bewußtsein der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert haben, weil sich viele Menschen nicht entmutigen ließen, trotz mächtiger Gegenkräfte weiterzumachen?

Robert Jungk hat hierzu viele Impulse gegeben – wie ein Schmetterling, der zur richtigen Zeit mit dem richtigen Flügel in die richtige Richtung geschlagen und dadurch Tornados ausgelöst hat.

Im Jahre 1986 wurde ihm der „Alternative Nobelpreis" verliehen. Vielleicht ist die Zeit gar nicht mehr so fern, daß der andere, „richtige" Nobelpreis auch solche Lebenswerke auszeichnet – wünschbare Zukunft.

Prof. Dr. Rolf Kreibich, 1969-76 Präsident der FU Berlin, 1977-81 Direktor und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsforschung Berlin, ist u.a. Direktor und Geschäftsführer des IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin, und Direktor des Sekretariats für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen.

Reinhart Kößler

Lauter Bäume oder großer Wald?

Entwicklungstheorie zwischen partikularer Diagnose und globalen Problemen

Die Entwicklungstheorie, aber auch unterschiedlichste Projekte und Strategien gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung befinden sich bereits seit einigen Jahren in einer tiefen Krise. Die alten Denkstrategien sind ebenso an eine Grenze gekommen, wie die auf Wachstum und globale Industrialisierung gerichteten entwicklungspolitischen Konzepte, auf die sie ausgerichtet waren und die sie anleiten sollten. Sie sehen sich einem ganzen Bündel von Problemen konfrontiert, die ein grundlegendes Umsteuern unabdingbar erscheinen lassen. Doch eine gültige Neuorientierung, ein neues Paradigma globaler Entwicklung ist nicht in Sicht. Krise bezeichnet eine Situation mit offenem Ausgang, und sie bezeichnet zugleich eine Entscheidungssituation. Darin sind Risiken und Zwänge enthalten, auf der Ebene der Theorie und erst recht auf der Ebene praktischer Politik.

Die Implosion der Gesellschaften sowjetischen Typs 1989/91 kann als verschärfendes Moment der Krise wichtiger Theorieansätze gelten. Damit ist freilich nicht einsichtig gemacht, daß das weltweit hegemoniale Entwicklungsmodell des industriellen Kapitalismus nun auch die einzig realistische Perspektive darstellen soll (so bes. Menzel 1992). Anstelle einer „Dritten Welt", in der man einmal echte Alternativen verkörpert gesehen hatte, blieben dann nur noch nationalstaatlich abgegrenzte Einzelgesellschaften, die sich nach ihrem Erfolg oder (häufiger) ihrem Mißerfolg bei der Aufholjagd der nachholenden Entwicklung kraß voneinander unterscheiden.

Die höchst problematische These vom „Ende der Dritten Welt" pointiert zugleich politische Optionen und „historische Herausforderungen" (Hein 1985, S. 48), die mit den theoretischen Orientierungen hier wie in wenigen anderen Fällen verknüpft sind. Ich möchte dies anhand eines kurzen Rückblicks verdeutlichen, um dann näher auf die aktuelle Auseinandersetzung einzugehen. Dabei gehe ich in erster Linie auf die deutschsprachige Diskussion ein und versuche, Bezüge zu der auf die „Dritte Welt" orientierten Solidaritätsbewegung herzustellen.

1. Theorie und Politik

Die Studentenbewegung der späten 1960er Jahre war eng verknüpft mit einem sprunghaft ansteigenden Interesse an Problemen der „Dritten Welt" wie auch an deren gesellschaftstheoretischer Aufarbeitung. Gerade die westdeutsche Studentenbewegung fand wichtige Anstöße in Skandalen wie dem Schah-Regime

im Iran und vor allem dem Vietnam-Krieg. Diese politische, aber auch theoriebezogene Mobilisierung traf auf eine internationale Lage, in der nach den ersten Entkolonialisierungsschüben seit 1945 und mit der Aufsplitterung des bis Anfang der 1960er Jahre so monolithisch erscheinenden „Weltkommunismus" eine ganze Reihe von Entwicklungs-Alternativen zur Wahl zu stehen schien, repräsentiert etwa durch die VR China, Cuba, Jugoslawien oder Tanzania. In der Blockfreien-Bewegung, später auch in der „Gruppe der 77", wurde internationale Kooperation und begrenzt auch Handlungsfähigkeit demonstriert.

Auf dem Gebiet der Theorie erhielten zu gleicher Zeit die weitgehend auf den Nachvollzug der Erfahrung der älteren kapitalistischen Industriegesellschaften und auf die Ausnutzung von Weltmarkt-Chancen orientierenden Modernisierungstheorien Konkurrenz durch die lateinamerikanischen Dependenztheorien. Hier wurde eine Eigentheorie, ein Interpretationsrahmen aus der Sicht zumindest einer wichtigen Region des Südens formuliert. Ferner bot dieser Ansatz Anschlußmöglichkeiten für politische Bewegungen sowohl in Entwicklungs- wie in Industrieländern, aber auch für Entwicklungsstrategien: Konzentriert in der klassischen Formulierung von der „Entwicklung der Unterentwicklung" (Frank 1971) wurden die modernisierungstheoretische Vorstellung von der Rückständigkeit unterentwickelter Gesellschaften und die daraus folgende Forderung des „Nachholens" zurückgewiesen. Dem wurde das Bild der Interdependenz zwischen „Entwicklung" in den „Metropolen" und einem komplementären Prozeß der „Unterentwicklung" in „Peripherien" entgegengestellt. Daraus folgte eine eindeutige Schuldzuweisung für Unterentwicklung und ihre Folgen an die Metropolitangesellschaften; da Unterentwicklung aus der Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt resultierte, ergab sich weiter die entwicklungsstrategische Forderung, die Weltmarktbeziehungen wenn nicht zu kappen, so doch streng selektiv und kontrolliert zu gestalten im Sinne einer „Abkoppelung" oder „Dissoziation" (vgl. Senghaas 1977; noch Amin 1985).

Die als „Dependenztheorien" zusammengefaßten Ansätze waren – ebenso wie die von ihnen kritisierten Modernisierungstheorien – in einem Ausmaß aufgefächert, ja untereinander kontrovers, das es problematisch erscheinen läßt, überhaupt von einem übergreifenden gemeinsamen Ansatz zu sprechen (vgl. Hein 1981, S. 73-86). Dem Spektrum von „bürgerlich/strukturalistischen" bis hin zu „marxistischen" oder doch marxistisch inspirierten Positionen (ebd., S. 91) gemeinsam ist der scharfe Kontrapunkt zu den Modernisierungstheorien: Rechneten diese „Rückständigkeit" oder „Unterentwicklung" eher sozialen Strukturen und psychologischen Gegebenheiten der betroffenen Gesellschaften zu, so lenkte die Dependenz-Diskussion das Hauptaugenmerk auf die strukturellen Deformationen, die durch die Weltmarktintegration herbeigeführt worden waren. Diese gegensätzlichen Positionen der „internen" oder „externen" Verursachung von Unterentwicklung werden bis heute angesichts der neuerlichen Aktualisierung modernisierungstheoretischer Theoreme immer noch schroff einander gegenübergestellt (s. Hauck 1990; Menzel 1992).

Die Dependenztheorie (vgl. Senghaas 1972, 1974, auch 1979) fand praktisch-politischen Widerhall in einer Solidaritätsbewegung, die zusehends „Internationalismus" fast exklusiv auf die „Dritte Welt" bezog (s. hierzu Kößler/Melber 1993, Kap. 2). Unter dem Einfluß der Parteienbildungen der frühen 1970er Jahre kam es ferner schnell zu dogmatischen Verhärtungen und zu Festlegungen auf einzelne externe Modelle. Charakteristisch für das Klima, in

dem Theorie rezipiert und teils auch weiterentwickelt wurde, war schließlich generell die Projizierung der eigenen Wünsche und Zielvorstellungen auf gesellschaftliche Prozesse in der „Dritten Welt"; die Konjunkturen der dafür und für den aus solchen Orientierungen folgenden „Revolutionstourismus" in Frage kommenden Länder waren schnellem und heftigem Wechsel unterworfen, beginnend mit Vietnam, Cuba, Chile, Tanzania, dem später Moçambique sowie kurzfristig Zimbabwe folgten, weiter Nicaragua oder Grenada und Burkina Faso. Lediglich die VR China konnte solche Projektionen ungeachtet aller Wechselfälle über mehr als ein Jahrzehnt hinweg auf sich ziehen (vgl. z.B. Negt 1988). In allen diesen Fällen schlossen sich an politische Umbrüche wie die auch militärisch erkämpfte nationale Unabhängigkeit oder den Sturz von Diktaturen ausdrückliche Versuche zur Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen an (s. zusammenfassend Kößler 1988).

Die Selbsttäuschung, auf die eine *identifikatorische* Bezugnahme auf diese Prozesse durch große Teile der Solidaritätsbewegung hinauslief, lag nicht so sehr in der Suche nach Alternativen, sondern in der vorschnellen Gleichsetzung der eigenen Zielsetzungen mit jenen der „Befreiungsbewegungen an der Macht" begründet: Diese unterlagen nicht nur spezifischen Zwängen des Um- und Neuaufbaus staatlicher Strukturen und der Inszenierung einer nachholenden Entwicklung; ihre Orientierung auf *nationale* und *staatliche* Zielvorgaben war deutlich inkongruent mit den Vorstellungen vieler Sympathisantinnen und Symapthisanten in den industriekapitalistisch entwickelten Ländern. In Bezug auf Moçambique etwa, das bis weit in die 1980er Jahre hinein zahlreiche Kooperantinnen und Kooperanten, aber auch Forschungsaktivitäten anzog, kam dies, soweit die Probleme in die wissenschaftliche Diskussion eingeflossen sind, in schroffer Ablehnung (s. etwa Schröer 1980) oder auch gleichsam komplementär in ebenso entschiedener Identifikation zum Ausdruck (s. z.B. Schoeller 1981).

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden deutlichere thematische Abweichungen und kognitive Lücken zwischen wissenschaftlich-theoretischen Einsichten und den Diskursen einer Solidaritätsbewegung erkennbar, deren positiven Identifikationsobjekte zusehends dahinschwanden. Die „Sprachlosigkeit zwischen den Ebenen" läßt sich freilich nicht allein darauf zurückführen, daß innerhalb und erst recht außerhalb des „akademischen Bereich(s) ... viele den jeweiligen Trends nur hinterher(laufen)" oder an einer einmal angeeigneten Theorie „in ihrem Berufsleben" festhalten, „ohne die Weiterentwicklung ... noch zur Kenntnis zu nehmen" (Menzel 1992, S. 44f). Mindestens ebenso entscheidend dürfte sein, daß die in der wissenschaftlichen Debatte um Entwicklung und Entwicklungstheorie neu aufgeworfenen und sich aufdrängenden Probleme in einem weit geringerem Maß politisch anschlußfähig waren, als dies die frühere Suche nach Alternativen oder selbst noch die von einem handlungsfähigen Bündnis von Regierungen der „Dritten Welt" geltend gemachten Forderungen nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" gewesen waren. Die Verschuldungskrise ermöglicht zwar nach wie vor die Formulierung von Forderungen an die Regierungen der G 7 oder den Internationalen Währungsfonds, sie enthält aber keinerlei positive Identifikationsangebote; ähnliches gilt von dem Auftreten von „Schwellenländern" und „neu industrialisierten Ländern". Dies war und ist eine entscheidende Herausforderung für die Dependenztheorie. Dieser Umbruch hat „die generelle Verknüpfung von Abhängigkeit und Unterentwicklung obsolet gemacht" (vgl. Boeckh 1985, S. 66). Ein Paradigmenwechsel wurde damit unausweichlich. Die Verabschiedung der „Dritten Welt" als politisches Subjekt wurde

in der *internationalen* Diskussion denn auch recht frühzeitig zur Kenntnis genommen und entsprechende Konsequenzen angemahnt (s. Harris 1987).

Der Paradigmenwechsel nahm nun die Form einer Proliferation der Paradigmen mit der zunehmenden Thematisierung neuer Bereiche an; dies wurde einerseits durch die sich entfaltende Problematik nachholender Entwicklung provoziert, stand zum anderen aber in enger Beziehung zum Auftreten der neuen sozialen Bewegungen, deren Zentren mit wenigen Ausnahmen in den industriekapitalistisch entwikkelten Ländern lagen. Damit erschien freilich die „Dritte Welt"-Thematik als subsumiert unter eine Mehrzahl von Themen, die sich der geographischen Zuordnung sperrten und die daher schwerpunktmäßig im Bereich unmittelbarer „Betroffenheit" mobilisierten. Das gilt besonders für die Frauen- und die Ökologie-Bewegung. Als übergreifende Problemstellungen bewirkten sie weniger eine Neubelebung der „Dritte Welt"-Bewegung, als vielmehr die Aufarbeitung entsprechender Fragen im Rahmen dessen, was von dieser Bewegung noch vorhanden war. Diese verwickelte Situation wurde weiter kompliziert durch die Rückwirkungen der Ereignisse von 1989/91. Ich möchte im folgenden auf einige neuere Probleme und Diskussionsansätze näher eingehen, um dann abschließend auf die Eingangsfrage nach dem „Ende der Dritten Welt" zurückzukommen.

2. Globale Krisen und globale Fragestellungen

Entwicklungstheorie muß angesichts der neuen Themenstellungen als zentraler Teilaspekt einer übergreifenden Gesellschaftstheorie der Moderne rekonstruiert werden. Diese Theorie hat zum einen die sozialen und technologischen Umwälzungen zu berücksichtigen, die *alle* Gesellschaften der Gegenwart erfassen; zum anderen ist zu bedenken, daß moderne Gesellschaften zueinander in hierarchischer Beziehung stehen und mit diesen Provokationen sehr unterschiedlich umgehen (können). Zusammenhang wie Unterschiede lassen sich an der Art und Weise verdeutlichen, wie zentrale Krisen der Gegenwart in den überkommenen Gegenstandsbereich der Entwicklungstheorie eingreifen.

Verschuldung, Strukturanpassung, politische Konditionalität

Die Verschuldungskrise hat seit über einem Jahrzehnt für die meisten Länder der „Dritten Welt" einschneidende Konsequenzen. Die IWF/Weltbank-Tagung 1988 und der G 7-Gipfel 1992 zeigten ein relativ hohes Mobilisierungspotential dieser Fragen wenigstens für die (west)deutsche Solidaritätsbewegung; und das mit gutem Grund: Die Verschuldung ist ein wesentliches Moment für den Nettotransfer von Werten vom Süden in den Norden, eine zentrale Restriktion für autonome Entscheidungen der Entwicklungsländer und krasser Ausdruck für die fortdauernde Hegemonialstellung des Nordens, insbesondere der USA. Von dort gingen die wirtschaftspolitischen Entscheidungen aus, die die Zahlungsunfähigkeit immer neuer Schuldnerländer bewirkten (vgl. Chahoud 1988). Die Verschuldungskrise ermöglichte die Durchsetzung der vom IWF forcierten Strukturanpassungsprogramme mit dem Abbau staatlicher Nahrungsmittelhilfen, mit Sparmaßnahmen im Erziehungs- und Gesundheitsbereich und mit krassen Veränderungen der Preisrelationen, etwa zwischen ländlichen Erzeugern und städtischen Verbrauchern (vgl. George 1988, bes. Teil III; Altvater 1991, bes. Kap. 4). Unbeschadet der Bewertung der Strukturanpassung belegen die Krise als ihr Anlaß und die Art und Weise, wie sie gegen heftigen Widerstand einzelner Regierungen durchgesetzt wurde, den Tatbestand der Abhängigkeit. Doch

die Ursachen des heutigen Niveaus und der Auswirkungen der Verschuldung sind nicht allein im Finanzgebaren der Regierungen der hauptsächlich von der Krise betroffenen Ländern zu suchen: Vielmehr geht es um ein Zusammentreffen des Übergangs der internationalen Finanzinstitutionen auf neoklassische Austeritätspositionen, der weltweiten Auswirkungen des explodierenden Staatsdefizits der USA während der Reagan-Ära und schließlich der konsumtiven Verausgabung und privaten Aneignung staatlicher Ressourcen durch postkoloniale Regierungs- und Staatsapparate. Ursächlich haben diese Entwicklungen relativ wenig zu tun mit den sozioökonomischen Verhältnissen gerade der am schwersten betroffenen Länder. Trotz aller Unterschiede in Form und Ergebnis der Auseinandersetzung mit der Krise zeigt diese selbst vor allem das Scheitern des Versuchs an, die Risiken schwankender Wechselkurse und die Unwägbarkeiten zu kontrollieren, die sich aus den ungleichmäßigen Entwicklungsprozessen der zentralen industriekapitalistischen Gesellschaften ergeben (vgl. allgemein Altvater 1991, Kap. 4).

Hier schließt sich eine Kontroverse an, die zwar nicht an die Ursachen der Zirkulationskrise rührt, die aber unmittelbar politische Implikationen aus der durch die Krise neu angestoßenen Analyse postkolonialer Staaten zieht. Die Staatsapparate und Regierungen sind Adressaten der Verschuldungskrise in mehrerer Hinsicht, als Verhandlungs- und gelegentlich auch Konfliktpartner der internationalen Finanzinstitutionen und zugleich als die Instanzen, die deren Forderungen an Ort und Stelle durchzusetzen haben. Die Verschuldungsproblematik hat ferner die Effizienz und Korruption der Staatsapparate neu thematisiert. Nicht zufällig haben daher Wellen von Demokratie-Bewegungen seit Mitte der 1980er Jahre unter ganz verschiedenen Bedingungen die Forderung nach der Verantwortlichkeit (*accountability*) der Staatsapparate an zentraler Stelle artikuliert (s. Kößler/Melber 1993, Kap. 5). Ähnlich begründet ist die Politik der „Konditionierung" staatlicher Transfers von Norden nach Süden, zumal in der Form „politischer Konditionalität". Die Debatte über die Bindung von „Entwicklungshilfe" an Vorbedingungen, die im Falle der BRD von der Achtung der Menschenrechte bis zur Einführung der „Marktwirtschaft" reichen, betrifft unmittelbar die Analyse und Bewertung der Staatsapparate, in deren Souveränitätsrechte damit eingegriffen wird (vgl. Tetzlaff 1988). Die damit angesprochenen Fragen lassen sich endgültig nicht mehr sinnvoll nach dem dichotomischen Modell der internen oder externen Verursachung entscheiden. Deren Konsequenzen liegen auf der Hand: Sind Ineffizienz und Korruption vorwiegend oder ausschließlich gesellschaftsimmanent, so drängt sich die modernistisch inspirierte Forderung nach Intervention oder auch nach „Treuhandschaft" (Menzel 1992, S. 211; vgl. Michler 1993, S. 85-102) geradezu auf; dagegen verleitet die Überbetonung externer Ursachen zur Apologetik der postkolonialen Eliten.

Lösungsmöglichkeiten ergeben sich vor allem aus den soziopolitischen Prozessen, zumal den Demokratiebewegungen selbst. Diese unterstreichen unter anderem erneut, daß Selbstbestimmung eng mit innergesellschaftlichen Zuständen verbunden ist. Sie kann nicht abgetan werden mit staatlicher Eigenexistenz; zugleich haben gerade die Demokratiebewegungen auch die Außenbeziehungen und damit letztlich die Abhängigkeit ihrer Gesellschaften thematisiert, sei es in direkten – und teilweise, wie in Benin oder Zambia durchaus positiven – Stellungnahmen zu den Forderungen des IWF, sei es durch das Aufgreifen der Außenabhängigkeit und -steuerung der alten Regime. Zumindest Teilaspekte der Konditionalitätspolitik erhalten so spezifische Bedeutung: Wird Entwick-

lungshilfe an die Achtung der Menschenrechte und die Verwirklichung formaler Demokratie geknüpft, so entspricht dies jedenfalls den Forderungen relevanter mobilisierter Gruppierungen in vielen Ländern der „Dritten Welt". Die Einlösung dieser Forderungen erscheint – im Gegensatz zu modernistischen Vorstellungen unterschiedlicher Observanz während der letzten drei Jahrzehnte – geradezu als Vorbedingung für die Überwindung der aktuellen Krisen (s. auch Hansohm/Kappel 1993, Kap. 3.6.). Das schließt die Kritik gegenüber anderen Aspekten der Konditionalitätspolitik nicht aus, etwa nach Sinn und Folgen einer „Marktwirtschaft" oder einer „offenen Wirtschaft", die in der geforderten Form in keiner der heute industriekapitalistisch entwickelten Gesellschaften jemals verwirklicht waren. Und ferner bleibt der Hinweis unverzichtbar, daß die Bedingungen der Schuldenkrise in den industriekapitalistischen Kerngesellschaften definiert wurden und daß auch die mit der Verschuldung verknüpften Industrialisierungsstrategien der 1970er Jahre den Ausschluß relevanter Minderheiten vom Prozeß der „Entwicklung" implizierten; nur trifft diese Exklusion jetzt ganze nationalstaatlich umschriebene Gesellschaften (vgl. Altvater 1993b).

Umweltkrise und Grenzen des Wachstums

Die Konditionalisierung von Entwicklungshilfe kann ebensowenig an der Umweltpolitik vorbeigehen wie die Suche nach neuen Modellen. Das zeigen allein schon Instrumente wie *debt-for-nature swaps* und andere Überlegungen zur Rettung der Regenwälder, die teilweise bis hin zu militärischen Interventionen reichen (s. Böge 1993, S. 126ff), aber auch einen Ansatzpunkt für Mobilisierungsprozesse bilden. Gerade in der Umweltproblematik ist die Struktur des bestehenden Weltzusammenhangs besonders klar. Die für Treibhauseffekt und Ozonlöcher verantwortlichen Immissionen werden ganz überwiegend in den industriekapitalistischen Ländern des Nordens erzeugt (vgl. Weizsäcker 1990, S. 204).

Die „Inwertsetzung" einzelner Regionen des Südens – ebenso wie umgekehrt ihre zwangsweise Abkoppelung – folgt ganz analog Rentabilitätskriterien, über die in erster Linie nicht auf der lokalen oder einzelstaatlichen Ebene entschieden wird, sondern aufgrund der Dynamik des Weltmarktes (vgl. Altvater 1987). All dies hat ökologische Folgen wie großflächige Entwaldung, große Tagebau-Operationen, in einigen Fällen Verstrahlung infolge des Abbaus von Uranerz; viele Bergbau-Operationen, aber auch industrielle und landwirtschaftliche Verfahren entsprechen bei weitem nicht den Standards, die in den industriekapitalistisch entwickelten Ländern gelten; zu den Folgen zählen aber auch soziale Prozesse, etwa durch die Anziehung von Arbeitskräften, die nach der Beendigung der Operation wieder freigesetzt werden (s. z.B. Hansohm/Kappel 1993, S. 156ff).

Gerade unter ökologischen Gesichtspunkten erweist sich die grundlegende Perspektive nachholender Entwicklung als trügerisch: Schon beim gegenwärtigen Stand sind viele Grenzen einer *globalen* Entwicklung erreicht, die auf eine immer weiter expandierende industrielle Produktion und daher gleichfalls expandierende Ressourcennutzung setzt, damit aber auch eine kumulierende Erzeugung von Rückständen aller möglichen Art in Kauf nehmen muß (vgl. Meadows u.a. 1993, Kap. 3,4). Doch selbst wenn „nachholende Entwicklung" im Sinne eines Nachvollzugs von Industrialisierung für die Mehrheit der heute lebenden Menschen und ihre Nachkommen illusionär und in ihren Konsequenzen kaum wünschenswert ist, so prägt die Zielsetzung nachholender Entwicklung dennoch weiterhin politische Strategien

und erst recht das global vorherrschende Bild vom guten Leben. Internationale Niveaugefälle treten umso schärfer ins Auge, als einzelne, zumindest punktuell erfolgreiche „Schwellenländer" den Schritt zum „neu industrialisierten Land" (NIC) geschafft zu haben scheinen (vgl. Menzel 1985; Draguhn 1991). Wer dagegen eine „angepaßte" oder „intermediäre" Entwicklung befürwortet, unterliegt dem Verdacht, stillschweigend die bestehenden weltweiten Hierarchien an ökonomischer Macht, an Lebens- und Konsumchancen festzuschreiben. Die seit dem Brundtlandt-Bericht 1987 laufende Debatte über „nachhaltige" oder „dauerhafte" Entwicklung hat wenigstens eines gezeigt: Über Einzelfälle hinaus ist ein solches Ziel weltweit nur dann zu erreichen, wenn sich die Privilegierten der bestehenden Weltmarkthierarchie einem globalen Ausgleich der Lebens- und Entwicklungsniveaus nicht länger verschließen. Die etablierte Politik hält freilich bisher an den bestehenden Hierarchien fest. Das kommt in der Umweltpolitik der führenden industriekapitalistischen Länder ebenso zum Ausdruck, wie in ihren Bestrebungen, auf internationaler Ebene Schadensbegrenzung etwa durch Schutzmaßnahmen für die tropischen Regenwälder einzufordern. Wie problematisch das ist, hat die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro gezeigt: Hier verwiesen insbesondere die Regierungen der als Schwellenländer nachdrängenden Staaten wie Indonesien oder Malaysia auf eigene Interessen an Exporterlösen aus einem forcierten Holzeinschlag. Im Sinne einer globalen „Nachhaltigkeit" sind solche Argumente erschreckend kurzatmig; im Kontext der Verschuldungskrise und eines auf die kapitalistischen Industrieländer zugeschnittenen Weltmarktes dagegen verweisen sie auf ein Dilemma. Die meisten „Entwicklungsländer" exportieren mit ihrem Primärstoffexport zugleich ihre eigenen Entwicklungschancen. Die extern gesetzten Zwänge ebenso wie die Entscheidungen der autochthonen Regierungen sind daher gleichbedeutend mit Weichenstellungen auch für längerfristige und überregionale Entwicklungen.

Es ist in der Tat so, daß die ökologischen Herausforderungen einen „neue(n) Gesellschaftsvertrag für *eine* hochindustrialisierte Gesellschaft" erfordern (Unmüßig 1993, S. 149; Hv.: R.K.). Mehr noch: Notwendig erscheint ein solches Übereinkommen auf der Ebene des Weltzusammenhangs, wo sich gerade in der Umweltfrage die drängendsten Probleme geltend machen. Daher ist die Folgenlosigkeit des Rio-Gipfels Ausdruck der „politische(n) Krise in den Industrieländern", und zwar sowohl angesichts der konzeptionellen Schwäche der „politische(n) und wirtschaftliche(n) Eliten", wie auch angesichts der weitgehenden Handlungsunfähigkeit derjenigen gesellschaftlichen Gruppierungen, die ein Gegengewicht zur staatlichen Exekutive darstellen könnten, aber „zu schwach oder zu interessengebunden (sind), um den notwendigen innergesellschaftlichen Druck für ökologisch orientierte Reformen zu entfalten" (ebd.), also der unterschiedlichen sozialen Bewegungen und der an sie angeschlossenen zivilgesellschaftlichen Zusammenhänge.

Bevölkerungsentwicklung: Ausdruck sozioökonomischer Probleme

Nicht zufällig wird die globale Umweltkrise zumeist mit der „Bevölkerungsexplosion" in Zusammenhang gebracht. Diese erscheint dann in aller Regel als eine objektive Tatsache, verursacht durch den Unverstand und die Rückständigkeit, die angeblich in den meisten postkolonialen Gesellschaften nach wie vor vorherrschen. Die ernste Sorge um die Belastbarkeit oder die „Tragfähigkeit" einzelner Regionen oder auch des gesamten Planeten verknüpft sich in oft kaum entwirrbarer Weise mit irra-

tionalen Projektionen und diskriminierenden Vorurteilen. Auch Konzepte einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung enthalten in aller Regel die Forderung nach einem Stop oder einer Begrenzung des Bevölkerungswachstums mit der zumindest impliziten Folgerung, neben Überzeugungsarbeit müßten – etwa nach dem Vorbild Singapurs oder der VR China – auch harte administrative Maßnahmen treten. Persönlichste Entscheidungen werden reduziert auf das Erreichen oder Verfehlen volkswirtschaftlicher Gleichgewichtszustände (vgl. Mertens 1988, S. 42ff). Als adäquate Gegenmittel gegen ein „exzessives" (oder „unzureichendes") Bevölkerungswachstum erscheinen dann sozial- und vor allem medizin-technologische Maßnahmen, die oft weniger auf das generative Verhalten als auf die generative Fähigkeit der Menschen abzielen oder ihr Verhalten durch unverhohlenen Zwang zu beeinflussen suchen. Mit wenigen Ausnahmen müssen diese Konzepte heute als gescheitert angesehen werden; dieses Scheitern ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß hier die komplexen Zusammenhänge ignoriert wurden und werden, die gesellschaftliche Reproduktion und nicht zuletzt ihren generativen Aspekt konstituieren. Gerade in vielen Teilen der „Dritten Welt" hat der Umbruch zur Moderne Verhältnisse geschaffen, unter denen es durchaus „rational" ist, viele Kinder zur Sicherung des eigenen langfristigen Überlebens und darüber hinaus zur transgenerationalen Absicherung der Verwandtschaftsgruppe zu haben (vgl. dies. 1991, bes. S. 116ff; auch Thompson 1992, S. 348ff).

Gewiß verschärfen wenigstens unter den gegenwärtigen Bedingungen steigende Bevölkerungszahlen die ökonomische, aber auch die Umweltkrise; doch ist die Bevölkerungsentwicklung nicht einfach Moment, sondern in erster Linie Ausdruck der globalen Krise menschlicher Reproduktion, die durch die unterschiedlichen Formen des Übergangs zur gesellschaftlichen Moderne wesentlich verursacht ist. Dies zeigt sich an den Formen sozialer Sicherung. In den heute industriekapitalistisch entwickelten Gesellschaften wurden als Ergebnis langer sozialer Kämpfe die zerstörten gemeinschaftlichen, auf unmittelbarer Reziprozität beruhenden Sicherungssysteme ersetzt durch staatlich administrierte Solidarfonds und ein begrenztes Maß an staatlich geregelter Redistribution. Für die übergroße Mehrheit in den Kerngesellschaften waren ein Jahrhundert lang die zentralen Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter nicht mit einem Sturz ins Bodenlose verbunden, ungeachtet der Stigmatisierung, mit der die Inanspruchnahme der Solidarfonds immer verbunden blieb (vgl. Schiel 1988b, 1992; Burawoy 1985). Die aktuelle Auseinandersetzung um Deregulierung und „Lohnnebenkosten" bezieht daraus ihre gesellschaftlich-strategische Relevanz.

In postkolonialen Gesellschaften hat sich die Frage immer ganz anders gestellt. Die Bindung staatlich administrierter Sicherungssysteme an formalisierte Lohnverhältnisse bewirkte hier zumeist nicht die Verallgemeinerung, sondern die enge Begrenzung formaler Redistributionsformen. Das Aufbrechen älterer Formen der Sicherung und der damit verbundene Rückfall auf wesentlich kleinere Solidargemeinschaften legt nun gerade „Kinder als Überlebensstrategie" (Mertens 1991, S. 121ff) nahe. Die Verelendung breiter Schichten und die Abdrängung selbst von Mehrheiten in den informellen Sektor oder in eine verelendete ländliche Subsistenzproduktion setzen Prämien auf die Erweiterung der Familienarbeitskraft und die Vervielfältigung unterschiedlichster Erwerbschancen; eigene Nachkommen sind zugleich die einzige halbwegs zuverlässige Alterssicherung. Auch die häufig als so bedrohlich empfundene Bevölkerungsentwicklung erweist sich so als Teilaspekt einer globalen Gesellschaftskrise, die sich freilich in unterschied-

lichen Teilen der Welt sehr differenziert artikuliert.

Die Erinnerung an drei zentrale Krisenkomplexe der Gegenwart zeigt zweierlei: Zunächst sind diese Krisen von höchster Bedeutung für *jede* Form gesellschaftlicher Entwicklung, und jeder Versuch, zu einer theoretischen Auffassung davon zu kommen, wie und wohin sich menschliche Gesellschaften entwickeln und entwickeln können, welche Tendenzen ihnen innewohnen und welche Möglichkeiten ihnen offenstehen, kann nicht gelingen ohne eine Berücksichtigung dieser und einiger anderer zentraler Krisenmomente. Das liegt nicht nur an der Tatsache, daß diese Krisen die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig bestimmen und in aller Regel verschlechtern. Es handelt sich durchweg um gesellschaftlich verursachte Probleme, auch wenn die Krisenerscheinungen oft in quasi-natürlicher Metaphorik dargestellt werden. Gerade die großen Krisen der Gegenwart verweisen darüber hinaus auf die Realität eines globalen Zusammenhangs: Nicht nur bleiben nirgends auf der Erde Menschen und ihre Umwelt von den Folgen industriellen Produzierens und Konsumierens an einem beliebigen anderen Punkt gänzlich unberührt; auch die Erfolgsaussichten von „nationalen" oder „regionalen" Entwicklungsstrategien erweisen sich als abhängig von Bedingungen, die auf dem Weltmarkt definiert werden (s. bes. Altvater 1987). Dies gilt, wie die aktuelle „Standort"-Debatte mit aller wünschenswerten Klarheit zeigt, gewiß nicht nur für Entwicklungsländer; die faktische Definition von Entwicklungschancen über einen Weltmarkt, auf dem keineswegs Chancengleichheit und Freihandel herrschen, verfestigt jedoch internationale Hierarchien. Diese Hierarchien artikulieren sich deutlich in den insgesamt erfolgreichen Strategien der industriekapitalistisch entwickelten Länder zur Kontrolle der Ströme von Waren und Dienstleistungen, wie sie Ende 1993 beim Abschluß der Uruguay-Runde des GATT zum Ausdruck gekommen ist; sie bringt einschneidende Verschlechterungen für die meisten Länder der „Dritten Welt", doch der Streit um den Abschluß wurde unter den OECD-Staaten ausgetragen, die den Löwenanteil des Welthandels unter sich abwickeln, bis hin zur faktischen Abkoppelung oder Marginalisierung ganzer Großregionen, vor allem in Afrika (vgl. z.B. Rhagavan 1990; auch Kolko 1988, bes. S. 97; Hansohm/Kappel 1993).

3. Ende der „Dritten Welt" oder Dauerhaftigkeit der Probleme?

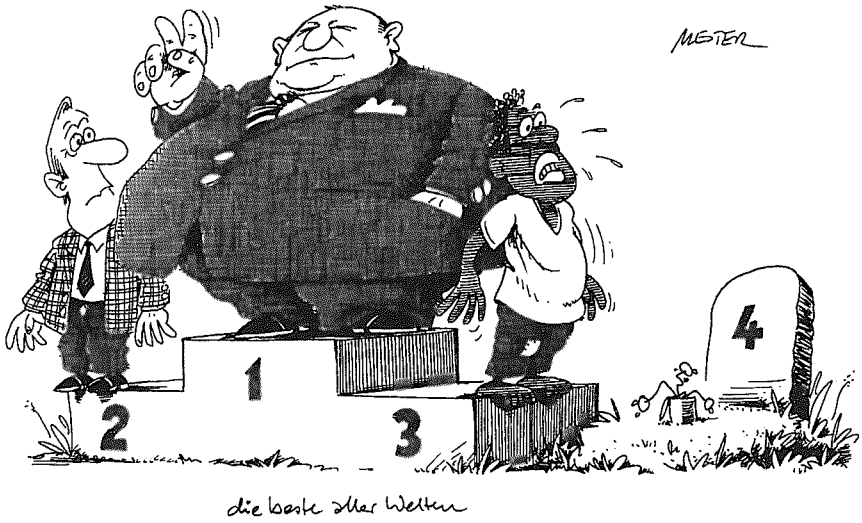
Die globalen Krisen belegen den Weltzusammenhang ebenso wie seinen differenzierten, hierarchischen Charakter. Das hat Konsequenzen für das seit 1989/91 verstärkt diskutierte „Ende der Dritten Welt". Nun ist die „Dritte Welt" als handlungsfähige Staatengruppe weitgehend von der politischen Bühne verschwunden; darauf verweist vor allem Ulrich Menzel (1992) und fordert zugleich den Rückzug auf Theorien mittlerer Reichweite. Allerdings hat die „Gruppe der 77" im Umfeld der UNCED wieder gemeinsame Forderungen angemeldet, etwa zum Verhältnis von Ressourcenmanagement und Entwicklung, konkretisiert in der Kontroverse über den Schutz der Regenwälder.

Für die Abkehr von Konzepten, die einer Gruppe von Einzelgesellschaften so spezifische Eigenschaften zuschreiben, wie sie mit der Bezeichnung „Dritte Welt" einmal gemeint waren, spricht sicherlich das Scheitern der spezifischen, zumal aus der Dependenztheorie und ähnlichen Ansätzen abgeleiteten Entwicklungsstrategien der „Abkoppelung" vom Weltmarkt. Diese Versuche sind von der Importsubstitution in Lateinamerika bis hin zur rabiaten Enturbanisierung nach 1975 in Kampuchea durchweg gescheitert, oft unter furchtba-

ren menschlichen Kosten. Auch die binnenmarktorientierten Bestrebungen haben keine leistungsfähigen Industriesektoren hervorgebracht (vgl. etwa Jungfer 1963) und, wie die Verschuldungskrise dramatisch zeigt, auch nichts Entscheidendes beigetragen zur Verminderung der Außenabhängigkeit.

Über die Gründe für diesen Befund und erst recht über seine entwicklungsstrategischen Konsequenzen freilich herrscht große Uneinigkeit, wie Anfang 1993 eine Debatte in den *Blättern des iz3w*, der wohl meistgelesenen deutschsprachigen Dritte-Welt-Zeitschrift gezeigt hat: Sehen die einen die Lösung in einer konsequenten, an die Erfahrungen der ostasiatischen NIC anschließenden Weltmarktintegration (vgl. bes. Eßer 1993a), so meinen andere, die Mißerfolge in erster Linie auf die spezifische Interessenorientierung der jeweiligen staatlichen Strategien zurückführen zu können und verweisen auf die bewußten Eingriffe vor allem der USA gegen potentiell erfolgreiche Experimente einer „rural-ökologisch zentrierten Entwicklung", die z.B. im sandinistischen Nicaragua gesehen werden (vgl. Thielen 1993, S. 11). Weitergehend wird gefordert, gleich die Ware-Geld-Beziehung als Wurzel allen Übels zu eliminieren „und die stofflich-sinnlichen Angelegenheiten als solche zu behandeln" (Trenkle 1993, S. 36). Schon angesichts der dafür notwendigen Koordination von Informations-Massen wäre „'die nicht-warenförmige Weltgesellschaft' ein Projekt des Kollapses nicht nur der Moderne" (Altvater 1993c, S. 11), und würde ferner zu einer despotischen Machtkonzentration in den Händen derer führen, die über Informations- und Koordinationsmittel verfügen (s. Kößler 1993, bes. Kap. 7,8).

Es bleibt die Auseinandersetzung mit den realen Möglichkeiten einer nachholenden Industrialisierung. So hat Elmar Altvater grundlegende Zweifel an der Verallgemeinerung industrieller Produktionsformen angemeldet: Industrialisierung sei ein „positionelles Gut" und nicht für alle verfügbar (1993a, S. 8);



„Schleichwege aus der Sackgasse" industrieller Produktionsformen sieht Altvater in der „Eindämmung der Folgen" der ungleichen industriellen Entwicklung, in der „Umvermeidung" durch industriellen Abbau im Norden zugunsten einer begrenzten industriellen Entwicklung im Süden und schließlich in einer „solaren Revolution", d.h. einer grundlegenden Verlagerung der energetischen Grundlagen der lebenden Gesellschaften von fossilen Energieträgern zurück zur Sonneneinstrahlung (ebd., S. 18; vgl. auch ders. 1992). Altvaters Annahmen über absolute Grenzen industrieller Entwicklung, erst recht die Schlußfolgerung über ein absehbares Ende des Kapitalismus mögen apodiktisch überzogen sein (s. Hein 1993, bes. S. 163ff); Klaus Eßer setzt demgegenüber vor allem auf „eine dynamische industrielle Entwicklung", die zwar „ohne steigenden Umweltverbrauch nicht zu haben" (1993b, S. 14) sei, deren reale Effekte aber nicht eindeutig seien, da ja die „Geschichte nach vorn offen" (ebd.) sei und ohnehin „ein jeder Pfad industrieller Entwicklung anders" ausfalle (ebd., S. 13). Auch für Altvater erscheint „erfolgreiche 'nachholende', innovative Entwicklung in bestimmten Weltregionen" – neuerdings etwa in Südchina – vorstellbar; er besteht aber darauf, dies sei eben nicht „ein verallgemeinerbares Projekt" (1993b, S. 13). Gerade angesichts der unbestreitbaren Seitenblicke der ganzen Debatte auf die Transformationsgesellschaften im östlichen Europa und in Nord- und Zentralasien (vgl. Schütz-Buenaventura 1993, S. 13) sind sowohl die Übereinstimmungen als auch die Gegensätze dieser Positionen bemerkenswert: Prinzipiell wird weder die Möglichkeit nachholender Entwicklung oder Industrialisierung bestritten, noch die Bedeutung der Umwelt-Problematik. Doch wird jene von Altvater auf einzelne Länder oder Regionen eingeschränkt, zu Lasten anderer, wie am Gegensatz zwischen der Industrieregion um Sao Paulo und dem Rest Brasiliens dargetan wird (s. Altvater 1993a, S. 7, 9); und für Eßer ist der „Umweltverbrauch" ein Problem, das sich letztlich durch den Gang des technischen Fortschritts von selbst wird lösen müssen und lassen – zweifellos die klassische und historisch nicht widerlegte Antwort auf derartige Argumente spätestens seit Thomas Malthus. Freilich fragt es sich, ob diese Denkweise und davon abgeleitete Handlungsstrategien tatsächlich über den Rahmen hinausweisen, der einmal von Modernisierungs- und Dependenztheorie gemeinsam abgesteckt worden war (vgl. Cardoso 1981).

„Unterentwicklung" ist in der Tat nicht mehr ausreichend, um gültige Strategien zu definieren. Damit könnte das „Ende der 'Dritten Welt'" nicht nur als politisches Projekt, sondern auch als analytisches Konzept in der Tat besiegelt sein. Es bliebe der Abschied von den „Großtheorien" (Menzel 1992; Eßer 1993b), das bescheidene Arbeiten an Konzepten mittlerer Reichweite, die durchaus geeignet sind, den Verlauf einzelner, nationalstaatlicher Entwicklungswege schlüssig zu erklären und vielleicht auch einzelne Regierungen anregen können, spezifische Entwicklungschancen ihrer Staaten genauer unter die Lupe zu nehmen; so mündet die Suche nach „Auswegen aus der Abhängigkeit" denn auch in die Forderung: „Von Europa lernen" (Menzel 1988; Senghaas 1982). Doch wird hier nicht nur die Krisenhaftigkeit des industriellen Kapitalismus als der hegemonialen Ausformung der Moderne ignoriert, sondern auch die Tatsache, daß es so etwas wie ein für allemal erfolgreiche Entwicklung nicht gibt – man denke an das Schicksal des ersten erfolgreichen Falls überhaupt – Englands (vgl. etwa Roderick/Stephens 1981).

Auch läßt sich auf dieser Ebene recht wenig über die „endogenen Hemmnisse" (Eßer 1993b, S. 13) aussagen, die industrieller Entwicklung in so vielen Fällen entgegenstehen. Gerade hier

sehen sich vehemente Vertreter der These vom „Ende der Dritten Welt" gezwungen, eben diese – eventuell abzüglich weniger NICs – als „Südländer" oder gar als „postkoloniale Staaten" klammheimlich wieder einzuführen (Menzel 1992 passim).

Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Moderne und der Modernisierung

Die terminologischen Schwierigkeiten zeigen, daß es mit dem Verweis auf die vielfältigen Entwicklungswege nicht getan ist. Wer über diesen vielen Bäumen, ihren Wachstumsproblemen und -erfolgen nicht den Wald – d.h. vor allem die Struktur des Weltzusammenhangs – vergessen will, wird nicht umhin können, der Einsicht in globale Krisen und Problemstellungen wenigstens ansatzweise mit dem Versuch zu einer entsprechenden theoretischen Einordnung gerecht zu werden. Ich halte es dabei für wesentlich, die noch immer nicht ganz überwundene Vorstellung von „traditionalen" Verhältnissen, die einer „Modernisierung" im Wege stünden, zu verabschieden zugunsten der Einsicht in die Ko-Evolution unterschiedlicher moderner Gesellschaftsformen. „Modernisierung" ist kein ein für allemal abgeschlossener Prozeß. Sie bezeichnet vielmehr jene beständigen Innovationen und Umwälzungen, die die gesellschaftliche Moderne wesentlich kennzeichnen (s. Chesneaux 1989). Zugleich zeigt die Analyse von Prozessen nachholender Entwicklung und zumal von Versuchen der Theoretisierung solcher Prozesse, daß diese Innovationen sehr unterschiedliche Auswirkungen in unterschiedlich strukturierten Gesellschaften haben.

Die gesellschaftliche Moderne ist daher keine ununterschiedene oder nur durch kleine Abweichungen differenzierte Einheit; sie zeigt in ihren Tiefenstrukturen deutlich verschiedene Ausprägungen: Neben der dominanten Form des industriellen Kapitalismus waren dies bisher die komplementäre Form der postkolonialen Gesellschaften oder der Dritten Welt sowie im Verlauf des „kurzen 20. Jahrhunderts" (Altvater) die konkurrierende Form der Gesellschaften sowjetischen Typs (vgl. Kößler 1993, Kap. 1; 1994, Kap. 5; ähnl. Juchler 1990a,b).

Alle drei Ausformungen der gesellschaftlichen Moderne sind in ihrer gesamten Entwicklung so eng aufeinander bezogen, daß es berechtigt erscheint, von *gesellschaftlicher Ko-Evolution* zu sprechen. So wurde mit der industriellen Revolution eine Arbeitsteilung zwischen den industriekapitalistischen Zentren und ihrer kolonialen Sphäre etabliert, die erstmals die Kolonialgebiete als Lieferanten von industriellen Rohstoffen und als Absatzmärkte industrieller Produkte definierte (s. Kößler 1990, S. 99-102). Die so etablierte Arbeitsteilung unterlag wichtigen Veränderungen; so bedeutete die „neue internationale Arbeitsteilung" die Auslagerung industrieller Fertigungsschritte (s. Fröbel u.a. 1977, 1986), der mit der mikroelektronischen Revolution jedoch sehr bald ein gegenläufiger Trend gegenüberstand (vgl. etwa Schoenberger 1989). All dies ändert jedoch nichts daran, daß zumal in den Ländern des Südens die längerfristigen regionalen oder nationalen Entwicklungschancen zunehmend durch Vorgaben bestimmt werden, die über weite Strecken der regionalen und nationalen Verfügungsgewalt entzogen sind und beispielsweise den Planungen und Strategien multinationaler Konzerne folgen (vgl. Fröbel 1980; Altvater 1987). Bei aller notwendiger Differenzierung solcher Feststellungen bleibt der hierarchische Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsprozessen. Zwar legt dieser Zusammenhang kein Land und keine Region ein für allemal auf eine bestimmte Position fest; er konstituiert aber eine

Grundstruktur. Diese Grundstruktur kommt zum Ausdruck in Austauschbeziehungen und Ressourcentransfers, sie wird aber auch manifest in einem Nord-Süd-Konflikt, der keineswegs ad acta gelegt ist, sondern ungeachtet der Marginalisierung großer Teile des Südens nach wie vor artikuliert wird, wie im Fall von UNCED. Ungeachtet der eher als gering einzuschätzenden Effekte solcher Auseinandersetzungen, mithin der begrenzten Verhandlungsmacht des Südens, verweisen dieser Konflikt und seine Austragung dennoch darauf, daß „das Ende der Dritten Welt noch nicht da" ist (Nohlen/Nuscheler 1992, S. 30).

Dies ist kein Plädoyer für die simple Fortschreibung der überkommenen Entwicklungstheorien. Deren Krise liegt in ihrer thematischen Enge noch mehr als im Scheitern der durch sie angeleiteten Strategien. Eine Entwicklungstheorie, die sich nicht des übergreifenden Zusammenhangs der gesellschaftlichen Moderne versichert, wird wenig mehr leisten können als den Nachvollzug meist erfolgloser oder im Einzelfall geglückter Projekte nationalstaatlich organisierter nachholender Entwicklung. Die Erarbeitung einer darüber hinausweisenden Entwicklungstheorie wird die Verabschiedung des impliziten Paradigmas der Entwicklungs*länder*theorie unabdingbar machen. Eine solche Theorie wird der Perspektive einer übergreifenden Theorie der gesellschaftlichen Moderne gerecht werden müssen.

Dr. Reinhard Kößler, apl. Professor am Institut für Soziologie Münster, Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Peripherie" und Vorstandsmitglied der „Informationsstelle Südliches Afrika" (ISSA).

Literatur

Altvater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg.

Altvater, Elmar 1991: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus". Münster.

Altvater, Elmar 1992: Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.

Altvater, Elmar 1993a: „Industrialisierung, wenn die Claims abgesteckt sind," Blätter des iz3w 188, S. 6-9.

Altvater, Elmar 1993b: „Die Schuldenkrise zehn Jahre danach." In: *Massarrat u.a.* 1993, S. 10-16.

Altvater, Elmar 1993c: „Gewinner und Verlierer. Entwicklung als 'Niederauffahrt'," Blätter des iz3w 191, S. 11-14

Altvater, Elmar/Kurt Hübner/Jochen Lorentzen/ Raúl Rojas (Hg.) 1988: Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire. 2. Aufl., Berlin (W) (1987).

Amin, Samir 1985: La déconnexion. Paris.

Böge, Volker 1993: „Internationale Umweltpolitik." In: *Hubert* 1993, S. 121-133.

Boekckh, Andreas 1985: „Dependencia und kapitalistisches Weltsystem, oder: Die Grenzen globaler Entwicklungstheorien." In: *Nuscheler* 1985, S. 56-74.

Burawoy, Michael 1985: The Politics of Production. London.

Cardoso, Fernando Henrique 1981: „Entwicklung auf der Anklagebank," Peripherie 5/6, S. 6-31.

Chahoud, Tatjana 1988: „Funktionswandel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank." In: *Altvater u.a.* 1988, S. 44-54.

Chesneaux, Jean 1989: Modernité-Monde. Brave Modern World. Paris.

Draguhn, Werner (Hg.) 1991: Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion? Hamburg.

Eßer, Klaus 1993a: „Lateinamerika – Industrialisierung ohne Vision?" Nord-Süd aktuell VI, S. 229-242 (Kurzfassung in Blätter des iz3w 187, S. 9-12).

Eßer, Klaus 1993b: „Altvaters Welt," Blätter des iz3w 189, S. 13-14.
Frank, Andre Gunder 1971: The development of underdevelopment in Latin America. Harmondsworth.
Fröbel, Folker 1980: „Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft." In: Starnberger Studien 4 – Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt am Main, S. 9-88.
Fröbel, Folker/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek.
Fröbel, Folker/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft/Flexibilisierung der Arbeit/Neue Technologien. Reinbek.
George, Susan 1988: A Fate Worse than Debt. Harmondsworth.
Hansohm, Dirk/Robert Kappel 1993: Schwarzweiße Mythen. Afrika und der entwicklungspolitische Diskurs. Münster/Hamburg.
Harris, Nigel 1987: The End of the Third World. Newly Industrializing Countries and the Decline of an Ideology. Harmondsworth.
Hauck, Gerhard 1988/89: „Die Renaissance der Modernisierungstheorie," Blätter des iz3w 154, S. 26-30.
Hauck, Gerhard 1990: „Modernisierung, Dependencia, Marxismus – was bleibt?" Peripherie 39/40, S. 68-81.
Hein, Wolfgang 1981: „Fachübersicht: Zur Theorie der Unterentwicklung und ihrer Überwindung," Peripherie 5/6, S. 64-92.
Hein, Wolfgang 1985: „Konstitutionsbedingungen einer kritischen Entwicklungstheorie." In: *Nuscheler* 1985, S. 27-55.
Hein, Wolfgang 1993: „Elmar Altvater: Entropie, Syntropie und die Grenzen der Metaphorik," Peripherie 51/52, S. 155-170.
Hubert, Hans-Peter (Hg.) 1993: Grüne Aussenpolitik. Aspekte einer Debatte. Göttingen.
Juchler, Jakob 1990a: „Systemkrise des Sozialismus. Ein formationstheoretischer Ansatz," Widerspruch (Zürich) 19, S. 16-29.
Juchler, Jakob 1990b: „Die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften im Weltsystem." In: *Volker Bornschier u.a.* (Hg.), Diskontinuitäten des sozialen Wandels. Frankfurt am Main/New York, S. 219-249.
Jungfer, Uwe 1993: „Die Krise als Chance? Zum Stand der Debatte um Weltmarktintegration," links 282, S. 11-12.
Kößler, Reinhart 1988: „Sozialistischer Entwicklungsweg – ein historisch-theoretisches und politisches Problem." In: *Helmut Reichert* (Hg.), Sozialistische Entwicklungsländer. Osnabrück, S. 5-17.
Kößler, Reinhart 1990: Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß. Studien an englischen und sowjetrussischen Paradigmata. Münster.
Kößler, Reinhart 1993: Despotie in der Moderne. Frankfurt am Main/New York.
Kößler, Reinhart 1994: Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens. Hamburg.
Kößler, Reinhart/Henning Melber 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main.
Kolko, Gabriel 1988: Confronting the Third World. United States Foreign Policy 1945-1985. New York, N.Y.
Mármora, Leopoldo 1990: „Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen," Peripherie 39/40, S. 82-99.
Massarrat, Mohssen/Hans-Joachim Wenzel/Birgit Sommer/György Széll (Hg.) 1993: Die Dritte Welt und wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. Freiburg i.B.
Meadows, Donella H./Dennis Meadows/Jorgen Randers 1993: Die neuen Grenzen des Wachstums. Reinbek.
Menzel, Ulrich 1985: In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan. München.
Menzel, Ulrich 1988: Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas. Frankfurt am Main.
Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main.

Menzel, Ulrich 1993: Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. 2., überarb., erw. und aktual. Aufl., Hamburg.

Mertens, Heide 1988: „Bevölkerungspolitik und das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung. Die verschlungenen Pfade der Solidarität," Peripherie 32, S. 41-52.

Mertens, Heide 1991: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Münster.

Mertens, Heide 1993: „Politische Ökologie und globale Krisenszenarien," Peripherie 51/52, S. 137-154.

Michler, Walter 1993: Somalia. Ein Volk stirbt. Der Bürgerkrieg und das Versagen des Auslands. Bonn.

Negt, Oskar 1988: Modernisierung im Zeichen des Drachen. China und der europäische Mythos der Moderne. Frankfurt am Main.

Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler 1992: „Ende der Dritten Welt?" In: *dies.* (Hg.), Handbuch der Dritten Welt. 3., völlig neu bearbeitete Aufl., Bd. 1: Grundprobleme – Theorien - Strategien. Bonn, S. 14-30.

Nuscheler, Franz (Hg.) 1985: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Opladen (PVS-Sonderheft 16).

Rhagavan, Chakravarti 1990: Recolonialization. GATT, the Uruguay Round and the Third World. London/New Jersey/Penang.

Roderick, Gordon/Michael Stephens (Hg.) 1981: Where Did We Go Wrong? Industrial Performance, Education and the Economy in Victorian Britain. Barcombe.

Schiel, Tilman 1988a: „Alltag und Geborgenheit," Peripherie 32, S. 53-79.

Schiel, Tilman 1988b: „Staatsschuld und Souveränität. Die historische Perspektive," Peripherie 33/34, S. 11-19.

Schiel, Tilman 1992: „Imperialismus als höchstes Stadium des Feudalismus. Fragezeichen zu '500 Jahre Weltmarkt'," Peripherie 46, S. 71-93.

Schoeller, Wolfgang 1981: „Zur ökonomischen Entwicklung Mosambiks seit der Unabhängigkeit 1975," Peripherie 5/6, S. 92-106.

Schoenberger, Erica 1989: „Multinational corporations and the new international division of labour: a critical appraisal." In: *Stephen Wood* (Hg.), The transformation of work? Skill, flexibility and the labour process. London, S. 91-101.

Schröer, Herbert 1980: „Thesen zum Nizer-Kapitalismus in Moçambique," Peripherie 3, S. 53-64.

Schütz-Buenaventura, Ilse 1993: „Binnenmarktorientierung als Holzweg? Zur Kritik einer Lateinamerikaanalyse," Blätter des iz3w 187, S. 13-14.

Senghaas, Dieter 1977: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main.

Senghaas, Dieter (Hg.) 1972: Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt am Main.

Senghaas, Dieter (Hg.) 1974: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main.

Senghaas, Dieter (Hg.) 1979: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt am Main.

Senghaas, Dieter 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt am Main.

Simonis, Georg 1993: „Der Erdgipfel von Rio – Versuch einer kritischen Verortung," Peripherie 51/52, S. 12-37.

Tetzlaff, Rainer 1988: „Nationale Souveränität in Gefahr? Kritische Betrachtungen über den Verlust eines kostbaren Gutes der Dritten Welt angesichts der Verschuldungskrise." Peripherie 33/34, S. 23-39.

Thielen, Helmut 1993: „Die Krise als Chance," Blätter des iz3w 189, S. 10-12.

Thompson, Edward Palmer 1992: Customs in Common. Harmondsworth.

Trenkle, Norbert 1993: „Weltmarkt-Industrialisierung als Illusion. Eine Antwort auf Eßer, Altvater, Thielen o.J.," Blätter des iz3w 190, S. 33-36.

Unmüßig, Barbara 1993: „Probleme und Chancen für eine neue Umwelt- und Nord-Süd-Politik nach UNCED." In: *Hubert* 1993, S. 141-152.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von 1990: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle des Jahrhunderts der Umwelt. 2. Aufl., Darmstadt.

Rolf Bräuer

Zwischen Provinzialität und Globalismus

Die westdeutsche Dritte-Welt-Bewegung in den 80er und 90er Jahren

1. Vorbemerkung

Das Vorhaben, einen Abriß über die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in den 80er Jahren und einen Ausblick auf die 90er Jahre zu schreiben, ist einer Reihe von prinzipiellen Schwierigkeiten ausgesetzt, die im Gegenstand selbst, aber auch in den Möglichkeiten, Zugang zu ihm zu finden, begründet sind. Wenn in der folgenden Analyse von Dritte-Welt-Bewegung gesprochen wird, sind die etwa 3000 bis 5000[1] unabhängigen, zumeist lokal arbeitenden Dritte-Welt-Gruppen, Dritte-Welt-Läden und Solidaritätskomitees gemeint sowie ihre Zusammenschlüsse, Netzwerke und Verbände, denen der Anspruch gemeinsam ist, durch ihre Arbeit ein öffentliches Bewußtsein für die Probleme in der Dritten Welt und das Verhältnis zwischen Nord und Süd zu erzeugen. Dazu gehört auch die Entwicklung von Aktionsformen, die zu einer Veränderung dieses Verhältnisses beitragen können. Die Orientierung auf gesellschaftliche Breite und auf Veränderung sind – neben der thematischen Abgrenzung – die entscheidenden Bestimmungsgrößen für den Bewegungscharakter der Dritte-Welt-Bewegung. Der Übergang zu den kleineren privaten Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen ist dabei fließend, da diese Organisationen zum Teil selbst den Charakter größerer, organisatorisch gefestigter Dritte-Welt-Gruppen haben und/ oder durch ehrenamtliche Mitgliedschaften vor Ort die Funktion von Zusammenschlüssen oder Verbänden wahrnehmen. Fließend ist auch die Grenze zu den antiimperialistischen Gruppen, deren Analysen – wie auch Organisationsformen – häufig denen der Dritte-Welt-Gruppen vergleichbar sind, die jedoch militantere Aktionsformen bevorzugen und meist nicht den Anspruch auf breite Bewußtseinsbildungsarbeit teilen. Diese Unschärfe in der Abgrenzung des Gegenstandes muß in Kauf genommen werden, da das Prozeßhafte des Bewegungscharakters eine genauere Bestimmung kaum zuläßt.

Der Zugang zur Dritte-Welt-Bewegung wird durch die unzureichende Literaturbasis erschwert. Es gibt nur wenige Analysen, die sozialwissenschaftlichen Standards genügen würden. Was bisher existiert, sind einzelne journalistische (zum Beispiel Bahlsen/ Rössel 1986) oder essayistische Beschreibungen älterer Phasen der Bewegung (zum Beispiel Leggewie 1984) sowie eine Reihe von Selbstverständnispapieren, die von Bewegungsteilnehmern geschrieben wurden und sich häufig den interessengeleiteten Perspektiven des jeweiligen Bewegungsspektrums verpflichtet fühlen. Auch in diesem Artikel wird sich die „Insider-Per-

spektive" nicht immer vermeiden lassen, da der Blick auf die Dritte-Welt-Bewegung vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen erfolgt[2] und sicher nicht uneingeschränkt Objektivität beanspruchen kann. Allerdings soll hier versucht werden, die Dritte-Welt-Bewegung mit einer gewissen Systematik zu betrachten und die jeweiligen Bewertungen in einen größeren Zusammenhang zu stellen und von daher zu begründen.[3]

2. Einleitung

Mit der Gegenüberstellung des Zitates von Marx – „Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen." [4] – und des Bibelzitats – „Der Herr sprach zu Kain: Wo ist dein Bruder Abel? Der sprach: Ich weiß nicht; soll ich meines Bruders Hüter sein? Er aber sprach: Was hast du getan? Das Blut deines Bruders schreit von der Erde zu mir!" (1. Mose 4, 9-10) – begann das 1981 in der 6. Auflage vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und anderen Zusammenschlüssen von Dritte-Welt-Gruppen herausgegebene „Aktionshandbuch Dritte Welt" (BUKO 1981, S. 1). Damit sollten die beiden Wurzeln der Dritte-Welt-Bewegung (nachfolgend DWB genannt) im proletarischen Internationalismus der Arbeiterbewegung bzw. in dessen Wiederaneignung durch die Studentenbewegung der 60er Jahre und im christlichen Humanismus deutlich gemacht werden. Zugleich schienen damit die Koordinaten bestimmt, in denen sich die Diskussionen innerhalb der DWB zu jener Zeit vollzog. Aus heutiger Sicht erscheint die Bestimmung der Herkunft der DWB aus ihrer linken und christlichen Tradition keineswegs mehr ausreichend. Auch die Fixierung auf die Studentenbewegung und die sich daran anschließende Orientierung auf länderbezogene Solidaritätsarbeit[5] führt teilweise zu falschen Analysen und Schlüssen. Die Entwicklung der Bewegung und ihres „Gegenstandes", des Nord-Süd-Verhältnisses in den 80er Jahren, sowie der Zusammenbruch des „nominalsozialistischen" Blocks, der eine Diskreditierung des gesamten linken und sozialistischen Projekts zu beinhalten scheint, haben die bisherigen Orientierungspunkte der DWB erschüttert. Das gesamte Selbstverständnis der Akteure, Teil einer gemeinsamen Bewegung zu sein, wie diffus dies auch immer gewesen sein mag, scheint in Frage gestellt. Es herrscht allgemeine Ratlosigkeit, und mit großen Anstrengungen entwikkelte Organisationsformen der Bewegung erwecken den Anschein, von (Selbst-)Auflösung bedroht zu sein.Vor diesem Hintergrund soll versucht werden, einige Entwicklungslinien der DWB in den vergangenen zehn bis 15 Jahren nachzuzeichnen und besondere Problembereiche zu diskutieren. Abschließend sollen dann mögliche Ansätze für Arbeitsaufgaben und Perspektiven der DWB skizziert werden.

3. Zielsetzung: Politische Wirksamkeit entfalten

Der Ausgangspunkt am Ende der 70er Jahre war gekennzeichnet durch eine Zersplitterung in weitgehend isoliert zu einzelnen Projekten oder einzelnen Ländern arbeitende oder Dritte-Welt-Handel betreibende Gruppen (Bräuer 1982). Selbst Gruppen in der gleichen Gemeinde oder Stadt fanden selten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Zu verschieden erschienen die spezifischen Probleme des „eigenen" Projektes, des „eigenen" Landes oder der „eigenen" Aktionsform. Ein Zusammenhang stiftendes gemeinsames Konzept für die internationalistische Arbeit, wie es der linke Antiimperialismus hätte sein können, war durch das

anmaßende, vereinnahmende Auftreten der K-Parteien gegenüber den Dritte-Welt-Gruppen[6] kompromittiert. Er stand daher als umfassender Denkansatz ebensowenig zur Verfügung wie ein christlich-humanistisch motivierter Ansatz, der wegen seiner Nähe zu den Amtskirchen nicht allgemein akzeptiert wurde.

Demgegenüber hatte sich in der wissenschaftlichen Diskussion durch die Rezeption und Bearbeitung der lateinamerikanischen Dependenztheorien (Senghaas 1972, 1977; Frank 1980) und anderer Ansätze (Fanon 1969; Amin 1975) die Überzeugung verfestigt, daß sich die Länder der Dritten Welt gegenüber den fortgeschrittenen Industrieländern keineswegs in einem früheren Stadium der Entwicklung befinden.[7] Der Blick wurde damit auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem hohem Entwicklungsstand der Industrieländer und der Unterentwicklung in der Dritten Welt gelenkt. Damit rückte die (Mit-)Verantwortung der Industrieländer für Hunger und Elend, extreme Ausbeutung und staatlichen Terror in den Ländern der Dritten Welt in den Mittelpunkt.

Die Aneignung und Diskussion der dependenztheoretischen Ansätze[8] führte zu der Erkenntnis, daß – trotz der heterogenen Struktur der Dritte-Welt-Gruppen – ein allgemein geteilter Bezugspunkt in der gemeinsamen Verantwortung der Dritte-Welt-Aktivisten als Bürger eines hochentwickelten Industrielandes gefunden werden mußte. Über die „Ländergrenzen" und Grenzen der Aktionsformen hinweg sollte das Gesamtverhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Dritten Welt, aufgegliedert in dafür exemplarische Problembereiche (Hunger, Krankheit, staatliche Repression, strukturelle Ausbeutung), zum gemeinsamen Thema der verschiedenen Bewegungsteile werden. So sollte politische und gesellschaftsverändernde Wirksamkeit in der Bundesrepublik zugunsten der Dritten Welt entfaltet werden. Darüber hinaus wurde eine Zusammenarbeit mit den Neuen Sozialen Bewegungen in der BRD (Anti-AKW-, Frauen-, Friedensbewegung) angestrebt. Außerdem sollte die Kooperation mit den Gewerkschaften und Kirchen weiterentwickelt werden.

4. Kampagnen und Bündnisse

1977 wurde der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) als Zusammenschluß der Dritte-Welt-Gruppen, Dritte-Welt-Läden und Solidaritätskomitees gegründet. In der Folge entstanden die Publikationen „BRD und Dritte Welt" sowie das „FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen". Als zentrales Element der Arbeit wurden Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte festgelegt, die den Zusammenhang zwischen bundesdeutscher Regierungs- und Firmenpolitik und Hunger, Not, Elend, Unterdrückung und Unterentwicklung in der Dritten Welt aufzeigen sollten. Nacheinander wurden gegründet:

- die BUKO-Pharmakampagne, um den Einfluß bundesdeutscher Pharmakonzerne auf die Gesundheitsversorgung in der Dritten Welt zu thematisieren;
- die BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" zum bundesdeutschen Beitrag zur Militarisierung der Dritten Welt;
- die BUKO-Agrarkoordination zu den Auswirkungen der bundesdeutschen und EG-Agrarpolitik auf die Nahrungsmittelversorgung in der Dritten Welt;
- die BUKO-Frauenkoordination zur spezifischen Betroffenheit von Frauen durch Unterentwicklung und Verelendung und zur Rolle von Frauen in den bundesdeutschen Dritte-Welt-Gruppen;

- der Arbeitsschwerpunkt „Weltwirtschaft und Verschuldung" zur Rolle der bundesdeutschen Banken und Finanzpolitik bei der Schaffung und Aufrechterhaltung der Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt.

Außerhalb des BUKO wurde dieser Arbeitsansatz aufgegriffen. Es kam zur Gründung weiterer Initiativen als Ergänzung zu den BUKO-Kampagnen (Bayer-Coordination, Pestizid-Aktions-Netzwerk usw.). In diesen Kampagnen und Arbeitsschwerpunkten sollten Dritte-Welt-Gruppen mit unterschiedlichen länderspezifischen Arbeitsbereichen mit solchen zusammenarbeiten, die auf das jeweilige Kampagnenthema spezialisiert waren, und darüber hinaus eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Ökologie-, Friedens-, Frauengruppen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen schaffen.

Vorbild für die Organisationsform der Bildungs- und Öffentlichkeitskampagne war die von den kirchlichen Jugendverbänden, der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (AEJ) und dem Bund deutscher katholischer Jugend (BDKJ) in der zweiten Hälfte der 70er Jahre durchgeführte UNCTAD-Kampagne.[9] Auf die UNCTAD-Kampagne geht auch die Gründung des Dritte-Welt-Handels zurück. Umstritten war dabei immer wieder, ob der Handel lediglich eine symbolische Aktionsform und ein Vehikel der Informationsvermittlung und Bewußtseinsbildung oder tatsächlich eine Herausforderung für den kapitalistischen Welthandel darstellen sollte. Ein weiterer Schritt in die letztgenannte Richtung wurde mit der Gründung von TransFair unternommen. Mit der TransFair-Gründung ist es gelungen, Kaffee über den konventionellen Lebensmittelhandel zu vertreiben bzw. in diesen Bereich einzubrechen.[10]

Unentschieden ist bis heute, ob die Strategie thematischer Kampagnen tatsächlich eine Vereinheitlichung und Erhöhung der politischen Durchsetzungskraft der Bewegung bewirkte oder ob sie zu einer größeren politischen Zersplitterung beigetragen hat. Für die These einer erhöhten politischen Durchsetzungskraft spricht, daß organisationsübergreifende Bündnisse möglich wurden. Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß die Kampagnenarbeit positive Wirkungen auf andere Bewegungen und Organisationen, weniger aber auf die DWB hatte, da viele ehemalige Aktivisten der Dritte-Welt-Bewegung in andere Bewegungen oder in die politischen Parteien abgewandert sind.

Die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen kam am intensivsten mit der in den 80er Jahren (wieder-) erstarkenden Friedensbewegung zustande, während sie mit den anderen Bewegungen punktuell blieb. Nach der großen Friedensdemonstration während des Evangelischen Kirchentages im Juni 1981 in Hamburg kam es bei der Nachfolgedemonstration im Oktober 1981 in Bonn zum Eklat zwischen den Veranstaltern, der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste (AS/F), der Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) und den in Bonn vertretenen Befreiungsbewegungen. Streitpunkt war ein gemeinsamer Redebeitrag der Befreiungsbewegungen, der auch im Namen der PLO gehalten werden sollte und von den Veranstaltern mit Rücksicht auf ihre Israelarbeit abgesetzt wurde. Aus Empörung über diese bevormundende Zensurmaßnahme der beiden Friedensorganisationen wurde auf dem folgenden Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen im November 1981 in Berlin ein stärkeres Engagement in der Friedensbewegung beschlossen. Ein Koordinationskreis Dritte Welt (KK3W) in der Friedensbewegung wurde unter Beteiligung der unterschiedlichen Themenbereiche und politischen Spektren der DWB gegründet.[11] Der BUKO trat in den Koordinationsausschuß der

Friedensbewegung, später auch in die Geschäftsführung der sogenannten Anti-Reagan-Demonstration im Juni 1982 ein. So gelang eine starke Verankerung der Thematik „Dritte Welt und Frieden" neben der Mittelstreckenraketenproblematik. In den Aktionen des Herbstes 1983 war das Thema „Internationale Solidarität" mit einem eigenen Aktionstag innerhalb einer zentralen Aktionswoche vertreten.

Eine Sonderrolle in der länderbezogenen Dritte-Welt-Arbeit hat seit Ende der 70er Jahre die Mittelamerika-, besonders die Nicaragua-Solidarität gespielt. Durch die Mischung aus linken und christlichen Inhalten in der nicaraguanischen Revolution hatte diese eine besondere Attraktivität für die ähnlich strukturierte bundesdeutsche Solidaritätsbewegung. Hier konnte es zu einem Bündnis von unabhängigen, sozialdemokratischen und DKPnahen Linken, Christen und Humanisten kommen. Nach dem Abflauen der Friedensbewegung wandte sich ein großer Teil ihrer Aktivisten der Nicaragua- und Mittelamerika-Solidaritätsarbeit zu. Angesprochen wurden sie durch die militärische Interventionsdrohung der US-Regierung und ihrer Low-intensity-Kriegsführung, die eine thematische Brücke zwischen der originären Friedensthematik und der Dritte-Welt-Solidaritätsarbeit bot. Besonders das von der US-Friedensbewegung entwickelte Konzept des peace-watching, in der bundesdeutschen oder europäischen Variante mit personeller Aufbauhilfe in internationalen Brigaden verbunden (unterstützt durch Medikamenten-, Werkzeug-, Maschinen- und Kleidersammlungen), hatte eine besondere Anziehungskraft für ehemalige Friedensaktivisten in der Bundesrepublik. Erst der Wahlsieg der bürgerlichen Opposition in Nicaragua – und damit das Ende des Modellcharakters Nicaraguas für die bundesdeutsche linke und grün-alternative Szene – bedeutete das Ende der Bewegung in dieser Breite.

Zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank 1988 in Berlin gelang es noch einmal, eine breit getragene Massenprotestveranstaltung unter dem Motto „Schulden streichen!" zu organisieren. Mit einem Vorlauf von mehreren Jahren wurde in zahlreichen Seminaren, Treffen und Kongressen die Thematik „Weltwirtschaft und Verschuldung" erarbeitet und ausgelotet, über einen Experten- und Insiderkreis hinaus verbreitet und für politische Aktionen aufbereitet. Aufbauend auf der in der Friedensbewegung entwickelten Bündniskultur konnte eine politische Breite der beteiligten Spektren in den Anti-IWF-Aktionen erreicht werden, die über die der Friedensbewegung noch hinausging. Dieser Bündniszusammenhang verhalf den Aktionen insgesamt zu einem großen Öffentlichkeitserfolg, wenn auch die Forderung „Schulden streichen!" in letzter Konsequenz bis heute nicht durchgesetzt werden konnte.

Seither gestartete Versuche, zu einer ähnlichen Qualität des internationalistischen Protestes zu kommen, müssen weitgehend als gescheitert angesehen werden. Erinnert sei etwa an den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München oder den 500. Jahrestages des Beginns der Eroberung und Unterwerfung Lateinamerikas. Neben der zu diesem Zeitpunkt noch immer wirksamen Verunsicherung durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die neue Situation nach der „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten scheint bei beiden Aktionen die Ursache für das Scheitern u.a. in der unzureichenden Bündnisarbeit der Organisatoren (zum Beispiel Konkurrenz zwischen ÖkoLinX und den Grünen) und der daraus resultierenden inhaltlichen, strategischen und taktischen Unklarheit gelegen zu haben. Indikator dafür ist, daß im Verlauf der Vorbereitungen nur noch von „Kampagne 1992" (ohne jede inhaltliche Qualifizierung) gesprochen wurde. So war bei den Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel unklar,

was die politische Zielsetzung und passende Aktions- und Veranstaltungsform hätte sein können. Die Kampagne zu 500 Jahre Kolonialismus wurde – trotz Bemühungen um eine Verknüpfung mit dem europäischen Einigungsprozeß nach Maastricht – weitgehend aus der historischen Perspektive heraus geführt, ohne die Aktualität von Unterwerfung, Unterdrükkung und Ausbeutung deutlich zu machen und konkrete politische Forderungen zu stellen.

5. Dritte-Welt-Bewegung in der Krise?

Seither ist es weit verbreitet, von einem allgemeinen Niedergang der DWB, wie der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen insgesamt, auszugehen. Dies trifft jedoch meines Erachtens auf die DWB nicht in gleicher Weise zu wie möglicherweise für die Friedens- und Ökologiebewegung, obwohl Ähnlichkeiten sicher vorhanden sind. Dazu einige Anmerkungen.

Krise oder Normalisierung?

Um die These vom „Niedergang der Bewegung" zu prüfen, ist es notwendig, sich den Bezugsrahmen zu vergegenwärtigen, der als Vergleichsgröße herangezogen wird. Das, was Bewegung ausmacht, wird weitgehend in Bezug auf die massenmobilisierenden Großveranstaltungen und Aktionen der Friedensbewegung in den 80er Jahren definiert. Charakteristisch für diese Phase war u.a. das breite Bündnisspektrum von Friedens-, Dritte-Welt-, Frauen- und Ökologiegruppen, Parteien, kirchlichen und Gewerkschaftsgruppen, duch das die erfolgreiche Besetzung von Themen in der Öffentlichkeit gelang. Legt man diese Zeit als Maßstab zugrunde, dann macht es tatsächlich Sinn, heute von einem Niedergang zu sprechen.

Allerdings ist es kaum verwunderlich, daß sich ein derartiger Grad an Mobilisierung nicht über Jahre hinaus aufrecht erhalten läßt. Die Bewegungen haben sich in dieser Hinsicht wieder auf ein „Normalmaß" reduziert. Dies gilt vor allem auch für die DWB.

Die DWB war von ihrem Charakter her nie eine einheitliche Bewegung; zu unterschiedlich sind weiterhin die Länder und Weltregionen, die Themen, Aktions- und Kooperationsformen, die von den einzelnen Gruppen bearbeitet und praktiziert werden. Zu stark sind die Gruppen – trotz ihrer globalen Thematik – in ihrem lokalen Umfeld verankert, weitgehend unfähig, sich dauerhaft auf bundesweite oder gar europa- und weltweite Zusammenhänge zu beziehen. Nur wenige Gruppen haben eine bundes- oder sogar europaweite Orientierung. Auch wenn Länder-, Themen- und übergeordnete Koordinationen der Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen bestehen, haben diese immer eine stark eingeschränkte, koordinierende und nie zentralisierende Funktion gehabt. Der BUKO steht beispielhaft für diesen Zustand. Für die Koordinationsstellen der DWB war es immer schon schwierig, einen ideellen Zusammenhang zu stiften und gemeinsame Bezugspunkte zu finden, an denen politische Wirksamkeit erzeugt werden konnte.

Die DWB war nie eine Massenbewegung. Sie ist in ihrem Kern immer die Angelegenheit einer relativ kleinen Zahl von Menschen, die sich in diesem Bereich allerdings häufig über Jahre engagieren. Der andere, wahrscheinlich größere Teil der Dritte-Welt-Bewegten ist angezogen von Exotik, von Revolutionsromantik, von scheinbar einfachen Lösungen für scheinbar einfache Probleme, arbeitet für kurze Zeit in diesem Feld und verläßt das Thema wieder, wenn die vorgängigen Vorstellungen nicht bestätigt oder gar enttäuscht werden. Die DWB war nie eine aktionistische Bewegung.

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen hat sie sich immer schwer getan. Im Kern ist die DWB eine Bewegung der intellektuellen Auseinandersetzung. Von den Akteuren wird die Bereitschaft erwartet, sich auf ein langwieriges Studium der komplizierten weltpolitischen, weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie die sozialen und kulturellen Verhältnisse in einzelnen Ländern einzulassen. Die damit verbundene Expertise schlägt sich auch in den mehr als 80 Zeitschriften, Rundbriefen, regelmäßigen Publikationen, Büchern, Broschüren etc. nieder. Die vorherrschende Aktionsform der DWB ist die Informationsvermittlung und Bewußtseinsbildung, der andere Praktiken symbolischer Politik untergeordnet sind.[12]

Dieser Zustand bewirkt eine spezifische politische Schwäche der DWB, die sich beschreiben läßt als

- übertriebenes Bestehen auf der Autonomie der Gruppe,
- Konkurrenzdenken und Unfähigkeit zur politischen Koalition,
- Unfähigkeit, sich in größere Organisationsformen einzufügen,
- mangelnde Koordination und politische Willensbildung,
- unpolitisches Expertentum,
- Orientierung auf Veränderungen im Lebensstil, im Konsumverhalten, im Bewußtsein,
- mangelnde politische Einflußnahme.

Diese charakteristischen Merkmale der Dritte-Welt-Bewegung wurden in der Phase der Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung lange Zeit verdeckt. Durch die Friedensaktionen, in denen der inhaltliche Zusammenhang zwischen Nord-Süd und Friedensproblemen verdeutlicht wurde, konnten auch solche Menschen angesprochen werden, die sich in der Regel nicht für Dritte-Welt-Themen mobilisieren lassen. Darüber hinaus wurde die Dritte-Welt-Bewegung, hier besonders die Nicaragua- und Mittelamerika-Bewegung mit ihrer Anti-Interventionskampagne, zu einem Auffangbecken für AktivistInnen aus der sich auflösenden Friedensbewegung.

Vor diesem Hintergrund konnte die Vorstellung einer massenmobilisierenden DWB entstehen, die sich der Verankerung ihrer Themen in der Gesellschaft sicher sein konnte. Doch dieser Eindruck täuschte.

Die außergewöhnlichen Umstände, die damals eine breite Mobilisierung möglich machten, sind heute in dieser Form nicht mehr gegeben. Der jetzige Zustand ist – in gewisser Weise jedenfalls – mit dem Ende der 70er Jahre vergleichbar.[13] In anderer Hinsicht haben sich aber tatsächlich Veränderungen ergeben.

Die osteuropäischen Umbrüche und ihre Folgen für die DWB

Die Veränderungen in Osteuropa stellen einen Einschnitt für die DWB dar, der zu einer tiefen Verunsicherung im Selbstverständnis geführt hat. An folgenden Punkten kommt dies zum Ausdruck:

Ein wichtiger Orientierungspunkt auch für die DWB war bis zum Ende der 80er Jahre die Blockkonfrontation bzw. der Versuch, sich dieser Logik zu entziehen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation ist auch ein zentrales Unterscheidungsschema abhanden gekommen (Kapitalismus versus Sozialismus). In den Blick geraten heute wieder stärker die spezifischen Bedingungen einzelner Länder und Weltregio-

nen sowie die internen Entwicklungshemmnisse und nationalen Akteure. Was auf der einen Seite die Analyse der Nord-Süd-Problematik u.U. realitätsnäher werden läßt, macht es auf der anderen Seite aber auch zunehmend schwieriger, von der Dritten Welt als einheitlichem Gebilde[14] zu sprechen.

Das Ende der Blockkonfrontation schlägt sich auch in einer Unsicherheit bezüglich des zu wählenden theoretischen Rahmens nieder. Zwar hat die Erosion der „großen" Theorien (Modernisierungs-, Dependenztheorie) bereits früher eingesetzt, doch erst jetzt kann ein Buch wie „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie" von Ulrich Menzel so heftige und (noch?) relativ hilflose Reaktionen auslösen.

Mit dem Aufbrechen des Ostblocks und der Reorganisation in labilen Nationalstaaten stellt sich die Frage, ob und wie diese neuen Länder in das bisherige Schema von Erster, Zweiter (was immer die Zweite Welt war) und Dritter Welt eingeordnet werden können. Sind etwa die Atommächte Kasachstan, die Ukraine oder Rußland ganz oder teilweise als Dritte Welt zu bezeichnen? Müssen hier erst ähnliche Hilfskonstruktionen wie der Begriff der „Dritten Welt in der Ersten Welt" herangezogen werden, um diese Länder adäquat zu beschreiben? In diesem Zusammenhang lassen sich weitere Fragen aufwerfen:

Mit dem Aufbrechen der Blockkonfrontation fällt es vor allem regierungsoffiziellen und halboffiziellen Stellen leichter, Unstimmigkeiten zwischen Programm und Realität der Entwicklungspolitik, auf die die DWB seit Jahren aufmerksam gemacht und die sie kritisiert hat, zuzugestehen und – zumindest verbal – Teile der Positionen der DWB zu übernehmen (vgl. dazu auch Falk 1993, S. 668 f). Dies hat zur Folge, daß Themen wie Ausbeutung, Hunger, Ökologie, Entwicklung und die besondere Betroffenheit von Frauen nicht mehr eindeutig und allein von der DWB besetzt sind. Die Legitimation einer zur herrschenden Entwicklungspolitik in Opposition stehenden Bewegung scheint zu schwinden. Neue Anstrengungen der Recherche und Theoriearbeit sind notwendig, um die hinter der verbalen Adaption liegenden Strategien und Funktionen aufzudekken und ins Bewußtsein zu heben. Schließlich können die verbalen Konzessionen der offiziellen Entwicklungspolitik nicht bereits als Erfolge der Bewegung betrachten werden.[15]

Als Folge des Zusammenbruch im Osten haben sich die DKPnahen Dritte-Welt-Gruppen und -Organisationen [16] weitgehend aufgelöst. Einige ihrer hauptamtlichen Vertreter arbeiten heute in den Themenbereichen Weltwirtschaft, Verschuldung und Ökologie. Demgegenüber fühlen sich die Vertreter undogmatischer linker Positionen in der DWB von den Veränderungen im Ostblock nicht in dieser Weise betroffen. Sie sind mit ihren Positionen, wenn auch merklich leiser, weiterhin in der DWB präsent.

Wandel von Organisations- und Aktionsformen

Die DWB bestand in den 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre weitgehend aus einer Vielzahl kleiner, lokaler Gruppen, die sich von den großen Spendenorganisationen und Hilfswerken deutlich abgrenzten. Selbst kleinere Hilfswerke (terre des hommes, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) arbeit(et)en mit Lokalgruppen. Seitdem haben sich jedoch hinsichtlich organisatorischer Strukturen, Aktions- und Kooperationsformen einige deutliche Veränderungen ergeben.

a) In jüngerer Zeit haben sich im Zwischenbereich Organisationen wie „Weltwirtschaft, Öko-

logie & Entwicklung" (WEED) und „German Watch" gebildet, die aus der Dritte-Welt-Bewegung hervorgegangen sind, aber deutlich und offensiv andere Akzente in ihren Organisations- und Aktionsformen setzen. Nicht mehr die lokale Gruppe ist die kleinste Einheit, sondern das mehr oder weniger interessierte Individuum; nicht mehr auf breite Bewußtseinsbildung und öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen wird gesetzt, sondern – anknüpfend an verbale Konzessionen der „Offiziellen" und gegründet auf die eigene Expertise – auf gezielte Lobbyarbeit. Offen ist dabei, wie sich solche Lobbyorganisationen in den Zusammenhang der DWB einfügen: als reformistischer Flügel? Als Ergänzung im Organisations- und Aktionsangebot? Als Interessenorganisation? Oder sind diese Aktivitäten tatsächlich ein Ausdruck für den Niedergang der Bewegung?

b) Gefördert durch Koalitionen zwischen SPD und Grünen in einigen Bundesländern haben sich neue, länderbezogene Zusammenschlüsse von Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees gebildet, die die alte, seit Gründung des BUKO immer wieder gestellte Frage nach der angemessenen bundesweiten Organisationsform der DWB erneut aufwerfen (vgl. Kupper/ Spehr 1994). Die Bestimmung des eigenen Standortes und der eigenen politischen Praxis in einem sich wandelnden politischen Umfeld hat immer wieder notwendige Selbstverständnis- und Strukturdebatten (vgl. auch Bräuer 1984) ausgelöst, die jedoch in neuerer Zeit nicht selten Züge von Selbstzerfleischung annehmen.[17] Dabei scheint doch allen Beteiligten klar zu sein, daß ein bundesweiter Zusammenschluß notwendig ist, sogar ein europaweites bzw. weltweites Netzwerk wünschenswert wäre, um die Solidaritätsbewegung zu einer einflußreichen politischen Kraft zu machen.

c) Die Veränderungen der DWB resultieren aber auch aus der Organisationform der Dritte-Welt-Arbeit. Die unterschiedlichen Arbeits- und Aktionsformen (Handel, Kampagnen, Veranstaltungen, Publikationen) wurden nicht zuletzt durch die professionelle Struktur gestärkt (ABM-Stellen). Mit der professionellen Struktur wuchs aber die Dynamik zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Wegen aller Probleme, die aus einer solchen Struktur erwuchsen, ist der Organisationsbestand durch die Streichung von ABM-Mitteln akut gefährdet, da funktionierende ehrenamtliche Ressourcen nicht mehr zur Verfügung stehen bzw. erst neu entstehen müssen.

d) Weitere Veränderungen ergeben sich durch gesellschaftliche Entwicklungen, die auch die Akteure der DWB tangieren. So hat sich am Ende der 80er Jahren wieder einmal ein Generationswechsel vollzogen, wie er bereits in den 60er Jahren für die Ostermarschgeneration und in den 70ern für die 68er Generation zu beobachten war. Der Generationswechsel betrifft jetzt die „Zaungäste" (Mohr 1992)[18] der 78er. Allerdings ist bisher noch nicht absehbar, ob dieser Bruch lediglich aus dem Abtauchen der Bürgerinitiativgeneration in Elternschaft, geregelte Berufs- und Einkommensverhältnisse, Beziehungskisten, Therapiekarrieren und unpolitische Privatheit besteht oder ob sich damit auch Wechsel zu einer neuen politischen Generation mit neuen Themen und Aktionsformen (Unimut u.ä.) vollzieht.

e) Nahezu unbeeinflußt von der allgemeinen Krisenstimmung scheint der Dritte-Welt-Handel derzeit zu agieren. Es gelang erfolgreich, kleinbäuerlich erzeugten und direkt importierten Kaffee unter dem Namen TransFair im konventionellen Lebensmittelhandel zu etablieren. Diese Form der Dritte-Welt-Arbeit ist sogar gegenüber den Kaffeegroßkonzernen in der

Offensive, gelang es doch, beachtliche Marktanteile zu erobern.

6. Quo vadis? – Dritte-Welt-Bewegung in den 90er Jahren

Wie sich bis hierher gezeigt hat, haben sich eine Reihe von Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen ergeben, die bei vielen Akteuren der DWB zu erheblichen Orientierungsschwierigkeiten geführt haben. Trotzdem teile ich den Pessismismus bezüglich der Zukunft der DWB, wie er häufig zu hören ist, nicht. Vor allem einer Lesart, die die gegenwärtige Krise der Bewegung im Gegenstand selbst, im Fehlen einer „durch materielle oder existentielle Interessen definierte(n) soziale(n) Basis" und der nicht bestehenden „direkten Betroffenheit ihrer Träger vom Problem, von dem die Bewegung handelt" (Wahl 1992, S. 1), verortet und von daher die Mobilisierungserfolge der 60er, 70er und 80er Jahre für Dritte-Welt-Themen – auch unabhängig von der Sondersituation im Zusammenhang mit der Friedensbewegung – als punktuelle Ausnahmeerscheinungen einer idealistischen Jugendkultur betrachtet (ebd.), kann hier nicht gefolgt werden.

Auch wenn die direkte Betroffenheit in der Anfangsphase der Neuen Sozialen Bewegungen quasi zum Konstituierungsmerkmal gemacht wurde, gilt auch für die Ökologie- und die Friedensbewegung, daß ihr Gegenstand in hohem Maße wissens- und nicht erfahrungsabhängig und damit der vermittelnden Definitionsmacht von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, Wissenschaft und Gegenwissenschaft ausgesetzt ist. Darauf hat u.a. Beck (1986, S. 67 ff) aufmerksam gemacht. Selbst die Arbeiterbewegung war, trotz direkter Erfahrbarkeit der materiellen und psychosozialen Verelendung der Arbeiterschaft, nicht frei von Definitions- und Vermittlungsnotwendigkeiten, die in der besonderen Rolle der Intellektuellen (von Marx bis Negt), dem Avantgardeproblem u.ä. in der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt (siehe dazu u.a. Negt/ Kluge 1972). Die DWB bildet also in dieser Hinsicht keine grundsätzliche Ausnahme.

Darüber hinaus besitzt die DWB m. E. – wie die anderen Neuen Sozialen Bewegungen auch – einen materiellen Kern. Während in der Friedensbewegung die Kriegsangst, in der Ökologiebewegung die Furcht vor Krankheit und Gebrechen zum Ausdruck kommt, so ist der tiefere Kern der DWB in der tief verwurzelten und latenten „Angst vor Armut" (Wagner 1991) zu suchen. Diese Angst vor Armut erfährt in der medienvermittelten Zustandsbeschreibung der Dritten Welt eine Aktualisierung. Verstärkt wird die Angst durch die immer stärker spürbaren Bedrohungen in der eigenen Gesellschaft. Hier seien nur die Stichworte Neue Armut, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialstaates genannt. In der Beschäftigung mit der Dritten Welt kann potentiell die eigene Bedrohung durch die gleiche ausbeuterische kapitalistische Weltwirtschaft deutlich werden, wie sie in der Dritten Welt viel offener zu Tage tritt.

Eine Solidarisierung der von Ausgrenzung und Marginalisierung Bedrohten in der Bundesrepublik mit den sich tatsächlich in dieser Situation befindlichen Menschen der Dritten Welt entsteht jedoch keinesfalls automatisch. Im Gegenteil: Wie u.a. die jüngsten Pogrome gegen Ausländer (und ihre Duldung und Rechtfertigung durch ganz „normale" Bürger) zeigen, werden diese – zunächst einmal – als Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnungen, staatliche Leistungen etc. angesehen und bekämpft. Eine ähnliche Haltung ist gegenüber Menschen in der Dritten Welt zu vermuten.

Eine Aufgabe der DWB für die 90er Jahre wird es sein, das Bedürfnis nach Statussicherung in der bundesdeutschen Bevölkerung – vor dem Hintergrund einer nicht mehr recht gelingen wollenden Verleugnung und Verdrängung eigener sozialer Unsicherheit, die in sinnlose Aggression gegen die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft (Asylbewerber, Ausländer, Obdachlose, Alte, Kinder) umschlagen kann – aufzunehmen, um die gemeinsame Betroffenheit der Menschen in der Dritten Welt und den Industrieländern durch dieselben ökonomischen und politischen Mechanismen, durch das Ausgeliefertsein an die Weltmarktkonkurrenz, dem unkontrollierten Agieren internationaler Konzerne, den Spekulanten und Banken etc. bewußt zu machen. Die DWB könnte dabei offensiv sowohl an eine aufklärerische Tradition der eigenen Bewegung wie auch an sich politisch verstehende erwachsenen- und betroffenheitspädagogische Ansätze zum Themenbereich Dritte Welt aus den 70er Jahre (etwa Gronemeyer/Bahr 1977) anknüpfen und versuchen, diese vor dem Hintergrund der neuen politischen und gesellschaftlichen Situation der 90er Jahr zu reformulieren. Nur auf ein Bewußtsein gleichartiger strukturell verursachter Ohnmacht der Menschen in Industrieländern und in der Dritten Welt läßt sich dauerhaft eine Solidaritätsarbeit aufbauen, die frei ist von Dominanz und Unterordnung, altruistischer Beliebigkeit und moralisierendem Impetus und tendenziell zwischen gleichbetroffenen und gleichwertigen Partnern erfolgt.

Auch im Bereich globaler Umweltprobleme bestehen gemeinsame Betroffenheiten. Hier ist mit der UN-Konferenz für Ökologie und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und dem von Nichtregierungsorganisationen organisierten Rio-Begleit- und Nachfolgeprozeß ein Themenfeld für die DWB entstanden, das eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit entsprechenden Gruppierungen in der Dritten Welt erlaubt. Allerdings, und auch dies hat UNCED gezeigt, endet die Interessenidentität u.U., wenn die Entwicklungsperspektive ins Spiel gebracht wird, nämlich dann, wenn als Voraussetzung einer gleichwertigen Entwicklung in der Dritten Welt ein Wohlstandsverzicht in den reichen Industrienationen gefordert wird. Für die DWB wird es darum gehen müssen, das gemeinsame Interesse an einer ressourcenschonenden, nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschaftsweise herauszustellen. Darüber hinaus bestehen in diesem Bereich Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Teilen der Ökologiebewegung, den Jugend-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie GRAS (GRößte Anzunehmende Solidarität).

Ihre Stärke sollte die DWB aus dem direkten Kontakt zwischen den Betroffenen in der Ersten und der Dritten Welt und der Entwicklung gemeinsamer Handelsperspektiven beziehen. Das bedeutet:

- Ergänzung der bisher stark übergewichtigen intellektuellen Auseinandersetzung um praktische Veränderungsarbeit;
- Wiederherstellung der Einheit von Aktion und Reflexion (Freire 1973, S. 105 ff);
- Ausrichtung auf Veränderungen im eigenen oder weiteren Lebensbereich – mit Blick auf „Autonomieproduktion gegenüber anderen" (vgl. Negt/Kluge 1981, S. 835 f u. Anm. 26).

Dabei kann sich die DWB auf folgende, in den vergangenen Jahren weitgehend akzeptierte, miteinander korrespondierende Prinzipien ihrer Arbeit stützen:

- Vorrang der Inlands- vor der Auslandsarbeit/ Primat der politischen vor der karitativen Arbeit.

Weitgehend akzeptiert ist die Auffassung, daß die DWB das unmittelbare Elend der Menschen in der Dritten Welt durch materielle Hilfe nicht lindern kann. Vielmehr ist ein fundamentaler Wandel im Welthandels- und Weltfinanzsystem, im Patentrecht, im Zugang zu Wissen und Informationen, im Verhältnis der Weltkulturen usw. Voraussetzung für eine selbstbestimmte und selbstgestaltete Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt. Der Schlüssel hierzu liegt im umfassenden Umbau des Industriesystems, der von den oppositionellen Bewegungen in den Industrieländern betrieben werden muß.

- Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung.

Was von vielen Beobachtern der Dritte-Welt-Szene als häufiger Themenwechsel kritisiert wird (vorvorgestern Algerien, vorgestern Vietnam, gestern Nicaragua, heute Kuba?), läßt sich auch positiv deuten. Unterstützt wurden Versuche, den Bewußtseinsprozeß über Ausbeutung bei den Betroffenen zu wecken, um so Wege zu einer eigenständigen Entwicklung einzuleiten. Teils intuitiv, teils theoretisch begründet hat sich die DWB gegenüber rein „assistenzialistischen" Ansätzen abgegrenzt. Es wird darauf ankommen, einen theoretischen Rahmen neu zu entwickeln, der den veränderten internationalen Bedingungen gerecht wird. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Die DWB braucht eine neue Handlungsorientierung, die über die Arbeit in Einzelgruppen, Länder- und Themenfeldern hinausgeht. Möglicherweise könnte der Rio-Nachfolgeprozeß einen solchen Rahmen schaffen. Vielleicht entwickelt er sich aber auch aus einer gemeinsamen Arbeit zur geplanten Weltsozialkonferenz 1995.

Als Eckpunkte eines derartigen gemeinsamen Rahmens könnten die im folgenden als Forderungen der DWB formulierten Grundsätze dienen:

1) Grundsatz

Die Politik der DWB orientiert sich an dem Ziel einer im Einklang mit der Natur nachhaltig wirtschaftenden, in Solidarität, Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und gesicherten Menschenrechten zusammenlebenden Weltgesellschaft. Die Rolle der BRD in diesem Prozeß hat sich zu orientieren an den Prinzipien der Selbstbeschränkung. Deutschland muß zu einem internationalen „Kriegsdienstverweigerer" und „Zivildienstleistenden" werden (Cremer 1993).

2) Nachhaltigkeit

Von der DWB wird eine Lebens- und Wirtschaftsweise angestrebt, die im Einklang steht mit den Bedürfnissen der nicht-menschlichen Natur, die natürliche Ressourcen schont und bereits entstandene ökologische Schäden beseitigt. Dies ist in erster Linie als Forderung an die westlichen Industrienationen nach einem konsequenten Umbau ihrer umweltverschmutzenden und ressourcenträchtigen Wirtschaftsweise zu verstehen: CO_2-Reduktion nicht vorrangig durch Bekämpfung der Regenwaldabholzung, sondern durch Verminderung des Primärenergieverbrauchs in Verkehr, Industrie und Haushalten, stoffliche Konversion durch Verwendung regenerierbarer Rohstoffe, Engführung von Stoffkreisläufen, Verringerung der Eingriffstiefe in natürliche Prozesse und Nutzung der Mitproduktivität der Natur (vgl. Bräuer/ Lucas 1992 und die dort angegebene Literatur).

3) Gerechte Weltwirtschaftsordnung

Die DWB tritt ein für das Recht der Völker, ihre Ernährung selbst zu sichern, die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen nach den eigenen Bedürfnissen, kulturspezifischen Vorlieben und im Einklang mit der jeweiligen natürlichen Umwelt eigenständig zu organisieren, wobei sie auf die aktive Unterstützung durch andere Völker und die Weltgemeinschaft zählen können. Entgegen dem Freihandelsdogma beinhaltet diese Vorstellung das Recht (vor allem der Länder der Dritten Welt), die eigene Wirtschaft vor der Konkurrenz internationaler Konzerne zu schützen und bestehende Disparitäten in den Terms of Trade durch Zölle u.ä. auszugleichen, während – umgekehrt – den Ökonomien der Dritten Welt die Märkte der Industrieländer solange uneingeschränkt offenstehen sollten, bis ein Ausgleich der Lebenschancen erreicht ist.

4) Entmilitarisierung

Die DWB tritt ein für eine konsequente Zivilisierung der Politik, so daß militärische Formen der internationalen wie nationalen Konfliktaustragung in ihr keinen Platz mehr haben. Voraussetzung dafür ist die weltweite Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen, eine weitgehende Reduzierung nationaler Armeen und eine restriktive Kontrolle des internationalen wie nationalen Waffenhandels.

5) Demokratisierung

Auf den Ebenen Familie, Freundschaftskreis, Nachbarschaft, Gemeinde, Region, Nation und Weltgesellschaft hat das Subsidiaritätsprinzip in dem Sinne zu gelten, daß Regelungen des Zusammenlebens jeweils auf der niedrigstmöglichen Ebene getroffen werden und die Entscheidungsfindung einer möglichst direkten

und gleichberechtigten Mitwirkung der jeweils Betroffenen zugänglich gemacht wird. Zur Durchsetzung einer basisdemokratischen Mitwirkung sind die dafür nötigen Freiräume zu schaffen und die modernen Kommunikationstechnologien zu nutzen und auf deren Anforderungen hin weiterzuentwickeln.

6) Sicherung der Menschenrechte

Für die DWB sind die Menschenrechte universell und unteilbar. Wenn es um die Durchsetzung der Menschenrechte geht, darf die Formel von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und das Subsidiaritätsprinzip nicht gelten. Die Menschenrechte sind von der Weltgemeinschaft definiert und verlangen deshalb internationale Anerkennung sowie bei Verletzung internationales Eingreifen. Die Wege zur Sicherung der Menschenrechte dürfen jedoch nicht ihrem Ziel widersprechen und selbst zu Menschenrechtsverletzungen führen. Es ist daher eine offensive, dauerhafte und präventive Menschenrechtssicherungspolitik zu betreiben, die sich ziviler Mittel bedient.

7) Kulturelle Selbstbestimmung

Nach Auffassung der DWB sind wissenschaftliche Erkenntnisse, technologische und organisatorische Verfahren, handwerkliche Fertigkeiten, gesellschaftliche, kulturelle, religiöse und weltanschauliche Traditionen und Neuerungen als gemeinsames kulturelles Erbe der Menschheit anzusehen, welches einer Monopolisierung und wirtschaftlichen/ machtpolitischen Nutzung durch einzelne Gruppen und Klassen entzogen und allgemein zugänglich gemacht werden muß.

8) Bürgernähe

Dritte-Welt-Politik wie Außenpolitik allgemein muß aus dem Entscheidungs- und Gestaltungsmonopol der Regierungen herausgeholt und basisdemokratischen Politikformen zugänglich gemacht werden. Neben allgemeinen plebiszitären Elementen, die auch in außenpolitischen Fragen nutzbar sein sollen, spielt die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit und die Förderung von Dritte-Welt-Gruppen und -Organisationen eine zentrale Rolle. Dazu gehört auch die Möglichkeit einer eigenständigen Dritte-Welt- und Außenpolitik der Kommunen, die von lokalen Dritte-Welt-Initiativen getragen wird.

Ferner ist eine organisatorische Stärkung bestehender Strukturen der DWB sowie die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Zusammenschlüssen und Einzelgruppen zu fordern. Dazu bedarf es u.a. der Klärung folgender Fragen:

Wie ist es möglich, die notwendig zentralisierten Dachverbandsstrukturen den dezentralen Arbeitsweisen und Organisationsformen der Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen gemäß zu gestalten? Wie können BewegungsvertreterInnen ein Gesamtinteresse, eine gemeinsame Position formulieren? Wie ist die Rückkopplung der Koordinierungsarbeit und Vertretung in die bundesdeutsche Gesellschaft hinein mit den gegebenen knappen Ressourcen möglich und zu verbessern? Wie kann es vermieden werden, daß die entwicklungspolitische Expertise der DWB von staatlichen und halbstaatlichen Stellen instrumentalisiert wird?

Für die Zukunft scheint es notwendig, den Kommunikationsprozeß zwischen den Einzelgruppen, Dachverbänden, Zusammenschlüssen und Netzwerken der DWB erheblich zu verdichten, um eine funktionierende bewegungsinterne Öffentlichkeit zu schaffen. Dazu gehört auch der Abbau des latent vorhandenen Mißtrauens der Gruppen gegenüber Koordinations- und Dachverbandsstrukturen. Anderer-

seits muß gewährleistet sein, daß inhaltliche und strategische Entscheidungen – bevor sie getroffen werden – auf breiter Ebene diskutiert werden. Insgesamt könnten diese Prozesse die Attraktivität und Durchsetzungskraft der Bewegung erhöhen.

Desweiteren sollte zukünftig größerer Wert auf die Koordination eigener, europa- und weltweiter Arbeitsvorhaben gelegt werden, um so die lokale, regionale und nationale Beschränktheit zu überwinden. Angesichts der weltweiten Organisationsprozesse von Politik und Wirtschaft wirkt der Provinzialismus vieler Bewegungsansätze oft lächerlich. Zu hinterfragen sind aber auch die bestehenden, verhältnismäßig schwerfälligen Kommunikationskanäle (Zeitschriften, Rundbriefe, Treffen, Seminare etc.). Hier könnte unter Umständen der Einsatz neuer Kommunikationsmittel (Mailboxen, Datex-J etc.) eine neue Perspektive eröffnen, wie die Erfahrung mit alternativen Computernetzen wie GreenNet und PeaceNet zeigen (vgl. Luber 1993). Der häufig wesentlich unverkrampftere Umgang mit den elektronischen Medien in vielen oppositionellen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen in der Dritten Welt, vor allem in Asien, könnte hier ein Beispiel sein.

Die Perspektive könnte für die DWB also in der Überwindung des falschen Globalismus – der nicht mehr ist, als die Flucht vor der eigenen politischen Ohnmacht – und des schlechten Provinzialismus – in dem die Angst vor der eigenen weltgesellschaftlichen Verantwortung zum Ausdruck kommt – liegen.

Rolf Bräuer, Diplom-Sozialwirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin, war von 1981-1988 Geschäftsführer des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), lebt in Ilsede.

Anmerkungen

[1]Die große Streuung in dieser Zahl kommt durch unterschiedliche Schätzungen zustande, die in verschiedener Weise Gruppen, die mehr oder weniger formal unter dem Dach gesellschaftlicher Großverbände wie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien etc. bestehen oder Ortsgruppen größerer Organisationen sind, gleichzeitig aber eine gewisse Unabhängigkeit von ihren Dachorganisationen bewahren, mit einbeziehen oder ausschließen. Der Übergang zu einer „unabhängigen" Dritte-Welt-Gruppe ist dabei, sowohl bezüglich systematischer Kriterien, wie auch häufig in der realen Geschichte einer einzelnen Gruppe fließend. Balsen/Rössel (1986) kommen Mitte der 80er Jahre auf eine Schätzung von 3000 bis 4000 Gruppen (S. 503).

[2] Der Autor war fast acht Jahre lang (von Anfang 1981 bis Ende 1988) Geschäftsführer des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), des bundesweiten Zusammenschlusses der Dritte-Welt-Gruppen, Dritte-Welt-Läden und Solidaritätskomitees.

[3] Der folgende Beitrag wird daher in einem Bereich zwischen der Insiderperspektive und der Sichtweise des wissenschaftlichen Beobachters angesiedelt sein, häufig zwischen beiden Betrachtungsweisen wechseln. Zu hoffen ist, daß gerade das beschriebene Spannungsverhältnis den Beitrag interessant und lesenswert macht.

[4] Marx, Karl: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. MEW Bd. 9, S. 225.

[5] So etwa das Standardwerk zur Geschichte der Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung; Balsen/Rössel 1986, aber auch neuestens wieder Kößler/Melber 1993, S. 51-55.

[6] Zuletzt in massiver Weise auf dem 4. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 1980 in Hamburg.

[7] Dies war von den Modernisierungstheorien bürgerlicher wie linker Provenienz postuliert und mit der Vorstellung verbunden worden, Entwicklung müsse nur genügend beschleunigt werden, um das Niveau der Industrieländer zu erreichen (siehe dazu auch den Betrag von Kößler in diesem Heft.)

[8] Der sehr starke Einfluß, den die Rezeption der dependenztheoretischen Ansätze auf die Dritte-

Welt-Bewegung ausgeübt hat, darf keineswegs dazu verleiten, von einer tendenziellen Identität der Diskussion in der Bewegung und dem kritischen wissenschaftlichen Diskurs auszugehen. Der Einfluß der Dependenztheorie auf die Dritte-Welt-Bewegung ist eher als Ausnahme anzusehen, zu verschieden ist die innere Logik beider Diskurse, zu unterschiedlich sind die persönlichen, politischen und inhaltlichen Zwekke und Zielsetzungen.

[9] Die UNCTAD-Kampagne unterstützte die Forderung der „Gruppe der 77" nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung auf den Welthandelskonferenzen.

[10] Dem Dritte-Welt-Handel gegenüber, vor allem wenn er sich auf traditionelle Kolonialprodukte wie Kaffee, Tee, Bananen etc. bezieht, muß jedoch weiterhin der grundsätzliche entwicklungspolitische Einwand erhoben werden, daß Ausbeutungsbeziehungen tendenziell aufrechterhalten werden (Bräuer 1992).

[11] Dem Koordinierungskreis Dritte Welt (KK3W) gehörten an: der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden (AG3WL), die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) und die vier Koordinationsstellen der Anti-Interventionsbewegung Mittelamerika, das Informationsbüro Nicaragua, die Informationsstellen El Salvador und Guatemala (zunächst einzeln, später gemeinsam) und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

[12] Ausnahmen stellen hier die neueren Initiativen wie Transfair-Kaffee dar, die auf kleine, praktisch-politische (Reform-) Schritte setzen.

[13] Für die relative Konstanz der DWB spricht zum Beispiel auch, daß sich die Zahl der formellen Mitgliedsgruppen des BUKO (ca. 300), die Zahl der Gruppen, die vom BUKO koordiniert werden (ca. 2100) sowie die Teilnehmerzahl der jährlichen Bundeskongresse (zwischen 300 und 500) in den letzten Jahren wesentlich verändert hat.

[14] Der Begriff der „Dritten Welt" war auch vorher kein empirischer Begriff – obwohl als solcher oft gebraucht –, sondern ein politisch-normativer Begriff, der den Emanzipationsanspruch der Länder des Südens in einer Analogie zum „Dritten Stand" der Französischen Revolution zum Ausdruck bringen sollte (im Französischen: le tiers monde, nicht: le troisième monde, analog zu: le tiers Etat). Ein Verzicht auf den Begriff (wie etwa von Menzel 1992 vorgeschlagen) ist daher abzulehnen.

[15] So etwa Christian Wilmsen (Kindernothilfe) und Klaus Milke (German Watch) bei der Podiumsdiskussion „Die Saat des Fortschritts oder das Ende der Entwicklung – Was haben 20 Jahre entwicklungspolitische Arbeit gebracht?" am 14.4.93 in der Werkstatt 3 in Hamburg.

[16] Als wichtigste Gruppierung ist hier das „Anti-imperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK) zu nennen.

[17] Siehe etwa die Anträge, Debatten und Beschlüsse auf dem 16. Bundeskongreß 1992 in Stuttgart, in denen gefordert wurde, daß möglichst keine der bisherigen Koordinationgruppen dem neuen Koordinierungsausschuß angehören sollten. Damit wurde die bisherige Regelung, wonach immer nur die Hälfte der KA-Gruppen neu zu wählen ist, um so Kontinuität zu sichern, aufgehoben. Diese Entscheidungen sind u.a. für die derzeitige Agonie des BUKO mitverantwortlich.

[18] Der Untertitel des Buches von Mohr („Die Generation, die nach der Revolte kam") macht nur einen Sinn, wenn man ihn in der Bedeutung von „und nach der Revolte kam die wirkliche Revolution" versteht. Es hat sich eingeschliffen, die Studentenbewegung von 1968 als die gesellschaftsverändernde Kraft zu mystifizieren und alles folgende, vor allem die 78er-Bewegung, als Epigonen zu betrachten. Dieser Auffassung kann nicht scharf genug widersprochen werden. 1968 war allenfalls, wenn überhaupt, der Beginn von Gesellschaftsveränderung in der neueren Geschichte der Bundesrepublik. Viele Veränderungen, initiiert und thematisiert durch die Neuen Sozialen Bewegungen, haben sich aber in Abgrenzung zu 1968 (z.B. Veränderung des Geschlechterverhältnisses durch die Frauenbewegung) entwickelt. Das Mißverständnis konnte nur durch die Schwerpunktsetzung der Neuen Sozialen Bewegungen auf Veränderung in den persönlichen Lebensumständen, auf Politik aus individueller Betroffenheit heraus und einer relativen Vernachlässigung der „großen" Po-

litik, verstanden als grundsätzliche, revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, entstehen.

Literatur

BUKO-Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Hg.), Aktionshandbuch Dritte Welt, 6. Auflage, Wuppertal 1981.

Amin, Samir, Die ungleiche Entwicklung – Essay über die Gesellschaftsformation des peripheren Kapitalismus, Hamburg 1975.

Balsen, Werner/ Rössel, Karl, Hoch die internationale Solidarität – Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986.

Beck, Ulrich, Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986.

Bräuer, Rolf/ Lucas, Rainer, Regional- und strukturpolitische Bewertung der EXPO 2000. Schriftenreihe des IÖW Nr. 50/92, Berlin/ Wuppertal 1992.

Bräuer, Rolf, Strategien gegen multinationale Konzerne. Vortrag in der Veranstaltung „Weltmarktabhängigkeit Lateinamerikas und die Macht bundesdeutscher Multis", 2. Hamburger Lateinamerika-Woche, Januar 1982, unveröff. Ms.

Bräuer, Rolf, Referat zur Standortbestimmung des BUKO, in: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 82/83, Sept. 1984, S. 7-9.

Bräuer, Rolf, Entwurf: Angebot für eine wissenschaftliche und beratende Begleitung der Kampagne zur Einführung von fair gehandeltem Kaffee durch das „Institut für ökologische Wirtschaftsförderung" (IÖW), Wuppertal 1992, unveröff. Ms.

Cremer, Ulli, Streit um Begriffe. Deutschland als Kriegsdienstverweigerer/ Zivildienstleistender in der internationalen Politik. Thesenpapier für die BAG Friedens- und Internationale Politik von Bündnis 90/Die Grünen, Hamburg 1993.

Falk, Rainer, Perspektiven einer neuen Nord-Süd-Politik; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 6/93, S. 662-673.

Fanon, Frantz, Die Verdammten dieser Erde, Reinbek b. Hamburg 1969.

Frank, Andre Gunder, Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung, Frankfurt/Main 1980.

Freire, Paulo, Pädagogik der Unterdrückten – Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek 1973.

Gronemeyer, Marianne/Bahr, Hans-Eckehard, Erwachsenenbildung – Testfall Dritte Welt. Kann Erwachsenenbildung Überlebensprobleme lösen helfen?, Opladen 1977.

Kößler, Reinhart/Melber, Henning, Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt 1993.

Kupper, Susanne/Spehr, Christoph, Wenn der BUKO den Anschluß verpaßt... Ein Gespräch mit VertreterInnen von Ländernetzwerken und dem BUKO, in: *FORUM entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen*, Nr. 179/ Febr.. 1984.

Leggewie, Claus, Kofferträger – Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

Luber, Burkhard, The World At Your Keyboard – An Alternative Guide To Global Computer Networking (Jon Carpenter Pub.) 1993.

Menzel, Ulrich, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/Main 1992.

Mohr, Reinhard, Zaungäste – Die Generation, die nach der Revolte kam, Frankfurt/ Main 1992.

Negt, Oskar/Kluge, Alexander, Öffentlichkeit und Erfahrung – Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/ Main 1972.

Negt, Oskar/Kluge, Alexander, Geschichte und Eigensinn, Frankfurt/ Main 1981.

Senghaas, Dieter (Hg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt – Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/ Main 1972.

Senghaas, Dieter, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik – Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/ Main 1977.

Wagner, Wolf, Angst vor Armut, Berlin 1991.

Peter Wahl, Vom Regen in die Traufe – Die Solidaritätsbewegung für die „Dritte Welt" nach dem Ende des Ost-Welt-Konflikts, Vortrag auf der Jahrestagung des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, Nov. 1992, unveröff. Ms.

Peter Wahl, Ein neuer Stern am Firmament des Fortschritts? – Die NGO als neues gesellschaftliches Phänomen. In: ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, H. 164/April 1993, S. 4-6.

Dr. Malte Letz

Im Osten nichts Neues?

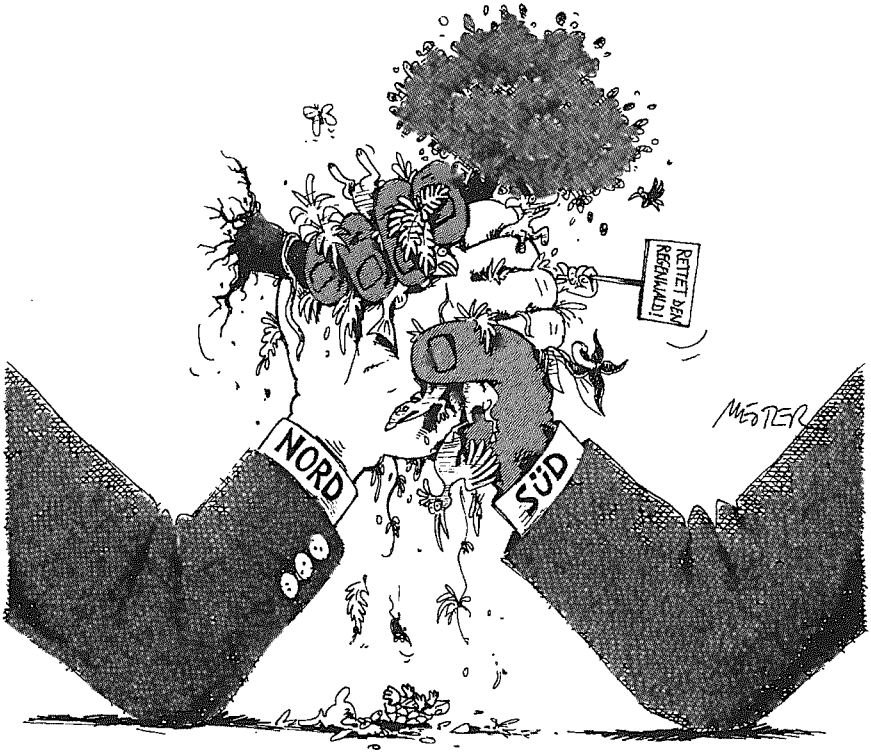
Ostdeutsche Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende

Unter dem Stichwort „Entwicklung des Nordens" hat sich in den letzten Jahren eine Debatte in der Solidaritätsbewegung entwickelt, die auf eine Neubestimmung der Aktionsinhalte abzielt. Immer stärker setzt sich dabei die Erkenntnis durch, daß die Solidaritätsarbeit nicht nur auf die Länder des Südens beschränkt sein darf. Zwar ist die Erkenntnis, daß eine Reform der eigenen Gesellschaftsstruktur für die Veränderung der Beziehungen zwischen Nord-Süd notwendig ist, nicht neu. Das Scheitern der großen Entwicklungstheorien und -strategien sowie die Enttäuschungen, die viele Solidaritätsakteure in bezug auf den Befreiungsprozeß der Dritten Welt erlebten, haben die Notwendigkeit einer Umorientierung deutlich gemacht. Neu ist in der Debatte auch, daß systematischer als früher nach konkreten Handlungsfeldern gesucht wird. Besonders die Ökologiefrage hat zu einer Umorientierung bzw. thematischen Schwerpunktverlagerung in den Diskursen der Solidaritätsbewegung geführt. In der Ökologiedebatte wird die Verantwortlichkeit der Industrieländer besonders deutlich. Folgerichtig zielen die Handlungsentwürfe auf die Veränderung der Konsumgewohnheiten und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs ab. Darüber hinaus werden Formen einer Umwelt- und Dritte-Welt-verträglichen Produktionsweise diskutiert (Stichwort: Umbau der Industriegesellschaft). Um die Durchsetzung der Forderungen zu erreichen, werden neue Formen des Politikdialoges gesucht (Stichwort: Lobbyarbeit). Wichtige Impulse erfuhr das Thema „Entwicklung für den Norden" durch die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro. In der von den Teilnehmerstaaten verabschiedeten „Agenda 21" werden umweltpolitische und entwicklungspolitische Fragestellungen verknüpft.[1] Es werden in der Erklärung auch Wege zur politischen Umsetzung der Agenda genannt. Die besondere Verantwortung und Verpflichtung des Nordens wird darin von den Industrienationen ausdrücklich betont.

Die Umwelt- und Ressourcenfrage stellt heute einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Dritte-Welt-Bewegung dar. Es muß allerdings an dieser Stelle betont werden, daß es – trotz der vielfältigen Aktivitäten und Diskussionen – noch nicht gelungen ist, aus den verschiedenen Handlungsansätzen ein konsistentes Gesamtprogramm namens „Entwicklung für den Norden" zu entwickeln.[2] Es bleibt abzuwarten, ob die Entwicklung eines Konzeptes, das Umwelt- und Entwicklungsfragen miteinander vereint, gelingt.[3]

Die aus der gewachsenen Einsicht in globale Abhängigkeiten und Interdependenzen entspringende Debatte um eine „Entwicklung des Nordens" ist auch für den gegenwärtigen Pro-

zeß der Neudefinierung der Solidaritätsarbeit/-bewegung[4] von richtungsweisender Bedeutung. Die Debatte hat bisher deutlich gemacht, daß eine Motivation, die sich aus der Projektion eigener Wünsche und Zielvorstellungen auf die Entwicklungsländer speist, keine dauerhafte Grundlage für die Solidaritätsarbeit sein kann. In diesem Beitrag soll die Frage untersucht werden, was mit einer Solidaritätsbewegung passiert, wenn die bisherige Motivationsbasis in Frage gestellt wird, gleichzeitig aber eine Umgestaltung der Gesellschaft und des eigenen Lebensmodells sichtbar zu werden scheint. In dieser Beziehung ist ein Blick auf die Entwicklung ostdeutscher Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende von 1989 von Interesse. Denn aufgrund des fehlenden Spielraums für eine auf die Reform der DDR gerichteten Opposition waren die sich von der SED distanzierenden Solidaritätsgruppen weitaus stärker in der oben angerissen Art und Weise motiviert (Projektion von Entwicklungsvorstellungen auf die Dritte Welt), als dies vielleicht für die Gruppen im Westen der Fall war. Anhand der Geschichte der ostdeutschen Solidaritätsbewegung sollen die Entwicklungslinien und Mobilisierungsphasen der Bewegung näher untersucht werden.[5] Darüber hinaus soll herausgearbeitet werden, ob der gesellschaftliche Umbruch- bzw. Modernisierungsprozeß, wie er sich derzeit in den Neuen Bundesländern vollzieht, die Solidaritätsgruppen selbst tan-



giert und – möglicherweise – verändert hat. Ohne auf die Entwicklung der westdeutschen Dritte-Welt-Bewegung einzugehen,[6] soll herausgestellt werden, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Solidaritätsbewegung auszumachen sind.

1. Realsozialismus und unabhängige Solidaritätsgruppen

Die Entstehung von zu den offiziellen SED-Strukturen in Opposition stehenden unabhängigen Solidaritätsgruppen ging auf eine tiefgreifende Kritik an der staatlichen Entwicklungs- und offiziellen Solidaritätspolitik[7] zurück. Abgelehnt wurde die Reduzierung der Solidarität auf die Traditionen und Inhalte der kommunistisch geprägten Arbeiterbewegung und ihre strikte Bindung an SED und Staat. Opponiert wurde insbesondere gegen die Unterordnung des Solidaritätsgedankens unter die Außenpolitik (und seit den 80er Jahren zunehmend unter die Wirtschaftspolitik), die in ihrer Folge zu Ausgrenzungspraktiken gegen alle führte, die eine andere Auffassung von Solidarität vertraten. Durch die zentralistisch-bürokratische Solidaritätspolitik der SED wurden basisdemokratische Aktionsformen verhindert. Dissens entsprang schließlich aus der Tatsache, daß die Offiziellen der DDR die Solidaritätsarbeit nie als eine Form der Nord-Süd-Politik verstanden, bei der auch der Norden selbst (konkret: die eigene, sozialistische Gesellschaft) verändert werden muß. Die unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen hatten nicht nur einen karitativen Anspruch. Seit den 70er Jahren war die Solidaritätsarbeit im wachsenden Maße auch Mittel zur Reflexion über die Unzulänglichkeiten des eigenen, realsozialistischen Entwicklungsmodells.

Der Anspruch, konträr zur offiziellen Solidaritätsarbeit zu stehen, konnte aber nur bedingt in praktisches Handeln umgesetzt werden. Das Bestreben, den Eisernen Vorhang durch eine selbständige internationalistische Arbeit zu durchbrechen, die Bemühungen, den allgegenwärtigen Zentralismus mit dem Aufbau basisdemokratischer Organisationen und der Entwicklung von Aktionsformen zu unterlaufen, sowie der Wunsch, zur staatsoffiziellen Politik in Opposition zu stehen, führten zu massiven Behinderungen durch das SED-System. Erst Ende der 60 Jahre konnten sich erste oppositionelle Solidaritätsgruppen wie die *Aktion Lepradorf*, ein 1968 gegründeter Arbeitskreis der katholischen Studentengemeinde Magdeburg, bilden. Bis zum Ende der DDR entstanden und arbeiteten diese Gruppen meist unter dem Dach der Kirchen, da diese den notwendigen Freiraum für oppositionelle Aktivitäten boten.

Anfang der 70er Jahre zeigte sich zunehmend, daß die oppositionellen Solidaritätsgruppen nicht nur kirchlich-karitativ motiviert waren. Dies wurde vor allem mit die Gründung des *INKOTA*-Netzwerkes (Information, Koordination, Tagung – Netzwerk e.V.) 1972 deutlich. *INKOTA* war ein Zusammenschluß von in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirche wirkender Dritte-Welt-Gruppen. Mit *INKOTA* entstand – trotz der organisatorischen Verbindung zur Kirche – die erste größere und weltlich orientierte Nichtregierungsorganisation (NRO). Das Netzwerk wurde mit dem Anspruch ins Leben gerufen, die Arbeit der Gruppen zu koordinieren. Über eine gezielte Informationstätigkeit sollte das Bewußtsein für den Gedanken einer Veränderung des Nordens geschaffen werden. Damit änderte sich auch die Zielsetzung der Arbeit im Süden. Es ging nicht mehr nur um eine Hilfe für die Armen und Schwachen. Im Mittelpunkt stand jetzt die entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit in der DDR und die Unterstützung radikaler Umbauprozesse in den Entwicklungsländern. Die Solidaritätsarbeit orientierte sich dabei an dem Leitbild eines „menschlichen Sozialismus".

Aus DDR-oppositioneller Sicht sollte sich der Wandel dort vollziehen, wo Veränderungen möglich schienen: in der Dritten Welt. Dies zeigte sich u.a. darin, daß nicht pauschal die sozialistische Orientierung in Entwicklungsländern unterstützt wurde, sondern in erster Linie Formen der Neu- und Selbstorganisation im Süden gefördert wurden, die über das realsozialistische Gesellschaftsmodell weit hinausgingen (wie z.B. in Nicaragua Elemente der basisorientierten Selbstorganisation). *INKOTA* leitete damit einen Prozeß der Umorientierung ein, der, in seiner Konsequenz, eine Emanzipation von kirchlich-karitativen und staatsoffiziellen Solidaritätsangeboten darstellte. In den Mittelpunkt rückten nun neue Perspektiven (eine andere Entwicklung des Nordens) und basisdemokratische Aktions- und Organisationsformen. So waren die einzelnen *INKOTA*-Mitglieder weitgehend selbständige Gruppen, die ihre konkreten Aktionen unmittelbar vor Ort bestimmten. Die von *INKOTA* angeregte Diskussion über Solidarität und ihre Rolle in der realsozialistischen Gesellschaft führte zur weiteren „Verweltlichung" vieler kirchlicher und der Kirche nahestehender Gruppen. Damit wurde auch ein Anstoß zur Gründung neuer Aktionsgruppen gegeben. Durch den Helsinki-Prozeß[8] und die Annäherung der beiden deutschen Staaten wurde diese Entwicklung zusätzlich gefördert. Zum einen konnten Bewegungen wie *INKOTA* nun über die innerkirchlichen Kommunikationswege zunehmend – zumindest passiv – an den laufenden internationalen entwicklungspolitischen Diskussionen teilhaben. Zum anderen ermöglichten Liberalisierungstendenzen in der DDR den Vorstoß zu neuen Handlungsbereichen. Als Beispiel sei hier die *INKOTA*-Projektarbeit in Nicaragua seit 1988 genannt. Die Zahl der unabhängigen Solidaritätsgruppen blieb aber auch bis 1989 gering. *INKOTA* blieb das einzige Netzwerk. Nur vereinzelt entstanden neue Gruppen wie die 1988 gegründete *„Kontaktstelle für Angepaßte Technologie"* (KATE).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre war eine widersprüchliche Situation eingetreten: Zum einen hatten die Gruppen einen bis dahin nie gekannten Handlungsspielraum erreicht. Zum anderen hatten sie – aus heutiger Sicht – damit aber auch die Grenzen des in der SED-DDR Machbaren erreicht. Die Akteure empfanden diesen Zustand als Stagnation und Krise der traditionellen Solidaritätsarbeit. Daß sich die Gruppen in der Tat an einem kritischen Punkt befanden, zeigte sich auch daran, daß eine Mobilisierung neuer AktivistInnen ausblieb und sich die Außenwirkung der Gruppen verringerte. Für Außenstehende wurde es immer weniger nachzuvollziehen, wie sich die Solidaritätsgruppen eine Veränderung in der Nord-Süd-Politik vorstellten. Eine selbstkritische Debatte über die Motivation, die Ziele, Inhalte und Formen der Solidaritätsarbeit blieb ebenfalls aus.

Hier zeigen sich vielleicht auch Parallelen zur Situation und Befindlichkeit vieler Solidaritätsgruppen in der BRD heute. Ohne an dieser Stelle darauf näher eingehen zu wollen, wäre die These zu prüfen, ob der Krisenzustand der westdeutschen Solidaritätsbewegung nicht auch ein Ergebnis ihres relativen Erfolges ist. Die westdeutsche Solidaritätsbewegung hat in den 80er Jahren einen relativ starken Zulauf erlebt. Die damit verbundenen Handlungsspielräume haben aber – so muß heute konstatiert werden – auch die Grenzen entwicklungspolitischer Reformpolitk deutlich werden lassen. Sollte diese These zutreffen, so stellt sich die Frage, welcher gesellschaftliche Umbrüche es bedarf, um neue Artikulations- und Handlungschancen für die Akteure zu eröffnen. Nützlich kann auch hier ein Blick auf die DDR-Solidaritätsbewegung sein.

2. 89er Aufbruch und Visionen

Die Stagnation der DDR-Solidaritätsbewegung endete schlagartig mit der Wende. Die Zerstörung des realsozialistischen Modells der DDR hatte unmittelbar in zweierlei Hinsicht eine dynamisierende Wirkung auf die Entwicklung der Solidaritätsgruppen: Zum einen wurde mit dem Zerfall des SED-DDR Staats- und Machtapparates ein Freiraum für eine quantitative und qualitative Entwicklung der Gruppen geschaffen. Dies u.a. dadurch, daß die Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr unterdrückt und in den neuentstehenden Staatsstrukturen ein Experimentierfeld eröffnet wurde. Für die Akteure erschlossen sich völlig neue Tätigkeitsfelder (z.B. parlamentarische Lobbyarbeit). Zum anderen wurden durch die Umbruchssituation viele Menschen aus ihrer Lethargie gerissen. Viele BürgerInnen suchten nun nach aktiven Formen der Lebensgestaltung, die sie u.a. auch in den Solidaritätsgruppen zu finden glaubten.

Der Aufschwung der Solidaritätsgruppen manifestierte sich 1989 vordergründig in einem quantitativen Wachstum. Vor allem im Berliner Raum bildeten sich – neben *INKOTA* – ab Ende 1989 neue Vereinigungen, darunter viele mit dem Anspruch, in der ganzen DDR tätig werden zu wollen. Beispielhaft seien hier die *„Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit"* (GSE) oder die *„Entwicklungspolitische Gesellschaft"* (EPOG) genannt.

Bis Mitte 1990 kristallisierten sich vier Strömungen innerhalb der Solidaritätsgruppen der DDR heraus, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Herkunft, ihrer Motivation und ihrer Zielsetzung unterschieden:[9]

1. Gruppen wie *INKOTA* und *KATE*, die schon vor 1989 eine unabhängige Solidaritätsarbeit zu organisieren versuchten, und neue Vereine, die von Akteuren gegründet wurden, die bislang in der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung tätig waren (z.B. BAOBAB). Sie nutzten die Chance zur Profilierung, indem sie vorhandene Organisationsstrukturen und Einflußmöglichkeiten ausbauten oder neue Vereine gründeten, die sich auf die politische Lobbyarbeit konzentrierten. Ihr bis 1989 erworbenes entwicklungspolitisches Know-how brachten sie mit dem Selbstbewußtsein in die sich neu formierenden Solidaritätsgruppen ein, nicht mit dem SED-Staat liiert gewesen zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden sie schnell zur richtungsweisenden Kraft unter den Solidaritätsgruppen.

2. Die politischen Neugründungen wie GSE, EPOG und *„OIKOS EINE WELT"*. In diesen Vereinen organisierten sich vor allem Menschen, die über ein bestimmtes entwicklungspolitisches Wissen verfügten, das sie durch ihre Tätigkeit in den staatsoffiziellen Entwicklungsorganisationen der DDR (Außenhandelsbetriebe, FDJ-Solidaritätsbrigaden, Wissenschaftseinrichtungen, Institute zur Fortbildung von Ausländern etc.) erworben hatten. Zwar konnten sie ihren Sachverstand in die neugegründeten Organisationen einfließen lassen, jedoch kam dieser in den Jahren 1989/90 noch nicht zum tragen. Die Gründe sind in der durch die Wende ausgelösten Verunsicherung bei den mit der früheren SED liierten Personen zu suchen. Konkret manifestierte sich dieses Dilemma auf unterschiedlichen Ebenen:

- als Verunsicherung, die aus der Konfrontation mit basisorientierten Arbeitsweisen resultierten;
- als „politischer" Druck, weil sie dem Vorwurf ausgesetzt waren, tatsächliche oder vermeintliche „Wendehälse" zu sein;

- als psychosozialer Druck, der durch den Verlust von sicheren Arbeitsplätzen in den ehemaligen Institutionen der staatsoffiziellen Solidaritätsarbeit hervorgerufen wurde;

- als konzeptionelles Problem, neue politische Inhalte entwickeln, gleichzeitig aber auf aktuelle Ereignisse reagieren zu müssen.

3. Es entstanden eine Fülle von Initiativen in Form von „Dritte-Welt-Handels-Gruppen". Die Initiatoren sahen ihre Solidaritätsarbeit häufig insofern als Selbstzweck, als sie nach Selbstverwirklichungsmöglichkeiten außerhalb der offiziellen Leistungsstrukturen suchten. Die aktive Solidaritätsarbeit war für viele von ihnen eine Entdeckung des Herbstes 1989. Die nun möglich erscheinende Selbstbestimmung der Lebens- und Arbeitsinhalte führte hier Menschen zusammen, die zwar hoch motiviert waren, denen aber weitgehend das entwicklungspolitische Know-how fehlte. Aus der fehlenden Anbindung an entwicklungspolitisch kompetente Organisationen und Gruppen resultierte oft eine Beschränkung auf eine rein karitativ ausgerichtete Solidaritätsarbeit. Ihr Einfluß auf die Solidaritätsgruppen insgesamt war gering.

4. Zu nennen sind noch die Überbleibsel der ehemaligen staatsoffiziellen Solidaritätsinstitutionen (Solidaritätskomitee der DDR, Freundschaftsgesellschaften etc.). Für sie begann 1989/90 ein notwendiger Veränderungsprozeß von hofierten SED-Günstlingen zu unabhängigen Solidaritätsgruppen. Obwohl das Solidaritätskomitee über erhebliches Know-how und finanzielle Ressourcen verfügte, führten die berechtigten und unberechtigten öffentlichen Angriffe sowie die (Selbst-) Reinigungsprozesse von Stalinismus und Poststalinismus dazu, daß diese Organisationen keinen besonderen Einfluß auf die Solidaritätsgruppen hatten.

Das numerische Wachstum der Gruppen wurde durch eine Ausweitung der politischen Arbeit ergänzt. Neben der Durchführung verschiedener Aktionen (Eine-Welt-Tage, Seminare, Hilfsaktionen) konzentrierten sich die Solidaritätsgruppen bis Herbst 1990 darauf, einen Einbruch bei den Hilfsleistungen der Noch-DDR für Entwicklungsländer zu verhindern. In diesem Sinne versuchten sie verstärkt Einfluß auf Staat und Gesellschaft zu nehmen. Über den erstmalig am 9. Februar 1990 tagenden *„Entwicklungspolitischen Runden Tisch"* (ERT) [10] gelang es darüber hinaus, eine sachorientierte Vernetzung zwischen den alten und neuen Solidaritätsgruppen zu erreichen. Mit Hilfe dieses Instrumentes wurde es möglich, Einfluß auf Parlament und Regierung zu nehmen. Die Einflußmöglichkeiten schlugen sich beispielsweise in der Beteiligung des ERT an der Formulierung von entwicklungspolitischen Leitlinien der ersten freigewählten Koalitionsregierung der DDR und des 1990 gegründeten *Volkskammerausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit* bzw. des *Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit* (MWZ) nieder. Auch in anderen Bereichen (Bildungsbereich, Medien) waren Arbeitsgruppen des ERT an der Ausarbeitung von entwicklungspolitischen Grundsätzen beteiligt. Diese Beteiligungsformen verstärkten bei den Akteuren die Vision von einer bürgernahen und basisorientierten Solidaritätsarbeit, die Einfluß auf die Entwicklung des sich wiedervereinenden Deutschland nehmen könne.

Faßt man die Entwicklung der Solidaritätsgruppen im Verlauf der Wende (Herbst 89/ Frühjahr 90) zusammen, so läßt sich konstatieren: Die radikalen Umwälzungen im eigenen Land führten zu einer Dynamisierung der Solidaritätsgruppen. Die Abwanderung von AktivistInnen in andere Handlungsfelder (Innenpolitik, Wirtschaft etc.) war gering bzw. konnte durch die Mobilisierung neuer Akteure und durch

die Erschließung neuer Politikfelder (Lobbying) kompensiert werden. Daß diejenigen, die die Solidaritätsarbeit als „Wartesaal" für Umwälzungen im eigenen Land betrachtet hatten, in der Wendezeit die Solidaritätsarbeit aufgaben und sich anderen Handlungsfeldern zuwandten, blieb eine Ausnahme. Die Gruppen nutzten die neuen Bedingungen für eine gezielte Stärkung der Solidaritätsarbeit. Es ist vor allem den schon vor 1989 existierenden Gruppen zu verdanken, daß die neuen Handlungsmöglichkeiten, die sich nach der Wende eröffneten, genutzt wurden. Durch die Existenz von Organisationsstrukturen wie *INKOTA* konnte ohne Einbrüche eine Neuformierung der Solidaritätsgruppen eingeleitet werden. Mit dieser Umstrukturierung konnte inhaltlich schnell an das Themenspektrum der westdeutschen Dritte-Welt-Bewegung angeknüpft werden. Bereits 1990 bekannten sich die meisten Gruppen und Organisationen zu den Prämissen der „Eine-Welt-Idee" als Grundlage von Theorie und praktischer Arbeit. Konkret orientierte man sich an den Arbeiten des „Club of Rome", dem „Brundtland-Report" sowie am Konzept der „nachhaltigen Entwicklung". Damit kommt auch der Wunsch zum Ausdruck, nicht Sekte, sondern eine Bewegung zu sein, die Einfluß auf die eigene Gesellschaft, die Politik, die Wirtschaft, die Bildung, die Kultur und die Konsumgewohnheiten nehmen will. Das Interesse sollte nicht mehr allein auf das Engagement in und für die Entwicklungsländer, sondern auf eine „Entwicklungspolitik für den Norden", also auf einen Umbau der eigenen Gesellschaft ausgerichtet sein.

Die organisatorische Festigung und stärkere gesellschaftliche Akzeptanz der ostdeutschen Solidaritätsbewegung führte auch sehr bald zur finanziellen Förderung durch den Staat. Die Mobilisierung finanzieller Ressourcen durch staatliche Quellen wirkte in zweifacher Hinsicht auf die Entwicklung der Bewegung ein. Auf der einen Seite wurden die neu entstandenen NRO für Fachkräfte interessant, die ihr Expertenwissen in die Organisation einspeisen konnten. Auf der anderen Seite wuchs aber auch die Gefahr, durch die Staatsgelder in neue Abhängigkeiten (Wohlverhalten statt Opposition) zu geraten.

3. Wende-Illusionen

Für viele in den Solidaritätsgruppen Engagierte war das im Frühjahr 1990 in der Ex-DDR Erreichte Anlaß zu dem Glauben, man könne großen Einfluß auf die eigene Gesellschaft im Sinne von veränderten Lebens-, Produktions- und Konsumtionsmodellen nehmen. Auch glaubte man, die Neudefinition der Rolle Deutschlands in der Welt nach dem Ende des traditionellen Ost-West-Konfliktes beeinflussen zu können. Diese Einschätzung stellte sich allerdings schnell als Illusion heraus. Die allgemeine Wende-Euphorie lenkte von der Tatsache ab, daß die relativ starke Rolle der Solidaritätsgruppen einer historischen Ausnahmesituation geschuldet war, die spätestens mit dem Beitritt der DDR zur BRD enden würde. Aufgrund der Übergangssituation, in der sich die DDR befand, entstand ein Freiraum, der – augenscheinlich jedenfalls – nicht von juristischen und bürokratischen Strukturen überformt wurde. Daß mit dem Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes dieses Vakuum beendet sein würde, konnte vermutet werden, wurde aber in der praktischen Arbeit weitgehend ignoriert bzw. verdrängt. Verstärkt wurden die Illusionen des politischen Freiraums noch durch die relativ großzügigen Finanzmittel, die die letzte DDR-Regierung den Gruppen zukommen ließ. Die Großzügigkeit betraf die Vergabekriterien und das Finanzvolumen. Die Euphorie ergriff aber auch Teile der westdeutschen Solidaritätsbewegung. Mit Blick auf die Handlungsspielräume, die sich für die Akteure in der DDR eröffneten, sah manche(r) AktivistIn

die Chance einer radikalen Reform der bisherigen Nord-Süd-Zusammenarbeit in Deutschland. Beispielhaft soll ein Zitat von Franz Nuscheler angeführt werden: „Wenn die Solidaritätsbewegung der DDR nur einen kleinen Teil der Absichten verwirklichen kann, die in den Resolutionen des Runden Tisches enthalten sind, dann könnte sie einer gesamtdeutschen Nord-Süd-Politik wichtige Impulse geben und neue Akzente setzen. Ich bitte Sie, möglichst viel in unser gemeinsames Bemühen hinüber zu retten. Ich habe den Eindruck, daß wir von Ihnen mehr lernen können als umgekehrt."[1] Diese Hoffnung war einer falschen Einschätzung der Situation in der DDR geschuldet, denn spektakuläre Impulse hatten auch die Solidaritätsgruppen in der post-SED-DDR nicht hervorgebracht. Weder die Aktionsformen noch die Inhalte stellten eine radikale Neuerung dar. Ein Novum war lediglich der ERT. Was im Westen beeindruckte, war offensichtlich die Energie, Unkompliziertheit und Zielstrebigkeit, mit der die Akteure die Aufgaben in Angriff nahmen. Aber auch das sollte nur von kurzer Dauer sein.

4. Die Realitäten der Einheit

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD endete die Phase der Expansion und Neuordnung der ostdeutschen Solidaritätsgruppen. Entwicklungstendenzen sind seither zwar noch zu beobachten, allerdings nicht mehr in der für die Wendezeit charakteristischen Dimension. Und wenn, dann meist auch nur noch in quantitativer Hinsicht. Dafür lassen sich eine Reihe von Gründen nennen:

1. Mit dem Beitritt wurde ein Anpassungsdruck an die bundesrepublikanische Realität spürbar, der zu erheblichen Irritationen und Zwängen führte. So mußten sich Solidaritätsgruppen binnen kurzer Zeit in das vom *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ; heute Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) verlangte „Management-Konzept" bei der Projektförderung hineinfinden.

2. Die Gruppen konnten nicht mehr auf den „Ost-Bonus" hoffen, der noch in der Vereinigungseuphorie spürbar war. Schon im Sommer/Herbst 1990 wurde deutlich, daß die staatlichen Sonderförderbedingungen für ostdeutsche Solidaritätsgruppen ausliefen und fortan bundesdeutsches Recht galt. Daraus resultierte auf der einen Seite ein geringerer finanzieller Mittelzufluß. Auf der anderen Seite führten die komplexen Anforderungen, die das BMZ an die Vergabe knüpfte, zu einer relativen „Verbürokratisierung" der Arbeitszusammenhänge.

3. Das Ende des „Booms" war auch Folge der seit 1990/91 spürbaren sozialen und ökonomischen Einbrüche, die aus dem Kollaps der SED-DDR und dem Einigungsprozeß resultierten. In einem solchen Umfeld wurde die entwicklungspolitische Arbeit schwieriger. Die Erkenntnis, daß sich immer weniger Menschen für entwicklungspolitische Themen interessierten, wirkte deprimierend und führte bei vielen Akteuren zur Resignation bzw. zum Ausstieg aus der Solidaritätsarbeit. Mit ihnen gingen viele Fachkräfte und Spezialisten. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch durch die immer unsicherer erscheinende Einkommenssituation in den Solidaritätsgruppen. Ein Teil der Fachkräfte verabschiedete sich ganz von der Solidaritätsarbeit. Andere nahmen die Beschäftigungsmöglichkeiten in entwicklungspolitischen Organisationen im Westen wahr (*Deutscher Entwicklungsdienst, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit*). Ein weiteres Problem erwuchs aus dem Rechtsruck, der, auch durch offene Androhung von Gewalt durch Rechtsradikale, den Handlungsraum der Solidaritätsgruppen einschränkte. Der Rechtsruck machte eine Umorientierung der

Arbeit auf den Bereich Antirassismus-Arbeit notwendig.

5. Entwicklungen seit 1991

Seit 1991 konnten sich die Solidaritätsgruppen wieder festigen, allerdings sind bestimmte Nuancierungen festzuhalten. Zunächst ist zu konstatieren, daß die Mobilisierungsmöglichkeiten geringer sind als unmittelbar nach der Wende. Auch der im Herbst 1990 einsetzende Prozeß der staatlichen Dezentralisierung (Konstituierung der neuen Bundesländer) tangierte die Mobilisierungschancen der Bewegung. Im Unterschied zu 1989/90, als viele überregional tätige Vereine gegründet wurden, entstehen seit 1991 fast ausschließlich lokale Initiativen. Oft sind es Dritte-/Eine-Welt-Läden, nicht selten auch Vereine und Gruppen, die sich der regionalen entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit verschrieben haben (zum Beispiel „Informationsstelle Eine Welt" in Magdeburg). Vereinzelt konstituieren sich Gruppen, um konkrete Projekte in einem Entwicklungsland zu unterstützen (z.B. die Brandenburgische Initiative zum Schutz des philippinischen Regenwaldes).

Die Herkunft und Motivation der – meist ehrenamtlich wirkenden – Mitarbeiter der NRO „zweiter Generation" bleibt bunt: Weiterhin gibt es Aussteiger, deren Engagement oft nur als Selbstzweck interpretiert werden kann. Oft sind sie im Dritte-Welt-Handel zu finden. Ferner sind diejenigen zu nennen, die – oft aus Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem Westen – zu den regionalen Solidaritätsgruppen zurückfinden. Eine dritte Gruppe umfaßt Personen, die aufgrund des krassen Unterschiedes zwischen Nord und Süd – zum Teil auf Reisen nach 1989 selbst erfahren – nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Zusammen mit 1989/90 gegründeten Gruppen und „Ostablegern" einiger westdeutscher NRO (Welthungerhilfe, terre des hommes) bilden sie heute ein buntes Konglomerat. Genaue quantitative Angaben liegen hierzu bislang jedoch nicht vor. Lediglich für die Länder Berlin und Brandenburg, die wohl die ausgeprägtesten entwicklungspolitischen Szenen westlich der Elbe besitzen, gibt es erste Erhebungen.[12] Daraus ergibt sich folgendes – vermutlich auch für die anderen neuen Bundesländer zutreffendes – Bild:

1. Zahlenmäßig dominieren lokale Solidaritätsgruppen ohne überregionalen Anspruch.

2. West-NRO sind bislang kaum vorhanden. Vorherrschend sind die Ost-NRO.

3. Eine Synthese zwischen Ost- und West-Gruppen gibt es kaum, da sich die Ost-Gruppen meist klar abgrenzen (zum Teil gehen sie aus Furcht vor Vereinnahmung bewußt auf Distanz).

4. Initiativen, die sich in Form von Dritte-/Eine-Welt-Läden zusammengefunden haben, versuchen zunehmend den Produktverkauf mit bewußtseinsbildender Öffentlichkeitsarbeit zu verbinden.

5. Gruppen, die sich aus kirchlichen Kreisen rekrutieren und weiter mit den Amtskirchen eng verbunden sind, bilden die Ausnahme. Ähnlich wie *INKOTA* vor 1989, nabeln sich christlich motivierte Gruppen oft nach ihrer Gründung schnell von der Kirche ab.

Untersucht man die einzelnen Gruppen nach ihrer inhaltlichen und politischen Ausrichtung, so lassen sich folgende Tendenzen erkennen:

- Projekte in den Entwicklungsländern werden hauptsächlich von größeren Gruppen wie *INKOTA* und der GSE unterstützt. Auch einige (Dritte-) Welt-Läden kombinieren ihre Han-

delstätigkeit verstärkt mit Projektarbeit. Die meisten Gruppen konzentrieren sich aber fast ausschließlich auf die Öffentlichkeitsarbeit (Priorität der Bewußtseinsbildung im Norden).

● Die Aktivitäten haben meist „Inselcharakter". Sie sind lokal begrenzt und verlieren sich teilweise in gesellschaftlichen Randthemen. Sie haben häufig wenig tagespolitische Brisanz. Größere Aktionen, etwa die Proteste gegen den Verkauf von ehemaligen NVA-Kriegsschiffen nach Indonesien im Herbst 1993, sind seltene Randerscheinungen. Die Gründe sind in der noch nicht abgeschlossenen Suche nach dem eigenen Standort, in der mangelnden finanziellen Ausstattung und der Unerfahrenheit im Umgang mit neuen Aktionsformen zu suchen.

● Der Anspruch, überregional tätig zu sein, wurde von vielen Gruppen aufgegeben bzw. gar nicht erst gestellt. Praktisch werden nur noch das *INKOTA*-Netzwerk und die *GSE* diesem Anspruch gerecht.

● Die Vernetzung untereinander und mit westdeutschen Solidaritätsgruppen ist gering. In der Regel ergibt sich eine lose Kooperation zu konkreten Anlässen im jeweiligen Bundesland. Dabei läßt sich ein erhebliches Kommunikationsdefizit zwischen den einzelnen Gruppen beobachten.

● Der Anspruch, neue entwicklungspolitische Theorie- und Handlungsansätze zu entwickeln, die dann in eine gesamtdeutsche Nord-Süd-Politik münden, konnte bislang nicht eingelöst werden. Das Gewicht der ostdeutschen Solidaritätsgruppen ist zu gering, um neue Elemente (etwa den „Entwicklungspolitischen Runden Tisch") zu einem konstitutiven Moment der gesamtdeutschen Nord-Süd-Arbeit zu machen.

● Aus der 1989 aufbrechenden Solidaritätsbewegung ist weder eine Massenbewegung noch eine Bewegung mit Masseneinfluß geworden. In ihr sind überproportional viele VertreterInnen der Ex-DDR-Intelligenz tätig. Die Beteiligung und Einbeziehung anderer Gruppen und Schichten ist schwach. Kontakte zu anderen gesellschaftspolitischen Gruppen (Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) oder zu den auf Osteuropa orientierten Solidaritätsgruppen (z.B. Tschernobyl-Hilfe) gibt es praktisch nicht.

Vergleicht man die Organisationsstruktur, die thematische und politische Ausrichtung sowie die Aktionsformen, dann lassen sich viele Gemeinsamkeiten zwischen den west- und ostdeutschen Solidaritätsgruppen ausmachen. Einige Unterschiede bleiben dennoch festzuhalten:

a) soziale Ausrichtung

Die ostdeutschen Gruppen setzen sich vor allem aus Akteuren zusammen, die über eine akademische Ausbildung verfügen, meist nicht sehr vermögend sind, und – wie es heute heißt – „abgewickelt" wurden. Von ihrer Altersstruktur her sind sie meist jenseits des 30. Lebensjahres. Sie haben vielfach eine abgeschlossene Berufsausbildung und besitzen teilweise ausgedehnte Berufserfahrungen. Eine so geartete Qualifikationsstruktur sichert zwar ein gewisses Know-how für die entwicklungspolitische Arbeit. Damit ist aber gleichzeitig die Gefahr eines Rückzugs und Verharrens in exklusiven und abgeschlossenen Expertenzirkeln gegeben. Den Gruppen gehören nur wenig Jugendliche an. Damit fehlt ihnen auch eine gewisse Experimentier- und Risikobereitschaft.

b) Weltanschauung/ Ideologie/ Ansprüche

Es dominieren eindeutig weltlich-orientierte Gruppen, die im wesentlichen humanistisch

und links- reformerisch inspiriert sind. Die meisten orientieren sich an den vom „Club of Rome" und den im „Brundtland-Report" formulierten Ideen. Eine ausschließlich karitativ begründete und nur auf Projektarbeit im Süden konzentrierte Solidarität wird abgelehnt. Die Notwendigkeit einer Veränderung im Norden ist unumstritten. Strittig sind die inhaltliche Bestimmung der Veränderung, die Mittel und Wege, sowie die Rolle, die sie selbst in diesem Prozeß spielen können.

c) Finanzierung

Insgesamt verfügen die Gruppen über relativ geringe Finanzmittel. Betrachtet man die Finanzausstattung genauer, dann fällt der relativ hohe Anteil öffentlicher Gelder auf. Oft stammen über 80 bis 90 Prozent der Haushaltsmittel von den Kommunen, dem Land, dem Bund (BMZE) und/oder der EU. Hier wird der Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Eigenständigkeit und der faktischen Abhängigkeit offensichtlich. Die Gefahr einer Fremdsteuerung durch die Geldgeber und ein damit verbundenes Wohlverhalten gegenüber staatlichen Stellen ist gegeben. Deutlich wurde 1994 die Tendenz, die inhaltliche Arbeit nicht allein von den unmittelbaren Erfordernissen der Solidaritätsarbeit, sondern von der Logik öffentlicher Fördergelder abhängig zu machen.

d) Sonderbedingungen

Die Sonderbedingungen finden ihren Niederschlag auch in der unterschiedlichen Bedeutung, die die Asyl- und Ausländerarbeit für die Gruppen im Osten hat. In den neuen Bundesländern sind die Umbruchprozesse in Osteuropa sehr viel stärker spürbar. Sind es im Westen vor allem Flüchtlinge aus der Dritten Welt, die dort Zuflucht suchen, so stammt ein erheblicher Teil der Flüchtlinge in den Neuen Bundesländern aus Osteuropa. Ein weiterer Schwerpunkt der Anti-Rassismus/ Ausländer-Arbeit ergibt sich aus der Geschichte der DDR. Die offizielle SED-Solidaritätspolitik sah vor, daß Ausbildungs- und Arbeitsplatzkontingente für Menschen aus den sozialistischen Bruderländern des Südens zur Verfügung gestellt wurden (Vietnam, Mosambik etc.). Nach der Wende versuchte die Bundesregierung, diese Personengruppen in ihre Ursprungsländer „zurückzuführen". Dies geschah durch Entzug der Aufenthaltsberechtigung oder durch bilaterale Abkommen mit den betreffenden Ländern (finanzielle Anreize etc.). Für viele VertragsarbeiterInnen ist die Zukunft noch ungewiß, da ihr Status noch nicht abschließend geklärt ist. Ein vergleichbares Problem stellt sich für die westdeutsche Solidaritätsbewegung nicht.

Eine weitere Besonderheit stellt die Verarbeitung der Vergangenheit dar. Nach der Wende 1989 fand zunächst keine kritische Auseinandersetzung mit der entwicklungspolitischen Vergangenheit statt. Daß diese Debatte ausblieb, war nicht zuletzt dem von der SED verschuldeten Informationsdefizit über diese Seite des Real-Sozialismus geschuldet. Bis heute hat sich keine einheitliche Beurteilung dieser Vergangenheit bei den Akteuren der entwicklungspolitischen Arbeit durchsetzen können. Das Beurteilungsspektrum reicht von der totalen Negation bis zur unkritisch-romantischen Verklärung. Für viele BürgerInnen hingegen bleibt die ehemalige Solidaritätspolitik der SED-DDR eine Black Box. In jüngster Zeit läßt sich nun eine zunehmende Bereitschaft der AktivistInnen erkennen, diese Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten.[13]

Die im Artikel von Kößler (in diesem Heft) genannten Verunsicherungen unter westdeutschen Solidaritätsgruppen finden sich ebenso in den ostdeutschen Gruppen. Auch in den Neuen Bundesländern hat die politische und ökonomische Krise das Besitzstandsdenken, den

Egoismus und den Hang zu konservativen Krisenlösungskonzepten in breiten Bevölkerungsteilen gefördert. Der Solidargedanke geht mehr und mehr verloren. Dies manifestiert sich auch in der mangelnden Akzeptanz der Solidaritätsgruppen im Osten (sinkendes öffentliches Interesse, Streichung öffentlicher Zuschüsse, geringe personelle Unterstützungsbereitschaft). Auch in den neuen Ländern stehen die Gruppen vor dem Problem, daß sich der Gegenstand „Dritte-Welt" faktisch auflöst bzw. stark ausdifferenziert. Die desolate Lage vieler Entwicklungsländer und das Scheitern der realkapitalistischen und realsozialistischen Entwicklungskonzepte wirkt irritierend und lähmend auf die Akteure in Ost- und Westdeutschland. Die damit einhergehende Desillusionierung stellt die bisherigen Ziele, Inhalte und Aktionsformen in Frage. Ein drastisches Schrumpfen der ohnehin kleinen Basis in der Bevölkerung, die Verfestigung eines Insel-Daseins in einer „Schutz- und Trutzburg von Gleichgesinnten" (Nuscheler) und das Fehlen großer inhaltlicher Debatten und Kampagnen sind Probleme, mit denen die Akteure der Solidaritätsarbeit in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen konfrontiert sind.[14]

6. Zusammenfassung und Ausblick

Faßt man die hier skizzierte Entwicklung ostdeutscher Solidaritätsgruppen zusammen, so lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen: Die Solidaritätsbewegung befand sich kurz vor der Wende in einer Stagnationsphase. Diese Stagnation konnte durch den mit der Wende verbundenen Aufbruchprozeß überwunden werden. In der Folge erlebte die Bewegung einen beachtenswerten quantitativen und qualitativen Aufschwung. Eine Verlangsamung der Entwicklung trat im wesentlichen erst ein, nachdem die Gruppen, bedingt duch den Beitritt der DDR zur BRD, den Zwängen des bundesrepublikanischen Gesellschaftsmodells unterworfen wurden.[15] Auch die Erkenntnis, daß angesichts der weltweiten Interdependenzen und globalen Probleme, insbesondere der kollapsartigen Krisenzustände im Süden, die bisherigen Inhalte und Formen der Solidaritätsarbeit nicht mehr reichen, führte vielfach zu einer Sinnkrise. Eine Sinnkrise, die sich verschärfte, als deutlich wurde, daß aus dem Ende des klassischen Ost-West-Konflikts nicht automatisch ein Aufbruch in Ost und Süd in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung resultierte.

Unter Ostdeutschen festigt sich immer mehr die Auffassung, daß die Solidaritätsgruppen allein nur partiell aus der von ihnen konstatierten „Krise" herausfinden werden. Vielleicht entwickeln sich aus der Erschließung neuer Themenfelder, wie sie unter dem Motto „Entwicklung des Nordens" derzeit diskutiert werden, neue Handlungsperspektiven. Eine solche Politik umfaßt z.B. die Verbraucherpolitik (Aufklärung über Nord-Süd-Zusammenhänge und der Änderung von Konsumgewohnheiten), Kampagnen zum Rüstungsexport (Landminen-Kampagnen), Konzepte zur Entwicklung eines global verträglichen Entwicklungsmodells für die Industrieländer (Umbau der Industriegesellschaft) etc. Welche neuen Politik- und Handlungsfelder sich bei der Konkretisierung der Idee „Entwicklung für den Norden" ergeben, ist noch nicht klar abzusehen, da es noch umfangreicher Diskussionen bedarf. An dieser Stelle sei aber vor einer allzu großen Euphorie gewarnt, denn diese Strategie wird sicherlich nicht zu einem vergleichbaren Aufschwung der Bewegung führen, wie ihn die Gruppen in den Jahren 1989/90 erlebt haben. Nichtdestotrotz ist bei vielen Bewegungsakteuren die Hoffnung vorhanden, daß mit der Erarbeitung eines neuen Politikkonzeptes positive Rückwirkungen auf die Bewegung selbst zu erwarten sind. Indirekt, so die Hoffnung, führt die Mobilisierung und Neuorientierung auch der Solidaritätsbewegung neue Akteure zu. Direkt

könnten die Solidaritätsgruppen z. B. durch eine Reform des politischen Systems und die Stärkung basisdemokratischer Mitbestimmungsformen so aufgewertet werden, daß sie tatsächlich Einfluß auf zentrale Politikbereiche (z.B. Außenpolitik, Wirtschaftspolitik) nehmen können. Bislang werden solche Veränderungen jedoch nur angedacht und eingefordert. Es fehlt aber noch an praktischen Umsetzungsstrategien. Mittlerweile hat sich auch die Erkenntnis gefestigt, daß die Solidaritätsgruppen allein zu schwach sind, um ein großes Reformprojekt zu initiieren. Notwendiger denn je ist eine Vernetzung mit anderen relevanten Reformkräften (Parteien und Bürgerbewegungen). Ob eine Vernetzung der Reformkräfte in dieser Gesellschaft gelingt, muß die Zukunft zeigen. Bisher wird lediglich die Notwendigkeit eines solchen Bündnisses betont.

Die aktuellen Diskurse der Bewegungsakteure zeigen zwei wichtige Richtungen auf, die in der Debatte um eine „Entwicklung des Nordens" stärker in den Mittelpunkt rücken müssen: Zum einen sollte vermittels Kampagnen nach Themen- und Handlungsfeldern gesucht werden, die – wie ein Focus – die negative Interdependenzen zwischen Nord und Süd thematisch bündeln. Solche „Focus-Themen" werden heute bereits in ersten Ansätzen mit der Landminen-Kampagnen, der Teppich- und Blumenkampagne, der Kampagnen gegen Sextourismus etc. realisiert. Eine „Entwicklungspolitik für den Norden" wird nur dann als glaubwürdiges Reformprogramm wirksam sein, wenn konkrete Handlungsalternativen für die Menschen in der Bundesrepublik formuliert werden. Die o.g. Kampagnen setzen an diesem Punkt an. Durch die Vernetzung unterschiedlicher Reformkräfte würde – so der zweite Aspekt – nicht nur das Reformpotential erhöht, sondern auch eine inhaltliche Durchdringung und wechselseitige Beeinflussung der Bewegungen untereinander erreicht. Auf diese Weise wird das Programm „Entwicklung für den Norden" konkrete Formen annehmen und neue Interessenten an die Bewegung heranführen.

Dr. Malte Letz, Historiker, lebt und arbeitet in Berlin.

Anmerkungen

[1] Siehe dazu ausführlich: Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik: Umwelt und Entwicklung. Agenda 21. Eine Zusammenfassung. Wien 1992.

[2] In den letzten Jahren sind verschiedene Einzelartikel zum Thema erschienen. Stellvertretend für diese Artikel sei hier genannt: Politische Ökologie, Thema: Lebensstil oder Stilleben, Heft 33, München 1993.

[3] Wenn nachfolgend der Begriff „Entwicklung für den Norden" verwendet wird, dann wird damit auf unterschiedliche Aktivitäten angespielt, nicht aber ein konsistentes Gesamtprogramm unterstellt.

[4] Siehe dazu auch den Beitrag von Kößler in diesem Heft.

[5] Der Artikel beschränkt sich auf die Entwicklung der Solidaritätsbewegung in der Ex-DDR und den Neuen Bundesländern. Auf die gesellschaftlichen Umbruchprozesse in den Ländern Osteuropas kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Die Untersuchung der Solidaritätsgruppen bezieht sich auf die Gruppen, die sich mit Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika befassen. Aus Platzgründen bleiben die Gruppen ausgespart, die sich in ihrer Arbeit auf Ost- und Südosteuropa konzentrieren.

[6] Zur Geschichte und Entwicklung der westdeutschen Solidaritätsbewegung siehe den Beitrag von Bräuer in diesem Heft.

[7] Zur Entwicklungspolitik der DDR sie u.a.: Erl, Willi: Das Erbe der DDR-Entwicklungspolitik, in: EPOG (Hrsg.): Osteuropas Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit – Was bleibt? Materialien des Workshops vom 22. und 24. April 1992, Berlin 1992, S. 119 ff.

[8] Mit der Schlußakte von Helsinki wurden am 1.8.1975 die vertraglichen Grundlagen der „Kon-

ferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) geschaffen. Es waren 35 Teilnehmerstaaten aus West- und Osteuropa an dieser Konferenz beteilt. Die KSZE-Schlußakte regelte verschiedene Formen der Kooperation. Dazu gehörten „Prinzipien zur Regelung des Zusammenlebens in Europa", „Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltschutz". Zentraler Bestandteil waren die Regelungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit in humanitäre Fragen. Mit der KSZE wurde ein wichtiges Instrument der Entspannungspolitik geschaffen. Aus dem Vertrag resultierten in der Folge auch bestimmte Freiheiten für die BürgerInnen der DDR.

[9] Selbstdarstellungen der ostdeutschen Solidaritätsgruppen liegen vor in: Handbuch Brandenburger Eine-Welt-Gruppen, Aktionsläden, Initiativen, Organisationen. Brandenburgische Hefte, Potsdam 1992, Heft 2; Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Stadtführer Entwicklungspolitik, Berlin 1991.

[10] Zum ERT siehe auch: Bindemann, Walter: Der Entwicklungspolitische Runde Tisch – ein Instrument der gesellschaftlichen Kommunikation, in: Nord-Süd, Nr. 1, Berlin 1991, S. 25 ff.

[11] Aus einer Rede anläßlich der vereinsrechtlichen Neugründung des INKOTA-Netzwerkes am 1. April 1990 in Erfurt. Quelle: Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitischer Sauerteig, in: INKOTA-Brief, Heft 74/75, 1/92, Berlin 1992, S. 48

[12] Siehe Anmerkung 9.

[13] Ausführlich hierzu: Letz, Malte: „Auferstanden aus Ruinen...". Zur Entwicklungspolitik in der DDR. In: Inkota-Brief, März 1994, Heft 84, S. 13 f. Berlin 1994.

[14] Siehe hierzu auch den Beitrag von Rolf Bräuer in diesem Heft, der eine ähnliche Problemlage für die Westgruppen beschreibt.

[15] Zur psychologischen Verarbeitung des Beitritts der DDR zur BRD und des Einigungsprozesses bei den Ostdeutschen sowie inwieweit diese die BRD als Zwang erleben und empfinden, siehe näher: Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk. Die unglückliche Einheit, Knaur, München 1993.

Literatur

Bindemann, Walter: Der Entwicklungspolitische Runde Tisch – ein Instrument der gesellschaftlichen Kommunikation, in: *Nord-Süd*, Nr. 1, Berlin 1991, S. 25 ff.

Erl, Willi: Das Erbe der DDR-Entwicklungspolitik, in: *EPOG* (Hrsg.): Osteuropas Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit – Was bleibt? Materialien des Workshops vom 22. und 24. April 1992, Berlin 1992, S. 119 ff.

Handbuch Brandenburger Eine-Welt-Gruppen, Aktionsläden, Initiativen, Organisationen. Brandenburgische Hefte, Potsdam 1992, Heft 2.

Letz, Malte: „Auferstanden aus Ruinen...". Zur Entwicklungspolitik in der DDR. In: *Inkota-Brief*, März 1994, Heft 84, S. 13 f.. Berlin 1994.

Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk. Die unglückliche Einheit, Knaur, München 1993.

Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitischer Sauerteig, in: *INKOTA-Brief*, Heft 74/75, 1/92, Berlin 1992, S. 48.

Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik: Umwelt und Entwicklung. Agenda 21. Eine Zusammenfassung. Wien 1992.

Politische Ökologie, Thema: Lebensstil oder Stilleben, Heft 33, München 1993.

Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Stadtführer Entwicklungspolitik, Berlin 1991.

Michael Bommes/ Michael Heuer

„Dritte-Welt-Bewegung" – Was für eine Bewegung?!

Beschreibungen der „Krise der Dritte-Welt-Bewegung" (DWB)[1] sind Begleittexte dieser Bewegung mit einer langen Tradition, die von aktuellen Krisendiagnosen, wie sie sich auch in diesem Heft finden, fortgesetzt wird. Mit den jüngsten Auseinandersetzungen um „das Ende der Dritten Welt" (Menzel 1992) sowie der Herausforderung zahlreicher Topoi des Bewegungsdiskurses durch Arbeiten wie die von Kohlhammer (1992, 1993) und Enzensberger (1993) scheinen aber nun Annahmen derart in Frage gestellt zu werden, daß damit das endgültige Ende der Bewegung eingeläutet wird. Dem steht entgegen, daß die DWB im Unterschied zu den Bewegungen, die wie die Friedens-, Ökologie- oder Frauenbewegung bevorzugtes Objekt der jüngeren Bewegungsforschung sind, inzwischen auf eine lange Geschichte in der BRD zurückblickt. Folgt man jedenfalls den Datierungen von Teilnehmern der DWB selbst, sehen sie deren Beginn in der Studentenbewegung und ihre Vorläufer im engeren Sinne in Solidaritätsbewegungen mit Algerien, der Ostermarschbewegung sowie im weiteren Sinne in der imperialismuskritischen Tradition der Arbeiterbewegung (vgl. Balsen/Rössel 1986). Beschreibungen der Krise der Bewegung gehören aber wohl auch deshalb seit langem zur DWB dazu, da sie sich im wechselnden Bezug auf verschiedene, als Vertreter der Dritten Welt verstandene Adressaten ihrer „Solidarität" jeweils neu der eigenen Einheit zu versichern hatte. Dabei kann sie sich schon seit langem nicht mehr auf die wissenschaftliche Bezeugung der Einheit ihres Gegenstandes verlassen. Die wissenschaftliche Vermutung des Endes der Dritten Welt ist jedenfalls älter als die jüngste Debatte darum (vgl. Boeckh 1993); diese scheint einzig „Bewegungsreflekteure" nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zu „nachholender Reflexion" zu zwingen. Damit gilt aber auch, daß die DWB genauso wie andere Bewegungen ihr Entstehen wie ihren Fortbestand nicht schlicht einer gegebenen Problemlage verdankt, auf die sie selbst die Antwort darstellt und aus der heraus sich ihre Existenz erklärt.

Im Unterschied zu anderen sozialen Bewegungen war die DWB bisher in der Bewegungsforschung kein Thema. Sie findet sich in Auflistungen zur Erläuterung, welche Bewegungen mit „sozialen Bewegungen" gemeint seien (so etwa Ahlemeyer 1989, S. 175, 176); was für eine Bewegung die DWB aber ist und wie sich ihr vergleichsweise langer Fortbestand begreifen läßt, ist bisher kaum diskutiert worden. Dazu sollen nachfolgend einige vorläufige Überlegungen angestellt werden, die den Zweck haben, eine entsprechende Diskussion

überhaupt erst in Gang zu setzen. Von dem zugegebenermaßen groben Schnitt der nachfolgend dargelegten Thesen über die Bewegung wird für eine solche Diskussion Anschubwirkung erhofft.

1. Zur theoretischen Bestimmung der DWB

In Übereinstimmung mit der jüngeren systemtheoretischen Bewegungsforschung gehen wir ohne nähere Erläuterung davon aus, daß soziale Bewegungen weder aus „objektiv gegebenen" Problemlagen, noch aus der psychischen Verfassung oder den Identitätsproblemen ihrer Träger erklärt werden können, sondern als Selbsterzeugungszusammenhang (Japp 1984) begriffen werden müssen. Unterschiedlich ist das Ausmaß, in dem die Radikalität der These der „Selbsterzeugung statt Fremdverschulden" in der Bewegungsforschung akzeptiert wird (zur Diskussion vgl. Hellmann 1993). Die Drehung der Blickrichtung hin auf das „Wie" der Selbsterzeugung und die Ressourcen, mittels derer diese Selbsterzeugung gewährleistet wird, verspricht jedoch für den Fall der DWB insofern Gewinn, als Vertreter dieser Bewegung selbst bereits Schwierigkeiten haben zu erklären, warum die Bewegung in ihrem Fortbestand ihr Augenmerk auf jeweils wechselnde Problemlagen richtet und die Anlässe für die Bewegung sich wandeln. Erklärungen werden „selbstkritisch" in politischen Vereinfachungs- und Identitätsbedürfnissen der Teilnehmer gesucht, aber bei allem Wandel und Wechsel der Orientierungen wird die fortexistierende Einheit der Bewegung weiterhin unterstellt (für Beispiele vgl. Balsen/Rössel 1986). Zu klären bleibt dann aber, wie die Bewegung diese Einheit bewerkstelligt.

Begreift man „soziale Bewegungen" als soziale Systeme, die sich wie jedes soziale System selbst erzeugen und fortschreiben, dann besteht das theoretische Problem darin, die Besonderheit sozialer Bewegungen im Modus ihrer Selbsterzeugung, in ihrer Kommunikationsweise auszuweisen, sofern es sich hierbei weder um einfache Interaktions-, noch um Organisations- oder gar um Funktionssysteme handelt. Denn soziale Bewegungen sind weder Interaktionssysteme, die mit dem Ende von konkreten Interaktionssequenzen auch ihr Ende als System finden, noch sind sie Organisationssysteme, die organisationsspezifische Funktionsrollen ausbilden und sich mittels Entscheidungen reproduzieren, noch sind sie Funktionssysteme, die eine (und nur eine) gesamtgesellschaftliche Funktion wie das Wirtschafts-, Rechts- oder Politiksystem wahrnehmen und spezifizierte Leistungen für andere Funktionssysteme erbringen. Versuche in der theoretischen Literatur, diesen Modus der Selbsterzeugung sozialer Bewegungen zu fassen, sind uneinheitlich (vgl. Japp 1986, Bergmann 1987, Ahlemeyer 1989, Luhmann 1991) und wohl auch unabgeschlossen (zur Diskussion vgl. Hellmann 1993). Wir folgen hier der Annahme Luhmanns (1991), daß die spezifische Kommunikationsform sozialer Bewegungen im Protest besteht. „Proteste sind Kommunikationen, die an andere adressiert sind und deren Verantwortung anmahnen. Sie kritisieren Praktiken oder Zustände, machen sich aber nicht selber anheischig, an die Stelle dessen zu treten, der für Ordnung sorgen sollte ... die Form des Protests ist eine Form, die eine andere Seite voraussetzt, die auf den Protest zu reagieren hat. Mit dem Kollaps dieser Differenz kollabiert auch der Protest." (S. 135, 136) Von Protestbewegungen sei dann zu sprechen, „wenn der Protest als Katalysator einer eigenen Systembildung dient. Der Protest rekrutiert dann gleichsam eigene Anhänger. Der Protest ist die Form, das Thema der Inhalt, und beides zusammen setzt eine Reproduktion darauf bezogener Kommunikationen in Gang und ermöglicht es dem System, zugehörige und nicht zu-

gehörige Aktivitäten zu unterscheiden. Es erkennt sich daran, daß es alle für es zugänglichen Tatsachen in die Form des Protestes bringt und sich mit Hilfe dieser Form reproduziert, und es kombiniert auf diese Weise in jeder Operation Fremdreferenz und Selbstreferenz, eben externe Anlässe für einen intern aktualisierten Protest." (S. 136, 137)[2]

Besteht die Gemeinsamkeit sozialer Bewegungen in der Kommunikationsform „Protest", so wird andererseits zwischen „alten" und „neuen" sozialen Bewegungen unterschieden. Die Differenz besteht nicht schlicht in unterschiedlichen Themen (auch neue soziale Bewegungen haben verschiedene Themen wie Frieden, Ökologie, Frauen), sondern darin, daß alte soziale Bewegungen Strukturprobleme von Funktionssystemen und daraus resultierende ungleiche Inklusionschancen von Individuen in diese Systeme thematisieren. So macht die Arbeiterbewegung Ungleichheit im Wirtschaftssystem und daraus resultierende ungleiche Inklusionschancen auch in andere Teilsysteme (insbesondere Politik und Erziehung) zum Thema und ist „dagegen" (und für „Sozialismus" als Reflexionswert). Sie findet ihr Ende in der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung von Grundbedingungen der Inklusion in gesellschaftliche Teilsysteme (Demokratie als politische Inklusion aller Staatsbürger, Chancengleichheit als Inklusion ins Bildungssystem unabhängig z. B. von Besitz, Tarifvertragsrecht, Absicherung von Gesundheitsrisiken etc.). Davon unterscheiden sich neue soziale Bewegungen, indem sie (Risiko-)Themen quer zu den Funktionssystemen wie Ökologie, Risikotechnologien und Frieden aufgreifen und „der Gesellschaft", die nun zur „Risikogesellschaft" (Beck 1986) geworden ist, entgegenhalten.[3]

Anhand dieser Gegenüberstellung[4] läßt sich die DWB auf den ersten Blick nur uneindeutig zuordnen, sofern man den aktuellen Selbstbeschreibungen von Bewegungsteilnehmern folgt, die sich sowohl für politische und ökonomische Gleichstellung von Drittweltländern, also für alte Bewegungsthemen, wie auch für Ökologiethemen – etwa Regenwälder und Klimakatastrophe –, also für neue Bewegungsthemen, einsetzen.[5] Diese vermeintliche Uneindeutigkeit ergibt sich aber nur bei distanzloser Betrachtung. Mit größerem Abstand sieht man, daß die Allzuständigkeit der DWB für Bewegungsthemen, die einen Teil ihrer langen Existenzdauer erklärt, der normativen Generalformel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" geschuldet ist, die bereits ihrem Start als alte Bewegung unterliegt und die sich im Verlauf ihrer Geschichte als vielseitig programmier- und verwendbar erwiesen hat. Es ist gerade die Leere und Unbestimmtheit dieser zugrundeliegenden Formel, die deren Offenheit und Interpretierbarkeit und damit ihre Produktivität für die DWB begründet: Adressat, Vorwurf und Protest können bei wechselnden Themen (Programmen) identisch gehalten werden.

2. Von den 60er zu den 90er Jahren: Themenwechsel bei Konstanz des Protestadressaten

Die DWB war zunächst Teil und Strang der Studentenbewegung, die sich in ihrer Selbstbeschreibung in den kritischen, insbesondere marxistischen Traditionen der Arbeiterbewegung verortete (vgl. Bergmann u. a. 1968, Wolff/Windaus 1977) und unter anderem auch als Fortsetzung dieser Bewegung verstand. Versteht man die Studentenbewegung als eine Bewegung, deren Protest zum Teil auf Gleichstellung, insbesondere im Erziehungssystem, vor allem aber gegen kulturelle Verkrustungen im Familien-, Erziehungs- und Politiksystem zielte (vgl. Halfmann 1989), dann bestand neben den hier erreichten unbestreitbaren Erfolgen ein wesentlicher Effekt dieser Bewegung in der Erzeugung eines Protestmilieus, an das

die neuen sozialen Bewegungen im Prozeß ihrer Selbsterzeugung anzuschließen vermochten.

Lösen sich die Teile der Studentenbewegung, die sich an der Selbstbeschreibung als Fortsetzung des revolutionären Teils der Arbeiterbewegung auszurichten beginnen, in den 70er Jahren in den dogmatischen Verkleidungsversuchen der K-Gruppen auf, so vermag der Teil, der sich als DWB formiert, sich bis heute fortzuschreiben. Dies liegt zunächst an der in den 60er und auch noch 70er Jahren plausiblen Ausrichtung an einem Programm, in dem es weltweite Gleichheit und Gerechtigkeit von der Ersten Welt, den kapitalistischen Metropolen, gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einzuklagen galt.[6] Das Vermögen der Mobilisierung und Rekrutierung von Mitgliedern mittels der Formel „Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit" bestand dabei darin, daß hier nicht nur an Traditionen der Arbeiterbewegung, sondern auch an kirchliche Gerechtigkeitspostulate im Hinblick auf die Armen der Welt angeschlossen werden konnte.

Die Ausrichtung des Protestes an den sog. Befreiungsbewegungen der Dritte Welt stieß aber gerade in dem Maße auf Probleme, wie diese Bewegungen erfolgreich waren. Es stellte sich jeweils schnell heraus, daß die Erfolge in Kriegen und/oder Revolutionen nicht schlicht die politische Befreiung von „Völkern"[7] als Voraussetzung für die anschließend erwartete ökonomische Besserstellung durch sozialistische Umbauversuche darstellten, sondern Teil von schwierigen, in sich widersprüchlichen und komplexen politischen Systembildungsprozessen im Anschluß an durchgesetzte Dekolonialisierung waren, zum Teil mit verheerenden Wirkungen nach innen und außen (z.B. Vietnam, Kambodscha, Mosambique, Angola). Zurück blieb die Ausrichtung an der Generalforderung nach „weltweiter Gerechtigkeit und Gleichheit", die sich zwar ihres Protestadressaten Erste Welt gewiß blieb, deren programmatische Ausformulierung mittels der heroischen Konstruktion von Völkern als Großsubjekten der nationalen politischen Emanzipation und einer daran anschließenden ökonomischen Transformation unter sozialistischen Vorzeichen sich aber nicht länger durchhalten ließ. An ihr Ende gerieten diese Vorstellungen bezeichnenderweise nicht da, wo Dekolonialisierungsprozesse zum inneren Desaster wie etwa in Kambodscha führten, sondern da, wo – wie im Falle Nicaraguas – Versuche der Etablierung einer von der DWB erhofften und z.T. kontrafaktisch gesehenen sozialistischen Politik nicht schlicht einem Druck von außen durch die USA zum Opfer fielen, sondern durch Abwahl der Regierung vom „Volke" selbst beendet wurden. „Normale" Nationalstaaten eignen sich nicht zur Konstruktion der Außenposition, von der aus gegen die Erste Welt protestiert werden kann.

Aber das Ende der Erwartung der Selbstbefreiung der „Völker" ebenso wie die Etablierung von formal souveränen Staaten in der sog. Dritten Welt, die sich in den politisch-diplomatischen Weltverkehr einklinken, bedeuten offensichtlich nicht das Ende der DWB. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß seit Ende der 70er Jahre andere, nämlich die neuen sozialen Bewegungen Konjunktur haben, die ihren Protest über andere Themen wie Ökologie, Frieden und Frauen artikulieren. Die genannten Verschiebungen setzen die DWB im Kontext der BRD unter Druck, zwingen sie zum Umbau ihrer Weltkonstruktion[8] und eröffnen dabei gleichzeitig Auswege aus den bis dahin erzeugten Dilemmata durch neue Anschlußmöglichkeiten. Selbstkritik in der Bewegung am Verhältnis zu den jeweils favorisierten Ländern und Bewegungen der Dritten Welt war bereits frühzeitig Bestandteil der Bewegung (s. dazu Balsen/Rössel 1986 sowie Bräuer in diesem Heft). Seit Beginn der 80er

Jahre stand so neben der von Teilen der Bewegung fortgesetzten Ausrichtung an Befreiungsbewegungen und Sozialismusprojekten die wachsende Präsenz der DWB in den neuen sozialen Bewegungen. Dies hatte manchmal seinen Grund darin, daß das Personal der Bewegungen in seiner generalisierten Protestbereitschaft oftmals identisch war. Ein Teil der insbesondere durch die Auseinandersetzungen um Vietnam/Kambodscha, Chile/Argentinien/Lateinamerika Irritierten sucht hier neuen Anschluß. Als zentral erweist sich dabei nun die generelle Verwendbarkeit der Formel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit", denn wer an die Utopie der Befreiung der „Völker" nicht mehr glauben mag, findet hier die Möglichkeit der Reinterpretation und Neuprogrammierung der Formel. Durch „Hochtransformation" der Themen der neuen sozialen Bewegungen auf Weltniveau läßt sich so die DWB fortsetzen:

„Durch Thematisierung ökologischer Probleme, spezifischer Benachteiligungen von Frauen und des Waffen- und Friedenskomplexes werden drei Kontexte einbezogen, zu denen es in der Bundesrepublik soziale Bewegungen gibt und in der jüngsten Vergangenheit Mobilisierungskampagnen gab und deren Anliegen eine weite Unterstützung in der Bevölkerung finden."[9] (Gerhards 1991, S. 228) Frieden hängt so von der Beendigung des Waffenexportes der Ersten in die Dritte Welt ab; Selbstbestimmung der Frauen setzt eine gerechte Verteilung der Ressourcen und Inklusion voraus; das Ozonloch ist dem ungerechten Ressourcenverbrauch des „Nordens" geschuldet; Migration ist eine Folge der weltweit ungerechten Verteilung von Gütern und Chancen, die die Armen zur Flucht zwingt.[10]

Für die DWB ist damit ersichtlich die Möglichkeit eröffnet, angesichts der Brüchigkeit ihres alten Bewegungsthemas „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" als politische Gleichstellung von Völkern und Durchsetzung von sozialistischen Verhältnissen zu interpretieren und somit ihren Protest – und damit sich selbst – zu kontinuieren. Dies gelingt ihr, indem sie den Adressaten des Protestes, die Erste Welt, „den Norden" konstant hält. Er wird für die von den neuen sozialen Bewegungen thematisierten Problemlagen global verantwortlich erklärt, und diese selbst werden in Gerechtigkeits- und Gleichheitsfragen zwischen „Norden" und „Süden", Erster und Dritter Welt übersetzt. Das Abstraktum Dritte Welt, abgezogen von konkreten Ländern nun „der Süden", verschafft so den vielen kleinen Friedens-, Ökologie- und Frauenprojekten die Position, von der aus die Erste Welt, „der Norden", den Adressaten des Protestes abzugeben vermag.

Man kann so die Selbstfortschreibung der DWB bis heute z.T. aus der vielseitigen Verwendbarkeit ihrer Generalformel erklären, die es möglich macht, an Themen anderer Bewegungen zu partizipieren, durch sie die Formel zu interpretieren und so durch Angleichung und Abgrenzung zugleich die eigene Einheit zu wahren. Einsichtig wird so das weite Spektrum der Bewegung von den Nicaragua-Getreuen bis zu Umweltschützern in Provinzstädten der Bundesrepublik. Zu diesem immanenten Reproduktionspotential der Bewegung vermittels ihrer Generalformel kommt aber eine Besonderheit der politischen Konstellationen hinzu, in denen sich die DWB bewegt und die eine weitere Gewähr dafür bietet, daß die Bewegung nicht in den anderen Bewegungen verdunstet oder an eigenen Inkonsistenzproblemen zerbricht:

3. Die entwicklungspolitische Arena als Themen- und Konfliktpool der DWB

Die DWB ist eingebettet in einen politischen Zusammenhang, der als entwicklungspolitische

Arena bezeichnet werden kann. Innerhalb dieser Arena existieren diverse Interaktionsnetzwerke, aus denen sich dann konfliktive Bewegungsereignisse entwickeln können. Da Großdemonstrationen und andere publikumswirksame Manifestationen eher unwahrscheinliche und seltene Ereignisse sind, müssen sie als nur eine mögliche Form der Konflikt- und Mobilisierungskommunikation angesehen werden.[11] Rückt man nun Entwicklungspolitik in das Zentrum der Betrachtung, wird deutlich, daß die DWB auch deshalb über einen so langen Zeitraum verschiedene Mobilisierungs- und Demobilisierungsphasen „überlebte", weil es einen umfassenden Zusammenhang gibt, der die favorisierten Deutungsmuster kontinuiert und für neue Mobilisierungsphasen aktuell hält. Die entwicklungspolitische Arena stellt in diesem Sinne für Bewegungsakteure sowohl einen Resonanzkörper als auch einen Themen- und Konfliktpool dar. Themenpool meint hier sachliche Gemeinsamkeiten, Wertauffassungen (Moral) und Problemdeutungen, die verschiedene Akteure dieser Arena teilen. Konfliktpool meint hier den Sachverhalt, daß sich die Akteure der Arena, insbesondere Bewegungsakteure, selektiv bestimmter entwicklungspolitischer Themen zur Konstruktion von Oppositionsbeziehungen bedienen. Der Begriff entwicklungspolitische Arena soll ein bestimmtes Terrain, in dem unterschiedliche Akteure und Organisationen handeln, fassen. Dieses Terrain läßt sich mit der Verortung auf der politischen Landkarte weiter eingrenzen: Das, was gemeinhin als Entwicklungspolitik bezeichnet wird, umfaßt andere traditionelle Politikfelder wie Wirtschafts-, Außen- und Bündnispolitik. Zugleich muß die Gewichtigkeit der Entwicklungspolitik in der Bedeutungshierarchie von Politikfeldern als gering angesehen werden. Das Issue Entwicklung verfügt nicht über die relative Gestaltungsautonomie, wie sie für andere Arenen charakteristisch ist. Da die „harten Politikfelder" (Außen-, Verteidigungs-, Wirtschaftspolitik) für die Entwicklungspolitik die Rahmenbedingungen setzen, in denen sich dann eine „Nord-Süd-Politik" formulieren läßt, kann dieser Komplex nur als politische Nischenarena begriffen werden. Die verlautbarten und selbstgesteckten Ziele stehen daher aber auch in keinem Verhältnis zu den Rahmenbedingungen. „Denn Entwicklungspolitik kann nicht leisten, was sie aufgrund ihrer politischen Existenzbedingungen nicht leisten darf, und sie ist außerdem ein zu vernachlässigender Faktor..." (Wesel 1991, S. 69).

Die relative Bedeutungslosigkeit von Entwicklungspolitik liegt zugleich begründet in der Unklarheit ihres Gegenstandes: Dritte Welt oder Nord-Süd-Politik grenzen kein Feld aus, auf das bezogen die Etablierung eines politischen Ressorts, das regelmäßig anfallenden politischen Entscheidungsbedarf bedient, Sinn machen würde. Differenzierungstheoretisch ist daher das Betreiben eines Ministeriums, das für Entwicklung zuständig ist, erklärungsbedürftig. Umgekehrt kann aber die Ausrichtung der Selbstbeschreibung der Aufgaben und Ziele eines solchen Ministeriums an den Gleichheits- und Gerechtigkeitspostulaten, wie sie auch für die DWB leitend sind und die in keinem Verhältnis zu seinen Möglichkeiten stehen, als Hinweis auf den Zusammenhang genommen werden, aus dem heraus sich die Existenz eines solchen Ministeriums begreifen läßt. Entwicklungspolitik und ein eigens dafür zuständiges Ministerium (zunächst Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, später für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) entstehen im Zusammenhang des Kalten Krieges und werden mitzuständig für den Erhalt der Stellung des Westens gegenüber dem Osten in den Dritte-Welt-Ländern (vgl. Menzel 1993, S. 137). Das in Konkurrenz zum Ostblock artikulierte Entwicklungsversprechen, das alle Maßnahmen begleitet und zugleich im Korsett der Hallstein-Doktrin gegeben wird,

wird mit dem Abflauen des Kalten Krieges Ende der 60er Jahre im Kontext der sozialliberalen Koalition hochgefahren zu symbolischer Politik der Verfolgung weltweiter Gleichheit und Gerechtigkeit, mit der die BRD nicht zuletzt ihre Rückkehr auf das internationale Politik-Parkett, insbesondere in die UNO, flankiert.[12]

Die Gründung eines solchen Ministeriums als politische Organisation quer zu den etablierten Ressorts eröffnet erst ein Feld, in dem diese Organisation für zu treffende politische Entscheidungen Ziele und Mittel sucht, die sich als Realisierungen ihrer verlautbarten Zielsetzungen in Relation zu den jeweiligen Konjunkturen der allgemeinen politischen und wissenschaftlichen Entwicklungsdebatten[13] interpretieren und mit Geld, Recht und symbolischer Kommunikation subventionieren lassen. Es gilt bis dahin, daß weder klare Ziele noch klare Mittel noch feste Teilnehmer als Adressaten oder Ausführende von Entscheidungen gegeben sind.[14] Auf diesem Feld plazieren sich nun Entwicklungsorganisationen und die DWB und konstituieren u.a. im Verhältnis zur politischen Organisation BMZ bzw. BMZE eben jene Konstellation, die wir als entwicklungspolitische Arena bezeichnen.[15]

Die Akteure der entwicklungspolitischen Arena

a) Die staatlichen und semi-staatlichen Einrichtungen

Hierzu zählen v.a. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Kommt dem BMZE im politischen System nur eine marginale Bedeutung zu, so nimmt es in der entwicklungspolitischen Arena eine zentrale Stellung ein. Diese resultiert aus seiner Rolle als (Entscheidungs-) Träger der staatlichen Entwicklungsarbeit und als Ressourcenbeschaffer und -verteiler insbesondere gegenüber den Nichtregierungsorganisationen (Kofinanzierung). Dem Ministerium und seinen Unterorganisationen gegenüber müssen sich Nichtregierungsorganisationen (NRO) und andere Mittelempfänger wie die Kirchen so plazieren, daß sie als Ziel- und Mittelträger zur Verfolgung von deklarierten entwicklungspolitischen Konzeptionen in Frage kommen. Die staatlichen Einrichtungen eröffnen ein zu gestaltendes entwicklungspolitisches Feld, auf dem sie nach Möglichkeiten der Entscheidung und des Mittelverbrauchs suchen, die sich zugleich als Zielerreichungsanstrengung darstellen lassen. Im Verhältnis zur DWB ist mit der Eröffnung eines solchen Feldes zugleich ein im politischen System verortbarer Adressat für Protest gegeben.

b) Entwicklungspolitische Organisationen

Unter diese Rubrik lassen sich die Nichtregierungsorganisationen (NRO) zusammenfassen. Sie lassen sich von ihren Organisationszielen her weiter unterscheiden:

1) Organisationen, die ausschließlich auf das Sammeln von Spendengeldern ausgerichtet sind. Diese Organisationen sind für die DWB unmittelbar weitgehend unbedeutend. Ihnen kommt aber da Relevanz zu, wo sie über ihre Publikationen ein „bewegungsfernes" Publikum erreichen und damit zur Etablierung entwicklungspolitischer Deutungsmuster beitragen.

2) Organisationen, die auf das Sammeln von Spendengeldern zur Projektfinanzierung ausgerichtet sind und zugleich mit ehrenamtlichen Teilstrukturen operieren. Diese Organisationen sind ursprünglich aus Basisinitiativen hervor-

gegangen. Bezogen auf ihr semantisches Repertoire gilt, daß sie sich wiederkehrend der Deutungsschemata der Bewegung (dazu noch weiter unten) bedienen.[16] Sie treten häufig als Unterstützer von Bewegungsereignissen auf (IWF-Tagung). Während sie gegenüber den Bewegungsaktivitäten Unterstützungsbereitschaft signalisieren (auch aufgrund des Drucks ihrer Mitgliederbasis), wirken sie andererseits dämpfend auf die Bewegungsrhetorik, wo sich diese nicht mit den Organisationszielen kompatibel machen läßt. Einerseits versuchen sie aufgrund ihrer Konzentration auf das Einsammeln von Spendenmitteln durch Bezug auf Bewegungsthemen Bereitschaft zur Projektunterstützung zu wecken. Andererseits muß im Kontext von Lobbyarbeit und anderen Kooperationsangeboten gegenüber staatlichen Trägern der Entwicklungspolitik die Organisierbarkeit der verfolgten Zielsetzungen zwecks Mittelrekrutierung ausgewiesen werden. Gegenüber den staatlichen Organisationen müssen solche NRO das Bild seriöser, kooperationsbereiter und professioneller Organisationen abgeben. Hier kann also nicht im Modus der Protestkommunikation verblieben werden. Dies konfligiert jedoch mit dem Bild von Nichtregierungsorganisationen, das sie gegenüber Spendern und der Bewegung plausibel zu machen versuchen. Im Zweifelsfall versuchen sie daher, den Eindruck zu erwecken, „... die NRO seien Gebilde vor-, nach- oder überorganisatorischer Art, auf jeden Fall nicht mit den konstitutiven Merkmalen von Organisation behaftet. Im Zweifel seien sie nicht nur anders, sondern sogar besser, besonders dann, wenn sich das Ganze mit Zuschreibungen aus anderen logischen Zusammenhängen wie Flexibilität, hohe Motivation und wenig Bürokratie heillos vermischt" (Glagow 1993, S. 309). Gegenüber den Mitgliedern und der DWB wird sich daher einer bewegungsnahen Rhetorik und Symbolik bedient. Da man andererseits bei den Medien über sehr gute Reputation verfügt, darüber hinaus durch Publikationen ein milieuübergreifendes und entwicklungspolitisch interessiertes Publikum erreicht, ist diese Infrastruktur für die Bewegungskommunikation ein bedeutsames Terrain, das bei aller Kritik an Organisation, die mit Protest nicht kompatibel zu machen ist, auch nicht aufgegeben werden kann.

c) Medien und Kommunikationsdienstleistungen

Organisationen, die sich auf die Herstellung bestimmter Kommunikationsdienstleistungen im Feld Dritte Welt spezialisiert haben wie Erstellung von Informationsmaterial, Expertisen, Lobbyarbeit.

d) Die kirchlichen Einrichtungen der Entwicklungspolitik

Die Kirchen verfügen über eine Reihe von entwicklungspolitischen Einrichtungen mit ausgebauter personeller, finanzieller und organisatorischer Infrastruktur, die von Hilfsorganisationen (Brot für die Welt, Misereor) bis zu publizistischen Organen (EPD Entwicklungspolitik) reichen. Sie sind damit einer der zentralen Zusammenhänge, denen die Organisierung von entwicklungspolitischen Zielsetzungen zugetraut und übertragen wird. Die Kirchen sind im entwicklungspolitischen Feld auch insofern von sehr großer Bedeutung, als sie in der Öffentlichkeit eine sozial akzeptierte moralische Instanz darstellen. Ihre Rolle begründet sich darüber hinaus aus ihrer Bedeutung als Spitzenverbände der Sozialpolitik. Hier sind sie über verschiedene Kooperationsformen in Entscheidungszusammenhänge des politischen Systems und seiner Arenen eingebunden und beziehen daher ihren politischen Kredit. Die Kirchen integrieren zugleich über verschiedene Mitgliedsrollen eine sehr heterogene Basis, was die Formulierung von homogenen Positionen erschwert. Dem kirchlichen

Spektrum kommt andererseits eine große Mobilisierbarkeit bei den wesentlich moralisch vorgetragenen Themenkomplexen der DWB zu, insofern in der christlichen Tradition ein Universalismus der „Barmherzigkeit" Gültigkeit besitzt. Durch ihre herausragende Stellung im politischen Raum können die Kirchen zugleich Bewegungsthemen öffentlichkeitswirksam verstärken. Umgekehrt wirkt die aus der Heterogenität der Mitgliederbasis resultierende „Mittlerrolle" einerseits disziplinierend auf Extrempositionen, wie sich solche Positionen andererseits auch an den organisatorischen Prämissen der Kirchen brechen, die im Zweifelsfall für sich selbst optieren.[17]

e) Die Dritte-Welt-Bewegung

Unter diese Kategorie lassen sich die Akteure fassen, die in ihrer Kommunikationsweise (Protest entlang der interpretierten Generalformel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" zu artikulieren) Zugehörigkeit zur Bewegung erkennbar[18] machen. Dazu zählen z.B. die Gruppen, die sich im „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) zusammengeschlossen haben. Der BUKO koordiniert die Aktivitäten der Einzelgruppenmitglieder und sorgt für den Informationsfluß. Zusätzliche Dienstleistungen werden zudem von Koordinations- und Informationsbüros übernommen. Gelingt der DWB nun, wie weiter oben dargelegt, ihre Selbstfortschreibung auch aufgrund der vielseitigen Verwendbarkeit ihrer Generalformel, so ist sie zugleich Teil eines Feldes, in dem unvermeidbare Verfehlung deklarierter normativer Zielsetzungen – "Gleichheit und Gerechtigkeit durch Entwicklung" – für Protest genutzt werden kann. Dem politischen System, das als Spitze der Gesellschaft und damit als Instanz „der Herrschenden der Ersten Welt", verkörpert in einem Ministerium, verstanden wird und dessen Begrenzungen von allen Beteiligten gesehen werden, kann Versagen in der Entwicklungspolitik vorgeworfen werden. Dieser Vorwurf kann periodisch entlang der wechselnden Programmatiken zur Interpretation der Zielformel „Entwicklung" als Versprechen des Zustandes von „Gleichheit und Gerechtigkeit" für die Zukunft jeweils neu vorgetragen werden. Dabei führt die Einsicht in die Grenzen des Entwicklungsministeriums nicht zur Klärung, inwieweit die politische Etablierung eines Organisationszusammenhangs, der sich an solchen normativen Zielsetzungen ausrichtet, überhaupt Sinn macht. Vielmehr beziehen sowohl die Organisationen als auch die DWB Legitimationsgewinn daraus, daß sie die besondere, übergreifende Bedeutung der „Nord-Süd-Problematik" behaupten und diese semantische Überspielung der Aporien einer „Entwicklungspolitik" in konfliktiver Absicht an die politischen Entscheidungsinstanzen adressieren. Nichtbeachtung bzw. Zurückweisung dieser Behauptung stiftet sodann weitere Identität der Bewegung.

Das Verhältnis zu den NRO und zu den Kirchen ist ambivalent. Diese selbst tragen wiederkehrend ihre Ansprüche im Anschluß an und in limitierter Subventionierung von Protestkommunikation vor. Sofern sie aber Zieldeklarationen und Protest in Organisation übersetzen, brechen sie in der praktischen Organisation mit der Form der Protestkommunikation, die sich wesentlich an andere adressiert und deren Verantwortung einklagt. Sie werden so umgekehrt genauso wiederkehrend zum Adressaten von Protest, sofern ihre Organisationspraxis ebenfalls leicht wegen Zielverfehlung, unzulässiger Kompromißbereitschaft oder gar Kollaboration mit den Regierungen („den Herrschenden") kritisiert werden kann.

Semantisch wird die entwicklungspolitische Arena dabei mit gemeinsamen Deutungsschemata bearbeitet, die die Generalformel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" interpretie-

ren und Gründe für Abweichung und Nichtanerkennung formulieren und die Gerhards (1991) etwas unglücklich als „imperialistisches Lexikon" bezeichnet hat.[19] Deutungsschemata stellen Interpretationsrahmen dar, die die beteiligten Akteure je nach Kontext und Motivlage in verschiedenen Formen ausfüllen können. Sie generieren kausale Argumentationsketten in bezug auf Weltzusammenhänge und Interdependenzen. Innerhalb solcher Gesamtrahmen lassen sich dann Einzelthemen „ausbuchstabieren", Abgrenzungslinien sowie Anknüpfungspunkte zu anderen Themen und Bewegungen herstellen und so politische Entscheidungen und Probleme in ihrer Relevanz für die Dritte Welt konstruieren. Die Kernstruktur der Argumentationen in solchen Schemata stellt sich etwa so dar: Die Beziehungen zwischen Nord und Süd werden als kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse interpretiert; Herrschaft wird über den Besitz an Produktions und Kapital sowie über die von den Industrieländern dominierten internationalen Institutionen (Banken, IWF, GATT etc.) aufrechterhalten; Ausbeutungsstrukturen manifestieren sich in einem Weltmarkt, der auf Übervorteilung der Dritten Welt durch die Metropolen basiert; nationale Eliten des Südens sind häufig Kollaborateure. Auf dieser Basis lassen sich dann verschiedene Themen wie z.B. Verschuldung der Dritten Welt kommunizieren, in denen die Argumentationsgrundstruktur entfaltet werden kann. So sind die „Herrschaftsverhältnisse" verantwortlich für die „...Verschuldung der Dritte-Welt-Länder, Verelendung und Tod der dort lebenden Menschen, Zerstörung der ökologischen Lebensvoraussetzungen, besondere Belastung der Frauen, Waffenexport in die Dritte Welt als besondere Form der Ausbeutung, Exodus verelendeter Bürger, die dann in der Ersten Welt um Asyl nachfragen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in der Ersten Welt als Folge des gleichen kapitalistischen Systems..." (Gerhards 1991, S. 228). Solche Deutungsschemata[20] tragen eine für die Bewegung zentrale Unterscheidung: Das Thema ist immer schon in konfliktiver Absicht auf einen Gegner („Schuldige") als Anlaufstelle für Protest gelenkt und zugleich als Mobilisierungskommunikation an potentielle Unterstützer adressiert. Diese Unterstützer können Akteure der entwicklungspolitischen Arena oder andere „Bewegungsbewegte" der neuen sozialen Bewegungen sein, an deren Diskurse die Mobilisierungskommunikation der DWB – so wie oben erläutert – angeschlossen werden kann.

4. Schluß

Faßt man die Argumentation zusammen, dann ergibt sich, daß die DWB ihre auf den ersten Blick erstaunliche Dauer wesentlich zwei Zusammenhängen verdankt:

a) ihrer vielseitig verwendbaren Generalformel mit Anschlußfähigkeit an andere Bewegungen und politische Konstellationen;

b) einer Arena, die die Möglichkeit der Fortsetzung des Themas „Dritte Welt" als Protestthema mit identifizierbaren Adressaten für den Protest eröffnet. Damit wird zum einen einsichtig, warum die Bewegung mit vergleichsweise wenig spektakulären Ereignissen auskommt, denn das Feld kommt auch bei Interpretationsproblemen, wie das Issue Entwicklung aktuell zu konzipieren ist, nicht abhanden. Andererseits läuft sie da, wo sie den Bogen der Anschlußfähigkeit an andere Bewegungen überspannt, Gefahr, sich in diesen zu verlaufen: CO_2-Reduktion vor Ort als „Nord-Süd-Ausgleich" oder „Entwicklung für den Norden" zu interpretieren, ist semantisch möglich, aber auf Dauer eben wohl auch schlicht überflüssig. Es sollte deutlich geworden sein: Die DWB ist eine soziale Bewegung, deren Besonderheit zu erforschen sich für die Bewegungsforschung lohnt.

Dr. Michael Bommes, Hochschulassistent für Soziologie am Fachbereich Sozialwissenschaften und Mitglied des „Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien" (IMIS) der Universität Osnabrück.

Michael Heuer, Sozialwissenschaftler, lebt und arbeitet in Osnabrück.

Anmerkungen

[1] Der Begriff „Krise", wie er von einigen Bewegungsteilnehmern verwendet wird, ist irritierend. Krise unterstellt, daß es einen „Normalzustand" gibt, von dem – vorübergehend – abgewichen wird. Worin, so stellt sich die Frage, besteht der Normalzustand der Bewegung? Darauf findet sich keine Antwort.

[2] Zur weiteren theoretischen Ausarbeitung vgl. auch Japp 1993.

[3] Mit dieser Kontrastierung ist klar, daß „die historischen Situationen und Gelegenheiten", „die als Fremdauslöser der Selbstauslösung von Protestbewegungen dienen" (Luhmann 1991, S. 140) sich wandeln. Selbsterzeugung von sozialen Bewegungen meint also weder Beliebigkeit noch „Grundlosigkeit" von Bewegung. Nur müssen sie selbst ihre Gründe und Probleme hervorbringen und konstruieren, es gibt sie nicht einfach als „Verursacher" von Bewegung.

[4] Für die Zwecke der Diskussion gehen wir nicht auf die weiteren theoretischen Überlegungen insbesondere bei Luhmann 1991, Japp 1993, Japp/ Halfmann 1992 und Halfmann/Japp 1992 ein, wie moderne Gesellschaften in der Form des Protests eine Selbstbeschreibung von sich selbst anfertigen und sich so im „Spiegel des Protestes selbst beobachten" (Japp/Halfmann 1992, S. 9).

[5] Vgl. dazu die Beiträge in Massarrat u. a. 1993.

[6] Zum Umgang der Bewegung mit dem Thema „Freiheit und Menschenrechte" siehe den Beitrag von Windfuhr in diesem Heft.

[7] Der nationale Unabhängigkeitskampf der „Völker" spielte und spielt z.T. noch heute auch in der Wahrnehmung und Bewertung der Linken eine bedeutende Rolle, die sich im übrigen zugute halten, ihre politischen Zielsetzungen mit Mitteln aufgeklärter Gesellschaftsanalyse zu verfolgen. Dieses „Volk", auf das sich politisch beziehen läßt als Gegensatz zu „den Herrschenden", zerfällt aber bei analytischem Blick auf die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse stets in sozial zu verortende Gruppen mit historisch wechselnden Interessenlagen.

[8] Die semantische Verspätung der PKK im bundesrepublikanischen Kontext besteht genau darin, daß ihre revolutionäre Volksbefreiungsrhetorik in den aktuellen Diskursstrukturen der Bewegung nur noch sehr begrenzt Anschluß findet.

[9] Gerhards hat diese Verknüpfung anläßlich der Mobilisierungsphase zur IWF-Weltbanktagung 1988 in Berlin untersucht.

[10] Es versteht sich, daß hier Topoi gelistet werden, die die Generalformel auch zu interpretieren vermögen. Der sachliche Gehalt steht in diesem Artikel ebensowenig zur Debatte, wie die Frage, ob es den von der DWB konstruierten Problemzusammenhang „gibt" und ob die Bewegung darauf die „angemessene Antwort" darstellt.

[11] Der Bewegungsalltag der Dritte-Welt-Aktivisten besteht denn auch mehr im Alltag der Projekte, denen der Gesamtrahmen „Dritte Welt" Chancen der protestbereiten Selbstüberhöhung bietet, als in der Inszenierung massenmobilisierender Ereignisse.

[12] Zur Geschichte der regierungsoffiziellen Entwicklungspolitik in der BRD vgl. Bodemer/Thibaut 1991.

[13] Dazu Bodemer/Thibaut 1991; ein Übersichtsschema findet sich in Wesel 1991, S. 84.

[14] Die hier eingenommene Perspektive ist organisationstheoretisch inspiriert insbesondere durch die Arbeiten von Weick 1985, Cohen/ March/Olsen 1990 und March/ Olsen 1990.

[15] Die Existenz eines Ministeriums quer zu den etablierten Politikfeldern und thematisch bezogen auf ein Bewegungsthema ist keine Besonderheit der DWB (mehr). Vergleichbare Fälle sind Umwelt- und Frauenministerien. Darauf können wir hier nicht eingehen. Es ist jedoch offensichtlich, daß ein Entwicklungsministerium zunächst v. a. aus außenpolitischen Gründen entsteht und von Beginn an einen Teil des Formierungszusammen-

hanges der DWB darstellt. Dies gilt so nicht für die anderen Ministerien.

[16] Als jüngstes Beispiel siehe hierzu: Deutsche Welthungerhilfe/ terre des hommes: „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe". Neben einer empirisch begründeten Kritik an der staatlichen Entwicklungspolitik finden sich darin auch eine Reihe von bewegungstypischen Forderungen und Argumentationsfiguren. Siehe auch die Replik des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung", in der Teile der Kritik als „realitätsfern" bzw. „Wunschzettel für eine bessere Welt" bezeichnet werden (BMZE, S. 9).

[17] So wird beispielsweise die Befreiungstheologie auf das organisationskonforme Maß der Kirchen gestutzt.

[18] „Accountable" wäre hier der Terminus der Ethnomethodologie. Vgl. Garfinkel 1967.

[19] Gerhards hat diesen Begriff im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen zur IWF-Weltbanktagung in Berlin eingeführt. Das imperialistische Lexikon beschreibt bei ihm Deutungsmuster der Akteure. Wir übernehmen diese Perspektive, übertragen sie aber auf den Gesamtzusammenhang der entwicklungspolitischen Arena, da sie elementare Bezugsrahmen faßt, die auch über das aktuelle Ereignis hinaus Bestand haben. Solche Deutungsschemata vermögen gesellschaftliche Themen- und Bedeutungskontexte zu erschließen und dadurch die Relevanz der Gesamtperspektive aufzuzeigen.

[20] Sie geraten allerdings in Schwierigkeiten, seit die Herrschenden und Ausbeutenden selbst mit ihren imperialistischen Armeen die Unterdrückten daran hindern sollen, sich weiterhin wechselseitig umzubringen wie im Falle Somalia.

Literatur

Ahlemeyer, Heinrich W. 1989; Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens. In: Zeitschrift für Soziologie 3 (18) 1989, S. 175-191.

Balsen, Werner/Karl Rössel 1986; Hoch die internationale Solidarität: Zur Geschichte der Dritten Welt Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt.

Beck, Ulrich 1986; Risikogesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.

Bergmann, Uwe/Rudi Dutschke/Wolfgang Lefêvre/Bernd Rabehl 1968; Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Bergmann, Werner 1987; Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegungen zur Selbstkonstitution der „neuen" sozialen Bewegungen. In: *Dirk Baecker u. a.* (Hg.): Theorie als Passion. Niklas Luhmann zum 60. Geburtstag. Frankfurt: Suhrkamp, S. 362-393.

Bodemer, Klaus/ Thibaut, Bernhard 1991: Entwicklungspolitik. In: *Nohlen, Dieter*; Wörterbuch Staat und Politik; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 121-127.

Boeckh, Andreas 1993; Entwicklungstheorien: Eine Rückschau. In: *Dieter Nohlen/Franz Nuscheler* (Hg.); Handbuch der Dritten Welt Bd. 1, Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: Dietz, S. 110-130.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE) 1994; Kritik der Kritik. BMZ zu Vorwürfen von Welthungerhilfe und terre des hommes. In: Entwicklungspolitik BMZ aktuell, Nr. 042, Mai 1994. Bonn.

Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P. 1990; Ein Papierkorb – Modell für organisatorisches Wahlverhalten; in: *March, James G.* (Hg): Entscheidung und Organisation. Kritische und konstruktive Beiträge, Entwicklungen und Perspektiven. Wiesbaden: Gabler, S. 329-372.

Deutsche Welthungerhilfe/ terre des hommes Bundesrepublik Deutschland e.V. 1994; Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zweiter Bericht 1993/94. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik. Internationales EUROSTEP-Projekt von Nichtregierungsorganisationen.

Enzensberger, Hans-Magnus 1993; Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt: Suhrkamp

Garfinkel, Harold 1967; Studies in Ethnomethodology. Englewood Cliffs, New Jersey: Prantice-Hull.

Gerhards, Jürgen 1991; Die Mobilisierung gegen die IWF- und Weltbanktagung 1988 in Berlin: Gruppen, Veranstaltungen, Diskurse. In: *Roth, Roland/Rucht, Dieter* (Hg.); Neue soziale Bewegun-

gen in der Bundesrepublik Deutschland. Reihe: Studien zur Geschichte und Politik Bd. 252, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.

Glagow, Manfred 1993; Die Nicht-Regierungsorganisationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit; in: *Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz* (Hg): Handbuch der Dritten Welt Bd. 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: Dietz, S. 304-326.

Halfmann, Jost 1989; Do Political Scandals Matter in West Germany? Social Movements, Party Democracy and Political Culture in the Seventieth and Eighties. In: Praxis International 3 (9) 1989, S. 335-344.

Halfmann, Jost/Klaus-Peter Japp 1992; New Social Movements as Active Risk Observers. A paper prepared for the First European Conference on Social Movements. Wissenschaftszentrum Berlin 29. - 31. Oktober 1992, Ms. Osnabrück/Bielefeld.

Hellmann, Kai-Uwe 1993; Soziale Bewegungen unter dem „Systemskop". Erträge und Probleme systemtheoretischer Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Neu Soziale Bewegungen, Jg. 6, Nr. 3-4, S. 139-158.

Japp, Klaus-Peter 1984; Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt 3 (35) 1984, S. 312-329.

Japp, Klaus-Peter 1986; Kollektive Akteure als soziale Systeme? In: *Hans-Jürgen Unverfehrt* (Hg.): System und Selbstproduktion: Zur Erschließung eines neuen Paradigmas in den Sozialwissenschaften. Frankfurt: Peter Lang, S. 166-191.

Japp, Klaus-Peter 1993; Die Form des Protests in den neuen sozialen Bewegungen. In: *Dirk Baecker* (Hg.); Probleme der Form. Frankfurt: Suhrkamp, S. 230-251.

Japp, Klaus-Peter/Jost Halfmann 1992; Risiko und kollektive Identität. Vortrag auf dem Soziologentag in Düsseldorf, Sektion „Soziologische Theorien", Ms. Bielefeld/Osnabrück.

Kohlhammer, Siegfried 1992; Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? Über moralische Erpressung und Edle Seelen. In: Merkur 9/10 (46) 1992, S. 876-898.

Kohlhammer, Siegfried 1993; Auf Kosten der Dritten Welt? Göttingen: Steidl.

Luhmann, Niklas 1991; Soziologie des Risikos. Berlin/New York: de Gruyter.

March, James G./ Olsen, Johan P. 1990; Die Unsicherheit der Vergangenheit: Organisatorisches Lernen unter Ungewißheit; in: *March, James G.* (Hg): Entscheidung und Organisation. Kritische und konstruktive Beiträge, Entwicklungen und Perspektiven. Wiesbaden: Gabler, S.373-398.

Massarrat, Mohssen/ Wenzel, Hans Joachim/ Sommer, Birgit/ Széll, György (Hg) 1993; Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. Freiburg: Informationszentrum Dritte Welt.

Menzel, Ulrich 1992; Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt: Suhrkamp.

Menzel, Ulrich 1993; 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie; in: *Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz* (Hg): Handbuch der Dritten Welt Bd. 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: Dietz, S. 131-155.

Weick, Karl E. 1989; Der Prozeß des Organisierens. Frankfurt: Suhrkamp.

Wesel, Reinhard 1991; Entwicklungspolitische Rhetorik: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich „Dritte Welt" und ihre 'symbolische Politisierung' zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten. In: *Opp de Hipt, Manfred/ Latniak, Erich* (Hg.); Sprache statt Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 66-90.

Wolff, Frank/Eberhard Windaus (Hg.) 1977; Studentenbewegung 1967 bis 1969. Protokolle und Materialien. Frankfurt am Main: Roter Stern.

Michael Windfuhr

Die Menschenrechtsfrage als 'Blinder Fleck' der Dritte-Welt-Bewegung

1. Rituale linker Selbstbeschimpfung

Menschenrechte als „blinder Fleck" der Dritte-Welt-Bewegung: Ein weiterer neuer Globalvorwurf an die nationalen Streiter für internationale Solidarität und Gerechtigkeit, eine neue Legitimationshypothek für den moralisch engagierten Teil der neuen sozialen Bewegungen in Deutschland? Die Bewegungen werden nicht gerade verwöhnt in diesen Tagen. Der Friedensbewegung wurde erst zu Golfkriegszeiten die moralische Legitimation ihres Engagements vehement streitig gemacht. Die Auseinandersetzungen über den Einsatz deutscher Soldaten als „Blauhelme" oder im Rahmen militärischer Einsätze sowie über die neue Rolle Deutschlands nach der Vereinigung lähmen zudem nicht nur Teile der Friedensbewegung, sondern auch der Dritte-Welt-Bewegung nachhaltig. Nicht viel besser als mit den „Golfbewegten" geht die linke Intelligenzia inzwischen mit der Dritte-Welt-Bewegung[1] ins Gericht. Ulrich Menzel wirft ihr Uninformiertheit und Orientierung an alten Mythen vor, wenn er z.B. formuliert, daß in ihr „das Mißverhältnis zwischen theoretischem Anspruch und tatsächlichem Kenntnis- und Erkenntnisstand aber besonders kraß" sei. Die Theoriebildung finde längst in einem begrenzten Kreis von Akademikern statt. Demgegenüber hielten sich in der Bewegung „die ganz radikalen Versionen bestimmter Mythen und Vorurteile...".[2] Reimer Gronemeyer und Claus Leggewie sehen die noch Aktiven bei der Verteidigung der letzten der drei ehemaligen Säulen linker Selbstgewißheit (nachdem der Antikapitalismus und der Antifaschismus schon weggebrochen sind), des Antikolonialismus, in protestantischer Selbstanklage erstarren. Der Antikolonialismus wird bei ihnen sogar zu einer Motivationshaltung, die „reine Verantwortungslosigkeit" hervorgebracht hat, und indirekt werden damit Dritte-Welt-Engagierte zu Mitverantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen gestempelt.[3]

Inzwischen folgen Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit damit einer Kritik, die in Frankreich von Intellektuellen wie André Glucksmann, Pascal Bruckner und Alain Finkelkraut seit Jahren an den „Internationalisten" geübt wird: Die Vernachlässigung der Menschenrechte in der Szene, die mit blindem linken Auge vielfach über Jahre Menschenrechtsverletzer unterstützt bzw. Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern überhaupt nicht thematisiert hat. Ein Angriff, der an die Substanz der Glaubwürdigkeit jener geht, die sich oft sehr moralisch für gerechtere Nord-Süd-Beziehun-

gen eingesetzt haben: die Dritte-Welt-Bewegung. Hat die Bewegung tatsächlich in dem Umfang der erhobenen Vorwürfe moralisch abgewirtschaftet? Ist sie tatsächlich zu einem Hort derjenigen geworden, die den Beschleunigungstendenzen der Geschichte – erst die Erfolge der Schwellenländer, dann das Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 – nicht mehr zu folgen in der Lage sind?

Natürlich ist es ebenso berechtigt, die Fragen umgekehrt zu stellen: Woher stammt diese Lust an der Fundamentalkritik der Bewegung? Warum werden Friedens- und Dritte-Welt-Bewegte ausgerechnet von denjenigen indirekt zu Tätern gestempelt, die seit vielen Jahren theoretisch und praktisch die Inhalte von Nord-Südpolitischen Debatten mitbestimmt haben?

Spiegeln sich vielleicht darin die Ängste der Kritiker wider, den eigenen radikalen Utopieverlust, den Wechsel von der Lust an politischen Entwürfen hin zur Akzeptanz des Leitbildes „Europa", der Erhard'schen sozialen Marktwirtschaft, zu verarbeiten; Und ist diese Verarbeitung eher in Anklageform durch radikale Abgrenzung von der „Bewegung" möglich, da die Selbstkritik sehr schmerzhaft wäre? Die Radikalität der Beschimpfung legt den Schluß nahe, daß über diese Fragen der Entideologisierung des Weltbildes und über die Suche nach realistischen Alternativen beide Seiten nachdenken müssen, die geläuterte Avantgarde der universitären Vordenker und die scheinbar 'altvorderen Salonkommunisten' in den Solidaritätsgruppen. Dabei ist die Bewegung sehr vielschichtig geworden, probiert in den letzten Jahren bereits ganz neue Arbeitsformen (professionellere Lobbyarbeit) aus, formuliert neue Themenstellungen (z.B. ökologischer Umbau im Norden).

Eine sachlichere Auseinandersetzung mit dem menschenrechtlichen Engagement würde die Voraussetzung dafür schaffen, aktuelle, entwicklungspolitisch relevante Debatten wie die Rechtfertigung und den Umfang von Einmischungen in anderen Ländern, den Einsatz von Konditionalitätskriterien, die Steuerung von weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Problematik bewaffneter Truppeneinsätze angemessener zu diskutieren.

2. Menschenrechte, ein blinder Fleck?

Versteht man die Überschrift als These, so läßt sie sich durch einige Beispiele schnell plausibilisieren:

- China galt vielen Solidaritätsengagierten lange Zeit (bis in die 70er, z.T. auch noch die 80er Jahre) als positives Beispiel, wie Hunger, Fragen ungerechter Ressourcenverteilung, des Bevölkerungswachstums etc. gelöst werden könnten.

- In Nicaragua wurden die Kommandanten der Sandinisten von großen Teilen der Soliszene vorbehaltlos unterstützt. Probleme des Umgangs z.B. mit den Miskito-Indianern, die ebenso von ihrem traditionellen Landbesitz gewaltsam vertrieben wurden wie derzeit Indianer im Amazonasgebiet Brasiliens oder in Paraguay, wurden nur zögerlich wahrgenommen und lösten erst langsam Irritiationen aus.

- Zwangsumsiedlungen wurden oft sehr unkritisch bewertet, besonders dann, wenn sie unter der Zielsetzung eines neuen „dritten" Entwicklungsweges erfolgten, wie in Tansania. In anderen Ländern (wie z.B. Äthiopien oder Rumänien) wurden sie kaum beachtet und thematisiert. Umgekehrt wurden Zwangsumsiedlungen im Zusammenhang mit westlichen Entwicklungsprojekten, sei es der Weltbank, sei es von Privatfirmen

oder von Militärdiktaturen im Rahmen der Bekämpfung von Aufständischen, besonders hervorgehoben.

- Menschenrechtsverletzungen in osteuropäischen und ehemals sozialistischen Ländern wurden sehr selten zu entscheidenden Themen in der Solidaritätsbewegung. Ein Umstand, der vor allem französische Intellektuelle zu heftigsten Protesten bewogen hat.

- Vieles wurde den Aufstands-/ Guerillabewegungen in Entwicklungsländern nachgesehen. Menschenrechtsverletzungen durch die „Hoffnungsträger" wurden selten kategorisch abgelehnt, sondern oft als zeitweilig notwendige Ausnahme akzeptiert. In El Salvador wurden Bedenken erst dann laut, als innerhalb der Führung der Guerilla politische Differenzen zu ersten Mordtaten führten. Vor allem das brutale Regime des „Leuchtenden Pfades" in Peru scheint an dieser Stelle inzwischen einem Umdenken den Weg zu bereiten.

- Menschenrechtsverletzungen wurden dagegen immer dann vehement beklagt, wenn westliche Regierungen und die Wirtschaft dafür mitverantwortlich zu machen waren: Guatemalas Schicksal als Bananenrepublik, der von den USA und einzelnen Firmen mit unterstützte Sturz von Allende in Chile, das Engagement von bundesdeutschen Firmen in Südafrika etc.

Der Vorwurf, daß Menschenrechte einen blinden Fleck innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung darstellen, muß daher präzisiert werden: Menschenrechte und ihre Verletzungen wurden zwar von der Bewegung immer wieder thematisiert, doch standen eben nicht alle Menschenrechtsverletzungen, egal in welchem Land und in welchem Zusammenhang, auf der Agenda der Bewegung. Die These vom „blinden Fleck" meint die unterlassene universelle Einklagung von Menschenrechten.

Solidaritätsarbeit, vor allem Ländersolidarität[4], war oft geprägt von eigenen Hoffnungen nach revolutionärer Veränderung. Die in den 70er Jahren zunehmend erkennbare Unfähigkeit der Studentenrevolte, entscheidende Strukturveränderungen in der BRD bewirken zu können, ließ den revolutionären Blick nach Stellvertreter-/ Vorbildländern suchen. Dabei spielte die Hoffnung mit, daß es langfristig „zu einer Solidarität der Benachteiligten im Norden mit den Entrechteten im Süden" kommen könne.[5] Diese Hoffnung ist auch heute noch nicht aufgegeben worden, wie vorstehendes Zitat verdeutlicht. Die offensive Kampagne „Waffen für El Salvador", die mehrere Jahre nicht nur von der taz, sondern auch von vielen Dritte-Welt-Läden und Solidaritätsorgansiationen mitgetragen wurde, ist Ausdruck dieser Hoffnung.[6]

Die Anfänge der Dritte-Welt-Bewegung sind in der Vietnamopposition der 68er-Studentenbewegung zu suchen. Zumindest Teile der Bewegung waren von Anfang an auf der Suche nach (radikalen) gesellschaftlichen Neuerungen. Das Leitbild eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz war lange prägende Kraft und Motor der Arbeit. Identifikationspersonen wie J. Nyerere waren Kronzeugen für diese Hoffnung. Die Identifikation mit dem real existierenden Sozialismus begann in Europa zwar schon nach der gewaltsamen Beendigung des Prager Frühlings zu erlöschen, doch viele Entwicklungsländer – wie z.B. Kuba – wurden mit anderem Maße gemessen.

Doch vor zu schnellen Verallgemeinerungen ist zu warnen. Unter dem Dach der Dritte-Welt-Bewegung sammeln sich sehr verschiedene Organisationen und Initiativen. Neben den bislang benannten Ländersolidaritätsgruppen sind es vor allem drei Arten von Gruppen, die

unter dem Oberbegriff Dritte-Welt-Bewegung summiert werden können: (1) themenorientierte Gruppen; (2) die Händler der Dritte-Welt-Läden; (3) die Projektorganisationen.[7] Für viele dieser Gruppen und Organisationen waren revolutionäre Ideen/ Hoffnungen von geringer oder gar keiner Bedeutung. Es ist daher zu einfach, einen moralischen Generalangriff gegen die viel facettenreichere und vielschichtigere Bewegung zu richten. Vielversprechender ist ein Nachdenken über die Differenzen zwischen Menschenrechts- und Solidaritätsarbeit, über verschiedene Kriterien für die Themenauswahl und die Struktur der Solidaritätsbewegung, über mögliche Widerstände, die in der Solidaritätsarbeit lange Zeit verhinderten, daß Menschenrechte tatsächlich als unteilbar und überall gültig eingefordert wurden.

3. Gibt es eine Trennlinie zwischen Menschenrechts- und Solidaritätsarbeit?

Vergleicht man die teilnehmenden Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) auf der UN-Konferenz für Entwicklung und Umwelt 1992 mit denen auf der Wiener Menschenrechtskonferenz im folgenden Jahr, so sieht man, daß die Schnittmenge der auf beiden Konferenzen vertretenen NRO nicht sehr groß ist. Dies gilt sowohl für Süd- und Nord-NRO. In Rio waren – neben einer großen Zahl von Umweltorganisationen – sehr viele NRO akkreditiert, die als soziale NRO im weiteren Feld zu „Entwicklungsthemen" arbeiten. In Wien dominierten die klassischen Menschenrechtsorganisationen, die zu bürgerlichen und politischen Menschenrechten arbeiten, sowie Initiativen der besonders von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Bevölkerungsgruppen (Minderheiten, indigenen Organisationen, Frauen etc.). Soziale Bewegungen wie Kleinbauernorganisationen, Gewerkschaften, Landlosenverbände, Selbsthilfe- und Regionalentwicklungsgruppen, und damit die Mehrzahl von Organisationen, die mit „Entwicklung" befaßt sind, waren vor allem aus Entwicklungsländern kaum anwesend. Ausnahmen bilden die Organisationen der indigenen Völker, die die Menschenrechtsarbeit längst zu einem integralen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht haben und die Verteidigung ihres traditionellen Lebensraumes und ihrer ökonomischen und kulturellen Rechte als nicht voneinander zu trennende Aufgaben begreifen.

Auch in den bundesdeutschen NRO-Vorbereitungsgruppen[8] für diese beiden Konferenzen gab es im Hinblick auf die NRO-Beteiligung Unterschiede. In der bundesdeutschen Vorbereitungsarbeit zur Menschenrechtskonferenz waren die Menschenrechtsorganisationen, die zu Verletzungen von Menschenrechten in allen Teilen der Welt arbeiten, stark beteiligt. Als zweite Gruppe kamen NRO hinzu, die sich mit der Menschenrechtssituation in Deutschland beschäftigen (vom DGB bis Pro Asyl). Die Teilnahme bundesdeutscher Entwicklungs-NRO auf der Wiener Konferenz an den begleitenden NRO-Aktivitäten war überdurchschnittlich. Schon einige Zeit vor der Konferenz hatten bundesdeutsche Entwicklungs-NRO und Menschenrechtsorganisationen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Fragen der Konditionierung bundesdeutscher Entwicklungshilfe als (Druck-) Mittel zur Einhaltung von Menschenrechten diskutiert. Anhand von drei Länderbeispielen untersuchten sie den Versuch der Bundesregierung, Entwicklungshilfe mit Menschenrechtsaspekten zu verknüpfen.[9]

Sie reagierten damit auf die neue regierungsamtliche 'Lust an der Konditionalität'. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hatte möglich gemacht, was vorher immer an geostrategischen Notwendigkeiten scheiterte: die offizielle Ankündigung der Bundesregierung, die Vergabe von Entwicklungshilfe zukünftig auch von der Beachtung der Menschenrechte des Empfän-

gerlandes abhängig zu machen. Im Herbst 1991 war der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Carl-Dieter Spranger, an die Öffentlichkeit getreten und hatte – neben der Beachtung von Menschenrechten – vier weitere politische Kriterien, nämlich Entwicklungsorientierung, rechtsstaatliche Institutionen, Demokratisierung und Wirtschaftsordnung (soziale Marktwirtschaft), benannt, von denen die Vergabe von Entwicklungshilfe durch sein Ministerium in Zukunft abhängig gemacht werden sollte. Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes war für den Charakter der Außenbeziehungen der BRD entscheidend, zu welchem der Blöcke sich das betreffende Land bekannte. Erst mit Ende der Blockkonfrontation schwanden auch die Befürchtungen, gezielter politischer Druck würde ein Land zur anderen politischen Seite drängen. Nun gab es den nötigen Spielraum, um über den offensiven Einsatz von Konditionalitätskriterien nachzudenken.

Die 'Lust an der Konditionalität' blieb aber nicht auf die Bundesregierung beschränkt. Die Zahl der Befürworter einer politischen Einmischung in innere Angelegenheiten von Entwicklungsländern hat in der bundesdeutschen Entwicklungsdebatte seit 1989 erheblich zugenommen. Begriffe wie „Interventionen in Krisengebiete", „Treuhandschaft für Afrika"[10], „Europa – zur Dominanz verurteilt"[11] etc. sind Stichworte einer Debatte, in der die Unantastbarkeit der Souveränität unabhängiger Staaten in Frage gestellt wird. Vor allem „korrupte, menschenverachtende und diktatorische Regime" werden dabei für das Entstehen mancher Krisenregion bzw. Krisennation verantwortlich gemacht. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen meist die außenpolitisch wenig gewichtigen Länder Afrikas.

Die Kritik der Nicht-Regierungsorganisationen an der bundesdeutschen Politik und der Konditionalitätspraxis setzt aber gerade an dieser Stelle ein. Zur Anwendung kämen, so die Kritik der NRO, die Kriterien vor allem gegenüber Ländern, die außenpolitisch marginal seien. Die Inkonsistenz und fehlende Glaubwürdigkeit der Menschenrechtskonditionalität zeige sich darin, daß sie gegenüber den wirtschaftlich attraktiven Staaten (z.B. Asiens) nicht oder nur sehr eingeschränkt Anwendung finde – „bei gleichzeitig intensivierter allgemeiner wirtschaftlicher und rüstungspolitischer Zusammenarbeit".[12] Zusätzlich kritisierten die NRO, daß sich die Kriterien ausschließlich auf die Vergabe von Entwicklungshilfe beziehen, nicht aber auf die gesamten Außenbeziehungen (Rüstungsexporte, Außenwirtschaftsbeziehungen) Deutschlands zu den entsprechenden Ländern.

Doch trotz aller Kritik an der fehlenden Glaubwürdigkeit waren von NRO-Seite insgesamt eher positive Stellungnahmen gegenüber dem neuen Konzept zu vernehmen. Die Einschätzung, daß Einflußnahme auf falsche, entwicklungshemmende nationale Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern legitim sei, wird inzwischen von vielen Wissenschaftlern und NRO geteilt. Sprangers Kriterien machen darüber hinaus Karriere. Sie dienen inzwischen auch der EU als Vorlage für eine vergleichbare Orientierung bei der Vergabepraxis europäischer Entwicklungshilfe. Auch andere internationale Organisationen (z.B. die Weltbank) beginnen verstärkt über Konditionalitäten bei der Mittelvergabe nachzudenken.

Auffallend gering war die Beteiligung der vielen Dritte-Welt-Gruppen an den NRO-Debatten im Vorfeld der Menschenrechtskonferenz. Dies ist auf die oft mangelhafte Personal- und Finanzausstattung der meisten kleinen Dritte-Welt-Gruppen zurückzuführen. Weitere Gründe sind in der geringen Verbindlichkeit bundesweiter Vernetzungsstrukturen, die eine kontinuierliche Teilnahme an bundesweiten

Diskussionszusammenhängen erschweren, zu suchen. Die geringe Beteiligung kann allerdings auch als Bestätigung für die These angesehen werden, daß die Dritte-Welt-Bewegung nach wie vor mit einem universelle Gültigkeit beanspruchenden Menschenrechtsbegriff Schwierigkeiten hat.

Die Solidaritätsszene reagierte auf die Verkündung politischer Kriterien, die bei der Vergabe von Entwicklungshilfe zur Anwendung kommen sollte, sehr skeptisch, lehnte aber solche Kriterien nicht prinzipiell ab. Kritisiert wurde vor allem die fehlende Glaubwürdigkeit, da die Kriterien wohl kaum bei wirtschaftlich wichtigen Partnern zur Anwendung kommen würden.

Konditionalität ist allerdings für Dritte-Welt-Gruppen – trotz der Sensibilität gegenüber Eurozentrismusvorwürfen – kein fremder Denkansatz. In den meisten Dritte-Welt-Läden wurden über Jahre Diskussionen über die Art der Kriterien geführt, die an Projekte anzulegen seien, deren Produkte später zum Verkauf angeboten werden sollten. Dabei wurden noch sehr viel weitergehende Konditionalitätskriterien als in der aktuellen entwicklungspolitischen Debatte ins Spiel gebracht. Hohe moralische, ethische, organisatorische (genossenschaftliche) Kriterien, die Aspekte der Einkommensverteilung und der Arbeitsorganisation umfaßten, wurden formuliert, um einem Kleidungsstück oder einer handgezogenen Kerze den Weg in den Dritte-Welt-Laden zu ebnen. Die eigene Einmischung wurde dabei immer anders als die von Industrieländern bewertet, da man sich – im Gegensatz zu den staatlichen Einmischungsversuchen, die als ökonomischer oder politischer Neokolonialismus galten – mit den progressiven Kräften in diesen Ländern im Dialog wähnte. Schließlich galt es, die Basis dieser Kräfte zu stärken.

Routine besitzt die Bewegung auch in der Einforderung staatlicher Konditionalität, wenn es gilt, Handelsboykotte gegenüber Unrechtsregimen, Kürzung und Streichung der Entwicklungshilfe für Militärdiktaturen zu fordern. Dies hinderte auf der anderen Seite nicht daran, den Industrieländern, allen voran den USA, Einmischung in innere Angelegenheiten zum Vorwurf zu machen. Die Hinterhofpolitik gegenüber Lateinamerika, die Einmischung in Chile, Guatemala, Grenada etc. waren zum Teil sogar Kulminationspunkte von Solidaritätsengagement.

Aus dieser unterschiedlichen Bewertung von äußerer Einmischung entsteht ein Spannungsfeld, dessen Analyse helfen kann zu klären, wo genau die Konfliktlinie zwischen Solidaritätsarbeit und Menschenrechtsengagement verläuft. Konditionalität, verstanden als Einmischung in innere Angelegenheiten, wurde immer dann akzeptiert, wenn der Dialog über die „richtigen" Entwicklungziele sozusagen „basisintern" zwischen der Bewegung im Norden und der Bewegung im Süden angesiedelt war. Staatliche Einmischung durch Industrieländer in innere Angelegenheiten wurde dagegen in der Regel abgelehnt und als „Neokolonialismus" gebrandmarkt. Jedoch wurde in Fällen massiver Menschenrechtsverletzungen selektiv bei einigen Ländern die Einmischung des „Nordens" gefordert. Welche Gründe können für dieses eigenartig inkonsistente Verhalten gegenüber externer Einmischung in innere Angelegenheiten von Entwicklungsländern, das sich vergleichbar auf die gesamte Art der Einforderung und Verteidigung von Menschenrechten erstreckt, benannt werden?

Menschenrechte waren für die Solidaritätsarbeit kein originärer Beweggrund für Engagement. Auf ihre Verletzung wurde zwar oft instrumentell als Argument für Einmischung und Aktion verwiesen, doch speiste sich das Enga-

gement nicht aus der Absicht der Verteidigung von Menschenrechten. Solidaritätsarbeit bzw. „Dritte-Welt-Engagement" hatte und hat immer etwas mit dem Wunsch nach Veränderung von nationalen und internationalen Beziehungen in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und Gleichheit zu tun. Die Verbindung der Menschenrechte erschien nicht immer kompatibel mit dieser Zielsetzung, was nachfolgend näher erläutert werden soll:

(1) Ein entscheidender Unterschied zwischen der Menschenrechtsarbeit und dem Solidaritätsengagement besteht im Staatsbegriff und dem daraus folgenden Umgang mit dem nationalstaatlichen Anspruch auf Souveränität. Eine Klärung wird hier zusätzlich erschwert durch die – auch nach vielen Jahrzehnten entwicklungspolitischer Debatten – offene Streitfrage, welche Faktoren für die schlechte ökonomische Situation (die Unterentwicklung) vieler Entwicklungsländer verantwortlich zu machen sind: eher interne Faktoren nationaler Politik oder externe Rahmenbedingungen.

(2) Der Ost-West-Konflikt hat die Menschenrechtsarbeit und die inhaltliche Debatte über das Menschenrechtsverständnis über mehrere Jahrzehnte geprägt. Die Instrumentalisierung der Menschenrechte in der ideologischen Debatte und in der praktischen Politik (z.B. als Interventionsgrundlage) durch beide Seiten führte zu Polarisierungen, die Auswirkungen auf alle gesellschaftliche Organisationen hatten.

(3) Die Menschenrechtsidee entstammt liberalen philosophischen Grundlagen und ist geprägt vom universellen Gültigkeitsanspruch der sich mit der Moderne verbreitenden Grundwerte. Der Schutz des Individuums vor Übergriffen des (all)mächtigen Staates war einer der Ausgangspunkte für die Formulierung von Bürgerrechten, die immer auch den Schutz des „wirtschaftenden Bürgers" (des Bourgeois) vor Staatsinterventionismus einschließen.

Demgegenüber waren viele politische Hoffnungen der Dritte-Welt-Bewegung geprägt von Vorstellungen eines eingreifenden, steuernden Staates, dem – sei es im Rahmen revolutionärer Veränderungen, sei es durch Begrenzung des Kapitalismus – eine wichtige Rolle zugemessen wurde.

3.1. Staatliche Souveränität versus Menschenrechte

Noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war der Kreis der Völkerrechtssubjekte auf die europäischen Staaten beschränkt. Die anderen Territorien wurden den christlich-europäisch-zivilisierten Staaten gegenübergestellt. Aus diesem Gefälle ergab sich für den Kolonialismus – als indirekte Rechtfertigung – ein Erziehungsauftrag für die 'unzivilisierten' Gebiete. Erst die Aufgabe dieser Kriterien für die Definition des Staates in den politischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts führte zum „entfeudalisierten" Staatsbegriff des modernen Völkerrechts. Seitdem wird Staatlichkeit – gemäß der allgemeinen Staatslehre – nach der Anwesenheit der drei Elemente Volk, Gebiet und Staatsgewalt, mit dem entsprechenden Zusammengehörigkeitsverhältnis (das entsprechende Volk muß auch die Staatsgewalt auf dem Territorium ausüben) bestimmt. Hinzu kommt, als vierte Bedingung, die Anerkennung des Staates durch andere Staaten als Völkerrechtssubjekt. Mit dieser Begrifflichkeit war der Territorialstaat international etabliert Nur der Territorialstaat kann die Rechtssubjektivität im Völkerrecht erhalten[13], d.h. Träger von völkerrechtlichen Rechten und Pflichten sein. Gemäß der Charta der Vereinten Nationen beruht das Völkerrecht immer noch auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten (vgl. Art. 2 Ziff. 1 der

Charta der VN), die, wie in der Präambel der Charta erneut bekräftigt wird, auf der „Gleichberechtigung von allen Nationen, ob groß oder klein" fußt.[14]

Territorialstaat und Souveränität wurden damit zum Ausgangspunkt und Leitbegriff der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur für die neuen Eliten in den unabhängig werdenden Staaten, sondern auch für die Solidaritätsengagierten mit „anti-eurozentristischen und anti-imperialistischen"[15] Absichten. Die Staaten können sich zudem auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" berufen, das an zwei Stellen der Charta der VN (Art. 1 Abs. 2 und im Art. 55) genannt wird. Auch beide Menschenrechtspakte, der über bürgerliche und politische (IPBPR) und der über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR), erklären in ihrem ersten Artikel übereinstimmend: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung"[16], d.h. „das Recht, ohne Eingriff von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung frei zu verfolgen".[17] Interventionen von außen werden durch dieses Recht zunächst ausgeschlossen.

Gerade das Selbstbestimmungsrecht der Völker[18] wurde und wird von den neuen Territorialstaaten genutzt, um sich alter und neuer Interventionen und Mitsprache von außen zu erwehren.

In der Solidaritätsszene wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wichtigsten appellativen Instrumente für die Unterstützung von Unabhängigkeitsbewegungen und für den Schutz neuer Staaten gegenüber neokolonialistischen Einmischungen. Während also in der Solidaritätsszene immer eine insgesamt positive Grundhaltung gegenüber dem souveränen Staat – im beschriebenen anti-eurozentristischen Sinne – bestand, beginnt Menschenrechtsarbeit grundsätzlich mit der Einschränkung von Souveränitätsrechten des Staates. Lange Zeit versuchten konservative Völkerrechtler, gegen die universelle Geltung von Menschenrechten zu argumentieren, indem sie betonten, daß die Charta der VN kein einziges konkretes Menschenrecht mit Verpflichtungen beschreibe. Doch selbst die Charta erklärt in zwei Artikeln ausdrücklich die Förderung der Menschenrechte zu ihrem Hauptanliegen (Art. 13 und Art. 55c). Zudem liegen inzwischen viele kodifizierte Texte mit ausdrücklicher Erwähnung der Menschenrechte vor. Ferner wurden die grundsätzlichen Menschenrechte in fast allen modernen Verfassungen umfänglich als Referenzpunkte eingebaut, so daß die Menschenrechte – als Hauptziel der Vereinten Nationen – nicht mehr in Frage gestellt werden.

Die Völkerrechtslehre stand und steht trotzdem vor dem Dilemma, daß der internationale Menschenrechtsschutz auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts verwirklicht werden muß: Ist inzwischen auch anerkannt, daß für die Staaten eine Verpflichtung zur Anerkennung der Menschenrechte gilt, so müssen doch die betreffenden Rechte wiederum von den Nationalstaaten durchgesetzt werden. Die Bemühungen der Völkerrechtslehre und der Menschenrechtsbewegung richten sich also darauf, diese Souveränitätsschwelle zu überwinden. Die einschlägigen Satzungsbestimmungen (UN-Charta) „haben rechtlich die Bedeutung, daß die Achtung von Menschenrechten dem Vorbehalt für die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten (Art. 2 Ziff. 7) entzogen wird"[19].

Aufbauend auf dieser vom Völkerrecht gewährten Autonomie und Selbstbestimmung der Staaten waren es während der Weltkonferenz in Wien vor allem asiatische Staaten, die die nationale Selbstbestimmung über den Universalitätsanspruch der Menschenrechte stellten. Im

Text der Bangkok-Charta, der asiatischen Vorbereitungskonferenz zur Weltmenschenrechtskonferenz, stellten die Staaten die souveräne Selbstbestimmung in den Mittelpunkt und lehnten jegliche Form der Einmischung und Konditionalität grundsätzlich ab. Dem Universalitätsanspruch begegneten die asiatischen Staaten vor allem mit dem Einwand, daß das Menschenrechtskonzept westlich-okzidental geprägt sei und ihrer kulturellen Andersartigkeit und Vielfalt nicht gerecht werde. Dieser Ansatz findet in der Solidaritätsszene immer wieder Unterstützung, vor allem, wenn es um den Schutz kultureller Rechte von Minderheiten gegenüber dem Souverän geht. Im Vorfeld der Wiener Konferenz fanden sich denn auch zahlreiche Kommentatoren, die über die universelle Gültigkeit der Menschenrechtsnormen nachdachten. In der Tat gibt es berechtigte Kritik an der Auslegung und Formulierung mancher Menschenrechte, die zumindest sprachlich und geschichtlich geprägt sind. Ein Dialog zwischen den Kulturen könnte helfen, Besonderheiten – wie z.B. kollektive Landrechte bei indigenen Völkern – zu berücksichtigen und, in diesem Sinne, manche Formulierung der nach 1945 kodifizierten Menschenrechte zu präzisieren. Doch gerade die in der Unrechtserfahrung von Menschen zutage tretende Substanz der Menschenrechte wurde in Wien vor allem von NRO aus asiatischen Ländern betont. Sie forderten eine unbestechliche internationale Aufmerksamkeit und Einmischung gegenüber Menschenrechtsverletzungen, denen Einzelpersonen oder ganze Bevölkerungsgruppen in ihren Staaten ausgesetzt seien.

Nicht nur gegenüber kultureller, sondern auch gegenüber wirtschaftspolitischer Einmischung wurde im Vorfeld der Wiener Konferenz der Souveränitätsgedanke hochgehalten. Während der Konferenz wurde dieser Gedanke vor allem von lateinamerikanischen NRO vorgebracht. Tief sitzt bei ihnen die Sorge, daß, verbunden mit wirtschaftspolitischen Auflagen des Währungsfonds und der Weltbank, soziale Notstände wachsen und ein „ungerechtes" Wirtschaftsmodell festgelegt wird. Diese wirtschaftspolitischen Einmischungen (und ihre z.T. beobachtbaren sozialen Folgen)[20] werden von der Dritte-Welt-Bewegung sehr kritisch gewürdigt und als ein weiterer Vorbehalt gegen die externe Einmischung in innere Angelegenheiten vorgebracht. Die Skepsis entspringt der jahrzehntelang geführten entwicklungspolitischen Debatte darüber, ob eher interne oder eher externe Ursachen für die schwierige ökonomische und soziale Situation in Entwicklungsländern verantwortlich zu machen sind. Während sich die akademisch-theoretische Debatte in Europa und den USA inzwischen wieder den internen Verursachungszusammenhängen zuwendet, werden in der Dritte-Welt-Bewegung oft externe Verursachungszusammenhänge in den Vordergrund gerückt. Dementsprechend groß ist die Skepsis gegenüber Interventionen in die Wirtschaftspolitik der Länder des Südens. Daher wird Einmischung generell negativ bewertet. Gerade lateinamerikanische NRO können deshalb in bezug auf äußere Einmischung oft widersprüchlich – ähnlich wie Teile der Dritte-Welt-Bewegung – beide Seiten in einem Gedankengang vereinen: Einerseits bestehen sie auf internationaler Einmischung, wenn Verletzungen der bürgerlichen und politischen Menschenrechte vorliegen, andererseits lehnen sie internationale Einmischung völlig ab, wenn es sich um wirtschaftliche Auflagen handelt, wie sie z.B. bei Umschuldungsverhandlungen oder Strukturanpassungsprogrammen von internationalen Organisationen (IWF/ Weltbank) gemacht werden.

Deutlich wird, daß bei allen Debatten über externe Einmischung menschenrechtliche und wirtschaftspolitische Einmischungen voneinander geschieden werden müssen. Die aktuelle Realität der Einmischung von internationalen

Institutionen und westlichen Industrieländern scheint sich viel stärker um wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu kümmern denn um menschenrechtliche Unbestechlichkeit und Glaubwürdigkeit. Vor allem die fehlende Einmischung bei Verletzungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte – z.B. verbunden mit nationaler Verantwortung bei fehlenden Landreformgesetzen oder mit internationaler Verantwortung bei Weltbankprojekten, die z.T. zu Zwangsvertreibungen und -umsiedlungen (damit direkt zu Menschenrechtsverletzungen führen) – verweist auf die fehlende universelle Einforderung von Menschenrechten durch die Industrieländer. Hier erweist es sich als folgenschwerer Mangel, daß die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) besonders im westlichen Politikverständnis so lange eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Entsprechend unterentwickelt ist das Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Rechte, zu denen die Rechte auf angemessene Nahrung, Wohnung, Arbeit, Gesundheit und Bildung gehören. Erst 1987 hat der Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC) ein Komitee zur Überwachung dieser Rechte eingesetzt. Auch diesem Komitee gegenüber sind die Staaten nur berichtspflichtig. Offizielle Beschwerdeverfahren, die für bürgerliche und politische Menschenrechte gelten – sei es als Staaten- oder Individualbeschwerden –, gibt es nicht.

3.2. Der Ost-West-Konflikt dominierte lange Zeit die Menschenrechtsdiskussion

Die skizzierte Diskrepanz in der Menschenrechtspolitik der westlichen Staaten – Einforderung einiger bürgerlicher und politischer Rechte auf der einen und Nichtbeachtung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte auf der anderen Seite – hat ihre Ursache in dem die Nachkriegsgeschichte dominierenden Ost-West-Konflikt. Im Westen war das leitende Menschenrechtskonzept sehr lange auf die bürgerlichen und politischen Rechte beschränkt. Sie galten als die eigentlichen Menschenrechte, die, als liberale Abwehrrechte formuliert, vor Übergriffen des Staates schützen sollten. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wurden demgegenüber als positive Rechte bezeichnet, als Politikzielvorstellungen, die von den jeweiligen Staaten – mit wachsendem Wohlstand – umgesetzt werden könnten. Der Osten betonte demgegenüber die Bedeutung der wirtschaftlichen Menschenrechte. Der Kern der Menschenrechtsidee, die Achtung der Menschenwürde, erforderte in östlicher Sichtweise vor allem eine Absicherung der Grundbedürfnisse. Bürgerliche und politische Rechte wurden als nur in zweiter Linie notwendig betrachtet.

Dieser ideologische Gegensatz machte nicht nur für Jahrzehnte eine fruchtbare Diskussion in den Vereinten Nationen darüber, wie man die Durchsetzung beider Teile der Menschenrechte vorantreiben könnte, unmöglich, sondern bestimmte auch die außenpolitische Rhetorik in der Zeit des kalten Krieges. Unabhängig von dieser Rhetorik spielten beide Blöcke ein doppelbödiges Spiel im Rahmen ihrer Menschenrechtspolitik. Menschenrechtsverletzungen in Diktaturen übersah der Westen genauso wie er versuchte, sozialistische Befreiungsbewegungen und Staaten zu destabilisieren. Der Osten hatte demgegenüber keinerlei Bedenken, im Rahmen von Zwangskollektivierungen traditionelle Rechte wie Landrechte und das Recht auf Wohnung zu zerstören bzw. Staaten zu fördern, die ebenso verfuhren (z.B. Äthiopien). Lange Zeit konnten Entwicklungsländer den Konflikt zwischen Ost und West durch Ausspielen der Lager für sich nutzen, gab es doch immer zwei Optionen, um finanzielle oder auch militärische Hilfe zu erhalten.

Die Instrumentalisierung von Menschenrechten in der politischen Praxis hat NRO im Süden und Teile der Dritte-Welt-Bewegung gleichermaßen skeptisch gegenüber Forderungen nach Menschenrechtskonditionalität werden lassen. Gerade afrikanische Menschenrechtsaktivisten betonten in Wien, daß sie erst zusehen mußten, wie westliche Regierungen über Jahrzehnte jene Diktatoren unterstützten, gegen die sie sich jetzt im Rahmen der Demokratiebewegung zur Wehr setzen müssen, obwohl der Menschenrechtssituation in ihren Ländern lange Zeit keine Beachtung geschenkt wurde. Mit dem Wegfall der geostrategischen Aufteilung der Welt (durch die Blockkonfrontation) sei nun der Zwang entfallen, sich auch für kleine Länder einzusetzen. Wenn zudem Menschenrechtskonditionalität vor allem gegen kleine, politisch und ökonomisch wenig bedeutsame Länder eingesetzt wird, bei wichtigen Partnern dieses Druckmittel aber keine Anwendung findet, bleibt auch nach dem Ost-West-Konflikt der Eindruck: Die Forderung nach Menschenrechten ist nur eine Forderung unter vielen.

Zudem beklagten in Wien vor allem NRO aus Lateinamerika und Afrika, daß – statt offensiver Demokratieförderung – heute die Menschenrechte sehr schnell mit anderen Leitideen verbunden würden. Besonders von westlichen Staaten und den UN-Organisationen werde so ein Entwicklungskonzept vorgelegt, das – mittels politischer Konditionalität und Strukturanpassungsprogrammen – außenpolitische und ökonomische Interessen mit der Menschenrechtslage verbindet.

3.3. „Good governance" und Menschenrechte

Für die Vergabe bundesdeutscher Entwicklungshilfe sind Demokratisierung, rechtsstaatliche Organisationsprinzipien, die Höhe der Rüstungsausgaben, aber auch marktwirtschaftliche Orientierung gleichwertige Kriterien. Offen bleibt die Frage, wie diese Kriterien im Verhältnis zueinander gewichtet werden sollen. Im Kriterienkatalog des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit fehlt zudem die Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte. An diesem Punkt setzt zusätzliche Kritik von Menschenrechtsaktivisten aus dem Süden an. Immer wieder haben Entwicklungsprojekte und kreditfinanzierte Vorhaben zu Zwangsvertreibungen und anderen Verletzungen dieser Rechte geführt.[21] Auch die Hilfe selbst ist selten an den tatsächlichen Bedürfnissen von Armen orientiert. Mit den gleichen Kriterien wird in den verschiedensten entwicklungspolitischen Arenen ein vergleichbares Konzept vorangetrieben. Ins Zentrum der Debatte rückt dabei mehr und mehr ein Begriff, der inzwischen von verschiedenen Organisationen, von UNCTAD bis hin zur Weltbank und europäischer Entwicklungszusammenarbeit, verwendet wird: „good governance". Alle diese Konzepte umfassen die Achtung der Menschenrechte als Kriterium, doch gehen sie darüber hinaus. Sie beinhalten eine wirtschafts- und z.T. gesellschaftspolitische Programmatik: Mal eher sozial verstandene Marktwirtschaft wie beim UNDP, mal eher liberal deregulierte Marktwirtschaft beim IWF und der Weltbank.

Dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Programm ist es, das asiatische und arabische Regierungen in Wien so in Opposition zum Universalitätsanspruch der Menschenrechte gehen ließ. Dies gilt ebenso für Teile der Dritte-Welt-Bewegung.

Es wäre besser, die Menschenrechtsforderung losgelöst von einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept einzufordern. So notwendig es sein mag, über strukturelle Anpassung auch in ökonomischer und rechtsstaatlich-institutionel-

ler Perspektive nachzudenken, sollten Konditionalitätskriterien ein breiteres Spektrum gesellschaftspolitischer Alternativen umfassen. Die nicht gewichtete Einbeziehung von Menschenrechten in einen Konditionalitätskatalog schwächt zudem eher den Universalitätsanspruch von Menschenrechten. Glaubwürdigkeit kann ein Konzept von Konditionalität nur dann gewinnen, wenn es offen für verschiedene Modelle partizipativer Gesellschaftsorganisation und ökonomischer Regulierung ist. Statt eine „Monokultur" ökonomischer Instrumenten zu entwickeln, kann es z.B. für die Erfüllung wirtschaftlicher und sozialer Rechte durchaus sinnvoll sein, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (z.B. Landreformprogramme, Außenhandelsschutz von Kleinbauern etc.) durchzuführen.

4. Internationalisierung und Gegenmacht

Der Souveränitätsbegriff – als positiver Schutzbegriff gegenüber Außeneinmischung – erodiert derzeit sehr schnell. Die große Unglaubwürdigkeit und Ineffizienz mancher Entwicklungsländerregierung treibt die Legitimität externer Einmischung voran. Die Diskussionen um die Einmischung in Somalia, Bosnien und über UN-Blauhelmeinsätze sind zusätzliche Belege für diesen Erosionsprozeß. Eine weitere Dimension erhält diese Debatte, wenn man die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen in den Blick nimmt. Dieser Trend läßt nationale Steuerungspotentiale – sei es im Hinblick auf Umwelt- und Sozialgesetzgebung, sei es im Hinblick auf wirtschaftspolitische Steuerung (vgl. die Standortdebatte) – schwinden und trägt zur faktischen Erosion nationaler Souveränität erheblich bei. In der entwicklungspolitischen Debatten sollte deshalb nicht mehr darüber gestritten werden, ob Einmischung als solche gerechtfertigt ist oder nicht. Gerade die Demokratiebewegungen in Afrika fordern die „souveräne Abkapselung" heraus und wünschen sich offensive Einmischung. Nationale Souveränität muß als Konzept in Frage gestellt werden. Dies ist allerdings nur überzeugend möglich, wenn bei internationalen Entscheidungsfindungsprozessen in Zukunft Bürgerbeteiligung möglich ist, d.h. Mitsprache- und Mitgestaltungschancen existieren. Auf der einen Seite bedarf es eines Ensembles demokratisch-partizipativer Strukturen auf lokaler, nationaler Ebene. Andererseits muß über Partizipation in einem weiteren Sinn als bisher gesprochen werden. Die Versuche von UNDP (wie im letzten Bericht über menschliche Entwicklung), Partizipation umfassender zu definieren und auf die ökonomische Sphäre zu übertragen (z.B. „menschenfreundliche Märkte" zu schaffen, also Landlosen Produktivkapital zukommen zu lassen, ärmeren Bevölkerungsschichten Zugang zu Krediten zu geben etc.), weisen in die richtige Richtung. Ökonomische und politische Deregulation alleine reicht als politisches Konzept nicht aus, insbesondere, wenn als weiterer Problemhorizont die ökologische Begrenzung von Entwicklungsaktivitäten zusätzlich in den Blick rückt: „sustainable development". Angesichts der Übernutzung der ökologischen Ressourcen muß eine globale Umverteilung (Nord nach Süd) nicht nur finanziell, sondern auch im Umfang der Umwelt(ver)nutzung erreicht werden.

Die faktische Internationalisierung von Ökonomie und Politik erfordert neue, nationalstaatliche Steuerung überwindende Regelungskompetenzen. Um diese politisch partizipativ gestalten zu können, müssen auch soziale Bewegungen verstärkt über eine internationale Zusammenarbeit nachdenken. Im Ökologiebereich sind inzwischen einige große internationale NRO entstanden. Selten allerdings umfassen sie wirklich engagierte Personen aus Industrie- und Entwicklungsländern. Noch schlechter

sieht die Situation im Bereich sozialer Fragen aus. Die eigentliche Internationalisierung sozialer Bewegungen muß erst noch geschehen.

Menschenrechtsarbeit verlangt seit langem, gedanklichen Universalismus mit lokaler Aktivität zu verbinden. In Bereich der Verteidigung der Menschenrechte sind deshalb vielleicht auch die meisten internationalen NRO entstanden. Das Festhalten an nationalstaatlichen Souveränitätskonzepten – gerade gegenüber vermeintlich negativen Weltmarkttendenzen – dürfte der größte Hinderungsgrund für eine (national organisierte) Dritte-Welt-Bewegung sein, auf diese Herausforderung zu reagieren.

Michael Windfuhr, Executive Director des Internationalen Sekretariats von „Food First Information & Network" (FIAN), Heidelberg.

Anmerkungen

[1] Der Begriff „Dritte Welt" ist inzwischen problematisch geworden: Menzel spricht bereits vom Ende der „Dritten Welt", Kößler und Melber plädieren für die Beibehaltung („Chancen internationaler Zivilgesellschaft", Frankfurt/ M., 1993). Ohne diese Debatte aufgreifen zu wollen, soll hier vermerkt werden, daß im folgenden der Begriff „Dritte Welt" und „Entwicklungsländer", – in Anerkenntnis einer notwendigen Differenzierung – für alle Länder dieser Kategorie verwendet wird, da diese gesamte Ländergruppe im Blickfeld der Dritte-Welt-Bewegung lag und liegt.

[2] Menzel, U. (1992): „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie", Frankfurt/ M.

[3] Gronemeyer, R./Leggewie, C. (1992): „Rituale europäischer Selbstkasteiung", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, H.1/92, S. 78-85.

[4] Eine der wichtigsten Säulen der Dritte-Welt-Bewegung waren die Solidaritätsgruppen, die Befreiungsbewegungen in einzelnen Ländern unterstützten und Informationen über die betreffenden Länder weitervermittelten (z.B. zu Algerien, Chile, Zimbabwe, Nicaragua etc.).

[5] Zitat aus: Thielen, H.: „Das Kreuz des Südens – Tod im Hinterhof", in: Pater, S.: „Aktionshandbuch Süd-Nord", Göttingen 1993, S. 25.

[6] Die Geschichte der El-Salvador-Solidaritätsbewegung (neben den Geschichten anderer Ländersolidaritäts-Arbeitszusammenhänge) ist z.B. beschrieben in: Balsen, W./Rössel, K. (1986): „Hoch die internationale Solidarität", S.455-500.

[7] Hilfreich ist es sicherlich, bei projektfinanzierenden Organisationen zwischen den aus der Solidaritätsarbeit stammenden kleinen, oft kleinsten Organisationen, und den größeren Entwicklungshilfeorganisationen mit institutioneller Verankerung zu differenzieren; dies soll auch im folgenden Text so beibehalten werden. Doch schon Sonderfälle wie „terre des hommes" machen deutlich, wie unscharf Kategorien wie 'Dritte-Welt-Bewegung' oder 'Solidaritätsorganisationen' sind.

[8] Der Begriff „Nichtregierungsorganisation" umfaßt eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen. Bei der Welternährungsorganisation sind z.B. unter dem NRO-Kürzel sowohl Interessengruppen registriert, die „privat interests" verfolgen, wie solche, die „public interests" verteidigen. Im folgenden bezieht er sich ausschließlich auf „public interest" – NRO. Nachfolgend wird jeweils angegeben, welche Organisationen aktuell gemeint sind. Der Begriff „Dritte-Welt-Bewegung" umschreibt hier lokale Initiativen, auch wenn im Detail eine Gegenüberstellung von institutionalisierten Entwicklungshilfe-NRO und der Bewegung begrifflich problematisch bleibt, da beide Seiten historisch eng miteinander verwoben sind.

[9] Die drei Länderstudien zu Kenia, Peru und Sri Lanka sind bei epd-Dokumentation, Nr. 34-36 erschienen: Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) (Hg.): „Die Entwicklungshilfe als Druckmittel zur Einhaltung von Menschenrechten".

[10] Beide Begriffe von Menzel, U. (s. Anm. 2).

[11] Quelle: Gronemeyer, R./ Leggewie, C. (s. Anm. 3).

[12] Erdmann, G. (1993): „Nur ein Alibi? Die Menschenrechtskonditionalität des BMZ", in: blätter des iz3w, Nr. 190, Juli 93, S.21.

[13] Im Völkerrecht wird der Begriff Völkerrechtssubjekt inzwischen auch mit Einschränkungen – wie der partiellen Völkerrechtssubjektivität (d.h. ohne Selbstregierung) – auch auf internationale Organisationen angewendet. Zudem gibt es Sonderregeln für den Heiligen Stuhl, den Malteser Orden, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und für Staatenverbindungen.

[14] Zitiert nach Simma, B. (1991) (Hg.): „Charta der Vereinten Nationen. Kommentar", München.

[15] Vgl. die Ausführungen von Knieper, der diese Entwicklung spannend beschreibt: Knieper, R. (1991): „Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung", Frankfurt / M., Teil I, S.27-47.

[16] Die meisten Menschenrechtstexte sind (wie das Zitat) zusammengefaßt in dem Band: Simma, B./ Fastenrath, U. (Hg.)(1992[3]): „Menschenrechte - Ihr internationaler Schutz", München.

[17] Aus der „Erklärung über Völkerrechtsgrundsätze betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten gemäß der Satzung", Resolution der Generalversammlung der VN vom 24. Oktober 1970 (Nr. 2625-XXV).

[18] Der Begriff „Selbstbestimmungsrechte der Völker" bezieht sich im Völkerrecht nicht auf die Staatsbegriffselemente Volk oder Nation. Völkerrechtssubjekte sind die Staaten.

[19] Partsch, K.J. (1991): „Menschenrechte", in: Wolfrum, R. (Hg.): „Handbuch der Vereinten Nationen", München 1991[2], S.544-551.

[20] Über soziale und ökologische Auswirkungen z.B. von Strukturanpassungsprogrammen gibt es inzwischen eine Fülle an Studien und Literatur. Gleiches gilt über Auswirkungen von Weltbankprojekten.

[21] Erst kürzlich stellte die Weltbank in einem internen Bericht fest, daß allein von ihren derzeit 1900 Projekten 146 zu Zwangsumsiedlungsmaßnahmen führen werden, von denen rund 2 Millionen Menschen betroffen sind.

Literatur

„Erklärung über Völkerrechtsgrundsätze betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten gemäß der Satzung", Resolution der Generalversammlung der VN vom 24. Oktober 1970 (Nr. 2625-XXV).

Balsen, W./Rössel, K. (1986): „Hoch die internationale Solidarität", S.455-500.

Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) (Hg.): „Die Entwicklungshilfe als Druckmittel zur Einhaltung von Menschenrechten". epd-Dokumentation, Nr. 34-36.

Erdmann, G. (1993): „Nur ein Alibi? Die Menschenrechtskonditionalität des BMZ", in: blätter des iz3w, Nr. 190, Juli 93, S.21.

Gronemeyer, R./Leggewie, C. (1992): „Rituale europäischer Selbstkasteiung", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, H.1/92, S. 78-85.

Knieper, R. (1991): „Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung", Frankfurt/ M., Teil I, S.27-47.

Kößler, R./ Melber (1993): „Chancen internationaler Zivilgesellschaft", Frankfurt/ M.

Menzel, U. (1992): „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie", Frankfurt/ M.

Partsch, K.J. (1991): „Menschenrechte", in: *Wolfrum, R.* (Hg.): „Handbuch der Vereinten Nationen", München 1991[2], S.544-551.

Simma, B. (1991) (Hg.): „Charta der Vereinten Nationen. Kommentar", München.

Simma, B./Fastenrath, U. (Hg) (1992[3]): „Menschenrechte – Ihr internationaler Schutz", München.

Thielen, H. (1993): „Das Kreuz des Südens – Tod im Hinterhof", in: *Pater, S.*: „Aktionshandbuch Süd-Nord", Göttingen 1993, S.25.

Ingrid Spiller

Die feministische Diskussion zur Bevölkerungspolitik

Einen wichtigen, eigenständigen Bereich in der Dritte-Welt-Bewegung nehmen frauenspezifische Themen ein. So haben sich Frauen neben ihrer Arbeit zu geschlechterübergreifenden Themen und Fragestellungen zusammengetan, um sich mit frauenrelevanten Themen auseinanderzusetzen. Auf dem jährlichen Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) gibt es z.B. ein nur Frauen vorbehaltenes Frauenplenum; innerhalb des BUKO hat sich ein Arbeitsschwerpunkt Frauen herausgebildet, und auch viele Solidaritätsgruppen haben eigene Frauenuntergruppen. Kennzeichen dieser Gruppen ist, daß sie sich als feministisches oder auch nur frauenspezifisches Segment in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen verorten. Während sich reine Frauengruppen, die sich mit internationalistischen Themen befassen, im allgemeinen eher der Frauenbewegung zugehörig fühlen als der Solidaritätsbewegung, arbeiten die einzelnen Akteurinnen durchaus in beiden Bewegungen mit.

Innerhalb der Solidaritätsbewegung haben sich vor allem Frauen mit Bevölkerungspolitik beschäftigt. Mit der nun folgenden Darstellung der Diskussion zu diesem Thema wird ein Argumentationsverlauf aufgezeigt, der zwar aufgrund seiner themengebundenen Konfliktlinien sehr speziell, aber m.E. dennoch exemplarisch für die Solidaritätsbewegung ist. Zunächst wird die offizielle Legitimation für Bevölkerungspolitik erläutert, und dann die feministische Kritik daran angeschlossen. Die spezifische bundesrepublikanische Diskussion unterscheidet sich dabei nicht prinzipiell von der internationalen, sondern ist vielmehr Teil davon. Das weltweite Bevölkerungswachstum gehört zu den umstrittensten Themen in der entwicklungspolitischen Debatte. Seit dem Zweiten Weltkrieg argumentieren die Befürworter von Bevölkerungskontrollmaßnahmen mit globalen Interessen, hinter denen individuelle Bedürfnisse zurückzustehen hätten. Die Kritik aus Frauensicht weist diese Ansprüche, die weibliche Sexualität und die Zahl der geborenen Kinder zu kontrollieren, zurück. Stattdessen erhält das Wohl des einzelnen Menschen einen sehr viel größeren Stellenwert.[1]

Dem Versuch, gesellschaftlichen Zugriff auf die menschliche Reproduktion zu erlangen, steht der Anspruch entgegen, selbst zu entscheiden, ob Kinder gewünscht werden oder nicht. Erst in neuerer Zeit findet eine stärkere Überschneidung beider Perspektiven statt.

1. Die Befürworter von Bevölkerungskontrolle

Grundlage jeglicher Argumentationen für Bevölkerungskontrolle sind statistische Schätzungen über die gegenwärtige und zukünftige Anzahl der Menschen, die auf der Erde leben werden. In drei verschiedenen Prognosen (einer unteren, mittleren und oberen Annahme) werden die aktuellen Bevölkerungszahlen bis ins nächste Jahrtausend hochgerechnet und die-

nen als Rechtfertigung und Grundlage für eine entsprechende Bevölkerungspolitik. Die Vereinten Nationen gehen meistens von der mittleren Annahme aus, nach der im Jahr 2025 etwa 8,5 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Diese statistischen Annahmen bilden den wissenschaftlichen Hintergrund für eine Debatte, in der unterschiedliche Interessen sich artikulieren und aufeinandertreffen. Die Argumente haben im Laufe der Jahre gewechselt, die Schlußfolgerungen – nämlich die Notwendigkeit, das Bevölkerungswachstum einzudämmen – sind gleich geblieben. Das Schüren von Angst durch den Hinweis auf eine Überfremdung oder Bedrohung unserer Zivilisation durch die Massen des Südens ist dabei immer ein wesentlicher Strang der Diskussion gewesen.

Die ersten internationalen Familienplanungs- und Sterilisationskampagnen entstanden aufgrund privatwirtschaftlicher Initiative, vor allem der Rockefeller- und Ford-Foundation. In den 60er Jahren wurden sie von der US-Regierung und schließlich auch von internationalen Organisationen wie der UN fortgesetzt. Heute sind Bevölkerungskontrollprogramme Bestandteil nahezu jeglicher Entwicklungshilfe auf bilateraler und multilateraler Ebene. Bis Anfang der 70er Jahre war vorherrschende Meinung, die „Dritte Welt" müsse eine nachholende Entwicklung durchlaufen, um an Produktions- und Lebensstandard der Industrieländer anzuschließen. Bevölkerungsreduzierung galt dabei zunächst als Grundvoraussetzung, um diese „Modernisierung" zu erreichen. Auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest zeigte sich jedoch, daß eine solche Sicht der Verhältnisse keinen internationalen Konsens darstellte. Während die Vertreter der Industrieländer, auf deren Initiative die Konferenz zustandegekommen war, in den hohen Geburtenraten in der Dritten Welt die Wurzel allen Übels sahen, bestritten die meisten Entwicklungsländer die Existenz eines „Bevölkerungsproblems", definiert als das Überschreiten bestimmter Wachstumsraten ohne Berücksichtigung einer sozialen Dimension. Sie verwiesen darauf, daß viele Kinder nicht unbedingt Armut verursachen, sondern im Gegenteil diese lindern können, da sie zum einen schon früh mitarbeiten und damit zur Existenzsicherung beitragen und zum anderen bei fehlender staatlicher Altersversorgung sich im Alter um die Eltern kümmern können. Der schließlich verabschiedete Weltbevölkerungsaktionsplan war ein Kompromiß zwischen den streitenden Parteien, in dem einerseits die Ausweitung der Geburtenkontrollprogramme, andererseits aber auch umfassende sozialpolitische Maßnahmen empfohlen wurden. Entwicklung wurde als Beitrag zur Senkung der Geburtenrate begriffen. „Entwicklung ist die beste Pille" hieß der Slogan, unter dem das daraus resultierende Politikprogramm bekannt wurde.

Zehn Jahre später, auf der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko, waren die Stimmen verstummt, die sich dagegen ausgesprochen hatten, das Bevölkerungswachstum als Haupthindernis für die Entwicklung zu begreifen. In 90% aller in der UN versammelten Länder der Dritten Welt hatten sich inzwischen Institutionen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA etabliert und Familienplanungsprogramme durchgeführt. Mit der Anerkennung der komplexen gesellschaftlichen Faktoren, die an der Entscheidung über die Verwirklichung von Kinderwünschen beteiligt sind und mit den Anstrengungen, die Motivation zur Familienplanung zu erhöhen, rückte die Situation der Frauen als bevölkerungspolitische Zielgruppe zunehmend ins Blickfeld: Wenn – wie Anfang der 70er Jahre formuliert – die Befriedigung der Grundbedürfnisse zur Reduzierung der Geburtenrate und zur Verbesserung der Lebenssituation führe, dann müsse besonders der Status der Frauen angehoben werden, zumal

inzwischen offensichtlich geworden war, daß vor allem Frauen von Armut betroffen waren. Unter dem Stichwort „Armutsbekämpfung" hatte die Beseitigung von Armut programmatischen Stellenwert bekommen. Die diesbezüglich in Mexiko verabschiedeten Empfehlungen benennen als Hauptpunkte die Integration von Frauen in alle Phasen des Entwicklungsprozesses einschließlich „der Planung, der Politik und der Entscheidungsprozesse", „die freie Entscheidung der Frau, sich als Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen", sowie das Recht auf Erziehung, Ausbildung und Beschäftigung im nicht-familiären Bereich bei gebührender Unterstützung ihrer Rolle als Mutter. Mit ihren Empfehlungen unterstützte die Weltbevölkerungskonferenz die im Rahmen der Frauendekade von etablierten Entwicklungsagenturen geforderte „Integration der Frau in die Entwicklung". Frauen sollten dazu veranlaßt werden, Geldeinkommen in der Marktwirtschaft zu erwerben, während gleichzeitig ihre Rolle im privaten bzw. im Subsistenzbereich gestärkt werden sollte. Der Weltbevölkerungsbericht von 1989 war unter der Überschrift „Vorrang für Frauen. Der Schwerpunkt für die 90er Jahre" ganz der Situation von Frauen gewidmet. Es wird betont, daß Frauen im Zentrum des Entwicklungsprozesses stehen und die Verantwortung für die meisten volkswirtschaftlichen Bereiche außerhalb der Geldwirtschaft (für die Subsistenzwirtschaft, das Austragen und Großziehen der Kinder, die Hausarbeit) tragen. Sie spielen aber auch in der Geldwirtschaft eine wichtige Rolle, etwa im Handel, im „informellen Sektor" und bei der Lohnarbeit. Die Mißachtung ihrer persönlichen und politischen Rechte – etwa Zugang zu Landbesitz, Krediten und einträglichen Beschäftigungsmöglichkeiten – hindert sie jedoch daran, ihr ganzes Potential an Möglichkeiten auszuschöpfen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Schlüsselrolle führt die Nichtbeachtung der Bedürfnisse der Frauen laut Weltbevölkerungsbericht zu „unkontrolliertem Bevölkerungswachstum, hohen Säuglings- und Kindersterblichkeitsraten, einer geschwächten Wirtschaft, einer uneffektiven Landwirtschaft, sich ständig verschlechternden Umweltbedingungen, einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft und einer schlechten Lebensqualität für alle." Die vorgeschlagene Lösung lautet deshalb „Investieren in Frauen" – darunter werden Familienplanung und „soziale Investitionen" verstanden, d.h. Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Bildungseinrichtungen –, denn „langfristig gesehen, bringen Investitionen in Frauen einen eindeutigen, wenn auch nicht quantifizierbaren ökonomischen Nutzen." Über den Ansatz, daß die Reduzierung der Kinderzahl einer Erhöhung der Produktivität dienlich sei, werden die Komponenten Frauenförderung und Bevölkerungspolitik unmittelbar zusammengeführt. Während Geburtenkontrolle einerseits zum integralen Bestandteil von Frauenförderplänen zur Effektivierung der Produktivkraft Frau wird, nimmt andererseits die Frauenproblematik eine Schlüsselposition in bevölkerungspolitischen Überlegungen ein.

Parallel zu der Argumentation, daß Bevölkerungspolitik in der Form von Familienplanung letztlich dem Wohl der Frauen diene, wird seit Beginn der 90er Jahre ein direkter Zusammenhang zwischen der zunehmenden Umweltzerstörung und dem Bevölkerungswachstum hergestellt. Im Weltbevölkerungsbericht von 1990 heißt es z.B.: Die „wachsende Menschenmenge geht an die Substanz der Erde selbst. Das schnelle Bevölkerungswachstum in den armen Ländern hat bereits begonnen, die Erde unwiderruflich zu verändern. Diese Veränderungen werden in den 90er Jahren ein kritisches Ausmaß erreichen; zu ihnen gehören anhaltendes Wachstum der Städte, Zerstörung von Boden und Wasser, massive Waldrodungen und die weitergehende Konzentration von 'Treibhausgasen'." Das Förderkonzept 'Bevölkerungspo-

litik und Familienplanung' des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ geht ein Jahr später noch einen Schritt weiter: „Die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Energie wird einerseits die Umweltprobleme in den Entwicklungsländern weiter verschärfen (z.B. Waldzerstörung, Desertifikation) und andererseits zur weltweiten Umweltgefährdung mit beitragen (z.B. Klimaveränderung durch Emission von Kohlendioxid). Schließlich kann besonders hoher Bevölkerungsdruck unkontrollierte Wanderungsbewegungen in andere Länder und damit außenpolitische Konflikte auslösen, die den Weltfrieden gefährden können." Diese argumentative Verknüpfung wird im Weltbevölkerungsbericht von 1993 weiter ausgeführt, indem die Gefahren beschrieben werden, die durch Migration aus „überbesiedelten" Regionen ausgelöst werden können.

Im September 1994 findet in Kairo eine weitere Weltbevölkerungskonferenz statt, diesmal unter dem Namen „Bevölkerung und Entwicklung". Zentrale Themen werden Migration und Flüchtlinge sein; aber auch andere Schwerpunkte wie Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, Umweltzerstörung, Frauenförderung, Familienplanung und die Auswirkungen von Aids stehen auf der Tagesordnung. Im Weltaktionsplan, der dort verabschiedet werden soll, kommen voraussichtlich erstmals auch individuelle Belange vor: Einerseits sollen auf „lokaler Ebene effektivere Maßnahmen zur Befriedigung individueller Bedürfnisse und Wünsche eingesetzt werden", andererseits sollen – mit internationaler Unterstützung – „die nationalen Politikmaßnahmen und Programme effektiver werden, um das Bevölkerungswachstum in ein Gleichgewicht mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bringen".[2]

Damit scheint eine wichtige Forderung der Kritikerinnen von Bevölkerungspolitik aufgenommen worden zu sein. Schon bildet sich in ihren Reihen eine Position heraus, die Bevölkerungspolitik generell für reformierbar hält und deshalb eine „feministische Bevölkerungspolitik" fordert.

2. Die Gegnerinnen von Bevölkerungskontrolle

Seit Programme zur Bevölkerungskontrolle durchgeführt werden, werden diese von Frauen kritisiert. Insbesondere diejenigen, die unmittelbar davon betroffen sind, haben ihre konkreten negativen Erfahrungen thematisiert. Grundlegende und zusammenhängende Kritik an der Bevölkerungspolitik wurde aber erst in den 70er Jahren entwickelt. Die 70er Jahre sind u.a. das Jahrzehnt, in denen in der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung die Bedeutung der Frauen für die gesellschaftliche Entwicklung „entdeckt" wurde. Nachdem Esther Boeserup ihre Studien über die ökonomische Rolle der Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika[3] veröffentlicht hatte, setzte ein Umdenkprozeß ein, in dessen Verlauf die vielfältigen Tätigkeiten der Frauen und ihre tragende Rolle bei der Nahrungsmittelproduktion und für die familiäre Reproduktion sichtbar wurde. Der „koloniale Blick" auf die Gesellschaften Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hatte die Frauenarbeit schlichtweg zum blinden Flecken werden lassen. Unreflektiert wurde davon ausgegangen, daß die geschlechtliche Arbeitsteilung ebenso aussähe wie in den Industrieländern. In der Folgezeit wurden viele empirische Studien veröffentlicht, die die Unterschiedlichkeit belegten. Dabei wurde der Blick geschärft für die vielen strukturellen und faktischen Benachteiligungen, denen Frauen in Entwicklungsländern ausgesetzt sind. Die 1. Weltfrauenkonferenz 1975 und die gleichzeitig ausgerufene UN-Frauendekade trugen zu einer größeren Verbreiterung des Bewußtseins über die Bedürfnisse von Frauen bei. Die Ka-

nadierin Bonnie Mass gehört mit ihrem Anfang der 70er Jahre veröffentlichten Buch „Population Target" zu den Wegbereiterinnen einer feministischen Kritik an Bevölkerungspolitik.[4]

Mass zeigte auf, daß der „Feldzug" gegen die Reproduktivkräfte der Armen in der Dritten Welt von mächtigen Kapitalinteressen der USA, vor allem der Banken, beeinflußt ist und von langer Hand sowie mit Unterstützung der Wissenschaft vorbereitet wurde. Darüber hinaus vertrat sie die These, daß die Bevölkerungsstrategen einerseits den in vielen Ländern der Dritten Welt bestehenden Patriarchalismus und Sexismus noch bestärken, sich andererseits aber gewisse Forderungen der westlichen Frauenbewegung zueigen machten. Bonnie Mass schreibt: „Wir haben gesehen, wie die brutalsten Sexisten und Feinde des Frauenkampfes die Forderung nach freier Abtreibung durch die IPPF (International Planned Parenthood Federation) oder den Pathfinder Fund oder die Rockefeller Foundation erhoben haben. Kostensparende Geburtenkontrollprogramme werden schon durch amerikanische Agenturen für Millionen Dollar praktiziert. Die Direktoren und Aufsichtsräte dieser Agenturen sind direkt mit der amerikanischen Außenpolitik in Afrika, Vietnam und Lateinamerika verbunden."

Andere Kritikerinnen bevölkerungspolitischer Programme gingen in der Folge stärker von den konkreten Auswirkungen auf die betroffenen Frauen aus. Sie stellten vor allem einen Zusammenhang her zwischen dem niedrigen sozialen Status von Frauen und der Art und Weise, wie sie in den Programmen behandelt werden. Maria Mies beschreibt z.B. die Massensterilisationen in Indien: „Genausowenig wie der Kreuzzug gegen die Reproduktivkräfte klassenneutral ist, ist er geschlechtsneutral. Denn die Schwächsten unter den Armen sind deren Frauen. 1975 wurden nach offiziellen Statistiken mehr Frauen sterilisiert als Männer, obwohl bei ihnen der Eingriff leichter ist."[5] Kritik wurde und wird auch an den Verhütungsmitteln und -methoden geäußert, die einen Angriff auf die körperliche Unversehrtheit der Frauen darstellen. Seit Ende der 70er Jahre werden verstärkt hormonelle Langzeitkontrazeptiva entwickelt und angewendet, wie z.B. die Zwei- und Drei-Monatsspritzen, das Implantat Norplant und als neuestes Forschungsziel ein Anti-Schwangerschafts-Impfstoff. In empirischen Untersuchungen weisen die Kritikerinnen die negativen Auswirkungen nach, die solche Kontrazeptiva auslösen können, und zeigen auf, daß solche „Nebenwirkungen" durchaus im Kalkül der Bevölkerungsstrategen enthalten sind. Sie kritisieren auch, daß durch diese Mittel den Anwenderinnen zunehmend die Möglichkeit genommen wird, ihre Fruchtbarkeit selbst zu kontrollieren. Diese können die Wirkung der Kontrazeptiva nicht selbst beenden, wenn sie es wollen; entweder brauchen sie dazu ausgebildete Leute, die das Pessar, die Spirale oder die Kapsel wieder entfernen, oder sie müssen Monate bis Jahre warten, bis die Wirkung nachläßt. Das Primat der Freiwilligkeit bei der Einnahme von Verhütungsmitteln ist aber eine der wichtigsten Forderungen von Frauenseite.

Solange die Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik von deren Befürwortern insbesondere mit dem Status und der Rolle von Frauen begründet wurde, wie dies in den 70er und 80er Jahren der Fall war, und die Kritikerinnen ihren Schwerpunkt auf die negativen Auswirkungen für die Betroffenen legten, galt dieses Thema zumindest in der bundesrepublikanischen Solidaritätsbewegung weitgehend als „Frauenthema". Männer wurden davon ferngehalten oder hielten sich fern. Mit Beginn der 90er Jahre zeichnet sich hier eine Änderung ab. In zunehmendem Maße nehmen auch Männer an den Diskussionen zu diesem Thema

teil.[6] Das hängt u.a. damit zusammen, daß durch den Paradigmenwechsel in der Bevölkerungspolitik hin zu ökologischen und sicherheitspolitischen Begründungen die Kritikerinnen zunehmend auch auf die geschlechterübergreifenden, globalpolitischen Implikationen dieses Themas verweisen. Sie kritisieren z.B., daß in dieser Diskussion um Ökologie und Sicherheit Unterschiede im Produktionsverhalten und Lebensstil sowie soziale Kategorien negiert werden. Während aus ihrer Sicht im herrschenden Diskurs die Verantwortung für die ökologische Krise den Menschen allgemein zugesprochen wird, ungeachtet ihres unterschiedlichen Beitrags zur Umweltzerstörung, werden mit der Forderung nach Bevölkerungskontrolle für die Länder der Dritten Welt die Konsequenzen vor allem den sozial und ökonomisch Schwächsten zugeschoben. Die Industrieländer, die gleichzeitig im eigenen Land eine Politik der Geburtenförderung betrieben, seien allerhöchstens zu einem Nachdenken über einen ökologischen Umbau bereit. Von der Wachstumsideologie und der ihr verhafteten Wirtschafts- und Konsumpolitik ließen sie nicht ab.

In einer Erklärung, die auf einem Seminar des BUKO verabschiedet wurde, heißt es: „Wir fordern daher die Umkehr der Debatte. Die Ursachen der globalen Probleme müssen angegangen werden. Nationale und internationale Politik muß endlich die Ursachen von Armut, Hunger und weltweiter Umweltzerstörung benennen und konstruktive Wege beschreiten, die sie verursachenden Strukturen zu verändern. Technokratisches Herumwerkeln an Symptomen wie z.B. dem Bevölkerungswachstum ist nur ein Ablenken von notwendigen grundlegenden Veränderungen. (...) Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle sind eindeutig der falsche Weg und gehen in erster Linie zu Lasten der Frauen. Die monokausale Debatte, die im „Bevölkerungsdruck" den zentralen Ansatzpunkt sieht, wird keine Lösungen für Umwelt- oder andere Probleme finden."[7]

3. Nord-Süd Differenzen

Die Debatte der Kritikerinnen von Bevölkerungspolitik wird aber nicht nur durch den herrschenden Diskurs beeinflußt. Zunehmend stellen sich auch Differenzen in den eigenen Reihen zwischen den Frauen aus dem Süden und aus dem Norden ein. So gibt es z.B. eine Diskussion über den von westlichen Feministinnen geprägten Begriff der „reproduktiven Rechte". Feministinnen aus dem Süden kritisieren, daß dahinter ein bürgerliches Konzept von Recht steht, das individuelle Freiheit voraussetzt. Farida Akhter aus Bangladesh schreibt z.B.: „Bei der Forderung nach reproduktiven Rechten geht es um das individuelle Recht einer Frau über ihren eigenen Körper, während die ganze Frage der politischen Emanzipation ausgeschlossen wird.(...) In neo-kolonialen Gesellschaften wie Bangladesh, in der der Kampf um die Emanzipation der Frau verbunden und verflochten ist mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft der Weltmächte und Weltmärkte, gegen Rassismus, Militarismus und sich verschlechternde Folgen des kapitalistischen Patriarchats, ist die Einengung der Forderung politisch fragwürdig und bedenklich. (...) Das reproduktive Recht beinhaltet keine Forderung zur Umstrukturierung des Umfeldes der Reproduktion. Um diese Problematik anzugehen, braucht es eine neue Sichtweise in der Beziehung zwischen Mann und Frau. Eine neue Art der Gesellschaft, die das bestehende kapitalistische Patriarchat auseinandernimmt oder umwandelt, muß aufgebaut werden. Aber mit ihrem Ruf nach reproduktiven Rechten verlangen die weißen Mittelschichtsfrauen der kapitalistischen Länder genau das eben nicht. Die Forderung negiert die Rolle der Frau in der Reproduktion der Menschheit; sie beabsichtigt, die Frauen von der Reproduktion zu be-

freien. Es geht dabei nicht um das Recht, Kinder zu haben oder keine zu haben. Die Forderung umfasst bloß, keine Kinder haben zu dürfen."[8]

In eine ähnliche Richtung geht die Kritik der in Deutschland lebenden Inderin Shalini Randeria, wenn sie Befürworterinnen wie Gegnerinnen von Bevölkerungskontrolle eine utilitaristische Doppelmoral nachweist. Sie macht darauf aufmerksam, daß im entwicklungspolitischen Diskurs von der Annahme ausgegangen wird, Menschen würden in bezug auf Kinder Kosten und Nutzen gegenüberstellend abwägen. Viele Kinder zu haben sei demnach irrational, und Kinderreichtum würde als die Ursache für Armut und Unterentwicklung angesehen. Auch die Gegenargumentation basiert nach Shalini Randeria auf dem gleichen Prinzip, indem diese Kausalität umgekehrt und postuliert wird, daß es gerade für die Armen rational sei, viele Kinder zu haben, da sie zum Familieneinkommen und zur Altersversorgung beitragen. „Beiden Vorstellungen ist die utilitaristische Denkweise gemeinsam, wonach die einzige Art rational zu sein darin besteht, Kosten und Nutzen oder auch „reale" Vorteile zu kalkulieren. Aber genau wie im Norden sind Kinder auch im Süden nicht nur Arbeitskraft oder Altersfürsorge und somit Ersatz für fehlenden Sozialstaat. Sie darauf zu reduzieren bedeutet, emotionale Gründe fürs Kinderkriegen nur den Frauen in den Industrieländern als Privileg zuzugestehen, während den Frauen des Südens solche Motive abgesprochen werden. (...) Dabei wird der Wunsch der Frauen im Süden nach Verhütungsmitteln umstandslos gleichgesetzt mit einem Bedürfnis nach Kleinfamilien."[9]

Während diese Differenzen von beiden Seiten möglicherweise als hilfreich und der weiteren Vertiefung des Themas dienlich empfunden werden, zeichnet sich an anderer Stelle ein sehr viel grundlegenderer Konflikt ab. Hierbei geht es um die Frage, ob es eine „feministische Bevölkerungspolitik" geben kann. Schon auf dem Global Forum im Rahmen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio konnte nur mühsam eine gemeinsame Frauenposition zu Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung verabschiedet werden. Mehrere der dort anwesenden Frauen erarbeiteten kurze Zeit später zusammen mit der International Women's Health Coalition eine Erklärung „Women's Voices – Women's Declaration on Population Policies" mit dem Ziel, sich positiv in den Vorbereitungsprozeß für die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo einzuschalten. Die Erklärung wurde sehr schnell von über 100 Organisationen und sehr vielen Einzelpersönlichkeiten auf sämtlichen Kontinenten unterzeichnet.[10] Ausgehend von einem Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren Körper und ihre Reproduktionsfähigkeit fordert die Erklärung eine grundsätzliche Reform des Konzepts, der Strukturen und der Durchführung von Bevölkerungspolitik mit dem Ziel des „empowerments" von Frauen. Dabei werden ethische Prinzipien formuliert, Mindestanforderungen an Programme und notwendige Bedingungen bezüglich Personalstruktur und Finanzierung, wobei mindestens 20% der vorhandenen Gelder Frauenorganisationen zur Verfügung gestellt werden sollen, um Gesundheitsprogramme durchzuführen. Diese Erklärung führte zu herber Kritik von Frauenseite. Die Schweizer Gruppe Antigena verfaßte z.B. ein Papier, das auch von mehreren bundesrepublikanischen Gruppen unterzeichnet wurde. Hauptvorwurf an Women's Voices ist das Fehlen einer grundsätzlichen Kritik an Bevölkerungspolitik, da diese per se „sexistisch, rassistisch und imperialistisch" sei. Darüber hinaus wird die Integration von Bevölkerungspolitik in Entwicklungspolitik bemängelt, das „Postulieren von fundamentalen ethischen Prinzipien, ohne diese in einen realen politischen

Zusammenhang zu stellen", und der „Versuch der Akzeptanzschaffung für bevölkerungspolitische Programme mit der Forderung nach dem Einbezug von Basisfrauenorganisationen in deren Planung und Durchführung".

Die Einschätzungen darüber, ob eine Annäherung der beiden Positionen möglich ist, gehen auseinander. Christa Wichterich sieht z.B. trotz der aktuellen Kontroverse und dem immer noch großen begrifflichen Klärungsbedarf einen sich abzeichnenden Minimalkonsens in der internationalen Frauendebatte und einen Willen zur Verständigung. Als Elemente, auf deren Grundlage eine konstruktive Auseinandersetzung weitergeführt werden kann, sieht sie:

- die Ablehnung monokausaler Verknüpfungen von Bevölkerungswachstum als Ursache für Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Migrationsbewegungen;
- die Ablehnung demographischer Zielvorgaben zur Senkung der globalen Fruchtbarkeitsrate;
- keine Abstriche vom Prinzip der Freiwilligkeit;
- Ausweitung der Kontroll- und Handlungsmöglichkeiten von Frauen durch einen Zuwachs von Verhandlungsmacht und Verfügungsrechten in allen Bereichen des Lebens;
- Verzicht auf die Entwicklung und den Einsatz von Verhütungsmitteln, die nicht mehr der Kontrolle der Frauen unterliegen und mit einem hohen Gesundheitsrisiko einhergehen.[11]

Die Frauen, die Bevölkerungspolitik prinzipiell nicht für reformierbar halten, befürchten statt einer Annäherung vielmehr eine weitere Spaltung auf Seiten der Kritikerinnen. Sie vermuten, daß mit dem Aufgreifen individueller Belange, wie sich dies u.a. für die UN-Konferenz in Kairo abzeichnet, die internationale Bevölkerungslobby durchaus bewußt ein Dialogangebot macht, das radikalere und weniger radikale Frauen auf allen Kontinenten spalten soll. In dem Maße, in dem die einen dann integriert werden, werden die anderen weiter ausgegrenzt.

Auch bei anderen Themen der Solidaritätsbewegung gab es in der Vergangenheit heftige Kontroversen, etwa wenn es um die Frage des bewaffneten Kampfes in El Salvador oder die Politik von IWF und Weltbank ging. Trotz aller inhaltlichen Differenzen kam es nie zu einer völligen Entsolidarisierung, ggfs. praktizierte man bzw. frau ein relativ unverbundenes Nebeneinander. Gegenwärtig gibt es keinen Grund anzunehmen, daß dies bei der Debatte um Bevölkerungspolitik anders sein wird. Diese Annahme resultiert u.a. aus der These, daß die herrschende Politik den wesentlichen Bezugsrahmen der Argumentationen der Solidaritätsbewegung darstellt. Diese wird einer kritischen Betrachtung und daraus abgeleiteten Abgrenzung unterworfen, die entscheidend für die eigene Identitätsfindung ist. Dieses Grundverständnis teilt man mit anderen Opponenten, so daß die Übereinstimmung untereinander letztlich immer noch größer ist, als die mit der herrschenden Politik.

Auch bei der dargestellten Diskussion um Bevölkerungspolitik handelt es sich – so die These – die noch im Detail zu beweisen wäre, um eine Art Reiz-Reaktionsschema. Während der „Mainstream" Bevölkerungspolitik unter herrschaftstechnokratischen Gesichtspunkten befürwortet und weiterentwickelt, antworten die Kritikerinnen mit wohlmeinenden Gegenargumenten, die die Perspektive „von unten" einnehmen sollen. Gemeinsam ist beiden Seiten, daß sie von der Annahme ausgehen, Weltverhält-

nisse herstellen zu können. Die Diskussionen etwa um reproduktive Rechte oder Utilitarismus machen jedoch auf Unterschiedlichkeiten aufmerksam. Dies wird zumindest in der feministischen Diskussion inzwischen teilweise erkannt. So entsteht einerseits eine größere Sensibilisierung und Zurückhaltung gegenüber den Aussagen, die frau in sogenannter Stellvertreterinfunktion über andere macht. Andererseits gibt es Versuche, sich nicht nur reaktiv auf die Diskussion um Bevölkerungspolitik zu beziehen, sondern aktiv zu erforschen und zu formulieren, wie eine Politik im Interesse von und für Frauen aussehen könnte.

Ingrid Spiller, Mitarbeiterin der „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" in Berlin.

Anmerkungen

[1]Natürlich wird Bevölkerungspolitik nicht nur von Frauen kritisiert. Aus ganz anderen Gründen steht z.B. die katholische Kirche in scharfem Widerspruch zu der internationalen Bevölkerungslobby, da sie jede Form der Empfängnisverhütung ablehnt.

[2]Nafis Sadik, Generalsekretärin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA, in: The Network 2/3 1994.

[3]Esther Boeserup: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika, Stuttgart 1982. Die englische Erstausgabe erschien 1970.

[4]Bonnie Mass: The Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America, Montreal 1975

[5]Maria Mies: Kampf gegen die Armen, in: epd-Entwicklungspolitik Nr.1/2/78, S.24.

[6]So z.B. auf dem Gegenkongreß zum IWF-Gipfel 1993 in München oder in den Publikationen der Solidaritätsbewegung.

[7]Die Erklärung wurde unter dem Titel „Umwelt versus Bevölkerung?" von den TeilnehmerInnen des BUKO-Seminars „Mit allen Mitteln? Entwicklungspolitik und Forschung gegen das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt" vom 25.-27.10.1991 verabschiedet.

[8]Farida Akhter: Reproduktive Rechte und Bevölkerungspolitik, in: Brot für Alle, Erklärung von Bern, Fastenopfer (Hg.): Wenig Kinder – viel Konsum? Basel 1994, S.35f.

[9]Shalini Randeria: Kinder als Entwicklungsdefizit? Utilitaristische Doppelmoral, in: Weltwirtschaft & Entwicklung Sonderdienst 7/92, S.3.

[10]Zu den Initiatorinnen der Women's Voices gehören z.B. Peggy Antrobus/DAWN, Sonia Correa/SOS Corpo, Brasilien, Malini Karkal/Wissenschaftlerin aus Indien sowie Frieda Meissner-Blau von den Europa-Grünen

[11]Christa Wichterich: Feministische Bevölkerungspolitik? Zur Debatte in der internationalen Frauenbewegung vor der UN-Bevölkerungskonferenz, in: epd Entwicklungspolitik Nr. 22/93.

Literatur

„Umwelt versus Bevölkerung?" Erklärung der TeilnehmerInnen des BUKO-Seminars „Mit allen Mitteln? Entwicklungspolitik und Forschung gegen das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt" vom 25.-27.10.1991

Bonnie Mass: The Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America, Montreal 1975

Christa Wichterich: Feministische Bevölkerungspolitik? Zur Debatte in der internationalen Frauenbewegung vor der UN-Bevölkerungskonferenz, in: epd Entwicklungspolitik Nr. 22/93

Esther Boeserup: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika, Stuttgart 1982

Farida Akhter: Reproduktive Rechte und Bevölkerungspolitik, in: Brot für Alle, Erklärung von Bern, Fastenopfer (Hrsg.): Wenig Kinder – viel Konsum? Basel 1994, S.35f.

Maria Mies: Kampf gegen die Armen, in: epd-Entwicklungspolitik Nr.1/2/78, S.24

Nafis Sadik, Generalsekretärin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA, in: The Network 2/3 1994

Shalini Randeria: Kinder als Entwicklungsdefizit? Utilitaristische Doppelmoral, in: Weltwirtschaft & Entwicklung Sonderdienst 7/92, S.3.

Weltbevölkerungsbericht 1989, 1990, 1993. Deutsache Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.), Bonn

Michael Bommes/Albert Scherr

Migration und Dritte-Welt-Bewegung

Nachfolgend wird die Dritte-Welt-Bewegung (DWB) als eine Bewegung verstanden, die als Thema das Verhältnis Erste/ Dritte Welt hat und ihren Protest gegen die Erste Welt mittels der Forderung nach „weltweiter Gleichheit und Gerechtigkeit" vorträgt[1]. Ein Spezifikum dieser Bewegung besteht darin, daß sich aus der Konstruktion ihrer Thematik nicht zwanglos die Aufforderung ergibt, an der Bewegung deshalb teilzunehmen, weil man selbst Betroffener ist. Betroffenheit muß vielmehr erst erzeugt werden. Nicht nur ist die Dritte Welt nicht unmittelbar zugegen, sondern einzig als mediales Produkt präsent. Darüber hinaus bedeutet Nichtteilnahme am Protest Seitenwechsel: Als Bewohner der Ersten Welt und damit Nutznießer der Ausbeutung der Dritten Welt ist man immer auch zugleich Adressat für den Protest der Bewegung. Latent gilt diese Nutznießung für die Bewegungsteilnehmer selbst. Diese Gefahr des tu quoque-Vorwurfs, selbstkritisch von Bewegungsteilnehmern oft genug gegen sich selbst gerichtet,[2] bildet den Hintergrund einer Präferenz für demonstrativ bescheidenen, nicht konsumistischen Lebensstil.[3] Aber die kommunikativ stilistischen Lösungen für dieses Problem sollen uns hier nicht weiter interessieren, sondern wir wollen auf das Betroffenheitsproblem näher eingehen.

1. Das Problem der Betroffenheitserzeugung

Im Unterschied zu anderen, alten und neuen sozialen Bewegungen wie der Arbeiterbewegung, den Bürgerrechtsbewegungen, der Frauenbewegung, der Ökologie- und Friedensbewegung kann sich die DWB nicht als ein kollektiver Protest der von sozialen Konflikten und Problemen direkt betroffenen Bürger, als ein Protest der Opfer darstellen. Es gehört zu ihren Grundannahmen, daß die Bewohner der westlichen Industriestaaten von der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt profitieren. Mobilisierung von Protest gegen Verhältnisse, von denen unterstellt wird, daß diejenigen, die protestieren sollen, profitieren, kann nicht an materielle Interessen und egoistische Nutzenkalküle appellieren, sondern ist auf Moralisierung angewiesen. Eine grundlegende Mobilisierungsstrategie der DWB besteht deshalb darin aufzuweisen, daß und wie von politischen und ökonomischen Akteuren und Strukturen allgemein geteilte moralisch ethische Prinzipien von Gerechtigkeit und Gleichheit außer Kraft gesetzt werden. Die universalistische Formel „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" ist für die Bewegung konstitutiv. Die vorgetragene Kritik beschränkt sich jedoch nicht auf entsprechend moralisch begründete Anklagen des Handelns politischer und ökonomischer Eliten

sowie der Weltmarkt- und Weltpolitikstrukturen. Zudem soll der Aufweis der Verstrikkungen der Bürger der Ersten Welt (als Konsumenten, Arbeitskräfte und Staatsbürger) in die herrschende Welt(un)ordnung „Betroffenheit" anstelle von vermuteter Distanz zum Problem treten lassen.[4] „Betroffenheit" aber meint hier die Einsicht, daß man selbst schuldhaft zur Erzeugung und Stabilisierung des weltweiten Unrechts und der Ungleichheit beiträgt. So erzeugte Betroffenheit ist aber schwer auf Dauer zu stellen, denn sie kann nicht „erlebt", sondern muß „eingesehen" werden. Gegenüber den Mitteln des Erzeugens solcher „Einsicht", z.B. dem massenmedialen Vorzeigen von Kriegsopfern und verhungernden Kindern, treten dabei Gewöhnungseffekte ein und es bedarf immer neuer Mobilisierungskampagnen, um individuelle und kollektive Akteure in Bewegung zu setzen. Auch vor diesem Hintergrund werden Themen und Bezugspunkte ausgetauscht.

Themenwechsel in der DWB haben verschiedene Hintergründe, die hier nicht zu behandeln sind. In bezug auf die skizzierte „Betroffenheitsproblematik" soll nachfolgend die Thematisierung von Migration im Kontext der DWB diskutiert werden. Migration in Form von politischen Fluchtbewegungen ist für die DWB kein neues Thema. Seit Ende der 70er Jahre sind der Bewegung nahestehende Organisationen wie terre des hommes und später Pro Asyl etwa stets für das Asylrecht und gegen bekundete Absichten der Änderungen des Grundgesetzes eingetreten, u.a. mit Verweis darauf, daß politische Flüchtlinge aus der Dritten Welt Opfer der durch die Ungleichheit zwischen Erster und Dritter Welt mit verursachten politischen Unterdrückung seien. Initiativen vor Ort begründen ihr Eintreten für Flüchtlinge mit dem Verweis auf ungleiche und ungerechte Weltverhältnisse. Aber erst in dem Maße, wie Migration zum gesellschaftlich umstrittenen Feld wird, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht und nicht Feld der Experten bleibt, nehmen die Intensität der Thematisierung, die Heftigkeit der Debatten und damit die Anschlußfähigkeit des Themas zu.

In die noch wachsende Zahl von Publikationen zu den Feldern Migration, „Fremdenfeindlichkeit", „Nationalismus" und „Rassismus" reihen sich Organe der DWB wie „Blätter des iz3w" oder die Spenderzeitschrift von terre des hommes mit zahlreichen Artikeln und Themenheften, aber auch spezielle eigene Buchpublikationen ein (z.B. AG 501 1993, Massarrat u.a. 1993, Gorzini/Müller 1993). Es ist hier nicht möglich, im Detail einzugehen auf die Vielfalt der Beiträge und die jeweils unterschiedlich eingenommenen Positionen zu Migration, Einwanderungspolitik, den politischen Diskussionen um das Asylrecht sowie zur Erklärung von „Nationalismus", „Fremdenfeindlichkeit" und „Rassismus". Aufschlußreich für unseren Zusammenhang ist nicht diese Vielfalt, sondern sind einige in den meisten Texten gemachte Grundannahmen: Migration – und hierbei insbesondere Fluchtmigration – wird als Folge von ökonomischen Deprivationen und/oder politischer Unterdrückung und/oder ökologischer Katastrophen aufgefaßt, die insbesondere der Abhängigkeit der Dritten Welt von der Ersten Welt und den entsprechend unterstellten Ausbeutungsverhältnissen geschuldet sind: „'Wir sind arm, weil ihr reich seid', so lautet die Botschaft der Flüchtlinge in dem oben erwähnten Film („Der Marsch", M.B./A.S.). Und genau diesen Zusammenhang gilt es zu beachten..." (Löhlein 1993, S. 189).

Diese pauschale Schuldzuweisung an die Erste Welt für Armut, politische Unterdrückung, ökologische und demographische Probleme ermöglicht es, Wanderung als Ausdruck des Verhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt zu interpretieren. Dies eröffnet ersichtlich zwei Möglichkeiten: Zum einen können Wanderer

nun „Betroffenheit" auslösen, wie auch Gegenstand der Bearbeitung dieser Betroffenheit werden. Zum anderen kann mit Verweis auf ihre Anwesenheit und daraus resultierende Folgeproblematiken „Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit" als einzige sowohl moralische als auch politische Möglichkeit der Problembewältigung eingeklagt werden: moralisch als Wiedergutmachung an den Migranten, für die sofortige rechtliche Gleichstellung eingeklagt wird, und an den „Noch-nicht-Gekommenen" in den Herkunftsländern; politisch als Mittel zur „Bekämpfung der Fluchtursachen". Diese mit der Mobilisierungsformel der DWB eröffneten Möglichkeiten lassen die Bewegung aber nun auf Argumentationsfiguren zurückgreifen, die sich in ihren Konsequenzen nicht so sehr von dem unterscheiden, was man aus der Perspektive der DWB „den Herrschenden" vorwirft, nämlich „Angst vor Migration und Überfremdung zu schüren". Dies wollen wir nachfolgend verdeutlichen.

2. „Multikulturalismus" und „Anti-Rassismus" als programmatische Diskurse der DWB

Die politische Bearbeitung von Migration und ihren sozialen Folgen bezieht sich in der jüngeren Geschichte der BRD wesentlich auf drei verschiedene Wanderungsbewegungen: Arbeitsmigration seit Mitte der 50er Jahre, Zuwanderung von Asylbewerbern verstärkt seit Ende der 70er Jahre, Zuwanderung von Aussiedlern mit dem Zusammenbruch des Ostblocks seit Mitte der 80er Jahre. Die Bundesrepublik wurde so im Verlauf der 80er Jahre und mit Beginn der 90er Jahre zu dem westlichen Land mit den höchsten Zuwandererzahlen, für das zugleich seitens der Regierung erklärt wird, es sei kein Einwanderungsland. Politische Auseinandersetzungen um Migration drehten sich daher bis heute wesentlich um die Fragen, welche Rechte lange hier lebenden Zuwanderern und ihren Familien zuzuerkennen seien,[5] ob der Asylparagraph des Grundgesetzes erhalten oder abgeschafft werden soll oder ob dieser Paragraph mißbräuchlich in Anspruch genommen werde, ob schließlich die Zuwanderung von Aussiedlern weiterhin als das Recht von im Prinzip deutschen Staatsbürgern behandelt werden soll oder ob diese Zuwanderung kontingentiert oder perspektivisch abschließend geregelt werden soll (vgl. dazu zusammenfassend Bade 1992). Will man die von allen bisherigen Bundes- und fast allen Landesregierungen verfolgte, nur in Schattierungen differente Politik gegenüber Migranten zusammenfassend kennzeichnen, dann ist festzustellen: Gegenüber Arbeitsmigranten und ihren Familien wurde eine Politik der sozialen Integration bei weitgehend fortgeschriebener Absperrung der Einbürgerungsoption verfolgt. Gegenüber Aussiedlern wurden die zunächst großzügigen Eingliederungsmaßnahmen mit dem Anwachsen ihrer Zahl reduziert und gegenüber Asylbewerbern wurde seit Ende der 70er Jahre eine Politik der forcierten Abschreckung bis hin zum sogenannten „Asylkompromiß" etabliert. Die Dynamik dieser politischen Entwicklungen läßt sich systematisch nur erfassen, wenn sie auf die Strukturprobleme bezogen wird, die westliche, nationale Sozialstaaten unter Bedingungen weltwirtschaftlicher Umbrüche, des Zusammenbruchs des Ostblocks sowie weltweiter Migrationsbewegungen kennzeichnen. Darauf ist hier nicht im Detail einzugehen (vgl. dazu Bommes 1994).

Zentrales Stichwort in der *programmatischen* Auseinandersetzung über den angemessenen Umgang mit Migration und ihren Folgen ist seit Beginn der 80er Jahre „Multikulturelle Gesellschaft". Unterschiedliche Positionen zu Fragen der Einbürgerung, Integration und politischen Partizipation von Migranten, zur Öffnung oder Schließung von Grenzen sowie zur Konzipierung einer Einwanderungspolitik kri-

stallisieren sich lange Zeit um ein Pro oder Kontra zur „Multikulturellen Gesellschaft" (vgl. Radtke 1990). In Ergänzung zu dieser Perspektive des Multikulturalismus – und zum Teil bereits in Kritik dieser Perspektive – wird darüber hinaus seit einiger Zeit, insbesondere seit den Ereignissen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und Magdeburg, verschärft die Frage gestellt, ob die modernen westlichen Gesellschaften, die sich und ihren Wohlstand gegen Migranten und Flüchtlinge abschotteten, nicht „strukturell rassistisch" seien (vgl. Argument Sonderband Nr. 201, 1991; AG 501 1993).

Zu beiden Komplexen – „Multikulturelle Gesellschaft" und „Rassismus" – gibt es eine kaum mehr überschaubare Vielfalt an Literatur. Im Kontext der DWB sind die Stellungnahmen dazu uneinheitlich und reichen von der Favorisierung der Förderung der Toleranz und des Verständnisses zwischen „den Kulturen" bis zur Kritik des Multikulturalismus als „kulturalistischem Rassismus".[6] Eignet sich Migration als Thema für die DWB aus den oben skizzierten Gründen, so findet die Bewegung schnell Anschluß an die Debatte um die multikulturelle Gesellschaft insofern, als die Thematisierung von Kultur im Kontext der Kritik internationaler Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse selbst bereits eine zunehmende Rolle gespielt hatte.

3.1. Der Kulturdiskurs der DWB

Die Kritik der staatlichen Entwicklungspolitik war noch in den 70er Jahren wesentlich durch den Versuch gekennzeichnet, den theoretisch fundierten Nachweis zu erbringen, daß nicht die von Modernisierungstheorien behauptete kulturelle Rückständigkeit der Länder der sogenannten Dritten Welt die Ursache von Armut und Elend sei. Nicht das kulturell bedingte Fehlen „schöpferischer und unternehmerischer Menschen", die möglicherweise in manchen Entwicklungsländern niedrige „Bereitschaft der Menschen zur Leistung"[7] sollten ursächlich verantwortlich gemacht werden – also das Ausbleiben einer Parallelentwicklung zu der von Max Weber (1972) analysierten Durchsetzung der protestantischen Ethik und ihrer Säkularisierung –, sondern die durch Ausbeutung ökonomisch bedingte und durch internationale politische Herrschaftsverhältnisse stabilisierte Weltordnung. Auch hierin war zunächst die Attraktivität solcher Entwicklungstheorien, die sich grundlegend auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie bezogen, begründet. Seit Beginn der 80er Jahre steht dem die verstärkte Berücksichtigung kultureller Aspekte im Diskurs kritischer Entwicklungstheoretiker und der DWB gegenüber.

Die für diesen Perspektivenwechsel relevanten Gründe und Ursachen sind komplex: Bedeutsam war zum einen die im Kontext der Ökologiebewegung formulierte Kritik der westlichen Industriegesellschaften. Die Behauptung der grundsätzlichen Überlegenheit des Entwicklungsmodells der wohlfahrtsstaatlich abgesicherten Industrialisierung wurde mit Verweis auf „ökologische Grenzen des Wachstums" in Frage gestellt. Vorstellungen eines einfachen, mit der Natur versöhnten Lebens gewannen in diesem Kontext an Attraktivität (vgl. etwa Ullrich 1979). Damit eröffnete sich zugleich eine neue Sichtweise der sog. primitiven Gesellschaften: Sie konnten nunmehr als Modelle für ökologische Lebensweisen, als Reservate von Kulturen betrachtet werden, die noch im Einklang mit der Natur zu leben wissen. Einschlägig für entsprechende Tendenzen war z.B. die weite Verbreitung popularisierter Varianten der Naturmythologien indianischer Völker. Damit verbanden sich zweitens – vor dem Hintergrund der Ausweitung der Ökologie zur Alternativbewegung – umfassendere „Versuche, der Zivilisation zu entkommen" (Greverus/

Haindl 1983), die Ausschau hielten nach „Vorwegrealisierungen in einer neuen, nicht ausbeuterischen Gesellschaft – auch in der Dritten Welt" (Bahr/Gronemeyer 1978, S. 9). Aufgegriffen wurden hier z.B. die Überlegungen zur Entschulung der Gesellschaft, einer Rückkehr zu einer anderen Medizin, wie sie in einflußreicher Weise Illich formulierte (vgl. Illich 1978). Angestrebt wurde eine grundlegende „Verschränkung von ökologischem und ökumenischem Lernen" (vgl. Daubner/Simpendörfer 1981) – auch im Sinne einer „strategischen Vernetzung" von DWB, Ökologie- und Alternativbewegung. Drittens wurden kulturelle Aspekte nunmehr – in Abgrenzung zu ökonomistischen Theorien – als relevante Bestandteile von Entwicklung und Unterentwicklung entdeckt. An dem in Bewegungskontexten intensiv diskutierten Fall des Exports von Babynahrung durch den Nestlé-Konzern wurde zu verdeutlichen versucht, daß Verelendung in der Dritten Welt nicht nur aus dem unmittelbaren Zwang der ökonomischen Verhältnisse resultiere, sondern daß dieser sich mit der Durchsetzung westlicher Lebensweisen und Konsumnormen, mit kultureller Modernisierung als Fremdbestimmung verbinde (vgl. Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern 1976). Viertens wurde die kulturelle Dimension des Verhältnisses von Erster und Dritter Welt in der Kritik einschlägiger großtechnologischer Projekte thematisiert, indem darauf hingewiesen wurde, daß industrielle Produktionsanlagen in Entwicklungsprojekte implementiert wurden, ohne die sozialen und kulturellen Bedingungen und Folgen zu bedenken, die mit einer „Entmündigung durch Experten" (Illich u.a. 1980) einhergingen. Kritisiert wurde der Typus des westlichen Entwicklungsexperten, die die „Entwicklung in einem Land vorantreiben sollen, dessen Sprache sie nicht sprechen, dessen kulturellen, sozialen, religiösen und politischen Hintergrund sie bestenfalls ein wenig, meistens gar nicht kennen" (Krause 1981, S. 206).

In diesem hier nur unvollständig skizzierten Kontext wird auch „Kulturzerstörung" zum Thema der DWB. Pointiert formulierte z.B. R. Dhunjibhoy (1983, S. 29) anläßlich der 10. Frankfurter Römerberggespräche unter dem Titel „Sag mir, wo ich zuhause bin – Enteignung von Kultur durch Kolonisation": „...weder die aufgezwungene Verwaltung noch die ökonomische Ausbeutung wären ohne einen dritten Faktor möglich gewesen. Ich spreche von der stärksten Waffe des Kolonialisten: Das war und ist die psychologische Beherrschung der unterlegenen Völker und Nationen durch die Zerstörung ihrer Kultur und Tradition." Der Verzicht auf Zerstörung und Respekt vor der „Eigenart der Kulturen" und der „kulturellen Identität" wurde damit zu einem politisch relevanten Programm.[8]

Die Auseinandersetzung mit „der Kultur" „der unterlegenen Völker und Nationen" bzw. „der indigenen Stammesgesellschaften" fand so aber von vornherein unter spezifischen Vorannahmen statt. Es war nicht die nüchtern distanzierte Perspektive, die von auf Postulate der wissenschaftlichen Objektivität verpflichteten Ethnologen zu erwarten wäre. Vielmehr wurde eine moralische Selbstverpflichtung auf Solidarität eingefordert, die sich mit der Erwartung verband, von den Kulturen der „Völker" und „Stämme" in der Dritten Welt grundlegendes für eine Abkehr von der selbstzerstörerischen Zivilisation der westlichen Industriegesellschaften lernen zu können (vgl. Diamond 1976, S. 55ff.). Bereits hier legt eine solche Perspektive analytische Verkürzungen nahe:

Tritt die moralisch aufgeladene Solidarisierungsforderung an die Stelle kritischer Analysen, dann verbietet sich eine sachlich nüchterne Auseinandersetzung mit den komplexen Realitäten der Gesellschaften in der sog. Dritten Welt und mit den problematischen Seiten

der jeweils in den Blick genommenen Kulturen. Ihre Macht- und Herrschaftsverhältnisse legitimierenden Werte und Normen werden nicht thematisiert (vgl. Sarkar 1993; Nussbaum 1993). An deren Stelle tritt eine dichotomische Gegenüberstellung der negativ bewerteten „Kultur des europäischen weißen Mannes" zu den dieser vermeintlich grundsätzlich überlegenen Kulturen.

Unklar bleibt in einschlägigen Texten auch das Verständnis von Kultur, des Verhältnisses von Kultur und Ökonomie, Kultur und Gesellschaft etc. (vgl. z.B. die Beiträge im Heft 153/1988 der Blätter des iz3w sowie Scherr 1989). Zwar wird der projektive Charakter der Suche nach der intakten, authentischen und lebensbejahenden Kultur der vorindustriellen Gesellschaft in zahlreichen Texten ebenso reflektiert (vgl. etwa Fohrbeck/Wiesand 1983) wie betont wird, daß kulturelle Formen aus ihren gesellschaftlichen Verflechtungen nicht herauszulösen sind. Dies hindert jedoch nicht daran, Verweise auf vorindustrielle „Kulturen" (im Sinne der kulturanthropologischen Gleichsetzung von Kultur und Gesellschaft) als Vorbilder für Entwürfe eines „anderen Lebens" zu beanspruchen (vgl. Bahr/Gronemeyer 1978).

Analytisch fragwürdige bzw. unbrauchbare Begriffe wie „kulturelle Identität", „Volk bzw. Völker", „Ethnie" werden wiederkehrend und unreflektiert gebraucht. Die Aussage etwa, daß ein „Volk" sich durch eine gemeinsame Kultur auszeichne und berechtigt sei, diese gegen Einflüsse von außen zu wahren bzw. zu verteidigen, wird als politisch konservativ bewertet werden, wenn damit das „deutsche Volk" gemeint ist. Sie kann sich jedoch theoretisch bereits bei Fanon (1966, S. 158ff.) und praktisch in Kontexten der Nicaragua-Bewegung oder der Manifestkultur der DWB (vgl. z.B. das sog. „Osnabrücker Manifest" in Massarrat u.a. 1993, S. 497-505, hier S. 504) als Ausdruck einer solidarischen Haltung mit der Dritten Welt darbieten.[9]

Die Beanspruchung universalistischer Positionen (etwa der Allgemeingültigkeit der in der Erklärung der Menschenrechte formulierten Normen) wird dabei unter den Verdacht gestellt, selbst Ausdruck der Macht- und Herrschaftsansprüche der europäischen Zivilisation zu sein.[10] Mit dem Argument, der Eigensinn jeweiliger Kulturen sei als oberstes Prinzip anzuerkennen, wird die Möglichkeit einer universalistische Prinzipien beanspruchenden Kritik aufgegeben (vgl. Bruckner 1984, S. 166ff.; Finkielkraut 1989, S. 57ff.).

Die Betonung des Gegensatzes zwischen der Kultur moderner (industrieller, naturzerstörender, dynamischer, formalrationaler) und traditionaler (ganzheitlicher, lebensbejahender) Gesellschaften vermag, was immer analytisch davon zu halten ist, im Diskurs der DWB einen weiteren Bezugspunkt des moralischen Protestes gegen weltweite Ungleichheitsverhältnisse zu etablieren. Nicht nur ökonomische Ausbeutung, politische Machtausübung und die Vernichtung ökologischer Ressourcen werden so zum Problem erklärt, sondern auch die Zerstörung von anderen, „blühenden Kulturen" „durch die marktwirtschaftliche Dominanzkultur" (Kaufmann 1992, S. 180).

3.2. Aspekte des Rassismusdiskurses in der DWB

Bereits 1980 konnte man die Warnung Meillassoux' (1980) vor der Ethnologisierung der Einwanderungsfrage nachlesen. Das hat die kulturalisierende Ethnisierung der Migrationsproblematik nicht verhindert, die dazu beigetragen hat, daß der skizzierte Kulturdiskurs der DWB Anschluß an die Migrationsdebatte in der Bundesrepublik fand. Dabei konnte die DWB einen ihr eigenen Thematisierungs-

schwerpunkt etablieren: Migranten als „Die Dritte Welt bei uns". Es erübrigt sich, die Diskussion um die „multikulturelle Gesellschaft" hier zu skizzieren, sie umfaßt im rechten wie im linken Spektrum Befürworter wie Gegner.[11]

Rekonstruiert man Texte der DWB als Mobilisierungskommunikation für Protest gegen „die Erste Welt", „den Norden", dann findet sich darin bis heute das Plädoyer für „ein multikulturelles Zusammenleben" zwischen „Deutschen" und „Ausländern", für ein „Kennenlernen der Kulturen"; für „interkulturellen Austausch" und für „Respekt vor den fremden Kulturen". Nimmt man in solchen Wendungen an der Konzipierung von Migration als Kulturdifferenzproblem zwischen „Völkern" bzw. „Ethnien" teil,[12] so wird in jüngster Zeit insbesondere vor dem Hintergrund der Anschläge auf Flüchtlingswohnheime die Multikulturalismusdiskussion von einer Rassismusdiskussion überlagert und zum Teil verdrängt.

In dieser Diskussion wird nicht so sehr auf das volkspädagogische Programm „Lernen von Toleranz und Akzeptanz im Verhältnis zu fremden Kulturen" gesetzt, sondern auf die Anklage diskriminierender Strukturen und Ideologien, die als genuiner Bestandteil der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen der Ersten und Dritten Welt betrachtet werden. Theorien des Rassismus verbinden im Unterschied zu Konzepten des Multikulturalismus die Kritik politischer und alltäglicher „Fremdenfeindlichkeit" eng mit der Kritik der Geschichte und Gegenwart „internationaler Herrschaftsverhältnisse" und fassen bezogen auf Migration „Rassismus" als Herrschaft der Ersten über die Dritte in der Ersten Welt auf. Die Rede vom sozialwissenschaftlich „modernisierten Rassismus", der sich vor allem auf Kulturdifferenz als unaufhebbaren Unterschied zwischen Völkern stütze, legt eine Kontinuität gegenwärtiger Ideologien und Praktiken der Diskriminierung zum klassischen Rassismus nahe, der als Begründungs- und Rechtfertigungszusammenhang des klassischen Kolonialismus verstanden werden kann.

Auch auf diese Diskussion kann in ihren theoretischen Verzweigungen nicht eingegangen werden (vgl. dazu Hall 1989, Clausen 1994), sondern es soll einzig die Anmerkung gemacht werden, daß die politisch-moralische Verwendbarkeit des Rassismusvorwurfs oft die analytische Unplausibilität der verwendeten Konzepte in Bewegungstexten verdeckt.[13] Generell besteht die Gefahr, daß das politische Etikett „Rassismus" sowie die Redeweise vom „strukturellen Rassismus" eine historisch spezifische Analyse von Formen sozialer Diskriminierung in modernen Gesellschaften sowie der sich wandelnden Formen der Diskriminierung zugunsten politischer Vereindeutigungen und Homogenisierungen für Protestzwecke verdeckt. Theoretisch gesprochen ist es nicht überzeugend, die allgemeine Kategorie der Diskriminierung, verstanden als Bezeichnung einer sozialen Praxis, in der an verwendete askriptive und kaum zurückweisbare Unterscheidungen zur Bezeichnung von Individuen oder Gruppen Bevor- oder Benachteiligungen gebunden werden (können), durch die Ablehnung eben einer solchen Unterscheidung – „Rassismus" als etikettierende Ablehnung der Unterscheidung „Rasse" – zu ersetzen. Die vielfältigen Formen und Rechtfertigungen von Diskriminierung werden hier grob vereinfachend auf ein singuläres Muster zurückgeführt.

Zusammenfassend wäre daher für Rassismuskonzepte wie für Konzepte multikultureller Gesellschaft im Bewegungskontext festzuhalten, daß es sich auch hier eher um Mobilisierungskonzepte handelt, die den Protest der DWB als nun konkret erlebbar strukturieren: Verständigung mit fremden Kulturen und Toleranz als Wiedergutmachung an der Dritten Welt vor

Ort; Antirassismus als scharfe Profilierung des Protestadressaten ohne Zwischentöne, der damit auch für „Widerstand" wieder erreichbar wird: „Schlußendlich sind es Flüchtlinge selbst, die als erste gegen ihre Lebenssituation revoltieren... Neben ihrer repressiven Rolle sind Lager (Ausfluß der „weißen Realität"; (M.B./A.S.) auch soziale Orte, an denen sich Widerstand *konstituiert*." (Anti-Rassismus-Büro (Bremen) 1993, S. 168; Hervorhebung M.B./A.S.).

4. Betroffenheitserweckung durch quasi-religiöse Aufrüttelungsrhetorik

Mit diesem Anschluß an Multikulturalismus und Rassismuskonzepte fügt sich die DWB relativ nahtlos in ein Spektrum der sog. Ausländerarbeit und von Initiativgruppen im Bereich Migration ein und stützt dieses in Versuchen der Mobilisierung für die Bewegungskommunikation. Die Einpassung der Argumentationsfiguren der Migrationsdiskussion in die bewegungstypische Protestkommunikation ist soweit auch nicht sonderlich aufregend. Heikel wird die Thematisierung von Migration durch die DWB erst da, wo Multikulturalismus- und Antirassismusfiguren – sowie die Beschreibung und Erklärung von Migration insgesamt – in einer Reihe von Bewegungstexten mittels quasi-religiöser Aufrüttelungsrhetorik zur Betroffenheitserweckung eingesetzt werden. Dies soll an Beispielen vorgeführt werden:

„Die Industrieländer haben ... die gesamte Menschheit in eine *Katastrophe* hineingeführt, aus der eine *Rettung* kaum vorstellbar ist. In Anbetracht dieser Situation ist bei den wohlhabenden Ländern die Befürchtung entstanden, sie könnten bald ihren Wohlstand verlieren und müßten in naher Zukunft ihre Privilegien preisgeben. Die neue Weltordnung soll diese Gefahr unterbinden. Sie soll gegen den Strom von Flüchtlingen und Vertriebenen unüberwindbare Dämme errichten, gegen den Strom von Menschen, die eines Tages auf den Gedanken kommen könnten, an dem aus ihren Ländern geraubten Reichtum teilhaben zu wollen. Das ist sicherlich kein abwegiger Gedanke, er könnte bald zur Wirklichkeit werden" (Nirumand 1993, S. 20; Hervorhebungen M.B./A.S.).

„Im Westen muß man sich dessen bewußt werden, daß es nicht möglich ist, nachdem Völker in einem Weltmarkt integriert wurden ..., daß man ... in protektionistische Selbstgenügsamkeit zurückfallen kann, um seine Prosperitätsinsel gegen *Überflutung von Fremden* schützen zu wollen. Leben in einer multikulturellen Welt *muß* also eher eine bereichernde als eine bedrohende Perspektive werden. Wenn dies nicht möglich ist, dann werden auch alle Ausländergesetze die *Überflutung* nicht verhindern können" (Simo 1993, S. 32; Hervorhebung M.B./A.S.).

„'Wir sind arm, weil ihr reich seid', so lautet die *Botschaft* der Flüchtlinge in dem oben erwähnten Film, und genau diesen Zusammenhang gilt es zu beachten, wenn man über 'Wirtschaftsflüchtlinge' spricht, die ihr Land verlassen haben, weil dort ihre Existenz nicht mehr gesichert war." Und Löhlein zitiert in diesem Zusammenhang Günter Grass: „Da der *Druck der stündlich anschwellenden Weltbevölkerung* nicht nachläßt, sich vielmehr steigern wird, da die Zahl und Dichte der Slums mit dem unkontrollierten Wachstum der Städte... zunehmen wird, da dieses Wachstum und seine Zuwachsrate an Elend nicht der Dritten Welt vorbehalten bleiben kann, vielmehr grenzüberschreitend schon jetzt *Vorboten* schickt, werden die Industrienationen – sie werden noch so unbelehrbar von einer „Festung Europa" träumen – unabwendbar Teilhaber dieses Wachstums und der entsprechenden Verelendung werden. Mit

anderen Worten: *Kalkutta wird über uns kommen*" (Günter Grass: Zum Beispiel Kalkutta. In: Club of Rome; Die Herausforderung des Westens, Bern 1990, S. 67; zit. nach Löhlein 1993, S. 190; Hervorhebungen M.B./A.S.).

Es bedarf keiner sonderlichen Interpretationsanstrengung zu sehen, daß in Texten der DWB Bilder der Sintflut bemüht werden und Migration als sichtbares Zeichen des Sündenfalls der Ersten Welt behandelt wird. Die Figur der „Belastung" und „Bedrohung" durch Migration durchzieht zahlreiche Texte, sie wird hier nur als Forderung nach Gerechtigkeit, als Ausdruck „himmelschreiender Not und sozialer Ungerechtigkeit" (Kaufmann 1992, S. 179) interpretiert. Mit solchen quasi-religiösen Interpretationsangeboten als Mobilisierungskommunikation zur Erzeugung von Betroffenheit produziert die DWB aber zwei Probleme:

1) Sie beteiligt sich an dem, was im übrigen stets „den Herrschenden", den „Politikern" u.a. in Resolutionen und Manifesten vorgeworfen wird, sie „schürt Ängste" vor Migration. Ganz in der religiösen Tradition nimmt sie diese Angst als erzeugte Betroffenheit als Anknüpfungspunkt für ihre Forderung nach „weltweiter Gerechtigkeit". In der Konsequenz und bei allem deklarierten Antirassismus lautet – pointiert formuliert – die heimliche Botschaft aber so: „Werdet gerecht, sonst kommt der Fremde (Neger)." Gegenüber den Migranten, die bereits hier sind, inszenieren sich die entsprechenden Initiativen als Wiedergutmachung an den Migranten für die angetane Ungerechtigkeit. Sie tun Buße.

Nicht nur wird in dieser Weltuntergangsrhetorik jeder Versuch der Differenzierung bei der

Thematisierung der Ursachen von Migration verstellt, sondern die Form der drohenden Protestkommunikation teilt mit Argumentationsfiguren im rechten Spektrum, wo ebenfalls Fluten, Ströme und Stürme gesehen werden, den Blick auf Migration. Einzig die moralische Schlußfolgerung ist eine andere, biblische: „Werdet gerecht!" Aber bereits die Kirchen waren nicht sonderlich erfolgreich mit dem Versuch, Gerechtigkeit (und Glauben) mit Drohungen zu erreichen.

2) Die skizzierte moralisierende Protestkommunikation zur Betroffenheitserzeugung wird aber zugleich eingesetzt, um jeden politischen Organisationsvorschlag zur Gestaltung von Migration unter Verdacht zu stellen:

„Wer die vielfältige Verantwortung der westlichen Industrieländer für die heutigen Fluchtbewegungen anerkennt (Waffenlieferungen, Welthandel und Verschuldung, weltweite Umweltzerstörung...), kann nicht ernsthaft dafür plädieren, daß sich die Industrieländer vor den Konsequenzen dieser Verantwortung abschotten. Und nichts anderes bedeutet die mit den Einwanderungsgesetz-Vorschlägen geforderte „Sozialverträglichkeit" der Zuwanderungen: Es sollen nur so viele Menschen einwandern dürfen, daß unser Lebensstandard erhalten bleibt, der Arbeitsmarkt nicht durcheinandergerät und das soziale Netz nicht gefährdet wird. Kein Wort darüber, daß die jahrhundertelange Ausplünderung durch Kolonialherren, Konzerne und Banken, die Unterstützung von Diktaturen und Kriegen durch westliche Regierungen, dieser sozial und ökonomisch so „unverträglichen" Zustände hervorgerufen haben, die derzeit 5 Mio. Menschen weltweit auf der Suche nach Arbeit, Brot und Überleben zur Flucht treiben" (Merk 1993, S. 33).

In der Konsequenz dieser Argumentation ist jeder Versuch der politischen Regulierung von Migration moralisch diskreditiert. Bereits Fragen nach den sozialen, politischen und ökonomischen Folgen offener Grenzen für die Erste und für die Dritte Welt gelten als illegitim (vgl. Scherr 1992). Für Bewegungskommunikation ist dies insofern funktional, als nicht nur Migration Betroffenheit erzeugt, sondern damit zugleich jede Migrationspolitik Anlaß für Protestkommunikation bietet. Das bedeutet aber zugleich die Verabschiedung aus jeder Politik. Dies wird auch von Bewegungsteilnehmern gesehen, wie uns Erfahrungen aus der Teilnahme an Debatten solcher Initiativen lehren. Man sieht, daß die moralische Diskreditierung jedes Regelungsversuches das Ende der Politik bedeutet. Jeder konkrete Vorschlag der Regelung wird aber zugleich sofort als „ungerecht" kritisiert. Dies aber zeigt nur ein weiteres Mal die Limitierungsformel der DWB-Kommunikation, durch die jede Thematisierung, also auch die von Migration hindurch muß: „Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit."

Dr. Michael Bommes, Hochschulassistent für Soziologie am Fachbereich Sozialwissenschaften und Mitglied des „Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien" (IMIS) der Universität Osnabrück.

Prof. Dr. Albert Scherr, Professor für Soziologie an der Fachhochschule Darmstadt.

Anmerkungen

[1]Zur ausführlichen Begründung vgl. Bommes/Heuer in diesem Heft.

[2]"Wir stehen auf der einen Seite der Barrikade, auf der Seite der FestungsbewohnerInnen, sympathisieren aber offen mit den in die Festung Fliehenden. Das Dilemma: Im strukturellen Rassismus begründet, können eine 'schwarze' und eine 'weiße' Realität derzeit nicht deckungsgleich wer-

den, alle Harmonisierungsbestrebungen können das nicht herbeireden." Anti-Rassismus-Büro Bremen, Januar 1993; zit. nach Herr 1993.

[3]Problematik und stilistische Lösung teilt die Dritte-Welt-Bewegung hier mit der Ökologie-Bewegung.

[4]Vgl. z.B. Räthzel 1993, S. 22f., die Dritte-Welt-Werkstätten in Analogie zu den Geschichtswerkstätten für die Bildungsarbeit als methodische Betroffenheitserzeugung vorschlägt.

[5]Z.B. Einbürgerung zum Zwecke der Integration versus Integration als Voraussetzung für Einbürgerung; kommunales oder gar allgemeines Wahlrecht für lange hier lebende Ausländer; Einführung eines Niederlassungsrechtes; Einwanderungsstatt Ausländergesetze etc.

[6]Erstgenannte Position kommt häufig in Selbstdarstellungen von Initiativgruppen zum Ausdruck (vgl. dazu die Selbstdarstellungen in Gorzini/Müller 1993, S. 125-176, 258-293 u. S. 406-427), zur zweitgenannten Position vgl. Müller/Tuckfeld 1993.

[7]So die noch in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale aus dem Jahre 1993 (Kaiser/Wagner 1991, S. 127) reformulierten Topoi.

[8]Entsprechende Formulierungen finden sich etwa in dem zwischen der EG und den AKP-Staaten abgeschlossenen Lomé-III-Vertrag.

[9] Entsprechend löst es dann Irritationen aus, wenn sandinistische Aktivisten Baseball-Mützen tragen und Coca-Cola trinken, was sich für manche Bewegungsteilnehmer im Sinne einer antiimperialistischen Lebensführung verbietet.

[10]Vgl. ebenfalls Fanon 1969, S. 33ff., im Kontext der Migrationsdebatte Mert, 1993; kritisch dazu Nussbaum 1993.

[11]Vgl. dazu z.B. Radtke 1990, Leggewie 1990, Ulbrich 1991, Cohn-Bendit/Schmidt 1993, Oberndörfer 1993, Geißler 1991.

[12]Vgl. z.B. Simo 1993, Kaufmann 1992, o.g. Selbstdarstellungen von Initiativgruppen sowie das „Osnabrücker Manifest".

[13]Zwei Beispiele: Bei Mert (1993) geht Antirassismus mit Ethnopluralismus zusammen; bei Kaufmann (1992) ist in die „Strukturen der Dominanzkultur des marktwirtschaftlichen Systems" der „Rassismus" 'eingebaut'" (S. 180), andererseits weiß er „aus eigener Erfahrung, daß das Zusammenleben, die Begegnung und ein lebendiger Austausch zwischen Deutschen und Ausländern für alle eine Bereicherung darstellt" (S. 176).

Literatur

Anti-Rassismus-Büro (Bremen) (1993): Flüchtlingslager – Widerstand und Solidaritätsarbeit. In: *Arbeitsgruppe 501*, S. 161-168

Arbeitsgruppe 501 (1993): Heute hier – morgen fort. Migration, Rassismus und die (Un-)Ordnung des Weltmarkts. Freiburg 1993

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern (1976): Exportinteressen gegen Muttermilch. Reinbek b. Hamburg

Bade, K.J. (1992): Paradoxon Bundesrepublik: Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland. In: *ders.* (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, S. 393-423

Bahr, H.-E./Gronemeyer, R. (1978): Anders leben – überleben. Frankfurt

Bommes, M. (1994): Migration und Ethnizität im nationalen Sozialstaat. Erscheint in: Zeitschrift für Soziologie 5/94

Bommes, M./Scherr, A. (1993): Migration im nationalen Sozialstaat Bundesrepublik. In: *Arbeitsgruppe 501* (Hg.): Heute hier – morgen fort. Freiburg, S. 45-56

Bruckner, P. (1984): Das Schluchzen des weißen Mannes. Berlin

Clausen, D. (1994): Was heißt Rassismus? Darmstadt

Cohn-Bendit, D./Schmid, T. (1993): Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie. Hamburg

Daubner, H./Simpendörfer, W. (Hg.) (1981): Eigener Haushalt und bewohnter Erdkreis. Wuppertal

Dhunjibhoy, R. (1983): Sag mir, wo ich zuhause bin – Enteignung durch Kultur und Kolonisation. In: *Hoffmann, H.* (Hg.): Kultur-Zerstörung? Frankfurt, S. 28-37

Diamond, S. (1976): Kritik der Zivilisation. Anthropologie und die Wiederentdeckung des Primitiven. Frankfurt/New York

Fanon, F. (1969): Die Verdammten dieser Erde. Reinbek b. Hamburg
Finkielkraut, A. (1989): Die Niederlage des Denkens. Reinbek b. Hamburg
Fohrbeck, K./Wiesand, A. (1983): „Wir Eingeborenen". Reinbek b. Hamburg
Geißler, H. (1990): Zugluft. München
Gerhards, J. (1991): Die Mobilisierung gegen die IWF- und Weltbanktagung 1988 in Berlin. In. *Roth, R./Rucht, D.* (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 213-234
Gorzini, M.J./Müller, H. (Hg.) (1993): Handbuch zur interkulturellen Arbeit. Wiesbaden
Greverus, I.-M./Haindl, E. (1983): Versuche, der Zivilisation zu entkommen., München
Hall, S. (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument 178, 1989, S. 913-921
Herr, T. (1993): Antirassismus wie wir ihn meinen. Notizen zum Stand der Bewegung. In: *Arbeitsgruppe 501*, S. 120-127
Illich, I, (1978); Fortschrittsmythen. Reinbek b. Hamburg
Illich, I. u.a. (1980): Entmündigung durch Experten. Reinbek b. Hamburg
Kaiser, M./Wagner, N. (1991): Entwicklungspolitik. Bonn
Kaufmann, H. (1992): Zwischen Dominanzkultur und multikultureller Gesellschaft. Zur Inlandsarbeit von terre des hommes. Standorte und Perspektiven. In: *terre des hommes* (Hg.): Wortmeldungen. 25 Jahre terre des hommes 1967-1992. Osnabrück, S. 173-186
Krause, K. (1981): Weiße Experten nicht gefragt. Reinbek b. Hamburg
Leggewie, C. (1990): Multi-Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin 1990
Löhlein, H. (1993): Europa: Fluchtburg oder Festung? Anmerkungen zur europäischen Asylpolitik. In: *Gorzini, M.J./Müller*, Hg., S. 187-201
Massarrat, M. u.a. (Hg.) (1993): Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. Freiburg
Meillassoux, C. (1980): Gegen eine Ethnologie der Arbeitsemigration in Westeuropa. In: *Blaschke, J./Greusing, K.* (Hg.): „Dritte Welt" in Europa. Probleme der Arbeitsemigration. Frankfurt/Main, S. 53-59
Merk, B. (1993): Einwanderung kontrollieren – in wessen Interesse? Zur Diskussion eines Einwanderungsgesetzes. In: Blätter des iz3w Nr. 191, August/September 1993, S. 32-34
Mert, N. (1993): Kulturelle Autonomie. Wider den Universalismusanspruch westlicher Zivilisation. In: *Arbeitsgruppe 501*, S. 143-154
Müller, J.Ch./Tuckfeld, M. (1993): Multikultur und Zivilgesellschaft: Zwei Rassismen mit Zukunft. In: Arbeitsgruppe 501, S. 128-142
Nirumand, B. (1993): Eine Welt für alle oder eine neue Weltordnung. In: *Gorzini, M.J./Müller, H.*, S. 18-20
Nussbaum, M.C. (1993): Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit. In: *Brumlik, M./Brunkhorst,H.* (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/Main, S. 323-361
Oberndörfer, D. (1994): Politik für eine offene Republik: Die ideologischen, politischen und sozialen Herausforderungen einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft. In: *Bade, K.J.* (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. München, S. 133-147
Radtke, F.O. (1990): Multikulturell – das Gesellschaftsdesign der 90er Jahre? In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 4/1990, S. 27-34
Räthzel, N. (1993): Anmerkungen zur Debatte um die Migrationspolitik. In: *Arbeitsgruppe 501*, S. 19-24
Sarkar, S. (1993): Entwicklungspolitik in der Kulturfalle. In: blätter des iz3w, H. 192, S. 44-47
Scherr, A. (1989): Kultur – eine Begriffserklärung in kritischer Absicht. In: blätter des iz3w, H. 154, S. 42-43
Scherr, A. (1992): Was darf die Moral kosten? In: *A. Frischkopf* (Hg.): Für eine umfassende und zukunftsorientierte Einwanderungspolitik. Düsseldorf, S. 78 - 92
Simo, D. (1993): Die Nord-Süd-Problematik aus der Sicht des Südens. Leben in einer multikulturellen Welt. In: *Gorzini, M.J./Müller*, Hg. , S. 21-32
Ulbrich, S. (Hg.) (1991): Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft. Vilsbiburg
Ullrich, O. (1979): Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems. Berlin
Weber, M. (1972): Die protestantische Ethik. Tübingen

Soziale Bewegungen und Kollektive Identität

Einladung zur Tagung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen vom 18.-20. November 1994 in Saarbrücken

Die Auflösung traditioneller Gruppenzugehörigkeiten (Familie oder Traditionsmilieus wie Dorfgemeinschaften, Arbeiterbewegung etc.) hat in modernen Gesellschaften dazu geführt, daß die individuelle Verortung im sozialen Raum unter den Bedingungen von zunehmenden Wahlfreiheiten und einem kulturellen Pluralismus erfolgt. Die Hoffnung, daß individuelle soziale Bindungen und Mitgliedschaften in kulturellen Gemeinschaften sich zwanglos durch freie Wahl ergeben, wird in der modernen soziologischen „Individualisierungsthese" fortgeschrieben. Doch die Erfahrungen, mit denen wir in den letzten Jahren zunehmend konfrontiert werden, lassen Skepsis gegenüber allzu harmonistischen Deutungen der kulturellen Modernisierung aufkommen.

Nicht nur die Strukturen sozialer Ungleichheit beschränken die Wahlfreiheit des Individuums. Auch kulturelle Deutungsangebote, die sich bspw. unter Bezugnahme auf askriptive Merkmale (Rasse, Ethnie), auf feststehende Glaubensgewissheiten (Religion) oder auf eine behauptete Traditionsgeltung einer kritischen Überprüfung entziehen, limitieren den Bezugsrahmen kollektiver Identitätsbildung. Nicht nur in Deutschland erlangen derzeit nationalistische und offen rassistische Überzeugungen zunehmend (auch massen-) publizistische Beachtung. Sie dementieren den kulturellen Pluralismus und demontieren die für diesen grundlegenden zivilen und demokratischen Umgangsformen.

Wie kann ausgrenzenden und aggressiven Formen der Vergemeinschaftung entgegengewirkt werden? Welche Anforderungen müssen Gemeinschaftsbezüge erfüllen, die zum einen Gruppenbildungen erzeugen, zum anderen jedoch überlappende Gruppenbindungen ermöglichen und kulturellen Pluralismus tolerieren sollen?

Diese Fragen verweisen auf die Anforderungen, die wir an die politische Kultur demokratischer und pluralistischer Gesellschaften stellen. Die Gleichheit der BürgerInnen setzt die Anerkennung kultureller Differenz voraus. An Prominenz gewinnt das Thema in allen Bewegungssektoren über die Auseinandersetzung mit den rassistischen und nationalistischen Ausgrenzungsbestrebungen des Rechtsextremismus und seinen Resonanzen bis in das Zentrum der Gesellschaft.

Probleme der Vergemeinschaftung sind in der Bewegungsforschung bisher nicht ausreichend erforscht worden. Soziale Bewegungen sind offensichtlich nicht nur als zielbewußte und rationale kollektive Akteure zu verstehen, die sich in den politischen Prozeß mit ihren Anliegen einbringen. Gemeinschaftsbezüge dienen sozialen Bewegungen als Ressource und sind schwerlich mit 'Rational Choice'-Ansätzen erfaßbar. In den 70er/80er Jahren waren es postmaterialistische Werthorizonte, die soziale Bewegungen auszeichneten. Dabei waren die Bildung gemeinsamer Milieus und Lebenswelten entscheidende Voraussetzungen für das Entstehen von kollektiven Bewegungsakteuren als Solidargemeinschaften, die sich den gängigen politischen Zurechnungsschemata entziehen.

In diesem Kontext eröffnet sich eine Reihe von Fragestellungen, für deren Beantwortung das interdisziplinäre Wechselspiel von Bewegungsforschung, Sozialpsychologie und allgemeiner Soziologie von Nutzen sein kann.

Individuen machen sich ein Bild von sich selber und richten ihr soziales Handeln entsprechend aus. Sie orientieren sich dabei an sozialen Nahbereichen, Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten etc. und identifizieren sich auf diese Weise mit Zielen und Werten anderer. Im Alltag findet dies Ausdruck in der Musik, die mensch hört, in Mode, 'Szene'-Zugehörigkeiten usw. Offen bleibt, unter welchen Voraussetzungen sich 'Gleichgesinnte' finden und erkennen. In welchem Zusammenhang stehen beispiels-

weise Identität und soziales Handeln, Individuen und bewegtes Kollektiv?

Bewegungsforscher heben die Erzeugung und Stabilisierung kollektiver Identitäten als konstitutives Merkmal sozialer Bewegungen hervor, ohne jedoch den Begriff 'kollektive Identität' und den Prozeß ihrer Entstehung und ihres Wandels exakt zu erklären. Es macht jedoch den Eindruck, daß kollektive Identitätsbildung einer bewegungsinternen Dynamik ständiger Redefinitions- und Aushandlungsprozesse auf der Grundlage tatsächlicher oder fiktiver Gemeinsamkeiten einzelner Bewegungssegmente unterliegt. Gemeinschaftsbildung und ihre Artikulation stehen vor allem unter dem Einfluß gemeinsamer Gegnerschaft bzw. Abwehrhaltungen. Eine stark homogene, geschlossene Bewegungs-Identität birgt jedoch das Risiko der Ausgrenzung und Sektiererei, eine extrem heterogene das des Zerfalls der Bewegung.

Die 'Forschungsgruppe *Neue Soziale Bewegungen*' konnte für die Tagung ReferentInnen gewinnen, die ein vielfältiges Spektrum der genannten Fragestellungen abdecken. Unter Bezugnahme auf spezifische Bewegungen (z.B. Umweltbewegung, Schwulenbewegung etc.) sollen Konzepte 'kollektiver' bzw. 'sozialer Identität' auf ihre Aussagekraft für die Bewegungsforschung hin überprüft werden. Angesichts der Vielfalt der Aspekte, die aus der Perspektive unterschiedlicher Forschungsdisziplinen beleuchtet werden sollen, haben wir in der Grundanlage der Tagung vor allem darauf geachtet, daß zwischen den einzelnen Vorträgen ausreichend Zeit für Diskussionen bleibt.

Das Programm der Tagung sieht wie folgt aus:

Freitag

18:00 Begrüßung

18:30 Dieter Rucht (Berlin): *Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung*

19:30 Diskussion

20:00 Abendessen mit anschließender Möglichkeit zum „Kamingespräch"

Samstag

9:30 Bernd Simon (Münster): *Individuelles und kollektives Selbst: Zum sozialpsychologischen Verhältnis von Individuum und Gruppe in modernen Gesellschaften*

10:30 Diskussion

11:00 Kaffee-Pause

11:30 Brigitte Pörzgen (Koblenz): *Selbstkonzept und soziales Handeln*

12:30 Diskussion

13:00 Mittagessen

14:00 Ulrich Wagner (Marburg)/ Andreas Zick (Wuppertal): *Soziale Identität und Beeinflussung*

15:00 Diskussion

15:30 Klaus Eder (Berlin): *Das Identitätskonzept der Umweltbewegung*

16:30 Diskussion

Sonntag

9:30 Kai-Uwe Hellmann (Berlin): *Soziale Bewegungen: Kollektive Identitätsbildung sozialer Milieus*

10:30 Diskussion

11:00 Veit-Michael Bader (Amsterdam): *Artikulation kollektiver Identitäten. Zwischen Primordialismus und Diskurs*

12:00 Diskussion

bis

13:00 Möglichkeit zu abschließender Diskussionsrunde

Der Teilnahmebeitrag beträgt 80 DM bzw. 50 DM für Studierende und Arbeitslose.

Kontakt und verbindliche Anmeldungen an:

Markus Rohde, Dorotheenstraße 85, 53111 Bonn, Tel.: 0228/ 691043.

Kurzkommentar

Stichflammen-Journalismus

Ökologie ist heute für viele Medien ein modisches Thema. Alle reden von Umweltschutz, doch niemand tut etwas nachhaltiges, um die kollektive Apathie aufzuhalten. Grund für dieses Dilemma ist auch ein Stichflammen-Journalismus, an den sich fast alle gewöhnt haben. Krisen und Katastrophen werden plötzlich (und oft rein zufällig) entdeckt, brisant dargestellt und dann wieder vergessen. Dieser Mechanismus verläuft fast immer nach der gleichen Dramaturgie. In vielen Redaktionen gibt es für diese journalistische Methode auch schon einen Begriff: Die Planer fordern einen „Aufreger". Nachdem das Publikum sich aufgeregt hat, kann es sich auch rasch wieder abregen. Diese Negativtendenz, nicht nur in der Umweltberichterstattung, muß zugunsten eines erklärenden und aufklärenden Journalismus gebrochen werden.

Es geht um Strukturen, um gründliche Nachfragen, um nachvollziehbare Erklärungen und glaubwürdige Darstellung von Umweltthemen. All dies klingt unglaublich altmodisch, würde jedoch den Interessen des Publikums entgegenkommen.

An die Stelle von „Aktion-News" in zwei Sätzen oder einem Kurzreport von einer Minute könnten andere Präsentationsformen treten, die Nachricht mit Hintergrund bringen. Ein Beispiel: Ständig gibt es neue Skandale zum illegalen Export von Plastikmüll; die kriminellen Praktiken des Dualen Systems werden jedoch nicht analytisch aufgearbeitet und dem Publikum nachvollziehbar vermittelt.

Hier liegt auch ein entscheidendes Defizit der Umweltverbände. Allzu oft verstricken sie sich in ihre Spezialinformationen und Expertendialoge, ohne die gewonnenen Erkenntnisse sinnvoll umzusetzen. Es müßte eine Kurskorrektur vorgenommen werden. Die Hälfte der Zeit, die eine Projektgruppe damit verbringt, ein Thema zu erschließen und aufzuarbeiten, müßte darauf verwandt werden, mit einem klugen Konzept die Erkenntnisse der Öffentlichkeit zu vermitteln. Damit könnte erreicht werden, daß viele interessante und spannende Informationen über ein Fachpublikum hinaus registriert werden.

Ökologie ist heute Teil des Zeitgeistes, es ist chic, sich ökologisch zu geben. Doch es nutzt niemandem etwas, allein an der ökologischen Inspiration festzuhalten und an Versprechungen zu glauben. Eine ökologische Umsteuerung der Industriegesellschaft ist möglich und muß von Politik und Wirtschaft konsequent eingefordert werden. Bei diesem Prozeß spielt die Öffentlichkeit die entscheidende Rolle. Dies müssen auch die Umweltverbände erkennen.

Thomas Leif

Kurzanalyse

Ökologie hoch im Kurs

Bei den Bundesbürgern ist das ökologische Problembewußtsein stark ausgeprägt. Auf Fahrten mit dem Auto wollen dennoch nur wenige verzichten.

Das Umweltbewußtsein ist gegenüber 1985 in den alten Bundesländern um rund 20 Prozent gestiegen. Dabei geht das hohe ökologische Problembebewußtsein einher mit der Bereitschaft, sich umweltgerecht zu verhalten. So lautet das Ergebnis einer bundesweiten Repräsentativstudie des Umweltbundesamts in Berlin. Danach würden die meisten der rund 3000 Befragten beim Trinkwasserschutz und bei der Müllvermeidung persönliche Mehrkosten akzeptieren. Mit Blick auf das eigene Umweltverhalten zeigen sich den Meinungsforschern zufolge aber auch Ungereimtheiten. Obwohl sich 60 Prozent an Autolärm und -abgasen störten, seien in den alten Ländern lediglich 21, im Osten sogar nur 12 Prozent der Befragten bereit, häufiger auf Autofahrten zu verzichten. Besonders bei der Einschätzung von Gefährdungen zeigen sich deutliche Unterschiede: Die Gefahr von Chemieunfällen schätzen Ostdeutsche (40 Prozent) geringer ein als Westdeutsche (64 Prozent).

Quelle: W&V News 17/1994, S. 16

Berichte

Bürger/innen-lobby gegen Armut in der Dritten Welt

Daß es unverändert Hunger auf der Erde gibt, liegt nicht an fehlende Technologien, mangelnden Ressourcen oder der vielbeschworenen »Überbevölkerung«. Was fehlt, ist der politische Wille, gegen die weitweite Armut etwas zu unternehmen. Die internationale Organisation »Resultate« versucht Druck auf Politiker auszuüben, damit endlich etwas getan wird zur Überwindung des Elends.

Globale Veränderungen sind nur möglich, wenn die Bürger und Bürgerinnen weltweit auf »ihre« Politiker/innen zugehen, sie informieren, ihre Unterstützung beim Kampf gegen die Armut einfordern und die Umsetzung der Forderungen dann auch kontrollieren.

Dies ist zumindest die Überzeugung von »Resultate«, einer Bürgerlobby, die im Jahre 1980 in den USA entstanden ist und gegenwärtig mehr als 160 Gruppen in Australien, Großbritannien, Japan, Mexiko, Rußland und der Ukraine zählt – die vier Gruppen in der Bundesrepublik sind in Aschaffenburg, Darmstadt, Freiburg und München.

Wie die Einflußnahme der Bürger/innen funktioniert, zeigt die Weltbank-Initiative von »Resultate«. Ziel dieser Aktion war es, die »größte Institution zur Finanzierung der Entwicklung in der Dritten Welt« dazu zu bewegen, mehr für die Armutsbekämpfung zu tun. In einem Brief wurde die Weltbank aufgefordert, mehr Kredite für Selbsthilfeprojekte, für die Gesundheitsfürsorge und Schulbildung auszugeben.

Durch persönliche Gespräche, Leserbriefe und Medienarbeit konnten weltweit 1400 Parlamentarier/innen dazu bewegt werden, diesen Brief zu unterzeichnen, in Deutschland mehr als ein Drittel aller Bundestagsabgeordneten. Die Initiative bewirkte eine Änderung der Vergabekriterien der Weltbank, wesentliche Forderungen des Briefes wurden erfüllt.

Arbeitsschwerpunkte des Jahres 1994 sind die Armutsbekämpfung durch die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken, die Entwicklungspolitik der Europäischen Union und die Verbreitung des Grameen Bank-Modells – eine Bank, die den Armen auf dem Land Kredite gibt, mit denen sie sich eine menschenwürdige Existenz aufbauen können.

Nähere Informationen bei Resultate e.V., Nancy Wimmer, Amselweg 7, D-85591 Vaterstetten, Telefon (08106) 34147, Telefax (08106) 4771.

●

Unterstützung für Bürgerkriegs-deserteure

Tausende von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus dem ehemaligen Jugoslawien sind in die Bundesrepublik geflüchtet und leben nun ständiger Angst, an die Front oder ins Gefängnis ausgewiesen zu werden. Einige erwartet die Todesstrafe. Ein neu gegründetes »Komitee« setzt sich für diese Flüchtlinge ein.

Augenblicklich ist die Abschiebung von Bürgerkriegsdeserteuren und -verweigerern nur durch die Unterbringung in Gastfamilien zu verhindern, die sich zuvor verpflichten müssen, sämtliche anfallenden Kosten zu übernehmen und auf unbestimmte Zeit zu tragen.

Deshalb setzt sich das Komitee zur Unterstützung von Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien dafür ein, daß die Deserteure als politische Flüchtlinge anerkannt und die Aufenthaltskosten durch Länder und Kommunen übernommen werden. Denn nur so kann ein gesicherter Aufenthalt für die Dauer des Bürgerkrieges garantiert werden.

Durch Gespräche mit PolitikerInnen, Verbänden und KünstlerInnen soll eine Lobby für Deserteure entstehen. Kommunen und Länder sollen sich verpflichten, Ausbildungsplätze bereitzu-

stellen. Außerdem versucht das Komitee eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu organisieren, u.a. durch Spenden und die Sammlung von Unterschriften: Bis zum Sommer 1994 sollen europaweit 1 Million Unterschriften für den Appell zugunsten der Deserteure und Kriegsdienstverzveigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien – initiiert vom Europäischen Bürgerforum – dazu beitragen, diesen Menschen einen sicheren Zufluchtsort zu schaffen. Der Appell, der u.a. von zahlreichen Prominenten aus ganz Europa unterzeichnet worden ist, stützt sich auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments, welche die EU-Staaten auffordert, die Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien aufzunehmen und als Flüchtlinge anzuerkennen.

Nähere Informationen und Unterschriftenlisten beim »Komitee zur Unterstützung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien«, c/o Radio F.R.E.I., Postfach 375, D-99008 Erfurt, Telefon (0361) 5624383, Telefon/-fax (0361) 603793.

●

Expertise, Recherche, Vernetzung, Lobby - Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. (WEED) in Bonn

Politisches Selbstverständnis

Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. wurde im Juni 1990 gegründet. Aus der englischen Übersetzung des Vereinsnamens (World Economy, Ecology and Development) leitet sich das Kürzel WEED ab, was soviel heißt wie Unkraut, wildwachsendes Kraut. Ganz bewußt wählten wir dieses Kürzel, das symbolisch unseren Widerspruch zum herrschenden Entwicklungs- und Industrialisierungsmodell zum Ausdruck bringen soll.

Denn: Auch die Überwindung der Blockkonfrontation zwischen Ost und West hat an den Strukturen des Weltwirtschaftssystems nichts geändert. Ganz im Gegenteil, die Konflikte zwischen armen und reichen Ländern nehmen ständig zu. Wenigen Wohlhabenden stehen in zwei Dritteln der Welt – vor allem in den Ländern des Südens, jedoch zunehmend auch im Norden – die Vielen gegenüber, die um ihr tägliches Überleben kämpfen. Darüber hinaus nehmen Umweltzerstörung und ökologische Gefahren ein immer größeres Ausmaß an. Die Zerstörung der Natur durch das vorherrschende Industriemodell wird zu einer ernsten Bedrohung, die unser aller Überleben in Frage stellt.

Dieser Bedrohung muß begegnet werden: WEED will kritisches Potential vereinen und Alternativen aufzeigen. Wir haben unseren Verein gegründet, um mit unserem Fachwissen und Engagement diejenigen gesellschaftlichen Kräfte zu stärken, die für eine solidarische und ökologische Politik nach innen und außen eintreten. Dabei wollen wir nicht eine weitere NRO sein, die mittels Projekten auf eine Veränderung in den Ländern des Südens abzielt, sondern verstehen uns als Interessenvertretung dortiger NRO hier im Norden. Unser Anliegen ist, hier im Norden Politik- und Bewußtseinsveränderungen zu bewirken.

Arbeitsschwerpunkte und -Themenbereiche

Folgende Themen werden derzeit kontinuierlich teils von Einzelpersonen, teils von Arbeitsgruppen betreut. Wir können dazu Studien und Informationsmaterial anbieten (im Büro nachfragen bzw. Materialliste anfordern):

- Schuldenkrise, Entschuldungsstrategien,
- Hermesbürgschaften,
- kritische Bewertung des BMZE-Haushalts,

- UNCED-Nachfolgeprozeß: Mitarbeit im Forum Umwelt und Entwicklung, Beobachtung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD),
- Beobachtung und Kritik der IWF-/Weltbankpolitik: u.a. Nord-Süd-Finanztransfer, Transparenz und Demokratie im internationalen Entwicklungsmanagement, Kontrolle der deutschen Weltbankpolitik, Einrichtung der Global Environment Facility (GEF),
- ökologisch und sozial verträgliche Welthandelspolitik (GATT, UNCTAD, EU),
- UNO, UN-System: Reform, Reformierbarkeit und Demokratisierung, Informationsarbeit zum Weltsozialgipfel,
- Menschenrechtspolitik der Bundesregierung: Bewertung und Kritik der sog. Menschenrechtskonditionalität in der Entwicklungspolitik, Ausweitung auf die Bereiche Außen- und Wirtschaftspolitik,
- Kinder und Menschenrechte,
- Frauen: Menschenrechte, „Frauenförderung" und Bevölkerungspolitik,
- NRO-Strategiedebatte.

Öffentlichkeits- und Informationsarbeit

WEED vertreibt einen entwicklungspolitischen Fachinformationsdienst – den monatlich erscheinenden Informationsbrief „Weltwirtschaft & Entwicklung", der im Abonnement bezogen werden kann (für Mitglieder kostenlos). Mindestens achtmal jährlich erscheinen Sonderdienste zu aktuellen Themen, die im Büro bestellt werden können.

Über Studien und sonstige Materialien informiert unsere Materialliste. Darüberhinaus haben wir regelmäßige Kontakte zu Fachjournalisten und -redakteuren knüpfen können, die unseren Themen in den Medien Gehör verschaffen.

Mitgliedschaft

WEED ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. Es besteht die Möglichkeit, ordentliches Mitglied oder Fördermitglied zu werden. In beiden Fällen schließt dies den regelmäßigen Bezug des Infobriefes und den kostenlosen Bezug sämtlicher Materialien ein. Alle WEED-Mitglieder sind zu den öffentlichen Vorstandssitzungen und zu jeder Form der Mitarbeit, z.B. in den Arbeitsgruppen oder durch Artikel für den Infobrief herzlich eingeladen. Jedes Jahr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Für alle weiteren Informationen steht unser Büro gern zur Verfügung. Die Anschrift: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel.: 0228/696479, Fax: 0228/696470.

Die internationale Kampagne gegen die Narmada-Staudämme in Indien

1985 bewilligte die Weltbank einen 450 Millionen US-Dollar Kredit für den Dardar-Sarovar-Damm in der Narmada in Indien und gab damit den Ausschlag dafür, daß der Damm im Rahmen des umfangreichen Narmadatal-Entwicklungsprojektes tatsächlich gebaut wurde. Allein der Stausee dieses Dammes wird mindestens 100.000 Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, weitere 150.000 Menschen müssen aufgrund des geplanten Kanalsystems umsiedeln. Außerdem werden etwa 35.000 Hektar fruchtbaren Ackerlandes und Primärwald in den Fluten des Stausees verloren gehen.

Das internationale Netz von NRO gegen die Narmada-Staudämme besteht zur Zeit aus etwa 700 Nicht-Regierungs-Organisationen weltweit. Die Kerngruppe setzt sich zusammen aus der Narmada Bachao Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada) in Indien und etwa 20 Unterstützergruppen weltweit. Letztere dienen als Mittlergruppen für die übrigen Organisationen in ihrem Land, sie versorgen außerdem die Presse und Abgeordnete mit aktuellen Informationen

und koordinieren Protestschreiben oder sonstige Aktionen.

Wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung des internationalen Netzes war die Tatsache, daß der Widerstamd in Indien selber früh entwickelt war. Medha Patkar, Soziologin aus Bombay und Motor der indischen Bewegung, hatte 1985 begonnen, die BewohnerInnen des Narmada-Tals über den drohenden Staudamm zu informieren und war maßgeblich an deren Organisierung in der Narmada Bachao Andolan beteiligt. Personell rekrutiert sich die Hauptgruppe des indischen Widerstandes bis auf wenige weitere SoziologInnen aus Bombay nur aus direkt von der Vertreibung Betroffenen.

Das Netz der internationalen Unterstützung ist vor allem seit 1990 gewachsen. Seit dem Beginn der Bauarbeiten am Staudamm 1987 gab es weltweit eine Reihe vereinzelter Gruppen, die auf nationaler Ebene Aktionen gegen den Staudamm durchführten. Schon früh hatten z.B. der Environmental Defense Fund (EDF) in Washington und Friends of the Earth Japan zu Protesten aufgerufen oder Veranstaltungen zur Problematik des Staudamms durchgeführt. 1990 hatte dies in Japan dazu geführt, daß der ursprünglich vom japanischen Entwicklungshilfeministerium bewilligte bilaterale Kredit für die Turbinen des Staudamms eingefroren wurde. In Europa erfolgte die Vernetzung der vereinzelt gegen den Staudamm agierenden Gruppen vor allem mit der Besuchsreise von zwei Vertretern der indischen Bewegung im April 1991.

Bei all diesen Gruppen handelt es sich um eine bunte Mischung aus Umwelt-, Indien-, „Dritte Welt"-, Menschenrechts- oder sonstigen entwicklungspolitischen Gruppen. Ein weiteres Kennzeichen dieser Gruppen besteht darin, daß sie als Gruppen bereits existierten und die Kampagne gegen den Staudamm im Rahmen ihrer eigenen Schwerpunktsetzung gestalteten. So war z.B. für einige Gruppen die Zerstörung der Natur der Ansatzpunkt, für einige die Menschenrechtsfrage, andere stellten die Bedrohung der Adivasi (indische Ureinwohner) und ihrer Kultur in den Vordergrund.

Dieser unterschiedlichen Schwerpunktsetzung der Gruppen entspricht auch die Arbeitsweise des Netzes. Es gab nie eine gemeinsame Plattform innerhalb der Kampagne und die wenigen Strategiediskussionen waren nicht bindend. Innerhalb ihres jeweiligen Landes agieren die Gruppen völlig autonom, häufig in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in ihrem Land. Sie organisieren Veranstaltungen, geben Informationsblätter heraus, informieren die Presse über aktuelle Vorfälle und betreiben Lobbying bei ihren Ministerien und Abgeordneten. Gemeinsame internationale Aktionen sind in der Regel Reaktionen auf Vorfälle im Zusammenhang mit dem Staudamm-Bau in Indien oder bei der Weltbank. Eine der Kerngruppen ergreift in solchen Fällen die Initiative und schickt einen Vorschlag für ein gemeinsames Statement oder Memorandum an die übrigen Kerngruppen. Deren Änderungswünsche werden in das Schreiben eingearbeitet und anschließend sammeln die Kerngruppen entsprechende UnterzeichnerInnen auf ihrer nationalen Ebene.

„We might loose this battle, but we will win the war." war ein früher Kommentar Medha Patkars zu den Erfolgsaussichten der Kampagne. Obschon der Staudamm mittlerweile eine Höhe von über 70 Metern erreicht hat (geplant sind über 150 Meter), war die Bewegung in diesem Sinne erfolgreich. 1991 beauftragte der damalige Weltbank-Präsident Connable zum ersten Mal in der Geschichte der Weltbank eine unabhängige Kommission mit der Überprüfung der Narmada-Projekte. Der Bericht dieser Kommission (der nach ihrem Leiter benannte sog. Morse-Bericht) war eine Ohrfeige für die Weltbank. Alle von der Weltbank finanzierten Projekte wurden daraufhin auf die Einhaltung der internen Umsiedlungsrichtlinien untersucht; das Ergebnis trug weiter zum Imageverlust der Weltbank bei.

●

Tagungen/ Termine

Zwischen Verweigerung und Opposition

Politischer Protest in der DDR vom Anfang der 70er Jahre bis zur friedlichen Revolution 1989

Zeit: 7. und 8. Oktober 1994 in Leipzig

Ort der Tagung: Universität Leipzig/ Hochhaus

Die Tagung soll ein Diskussionsforum für Sozial- und Politikwissenschaftler, Theologen, Historiker aus West und Ost sein, auf dem Fragen zum politischer Protest in der DDR diskutiert und empirische Befunde dazu vorgestellt werden. Zu diesem Thema liegt bereits eine Reihe interessanter empirischer Forschungen und theoretischer Erklärungen vor. Allerdings liefen die Forschungsprojekte isoliert nebeneinander her und bislang kam es zu nur wenig fachübergreifender Diskussion oder Bilanzierung des Forschungsstandes.

Das fünfte Jahr nach der friedlichen Revolution, die durch die Leipziger Montagsdemonstrationen wesentliche Impulse erhielt, bietet eine gute Gelegenheit, all jene Wissenschaftler an diesem Ort zusammenzuführen, die über die Geschichte des politischen Protestes und die friedliche Revolution in der DDR geforscht haben.

Es geht nicht um den Versuch einer vollständigen und umfassenden Erklärung der Revolution von 1989/90. Vielmehr soll der Blick historisch geweitet werden und Fragen nach der Entwicklung des Protestes gestellt werden.

Die Tagung ist Bestandteil der Ausstellung „Wege zum Herbst '89", die anläßlich der fünften Wiederkehr der Ereignisse des Herbstes '89 von einer Projektgruppe aus Leipziger Bürgerrechtlern, Wissenschaftlern und Künstlern – unterstützt vom Haus der Geschichte Bonn –, vom 25. September bis 9. November 1994 in Leipzig veranstaltet wird.

Infos und Anmeldung

Ausstellung Herbst '89
Projektgruppe Leipzig
z.Z. im Grassi-Museum
Johannisplatz 5-11
04103 Leipzig
Telefon 0341/2142162
Telefax 0341/2142164

●

Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Initiativen ist das Thema eines Semmars der Stiftung MITARBEIT (30. September bis 2. Oktober 1994 in Magdeburg). Ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmer/innen sollen Antworten gefunden werden u.a. auf folgende Fragen: Wie bringe ich mein Anliegen »unter die Leute«? Wen kann ich ansprechen auf welche Weise? Wie muß ein Pressebericht aussehen?

Das Seminar richtet sich an Initiativen/ Projekte in den neuen Ländern.

Nähere Informationen zu diesen Tagungen bei Sylvia Fels in der Bundesgeschäftsstelle der Stiftung Mitarbeit
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
Tel. 0228/630023
Fax. 0228/695421

Material, Infos...

Benetton unter der Lupe

Mit Moral und Ethik in der Werbung hat sich Anke Flemming in ihrer Magisterarbeit beschäftigt. Am Beispiel der Benetton-Kampagnen 1991/92 untersuchte die Gießener Studentin, ob ein Unternehmen mit Anzeigen etwas gegen soziale Mißstände bewirken kann. Infos: 0641/492729.

Curriculum Friedens- und Konfliktforschung

Am Institut für Soziologie der Universität Marburg haben Dr. Peter Imbusch und Prof. Dr. Ralf Zoll mit Vorarbeiten zu einem umfassenden „Curriculum Friedens- und Konfliktforschung" begonnen und einen ersten Entwurf vorgelegt, der bei den Autoren angefordert werden kann. Sie sind an Austausch mit KollegInnen interessiert, die ebenfalls auf diesem Gebiet arbeiten.

Kontaktadresse:

Institut für Soziologie (Dr. Imbusch, Prof. Dr. Zoll), Universität Marburg, D-35032 Marburg, Tel.: 06421) 28-4377, Fax: (06421) 8913.

Fachlektorat Frieden

Mitte April 1994 wurde in Hamburg zur Unterstützung der Friedensforschung ein Lektorat eröffnet. Unter dem Namen „draft – fachlektorat frieden" (draft steht für dokumentationen, recherchen, analysen, fachlektorat, textberatung) will diese Einrichtung Dokumentationen, Recherchen und Analysen fördern und Textberatung schon bei der Erstellung von Manuskripten bieten. Begründer des Lektorats ist Wilhelm Nolte, vormalig Leiter des Fachzentrums Dokumentation der Führungsakademie der Bundeswehr. Schon als Berufsoffizier hat sich der zum Wissenschaftlichen Dokumentar ausgebildete Oberstleutnant kritisch mit der Strategie der NATO auseinandergesetzt und unter Einbeziehung gewaltfreien Widerstands eine eigenständige Alternative entwickelt (Autonome Abwehr). Mit dem Lektorat will Nolte nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr weiter an Fragen gewaltfreier Konfliktlösung arbeiten.

Kontaktadresse:

draft – fachlektorat frieden, Wilhelm Nolte, Tönninger Weg 29, D-22609 Hamburg, Tel. (40) 8004178 und 8004357, Fax: (040) 8004178.

Management in sozialen Organisationen

Handbuch für die Praxis sozialer Arbeit

Das Handbuch vermittelt allen Mitarbeitern in sozialen Einrichtungen, Behörden und bei freien Trägern Grundlagen effektiver und methodischer Arbeit. Es soll zugleich Zugang zum Denken in Kategorien verantwortbaren Managements ermöglichen und den Leistungskräften Mut zur Professionalisierung ihres Managements machen, ohne die Besonderheiten gerade sozialer Dienstleistungen zu vernachlässigen, die besonderen ethischen Grundsätzen unterliegen.

Aus dem Inhalt:

- Arbeitsmethoden und Ratschläge zur Fallbearbeitung – Weiterentwicklung sozialer Einrichtungen – Zeitmanagement – Controlling – Mitarbeiterführung.
- Praktische Anleitungen helfen, typische Fehler und Fehleinschätzungen in der sozialen Arbeit zu vermeiden und zugleich eine positive Aufwertung

des Berufsbildes „sozialer Praktiken" zu erreichen.

- Zahlreiche Schaubilder, Checklisten, Arbeitsblätter und ausführliche Fallbeispiele machen „Management in sozialen Organisationen", zu einer praxisbezogenen Arbeitshilfe.

Wallhalla und Praetoria Verlag, Berlin/Bonn/Regensburg 1993.

Literaturliste

Speziell für Non-Profit-Organisationen (NPO) hat Verein & Management, die Fachzeitschrift für Führungskräfte der NPO, eine Literaturliste zusammengestellt.

Diese Liste enthält die derzeit lieferbaren Bücher, Zeitschriften und Loseblatt-Sammlungen zu Themenbereichen wie Sponsoring, Verbandsmarketing, Vereinsrecht, Vereinssteuern, Veranstaltungen etc.

Das 24-seitige Verzeichnis kann gegen 2,– Mark in Briefmarken bestellt werden bei:
Verein & Management,
Jahnstr. 15
71706 Markgröningen.

Boykott

In den vergangenen Jahren entdecken immer mehr Initiativen den Boykott als eine effektive gewaltfreie Aktionsform. Wo Gespräche, Appelle und Proteste auf Granit stoßen, kann ein gezielter Boykott oft Wunder wirken.

Allerdings ist die Durchführung eines Boykotts eine keineswegs leicht zu organisierende Form des gewaltfreien Widerstandes. Vielmehr hängen Erfolg oder Mißerfolg von einer sorgfältigen Kampagnenplanung ab.

Ein neues Arbeits- und Aktionsheft vermittelt Initiativen aus den sozialen Bewegungen das nötige Know-how und zeigt, wie ein Boykott mit einiger Aussicht auf Erfolg organisiert werden kann. Die AutorInnen stellen eine Typologie des Konsumboykotts vor, skizieren das Konzept einer Kampagnenplanung, geben Hinweise für den Verlauf einer Boykottaktion und klären über die rechtliche Situation auf. Zahlreiche Fallbeispiele und ein Methodenteil runden die Broschüre ab.

Duffner, Felix/Mayer, Ute/Wohland, Ulrich (hrsg. von Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden): Boykott. Die große Macht der kleinen Leute, 79 S., DIN A4, zu beziehen bei PAZIFIX, Alberichstr. 9, D-76185 Karlsruhe, Telefon (07 21) 55 22 70; Telefax (07 21) 55 86 22

Finanzierung von Frauenprojekten

Welche besonderen Qualitäten zeichnen feministische Projekte aus? Welche Förderung benötigen die Projekte für ihre Arbeit und welche bekommen sie real? Welche Folgen hat die derzeitige Mangelfinanzierung für die Arbeit der Projekte und was bringt die betroffenen Frauen dazu, sie trotz aller Nachteile zu akzeptieren?

Eine soeben erschienene empirische Studie, welche die öffentliche Förderung von Frauenprojekten in Berlin zwischen 1987 und 1993 untersucht, findet vielschichtige und unbequeme Antworten – sowohl für die fördernden Institutionen als auch für die Projekte selbst. Die Autorinnen kritisieren die staatliche Förderpolitik, die die Arbeit der Projekte gern möglichst billig in Anspruch nimmt, aber die Chancen der von den Projekten entwickelten Modelle nicht nutzt. Sie kritisieren aber auch die »Bescheidenheit« und Anpassungsbereitschaft der Projekte, die durch ihre prekäre materielle Situation zu zerbrechen drohen.

Die Untersuchung schließt eine Recherche der Projekt-

förderung in sechs anderen Bundesländern ein, deren Ergebnisse der Berliner Situation ähneln.

Betzelt, Sigrid/Coors, Barbara (hrsg. von Stiftung MIT-ARBEIT und dem Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte): Die Finanzierung von Frauenprojekten oder Der Versuch, Stroh zu Gold zu spinnen. Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 22, Bonn 1994, 158 S.

ZIB – Neue Zeitschrift

Mit der Gründung der Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) möchte die Sektion Internationale Politik der DVPW ihrem Auftrag der Zusammenführung der vielfältigen wissenschaftlichen Diskussionsstränge und Forschungsergebnisse dienen. Die ZIB richtet sich an alle an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Grundfragen der Internationalen Beziehungen interessierten Leserinnen und Leser.

Seit mehreren Jahren durchläuft die Teildisziplin innerhalb der Politikwissenschaft einen Prozeß der zunehmenden Ausdifferenzierung. Bisher fehlte es jedoch an einem Kommunikationsforum, das den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im deutschsprachigen Bereich der Internationalen Beziehungen eine mehr als nur punktuelle Zusammenführung der fachlichen Diskussion bieten konnte. Mit ihrem spezifischen Profil in der Verknüpfung von Theorie und Empirie soll die ZIB diese Lücke schließen.

Die ZIB soll gerade auch jüngeren Autorinnen und Autoren einen Anreiz bieten, ihre Beiträge zum aktuellen Stand der theoretischen und anwendungsbezogenen Forschung zu präsentieren und sich einer richtungsübergreifenden Auseinandersetzung unter den und über die Denkschulen des Realismus, des Globalismus und des Pluralismus zu stellen. Das thematische Spektrum soll dabei die ganze Vielfalt der Arbeitsgebiete der Internationalen Beziehungen, Außenpolitikanalyse, internationale Institutionen, Friedens- und Konfliktforschung/Sicherheitspolitik, internationale Wirtschaftsbeziehungen und internationale Umweltpolitik umfassen.

Über die Aufnahme jedes Beitrags wird in einem anonymisierten Begutachtungsverfahren entschieden, das eine gleichbleibend hohe Qualität der Beiträge sicherstellen soll. Die Beiträge werden in der Regel in deutscher Sprache veröffentlicht.

Neben den Hauptbeiträgen enthält die ZIB ein Forum. Beiträge werden darin kritisch kommentiert, aktuelle wissenschaftliche Debatten in kleiner Form möglichst offen ausgetragen. Der Besprechungsteil soll vornehmlich mit Sammelrezensionen über die Entwicklung der Disziplin anhand neuerer relevanter Publikationen informieren. In der Rubrik Neuerscheinungen wird über wichtige neue Bücher aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen informiert.

Redaktion: Christoph Weller, Technische Hochschule Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloß, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/164633

Bestelladresse: Nomas Verlagsgesellschaft, Postfach 610, 76484 Baden-Baden

Umweltbüchereien

Der Wissenschaftsladen Bonn hat mit Fördermitteln des Umweltbundesamtes den ersten Wegweiser für Umweltbibliotheken in der Bundesrepublik herausgebracht. 104 Büchereien, 56 in den alten und 48 in den neuen Bundesländern, sind darin aufgeführt.

Die meisten Umweltbibliotheken werden von lokalen Umweltinitiativen und -vereinen wie zum Beispiel dem Umweltzentrum Chemnitz oder von überregionalen Verbänden wie dem Bund

für Umwelt und Naturschutz (BUND) unterhalten. Wegen dieser Anbindung an politisch aktive Institutionen bieten die meisten Bibliotheken auch Beratungsdienste und Bildungsveranstaltungen an. Weitere Merkmale der Umweltbibliotheken sind die breite Themenpalette und die Vielfalt der angebotenen Informationen, die neben gedruckten und audiovisuellen Medien auch die nicht im Handel erhältliche „graue" Literatur umfassen.

Die Büchereien werden in der Broschüre, nach Postleitzahlbereichen geordnet, einzeln vorgestellt; auch Öffnungszeiten und Leihbedingungen sind angegeben. Ein Überblick über Zahl und Art der angebotenen Medien und Themengebiete ermöglicht eine erste Orientierung.

Das Umweltbundesamt fordert die Umweltbibliotheken seit vielen Jahren und hat bereits vor der Wiedervereinigung auch die kirchlichen Umweltbibliotheken in der DDR durch den Versand von Publikationen unterstützt.

Der Wegweiser kann beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 330022, 14191 Berlin, kostenlos bezogen werden.

Rezensionen

Christoph Butterwegge/ Hans G. Jansen (Hrsg.):

Neue soziale Bewegungen einer alten Stadt.

Versuch einer vorläufigen Bilanz am Beispiel Bremens.

Steintor Bremen Verlags- und Buchhandelsgesellschaft. Bremen 1992, 286 S.

Die Entstehungsursachen, Entwicklungsdynamik und Zielsetzungen neuer sozialer Bewegungen sind weitgehend untersucht worden, sieht man einmal von der Untersuchung der Bürgerbewegungen in der DDR und der Entwicklung nach der Wende ab. Was fehlt, sind Regionalstudien, die nicht nur das Phänomen soziale Bewegungen allgemein begreifen, sondern vor allem die Hintergründe, die konkreten Ursachen, die individuellen Akteure und die unterschiedlichen Zielsetzungen der einzelnen Gruppierungen vor Ort untersuchen. Christoph Butterwegge und Hans G. Jansen haben diese Problemstellung aufgegriffen, indem sie fachkundige Autoren und Autorinnen zusammengebracht haben, die jeweils einen 'Mosaikstein' zu dem Gesamtbild neue soziale Bewegungen in Bremen bearbeiten. Doch ist das Buch nicht 'regionalistisch' und nur für Insider in Bremen interessant, da zum Beispiel im ersten Kapitel Grundsatzfragen geklärt werden: Was sind soziale Bewegungen? Welche sind ihre Entstehungsursachen? Wie sieht die Zukunft von sozialen Bewegungen angesichts der allgemein zunehmenden 'Politikverdrossenheit' und 'politischen Apathie' generell aus? Gibt es überhaupt noch soziale Bewegungen? Dieses Kapitel ist ein notwendiger und interessanter Einstieg, den hier wird der allgemeine Handlungsrahmen von sozialen Bewegungen in unserer Gesellschaft abgesteckt. Erst vor diesem Hintergrund kann das Beispiel Bremen verstanden werden. Auch ermöglicht dieser theoretische Rahmen Überlegungen darüber, ob die Struktur der sozialen Bewegungen in Bremen auch mit der in anderen Städten vergleichbar ist bzw. ob sich die dortige in eine allgemeine Protestkultur einordnen läßt.

Im zweiten Kapitel werden die Anfänge der sozialen Bewegungen zwischen 1945 und dem Ende der 60er Jahre untersucht, und das anhand der seinerzeit typischen Dreiteilung: Die Frauen-, die Friedensbewegung und die Ökologiebewegung. Ein ganzes Kapitel widmet sich der Schüler- und Studentenrevolte der 68er. Im vierten Kapitel werden die neuen sozialen Bewegungen der 70er, 80er und 90er Jahre untersucht: Ein langer Zeitraum, der bedeutend war für die sozialen Bewegungen. Weil sich die Bewegungen in diesen Jahren aus-

differenziert haben, können hier jedoch nicht alle Facetten bearbeitet werden. Doch die Beispiele sind gut gewählt: Frauenbewegung, Anti-AKW-Protest, Friedens- und Alternativbewegung, Arbeitsloseninitiativen und entwicklungspolitischer Protest. Im letzten Kapitel befassen sich die Autoren mit dem Verhältnis sozialer Bewegungen zu Institutionen wie Partei oder Kirche.

Insgesamt ist der Sammelband ein gelungenes Buch: erstens leisten die insgesamt 17 Aufsätze einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit neuen sozialen Bewegungen, zweitens wird eine Region – Bremen – bezüglich der dortigen Protestkultur sehr ausführlich untersucht. Drittens ist der Band sehr hilfreich für die politische Bildung, da die Beiträge sehr klar und übersichlich geschrieben sind und das Thema Partizipation auf eine sehr eindrückliche Weise behandelt wird.

Ulrike Wasmuth, Berlin

Integration: Nie war sie so wertvoll wie heute. Ein Versuch über die geglückte Gesellschaft

Bernhard Peters: **Die Integration moderner Gesellschaften.**

Suhrkamp: Frankfurt/M 1993

Die Crux mit der Integration *moderner* Gesellschaften ist, daß es immer zuwenig davon gibt. Integration scheint ständig bedroht, dem stetigen Druck von Differenzierung und sozialer Ungleichheit ausgesetzt. Da mag es naheliegen, Integration schon als Begriff normativ zu denken – womit dann reale Verhältnisse kritisch beurteilt werden sollen. Diese Variante hat Bernhard Peters vorgelegt.

Zunächst wird nicht jeder in 'Integration' überhaupt ein sozialtheoretisches „Grundproblem" sehen wollen. Peters dagegen möchte sich nicht mit der alten Frage begnügen, „warum nicht Chaos, Zufall, Entropie herrschen." (20) Vielmehr, und damit sind wir im Zentrum seiner Argumentation, „wird ... ein bestimmterer, positiver Begriff von Einheit oder Integration benötigt. Unter sozialer Einheit wird ja in der Regel und mit Gründen etwas Spezifischeres verstanden als bloße Nichtzufälligkeit ..." (20). Das ist ebenso trivial wie unbestreitbar. Nehmen wir ein naheliegendes Beispiel: Die deutsche Einheit wird je nach dem Standpunkt eines Betrachters sehr unterschiedlich beurteilt. Die Diagnosen reichen von „Katastrophe" (E. Honecker) bis zum „glücklichsten Volk der Welt" (W. Momper). Ist die Vereinigung nun eine gelungene oder eine gescheiterte Integration zweier vormals getrennter sozialer Einheiten? Wer entscheidet das? Was kann die Soziologie hier anderes als den Pluralismus der Meinungen, Betroffenheiten, Perspektiven etc. als den Gegenstand ihres Erkenntnisinteresses in der „polykontextuellen Gesellschaft" (Günther) feststellen?

Unbestreitbar enthält hier schon die *Sache*, also die Vereinigung in der Perspektive der Beteiligten, (mindestens) „ein normatives Element, eine implizite oder explizite Vorstellung in diesem Zusammenhang (...der) Erhaltung bestimmter positiv bewerteter Formen von Ordnung". Peters verweist dazu auf die Verwandschaft seines Begriffs von Integration mit dem Begriff der „social control" aus der ältern amerikanischen Soziologie: „Social control", so Janowitz, „referred to the capacity of a society to regulate itself accordinng to*desired* principles and values." (24, FN 14)

Natürlich ist sich Peters bewußt, daß der „normative Unterton" (90) seines Buches einer Position entstammt, „die in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den weithin üblichen professionellen

Selbstverständnissen über wertfreies wissenschaftliches Argumentieren steht." (91) Er möchte deshalb diese normativen Elemente in seiner Theorie explizit machen. Die Auslegung erhellt „soziale Reproduktion" als einen „Erfolgsbegriff": Er „meint ein *gelungenes* Verhältnis von Freiheit und Bindung. Stabile Interaktionsformen in der Gestalt von Konformismus, Rigidität, Ritualismus usw. sind in diesem Sinne nicht integriert." (92) Eines von Peters spärlichen Beispielen für ein soziales Gebilde mit mißlungenen, „pathologischen Strukturen" ist die innere Struktur des Libanon in den vergangenen 15 Jahren: stabil, aber desintegriert.

Nach dieser Exposition wird mancher Leser vielleicht geneigt sein, das Buch ins „Reich des Ethischen, das heißt der frommen Wünsche" (Simmel) zu schicken, es als eine innovationslose soziologische Ethik (nicht) zu lesen. Als Titel dieser Schrift wäre denn auch „Versuch über die geglückte Vergesellschaftung" angemessener gewesen, ist doch der weitaus größte Teil des Buches dem Anliegen geschuldet, ein Szenario der gelingenden Vergesellschaftung auszuschmücken. Wenn man jedoch weiß, daß Bernhard Peters dem Projekt Habermas verpflichtet ist, überrascht es nicht zu vernehmen, daß sich Vergesellschaftungs-Erfolge in der Moderne vor allem dort einstellen, wo Integration „bewußt" und geführt von „kommunikativer Verständigung" stattfindet. Was heißt das im einzelnen? Das normative Fundament der „gelingenden Vergesellschaftung" besteht in „drei Dimensionen ..., in denen soziale Integration gelingen oder scheitern kann. Wir können auch von Formen der Integration sprechen: Funktionale Koordination. Moralische Integrität. Expressive Gemeinschaft." (96) Also Arbeit, Moral und Kultur. Oder auch Wirtschaft, Erziehung und Bildung. Oder die objektive äußere Welt, die innere subjektive Welt und der Andere, die soziale Welt. Diese Dimensionen sind grundlegende Probleme menschlicher Gesellschaften, sie müssen immer irgendwie bewältigt werden. Dabei versteht Peters seine Heransgehensweise an diese „sozialen Grundprobleme" weder als „konventionalistisch, noch objektivistisch oder naturalistisch" (94). Konventionalistisch hieße: Die Kriterien des Gelingens oder Scheiterns der Bewältigung dieser Probleme werden vom soziologischen Beobachter dem Untersuchungsgegenstand einfach deskriptiv entnommen, dem, was dort explizit als Problem und Lösung gilt. Peters Ansatz will aber auch nicht objektivistisch oder naturalistisch genannt werden, „weil er gleichwohl auf Maßstäben oder Kriterien beruht, die *symbolisch strukturierten* Lebensformen *inhärent* sind." (94) Der Beobachter legt also auch nicht einfach von außen *seinen* Maßstab an, sondern sucht die Standards des Gelingens in den symbolischen Strukturen des je untersuchten sozialen Gebildes: „Menschliche Lebensformen sind normativ verfaßt – das heißt, in den symbolischen Dimensionen der menschlichen Sozialität entwickeln und differenzieren sich normative Kriterien, nach denen das Gelingen oder Scheitern von sozialen Beziehungen bewertet wird. Diese symbolischen Elemente definieren Problembedingungen – im Sinne kultureller Anspruchsniveaus – und bilden zugleich Ressourcen für Problemlösungen." (94)

Aber wie lassen sich diese kulturellen Standards der sozialen Integration dann identifizieren? „Rekonstruktiv" – anhand ihrer *Verletzungen:* Sie „lassen sich oft anhand der spontanen Reaktionen auf ihre Verletzung identifizieren: in Erfahrungen des Scheiterns von Lebensformen, in Reaktionen auf Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Mißachtung, im Leiden unter der Verarmung expressiver Beziehungen. Andererseits werden normative Maßstäbe oft im Protest gegen solche Erfahrungen explizit artikuliert." (95) Wenn Peters also von Integration moderner Gesellschaften spricht, geht es ihm um die „intuitive Forderung, daß Handlungskonflikte unter unparteilicher Berücksichtigung der Ansprüche und des Wohls aller gelöst werden und daß Personen sich gegenseitig als moralisch gleichwertig anerkennen und behandeln." (100) Man ahnt die Schwierigkeiten, die sich einer Anwendung stellen würden. Peters' Integrationstheorie ist eben im wesentlichen eine sozialtheoretische Ethik, ein Ensemble von Kriterien „gelungener Vergesellschaftung", die ihr viel normatives Potential eintragen. Kann man damit auch soziologisch arbeiten – und nicht „nur" kritischer Intellektueller sein?

Der zweite Teil von Peters' Arbeit versucht eine Operationalisierung der Integrations-Theorie. Es geht ihm um „das Verhältnis zwischen symbolischen und nichtsymbolischen Elementen oder Aspekten der sozialen Realität einerseits, zwischen bewußten und nichtbewußten Formen sozialer Beziehungen oder sozialer Ordnung andererseits." (227) Die Menschen machen zwar die Geschichte (die Gesellschaft), aber unausweichlich auch immer wieder die „Erfahrung des Zwangscharakters, der Äußerlichkeit, Materialität, Objektivität, 'Dinghaftigkeit'" (225) des Sozialen. Peters fragt daher, wie gegenüber dieser Erfahrung der Dinghaftigkeit des Sozialen „Formen bewußter Vergesellschaftung" noch möglich sind, und „wieweit 'Verselbständigung' *aufhebbar* ist zugunsten solcher Formen der Integration, die von den Beteiligten mit Willen und Bewußtsein realisiert werden." (229) Mit diesen Fragen will Peters den „kritischen Impulsen der Moderne", die „im Namen von Freiheit und Selbstbestimmung gegen die sekundäre, historisch produzierte Naturhaftigkeit und unkontrollierte Eigendynamik sozialer Prozesse protestieren", zu ihrem Recht verhelfen. Er bemüht hierzu ein eher antiquiertes Instrument der klassischen Gesellschaftslehre, nämlich das Gedankenexperiment einer „utopischen Gesellschaft". Das „kontrafaktische" Spezifikum dieser Sozialutopie sind ihre „unbegrenzten Kommunikationskapazitäten", also – mit Luhmann – unbegrenzt in ihrer sozialen, sachlichen und temporalen Dimension: Alle wissen gleichviel über alles und haben unbegrenzt Zeit und Motivation, darüber zu reden, bis sich alle einig sind. Peters sieht in diesem Experiment eine „methodische Fiktion", die nicht nur Fiktion ist: Sie „artikuliert normative Intuitionen, die einen wichtigen Platz in den normativen, moralischen und politischen Konzeptionen unserer Kultur haben." (235) Diese „Intuitionen" seien in modernen Gesellschaften ein „*wirkendes Ideal* für die Gestaltung sozialer Beziehungen." (236) Das Ideal soll als Folie dienen für die Frage, „in welchen Grenzen die soziale Realität überhaupt dem Idealmodell angenähert werden *könnte*." (241) Das Empirische - die „verselbständigte Gesellschaft" – als „Abweichung vom Idealmodell bewußter Vergesellschaftung" (304) wird nicht *nur* als Fehlentwicklung gedeutet, aber doch als Nötigung zur Frage nach „Entwicklungstendenzen" hin zu „mehr »bewußter Kontrolle« der gesellschaftlichen Reproduktion oder zu mehr »Verselbständigung«. Also doch nur Fiktion?"

Ein gerechtes Fazit dieser Arbeit fiele leichter, wenn der Autor sich reflektierter mit der Normativitäts-Problematik im Falle von Gesellschaftstheorie auseinandergesetzt hätte, in Form der Frage, wieviel Normativität sich eine soziologische Theorie beim gegebenen Komplexitäts- und Differenzierungsgrad moderner Gesellschaft noch leisten kann. Gemünzt auf das 'Problem' der Integration könnte das heißen, funktionale Differenzierung zum Ausgangspunkt der Theorie zu nehmen und nicht gegen sie anzurennen. Vielleicht bleibt dann nur noch so etwas wie eine unvermeidlich 'funktionalistische Normativität' der Gesellschaftstheorie übrig. Ein solches Programm könnte zu Aussagen kommen wie: Weil die moderne Gesellschaft auf funktionaler Differenzierung beruht, sollte sie verhindern, daß Geld wissenschaftliche Aussagen 'wahrer' zu machen sucht – weil das nicht im Interesse der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft liegt. Aber schon die 'Steuerung' von Forschungsinteressen durch monetäre Anreize ist ein Sachverhalt, der das Primat funktionaler Differenzierung zwar nicht direkt in Frage stellt, dennoch aber zu permanenten Kontroversen in der Öffentlichkeit Anlaß gibt.

Dieser kleine Exkurs soll das Fazit verdeutlichen, daß normative Ansätze die Wirklichkeit der modernen Gesellschaft nicht erfassen können, wenn sie sich in funktionalistischen Allgemeinheiten oder schlichten Parteinahmen erschöpfen. Kurz: Was die Arbeit von Peters erträglicher gemacht hätte, wäre ein Schuß Kontingenzbewußtsein und eine Prise Ironie.

Gerald Wagner, Berlin

BEWEGUNGSLITERATUR

Dirk Flege: **Der „Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland (VCD)" als Interessenorganisation für ein sozial- und umweltverträgliches Verkehrswesen – eine Fallstudie.**

UVS Verlag: Münster 1992, 119 S.

Auch die Umweltbewegung ist in der Krise. Die Ökologisierung sowohl politischer Entscheidungen wie des Alltags stoßen auf enge Grenzen, die Mobilisierung stagniert, eine Strategiedebatte – wie immer entweder Zeichen für eine Frühphase oder für Krisenerfahrungen – hat begonnen. Nun besteht ja die Ökobewegung in ihren Kernbereichen gar nicht aus Bewegungsorganisationen, legt man einen etwas anspruchsvolleren Begriff zugrunde, sondern aus Verbänden. Diese Ökoverbände sind bisher aber ein Stiefkind sowohl der Verbändeforschung wie des weiten Bereichs, der mit Politischer Ökologie überschrieben wird.

Dirk Flege hat als erster den „Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland" (VCD) nach allen Regeln einer Verbandsanalyse politologisch erschlossen und die Besonderheiten, die sich durch dessen ökologiepolitische Zielsetzung ergeben, sehr gut herausgearbeitet. Untersucht sind Gründungsgeschichte, Mitgliederstruktur und -entwicklung, Finanzen, Organisation, Partizipation, Ideologie, Expertenwissen, Aktionsformen und Strategien, Bündnispolitik usw. Über diese grundlegenden Aspekte hinaus hat Flege insbesondere Formen, Bedingungen und Wirkungen der Öffentlichkeitsarbeit des VCD empirisch vertiefend analysiert. Umfangreiche Dokumentenanalyse und Intensivinterviews waren die wesentlichen Untersuchungsverfahren.

Der VCD hatte es schon deshalb schwer, weil er als Gegenverband zu einem Riesen des deutschen Verbändesystems, den ADAC, antreten mußte. Wie das Schweizer Vorbild (VCS) beruht der VCD auf dem für Umweltverbände neuartigen Zweisäulenprinzip, das die ökologische Zielsetzung mit dem ausgeprägten Dienstleistungssektor eines Automobilclubs kombiniert. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Gründungsgeschichte, die erst im Zusammenwirken von „politischen Unternehmern" und Umweltverbänden (nicht Verkehrsinitiativen!) beim fünften Anlauf erfolgreich war. Die - in der Arbeit nachgezeichnete - Ausprägung des VCD als Dienstleistungsunternehmen und Konsumentenverband ist notwendig, um das wichtigste Ziel, die Durchsetzung einer ökologischen Verkehrspolitik, verfolgen zu können.

Thematische Selbstbegrenzung (der Verband spricht die Menschen in ihrer Rolle als Verkehrsteilnehmer an) und Einbau selektiver Anreize sind zwar realistische Organisationsprinzipien, haben aber die bisherige konstruktive Randstellung des Verbandes nicht verhindern können. Konfliktfähigkeit, zu der es der ADAC aufgrund seiner – politisch mißbrauchten – Massenmitgliedschaft gebracht hat, liegt bisher außerhalb der Reichweite des VCD. Für die Verbreiterung der Mitgliedschaft wie für politische Einflußnahme ist die Öffentlichkeitswirkung des Verbandes von zentraler Bedeutung. Die sorgfältige Auswertung von Stärken und Schwächen interner wie externer Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb ein wichtiger Beitrag der vorliegenden Studie, mit Informationswert auch für thematisch anders orientierte Ökoverbände.

Aufschlußreich sind u.a. auch die Analysen zur Konkurrenz- und Kooperationspraxis im System der Umwelt- und Verkehrsverbände. Dabei zeichnen sich Formen informeller Arbeitsteilung ab, so z.B., wenn dem ADFC die Führungsrolle im Fahrradbereich gelassen, selbst aber das Thema der Bahn akzentuiert wird und die größeren, thematisch breit orientierten Umweltverbände mit dem VCD auf dem Gebiet der Verkehrspolitik nicht konkurrieren.

Solche gut strukturierten, sorgfältig recherchierten und kritisch analysierenden Arbeiten sind notwendig, um die Selbstreflexion der Ökoakteure wie die Politologie der Umweltverbände voranzubringen. In der Krise der Organisation und Durchsetzung ökologischer Interessen ist sowohl über deren Grundlagen wie über Verbesserungen der Praxis von

Ökoverbänden vertieft nachzudenken. Dafür bietet Fleges Buch wichtige Informationen und Anstöße.

Joachim Raschke

Ferdinand Müller-Rommel: **Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen.**

Westdeutscher Verlag, Opladen 1993; S. 246

Wie läßt sich der länderübergreifende Erfolg grüner Parteien in Westeuropa erklären? Worin bestehen die Gemeinsamkeiten, wo liegen die Unterschiede zwischen den „alternativen" Parteigründungen? Welche Ursachen gibt es für ihre zum Teil erheblichen Wahlerfolge? Diese Fragen untersucht Ferdinand Müller-Rommel in seiner 246 Seiten starken Studie. Der Politologe gibt dabei einen umfassenden Überblick über die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse und geht der Frage nach, mit welchen theoretischen Ansätzen die 'Grünen' in Westeuropa bislang analysiert wurden. Die Studie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur ländervergleichenden Parteienforschung.

Müller-Rommel bilanziert die Entwicklungsphasen grüner Parteien in allen westeuropäischen Staaten. Mit Hilfe einer quanitativen und qualitativen Analyse erklärt der Autor die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der „Öko-Parteien" in den verschiedenen Ländern und ermöglicht damit nicht nur eine zutreffendere Typologie von grünen Parteien, sondern liefert gleichzeitig Ergebnisse über sozioökonomische und politische Rahmenbedingungen und Aussagen über die Möglichkeit erfolgreicher „neuer" Parteietablierungen sowie die Innovationsfähigkeit politischer Systeme. Nach einer präzisen und materialreichen Beschreibung grüner Wahlerfolge kommt Müller-Rommel dabei zu interessanten „verallgemeinerungsfähigen" Aussagen. Eine hohe Bevölkerungsdichte, eine niedrige Zahl von Wechselwählern und eine hohe Disproportionalität im Verhältniswahlsystem wirkt sich positiv auf die Wahlchancen der 'Grünen' aus. Dagegen übt der Grad des Umweltbewußtseins – so ein Ergebnis der Studie – keinen entscheidenden Einfluß auf die Wahlergebnisse der „Öko-Parteien" aus. Wichtiger ist die Stärke der neuen sozialen Bewegungen und das Ausmaß des Mißtrauens in die Problemlösungskompetenz der „etablierten" Parteien und der nationalen Parlamente. „Von den parteiinternen Organisationsmerkmalen haben die Flügelkämpfe den stärksten Effekt auf die Wahlergebnisse der Grünen." (S.185)

Müller-Rommel hat sich in seiner Studie lobenswerterweise vor übereilten Parallelen gehütet, Schwierigkeiten und Grenzen der ländervergleichenden Kleinparteienforschung berücksichtigt und auf die zentrale Bedeutung der unterschiedlichen institutionellen und sozioökonomischen Ausprägungen in den einzelnen westeuropäischen Ländern verwiesen, die verantwortlich seien für die divergierenden Wahlerfolge der 'Grünen'. Das Fazit des Parteienforschers lautet daher: „Die Erklärungsstärke der einzelnen Faktoren für die Wahlerfolge Grüner Parteien variieren im Ländervergleich." Daher „konnte kein allein erklärender Faktor für die Wahlerfolge aller Grünen Parteien gefunden werden."(S.196) So richtig und verständlich es jedoch ist, auf die Unterschiede im Ländervergleich hinzuweisen, so muß doch kritisiert werden, daß Müller-Rommel es versäumt, eine zentrale Gemeinsamkeit 'grüner' Parteibildungen deutlich herauszuarbeiten. Daß es solch prägende und für die Gründung 'grüner' Parteien charakteristische Übereinstimmungen geben muß, belegt der Blick über die Grenzen Westeuropas hinaus. Die Tatsache z.B., daß sich in Osteuropa momentan überall „alternative Parteien" mit zum Teil sehr ähnlicher Sozialstruktur ihrer Anhängerschaft konstituieren, belegt diese Annahme und ließe eine ergänzende, ländervergleichende Studie über Gesamteuropa sinnvoll erscheinen.

Andreas Vogtmeier, Hamburg

Annotationen

Grüsse aus Deutschland.

Satiren und Karikaturen gegen rechts.

Verlag Die Werkstatt 140 S.

Wenn es gegen rechts geht, läuft die Gilde politischer Satiriker und Karikaturisten zur Höchstform auf. Zwar warnte einst Tucholsky, Faschismus sei kein Thema für Satire: „Es lohnt nicht – so tief kann man nicht schießen!" Er selber konnte dann doch, weil es eben sein mußte. Und so manches, was ihn zum Schreiben trieb, das läßt auch seine Kollegen von heute nicht ruhen.
Eine erlesene Schar von Zeichnerinnen und Zeichnern ist in diesem Band versammelt: Marie Marcks, Tomi Ungerer, Walter Moers, Klaus Staeck, Horst Haitzinger, Erik Liebermann, Gerhard Mester und viele andere. Sie alle griffen unentgeltlich zum Zeichenstift, um den Diskurs über Biedermänner und Brandstifter um eine Facette zu bereichern: Es geht auch mit Witz. Das trifft, teils heiter-ironisch, teils bitter-sarkastisch, Rechtsradikalismus und neudeutschen Mief wahrscheinlich schärfer und genauer als so manches theorieschwere Sachbuch.
Das Autorenhonorar kommt der Gruppe 'Stopp Rassismus' zugute, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus um überregionale und überparteiliche Zusammenhänge bemüht.

Eike Hennig u.a.: Deutschland von rechts.

Landeszentrale für politische Bildung NRW 1994

In diesem Heft wird versucht, die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe des Rechtsradikalismus im Westen und im Osten der Bundesrepublik aufzuhellen. Es enthält zentrale Passagen aus aktuellen Zeitungsberichten, wissenschaftlichen Analysen, Meinungsumfragen, Verfassungsschutzberichten sowie aus Programmen und Flugblättern rechtsradikaler Parteien und Vereine. Darüber hinaus werden Thesen zum Umgang mit Rechtsradikalen zur Diskussion gestellt.

Thomas Jäger, Dieter Hoffmann (Hrsg.): Demokratie in der Krise?

Zukunft der Demokratie.

Leske+Budrich: Opladen 1994

Die Demokratie in Deutschland steckt in der Krise. Die politische Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung funktioniert nicht mehr. Das Buch spürt nicht nur die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit auf, sondern versucht, Wege für die Zukunft der Demokratie zu finden. Hier wird eine neue demokratische Alternative zu extremrechten Orientierungen gesucht.

Wolfgang Kowalsky/ Wolfgang Schroeder (Hrsg.):

Rechtsextremismus.

Einführung und Forschungsbilanz.

Westdeutscher Verlag: Wiesbaden 1994, 417 S.

Dieser Band bietet einen konzentrierten Überblick der vielfältigen Ursachen und Motive des Rechtsextremismus aus der Perspektive unterschiedlicher, aber sich ergänzender wissenschaftlicher Zugänge (Soziologie, Zeitgeschichte, Pädagogik etc.). Besonders wichtig erscheint es dabei, die aktuellen Phänomene rechtsextremistischen Handelns auch historisch zu verorten: Gibt es eine Kontinuität rechtsextremistischen Gedankengutes und Handelns in Deutschland? Was ist das Neue am Rechtsextremismus nach der deutschen Einheit? Wie steht es um das Verhältnis zwischen nationalem und internationalem Aktionsradius rechtsextremischer Politik? Kurzum: Die Beiträge profilieren ein sowohl historisches und national vergleichendes als auch interdisziplinär erforschtes Bild des Rechtsextremismus.

Uwe Koch: **Das Gewicht der Stimme.**

Die Verteidigung des Nichtwählers.

Rotbuch Verlag: Berlin 1993, 235 S.

Am Wahlsonntag meldet sich das Volk als demokratischer Souverän zu Wort. So jedenfalls will es die bundesrepublikanische Verfassung. Doch was eigentlich bewirkt unsere abgegebene Stimme bei den anstehenden Wahlen 1994? Welchen Einfluß übt sie auf die Besetzung von Regierungsämtern aus? Welche Rolle spielen Wähler bei der politischen Gestaltung des Gemeinwesens? Uwe Koch hat den Weg der Stimme aus der Hand des Wählers in die Weiten der Politik verfolgt. Seine sorgfältige Analyse zeigt, daß zwischen Wählerstimme und Wahlergebnis nur ein lockerer Zusammensetzung besteht, während das Wahlergebnis seinerseits nur von geringer Bedeutung für das tatsächliche Regierungshandeln ist. Nachvollziehbar wird, warum und auf welche Weise die staatliche Politik den Willen ihres Souveräns immer wieder zum Verschwinden bringt. Koch untermauert diesen Befund durch einen Blick auf die Institutionen. Er lehrt, daß die Macht der gewählten Parlamente abgenommen hat zugunsten jener Organe, die jedweder Beeinflussung durch den Wähler entzogen sind. Das Faszinierende an Uwe Kochs alternativer Staatsbürgerkunde ist seine Methode, die Beweislast umzukehren: nicht die Motive des Nichtwählers werden befragt; vielmehr stellt das Buch „unsere gewohnheitsmäßige Beteiligung an Wahlen auf den Prüfstand der Vernunft."

Jyrki Käkönen: **Green Security or Militarized Environment.**

Dartmouth Publishing Company: Hampshire 1994, 216pp.

The book discusses the different aspects of the relation between the military and the environment. The discussion is related to the changing concept of security. During the last years of the Cold War security was already associated with economic and environmental issues. This has given a chance to the military to extend its activities to the field of environmental protection, cleaning and conservation. This is a way for the military to adapt themselves into the post Cold War realities, but it raises a question about the militarization of environmental problems.

Aktuelle Bibliographie

Alderman, Geoffrey (Ed.) 1993: Governments, Ethnic Groups and Political Representation. Dartmouth Publishing Company: Hampshire

Bade, Klaus J. 1994: Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen. Klartext: Essen

Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Rotbuch: Berlin

Barrios, Harald/Nohlen, Dieter (Hrsg.) 1994: Traditionen und Strukturprobleme politischer Repräsentation in Lateinamerika und in der Karibik. Leske+Budrich: Opladen

Bartels, Hans-Peter/Kerssenbrock, Trutz Graf 1994: Abgewählt. Wie den Parteien das Volk abhanden kam. ECON: Düsseldorf

Baumgärtl, Tilman/BüroBert 1993: 'Copyshop. Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit. Ein Sampler'. Edition ID-Archiv: Berlin

Behrendt, Siegfried/Kreibich, Rolf 1994: Die Mobilität von Morgen. Umwelt- und Verkehrsentlastung in den Städten. Beltz: Weinheim/Basel

BEWEGUNGSLITERATUR

Belschner, Wilfried/Grubitzsch, Siegfried/Müller-Doohm, Stefan/Lesczynski, Christian (Hrsg.) 1994: Wem gehört die Heimat? Beiträge der politischen Psychologie zu einem umstrittenen Phänomen. Leske+Budrich: Opladen

Beyme, Klaus von 1994: Transformationstheorie – ein neuer interdisziplinärer Forschungszweig?, in: Geschichte und Gesellschaft, Vol. 20, 99-118

Bittermann, Klaus/Henschel, Gerhard 1994: Das Wörterbuch des Gutmenschen. Zur Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache. Edition Tiamat

Boccia, Giorgio 1994: Verfilzt und vergiftet. Ein Land in den Fängen der Mafia. Europaverlag: Wien

Böhnisch, Lothar 1994: Gespaltene Normalität. Neue soziale und pädagogische Verständigungen an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Juventa: Weinheim

Böhret, Carl/Wewer, Göttrik 1994: Regieren im 21. Jahrhundert. Zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Leske+Budrich: Opladen

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) 1994: Jugend und AIDS. Eine Dokumentation anläßlich der Tagung 'Jugend und AIDS' am 30. November 1992 in Bonn. Nomos: Baden-Baden

Canning, Kathleen 1994: Feminist History after the Linguistic Turn: Historicizing Discourse and Experience, in: Signs, Vol. 18, No. 2, 368-404

Die Grünen im Europäischen Parlament (Hrsg.) 1994: Grüne im Europäischen Parlament. Hoffnungsträger für eine ökologische Wende. ISBN 3-7638-0327-0

Elvert, Jürgen/Salewski, Michael (Hrsg.) 1993: Der Umbruch in Osteuropa. Franz Steiner Verlag: Stuttgart

Fest, Joachim 1994: Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft. Siedler

Flieger, Burghard/Nicolaisen, Bernd/Schwendter, Rolf (Hrsg.) 1994: 'Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte. Theorie-Beispiele-Hilfen'. München

Frankenberg, Günter (Hrsg.) 1994: Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Fischer: Frankfurt/M

Friedberg, Erhard 1994: Le pouvoir et la règle. Dynamiques de l'action organisée, in: revue francaise de sociologie, XXXV-1, 129-133

Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.) 1994: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden

Glaeßner, Gert-Joachim 1994: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden

Glaser, James M. 1994: Back to the Black Belt: Racial Environment and White Racial Attitudes in the South, in: The Journal of Politics, No. 1, 21-41

Grafe, Peter 1994: Wahlkampf. Eichborn: Frankfurt/M

Griffin, Roger 1994: Integration and identification: conflicting aspects of the human need for self-transcendence within ideological communities, in: History of European Ideas, Vol. 18, No. 1, 11-24

Guggenberger, Bernd/Meier, Andreas (Hrsg.) 1994: Der Souverän auf der Nebenbühne. Essays und Zwischenrufe zur deutschen Verfassungsdiskussion. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden

Hadler, Antje/Domsch, Michel E. 1994: Frauen auf dem Weg in Spitzenpositionen der Wirtschaft? Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschehen B 6/94

Hanesch, Walter u.a. 1994: Armut in Deutschland. Rowohlt: Berlin

Harris, Frederick 1994: Something Within: Religion as a Mobilizer of African-American Political Activism, in: The Journal of Politics, No. 1, 42-68

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 1994: Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf

fremdenfeindliche Gewalt, Rechtsextremismus und ethnisch-kulturelle Konflikte. edition suhrkamp: Frankfurt

Hillebrand, Ernst 1994: Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika, in: Politik und Gesellschaft, Heft 1

Hitzler, Ronald/Honer, Anne/ Maeder, Christoph (Hrsg.) 1994: Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Westdeutscher Verlag: Opladen

Hoffmann, Reiner/Kluge, Norbert/Linne, Gudrun/Mezger, Erika (Hrsg.) 1994: Problemstart: Politischer und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Bund-Verlag: Köln

Hoffmann, Reiner/Mückenberger (Hrsg.) 1994: Die Wahrheit der Träume. 1968 und heute – ein Kaleidoskop. Westfälisches Dampfboot

Immerfall, Stefan 1994: Bindung und Selbstbestimmung. Anmerkungen zur Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte, in: liberal, No. 1, 85-92

Jahrbuch Frieden 1994. Konflikte Abrüstung Friedensarbeit. Beck: München

Jäger, Thomas/Hoffmann, Dieter (Hrsg.) 1994: Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie. Leske+Budrich: Opladen

Kobach, Kris 1993: Recent Development in Swiss Direct Democracy, in: Electoral Studies, Vol. 12, No. 4, 342-365

Koch, Max 1994: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Theoretische Diskussion und empirische Analyse. Westfälisches Dampfboot

Kozicki, Norbert 1994: Aufbruch im Revier. 1968 und die Folgen. Klartext: Essen

Kreckel, Reinhard 1994: Soziale Integration und nationale Identität, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 1, 13-20

Kretschmann, Ulrike 1993: Das Vergewaltigungstrauma. Krisenintervention und Therapie mit vergewaltigten Frauen. Westfälisches Dampfboot

Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/ West, Klaus-W. (Hrsg.) 1994: Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz. Bund-Verlag: Köln

Kymlicka, Will/Norman, Wayne 1994: Return to the Citizen: A Survey of recent Work in Citizenship Theory, in: Ethics, Vol. 104, No. 2, 352-381

Lenk, Kurt 1994: Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus. Nomos: Baden-Baden

Lepszy, Norbert: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, in: Die Öffentliche Meinung 12/93

Levada, Iouri 1993: La Russie d'ahjourd'hui entre la mobilisation politique et l'apathie totale. Quelques paradoxes de l'an 1993, Cahiers Internationeaux de Sociologie XIV, 389-402

Lindemann, Gesa/Wobbe, Theresa (Hrsg.) 1994: Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht. edition suhrkamp: Frankfurt/M

Lübbe, Hermann 1994: Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es niemals geben. Siedler

Meckel, Markus/Gutzeit, Martin 1994: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Bund-Verlag: Köln

Melcic, Dunja 1994: Communication and National Identity: Croatian and Serbian, in: Praxis International, Vol. 13, No. 1, 354-372

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) 1994: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. Leske+Budrich: Opladen

Meyer, Heinz-Werner (Hrsg.) 1994: Aufbrüche - Anstöße. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften. Bd. 1. Bund-Verlag: Köln

Meyer, Thomas 1994: Die Transformation des Politischen. edition suhrkamp: Frankfurt/M

Meyer, Thomas/Scherer, Klaus-Jürgen/Zöpel, Christoph 1994: Parteien in der Defensive. Hat die Parteiendemokratie Zukunft? Bund-Verlag: Köln

Müller, Siegfried/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) 1994: Fremde und Andere in Deutschland. Nachdenken über das Einverleiben, Einebnen, Ausgrenzen. Leske + Budrich: Opladen

Mutz, Gerd u.a. 1994: Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindusriellen Arbeitslosigkeit. Leske+Budrich: Opladen

Nassmacher, Hiltrud/Niedermayer, Oskar/Wollmann, Hellmut 1994: Politische Strukturen im Umbruch. Akademie Verlag: Berlin

Neidhardt, Friedhelm 1994: Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft, in: **Zapf, Wolfgang/Dierkes, Meinolf (Hrsg.)**: Institutionenvergleich und Institutionendynamik. WZB-Jahrbuch. edition sigma: Berlin 39-56

'Netzwerk Soziokultur' 1994: Arbeitshilfen, Soziokultur. Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. Essen

Niepel, Gabriele 1994: Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung alleinerziehender Frauen. Eine empirische Studie. Leske+Budrich: Opladen

Niess, Frank 1994: Eine Welt oder keine. Vom Nationalismus zur globalen Politik. Piper: München

Ohlemacher, Thomas 1993: Bevölkerungsmeinung und Gewalt gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland – Empirische Anmerkungen zu einem unklaren Verhältnis. Wissenschaftszentrum Berlin FS III 93-104

Paxton George, Kathryn 1994: Should Feminists Be Vegetarians?, in: Signs, Vol. 18, No. 2, 405-434

Pfaffenberger, Hans/Chassé, Karl August (Hrsg.) 1993: Armut im ländlichen Raum. Sozialpolitische und sozialpädagogische Perspektiven und Lösungsversuche. LIT Verlag: Münster-Hamburg

Pohrt, Wolfgang 1993: Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand. Klaus Bittermann Verlag: Berlin

Pollack, Detlef 1994: Politischer Protest – Politisch-alternative Gruppen in der DDR. Leske + Budrich: Opladen

Probst, Lothar (Hrsg.) 1994: Kursbestimmung: Bündnis 90/ Grüne. Eckpunkte künftiger Politik. Bund-Verlag: Köln

pro morgen. Magazin für eine menschliche Zukunft. Forum für realistische Gesellschafts-, Wirtschafts- und ökopolitische Ideen. No.2

Pühl, Katharina (Redaktion) 1994: Geschlechterverhälktnisse und Politik. Gender Studies. edition suhrkamp: Frankfurt/M

Pusch, Luise F. (Hrsg.) 1994: Handbuch für Wahnsinnsfrauen. suhrkamp taschenbuch: Frankfurt/M

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Bund-Verlag: Köln

Roth, Roland/Wollmann, Hellmut (Hrsg.) 1994: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Leske+Budrich: Opladen

Rucht, Dieter 1993: 'Think globally, act locally'? Needs, forms and problems of cross-national cooperation among environmental groups, in: **Lieffering, J. Duncan/Lowe, Philip/Mol, Arthur P. (Ed.)**: European Integration and Environmental Policy. Belhaven Press: London/New York 75-95

Rucht, Dieter 1994: The Anti-Nuclear Power Movement and the State in France, in: **Flam, Helena (Ed.)** States and Anti-Nuclear Movements. Edinburgh University Press: Edinburgh 229-262

Rusconi, Gian Enrico 1994: Die Nation als Ineressengemeinschaft? Zur Herausforderung der Lega in Italien, in: Merkur, 48. Jg., Heft 1, 15-25

Sandschneider, Eberhard 1994: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Leske+Budrich: Opladen

BEWEGUNGSLITERATUR

Sarkowicz, Hans 1994: Rechte Geschäfte. Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleißner. Eichborn: Frankfurt/M

Schacht, Konrad/Leif, Thomas/ Janssen, Hannelore (Hrsg.) 1994: Hilflos gegen Rechtsextremismus? Bund Verlag: Köln

Schäfer, Ingeborg Eleonore 1994: Bürokratische Macht und demokratische Gesellschaft. Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen – ein internationaler Vergleich. Leske+Budrich: Opladen

Schier, Peter/Cremerius, Ruth/ Fischer, Doris 1993: 'Studentenprotest und Repression in China April-Juni 1989'. Institut für Asienkunde Hamburg

Schmitt-Beck, Rüdiger 1993: Interpersonale Kommunikation und Massenkommunikation als Instanzen der Politikvermittlung: Aspekte der Theorieentwicklung und empirische Profile deutscher und amerikanischer Wähler, in: ÖZP, Heft 4, 445-462

Schmitz, Heinz-Gerald 1994: Macht, Moral und Gewalt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Heft 1, 29-51

Schneider, Eberhard 1994: Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland. Bund-Verlag: Köln

Seidel-Pielen/Farin, Klaus 1994: Die Scharfmacher. Schauplatz Innere Sicherheit. Rotbuch: Berlin

Semler, Christian/Reichenbach, Thomas 1994: 'Die Demokratiebewegung in China', in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg

Sieber u.a. 1994: Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU/CSU? Verlag Die Werkstatt

Schmid, Josef/Löbler, Frank/ Tiemann, Heinrich (Hrsg.) 1994: Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden. Berichte aus den neuen Ländern. Metropolis-Verlag: Marburg

Stiftung Mitarbeit 1994: Politik jenseits der Parteien. Organisationen und Bürger/innenbewegungen für Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Dritte Welt. ISBN 3-928053-31-0

Street, John 1994: Political Culture – from Civic Culture to Mass Culture, in: Brtisch Journal of Political Science, Vol. 24, Part 1, 95-114

Subner, Martina: Von wegen Stillstand! Alte in Deutschland. Dietz: Bonn 1994

Szepansky, Gerda 1994: Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR. Fischer: Frankfurt/M

Terkel, Studs 1994: Die sind einfach anders. Die Angst vor der anderen Hautfarbe – der alltägliche Rassismus in Amerika. Europaverlag: Wien

Textor, Martin R. (Hrsg.) 1994: Allgemeiner Sozialdienst. Ein Handbuch für sozialen Berufe. Beltz: München

Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard (Hrsg.): Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen. Bund-Verlag: Köln 1994

Ulrich, Günter 1994: Politische Steuerung. Staatliche Intervention aus systemtheoretischer Sicht. Leske+Budrich: Opladen

Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.) 1994: Soziale Milieus in der Wende. Ostdeutschland zwischen Tradition und Modernisierung. Bund Verlag: Köln

Wehler, Hans-Ulrich 1994: Die späten Kosten der Realisierung schöner Utopien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2, 65-77

Wilhelm, Sighard 1994: Umweltpolitik – Bilanz, Probleme, Zukunft. Leske-Budrich: Opladen

Zahlmann, Christel (Hrsg.) 1994: Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Rotbuch: Berlin

ABSTRACTS

Reinhart Kößler: „Theory of development between particular diagnosis and global problems", FJ NSB 3/94, pp. 17-31

Political theory had to accept the notion that an unchanged perpetuation both of development theory and of a third world movement is no lon,ger productive since the collapse of the Eastern block also had repercussions on what had been called „third World". The global dimensions of the debts of the poor countries, of ecology and of population growth point at the concept of „One World"; strategies of separate development (theories of dependence) and concepts of late development are no longer plausible. The restrict and external, hierarchical relationsi at considers the connection of different regions where development takes place in a different speed. Global conditions and the needs of co-evolving, different forms of modern society should play an important role in future discussions.

Rolf Bräuer: „Between provincialism and global approach – Western German Third World Movement in the 80s and 90s", FJ NSB 3/94, pp. 32-48

The essay traces the history of several initiatives that cooperate in the „Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO). The emphasis lies upon the phases of mobilisation resp. those of demobilisation. The high-time of mobilisation in the past can not be regarded as „normal" for the movements. However, the specific character of the topic „third World" implies very specific initiatives, and mobilisatidn in general is complicated. The future of the Third World Movement cal.ls for a change in its thematic approach as well as in its internal structure.

Malte Letz: „Nothing new in the East? East German solidarity groups before and after 1989", FJ NSB 3/94, pp. 49-62

German unification had a double impact on the Third World Movement. On the one hand the focus of public awareness has shifted towards the problems of Eastern Europe; on the other hand the solidarity groups of the former GDR are now part of the third world scene of the West. In this essay the different phases of the East German Third World Movement are outlined. The radical changes in their own country, the illusions of the unification process and the following disillusions are also to be found in the solidarity groups. The differences between East and West German groups are investigated. The author stresses that the crisis of the Third World Movement can only be overcome by putting forward a new development program for the North.

Michael Bommes/Michael Heuer: „'Third World Movement'– What kind of a movement?!", FJ NSB 3/94, pp. 63-75

The essay discusses the Third world Movement in the context of the findings of movements research. The Third World Movement keeps its continuity by a specific form of communication: with the help of a general notion of equality and justice very diverse aspects can be taken up, such as the solidarity with liberation movements and questions of ecology. Furthermore, the Third World Movement has as counterpart the Ministry for Economic Cooperation and Development and several non-governmental

organisations (NG0s), so that it can address its protest against the failures of politics that miss the aim of equality and justice.

Michael Windfuhr: „The question of human rights as a ´blind point´of the Third World Movement, FJ NSB 3/94, pp. 76-89

The author examines the widespread accusations of the Third World Movement showing merely a tectical relationship towards the questions of human rights. The strained relation between solidarity work and the engagement for human rights is discussed along the recent debates of sovereignty, involvement and conditionality. Different agents (governments, movements, NGOs) havle different points of view. Possibilities of a universal politics of human rights are investigated, a new perspective for the Third World Movement.

Ingrid Spiller: „ The feminist discussion of population politics", FJ NSB 3/94 pp. 90-98

The rapid worldwide growth of populat;ion is examined from a feminist perspective. Spiller criticizes the dominant discourse of population politics; it is characterized by gender specific programs, f.e. by the choice of certain contraceptives in population control programs. The international women's movement is not unanimous towards feminist arguments. Women of the South f.e. are opposed to the call for „reproductive rights" put forward by feminists of the North. The discussion of populati . on politics is exemplary for feminist Third World initiatives. The dominant male majority is strongly in favour of a technocratic population policy, while the female critics are answering from a grass roots perspective.

Michael Bommes/Albert Scherr: „Migration and the Third World Movement", FJ NSB 3/94, pp. 99-112

How are problems of migration discussed by the Third World Movement? The authors point at a crucial dilemma of the movement: it has to mobilize people against conditions of international inequality, whilst most of the people in the North are benefiting from it. Thus the production of moral concern is esssential. However, to attain this aim the Third World Movement often recurs on discursive patterns well known from official statements, such as „streams of refugees", „fortress Europe" etc. The authors show that such analytical patterns can obstruct a factual thematization of migration, and also the development of political strategies to coordinate the global problem of refugees.

NEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!

Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Wohnungsnot sind die vorherrschenden Themen im Wahljahr. Manche Politiker machen dafür Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler verantwortlich.

In der Bevölkerung verbreitet sich die Angst vor Fremden. Eine kleine Minderheit nutzt solche Stimmungen aus, um mit Gewalt gegen Fremde vorzugehen. Das hat in unserer Geschichte schon einmal in die Katastrophe geführt.

Wir bitten die Verantwortlichen in der Politik:
Verhindern Sie, daß fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen zum Stimmenfang mißbraucht werden.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger:
Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Geben Sie Ihre Stimme keinen Politikern und keiner politischen Partei, die mit Angst vor Fremden Stimmen zu gewinnen versuchen.

Erstunterzeichnende: Präses Peter Beier, Ev. Kirche im Rheinland • Egidius Braun, Deutscher Fußballbund • Ignatz Bubis, Zentralrat der Juden in Deutschland • Renan Demirkan, Schauspielerin • Prof. Jürgen Flimm, Thalia Theater Hamburg • Gerhild Frasch, Ev. Frauenarbeit in Deutschland • Hermann Freudenberg, Freudenberg Stiftung • Kurt van Haaren, Deutsche Postgewerkschaft • Hans Hansen, Deutscher Sportbund • Bischöfin Maria Jepsen, Hamburg • Yilmaz Karahasan, IG Metall • Bischof Dr. Hans Christian Knuth, Schleswig • Bischof Karl Ludwig Kohlwage, Lübeck • Karlheinz Koppe, Pax Christi • Dr. Hanna Renate Laurien, Berlin • Präses Hans Martin Linnemann, Ev. Kirche von Westfalen • Hermann Lutz, Gewerkschaft der Polizei • Heinz-Werner Meyer, DGB • Karl Nothof, Katholische Arbeitnehmerbewegung • Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Universität Rostock • Werner Radatz, Mitglied des Rates der EKD • Jochen Richert, DGB • Friedrich Schorlemmer, Wittenberg • Prof. Dr. Faruk Sen, Essen • Ulrich Wickert, Moderator der "Tagesthemen" • Dr. Carola Wolf, Fulda • Prof. Diethard Wucher, Deutscher Kulturrat • Dr. Dieter Wunder, GEW

Ich unterstütze diesen Aufruf:

Name, Vorname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift
1.			
2.			
3.			

Spendenkonto: Förderverein PRO ASYL e.V. – Stichwort "Nein zu Fremdenfeindlichkeit" – Konto-Nr. 380 900 608, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Dieser Aufruf wurde erarbeitet von: DGB Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer; Interkultureller Beauftragter der Ev. Kirche in Hessen-Nassau; PRO ASYL, bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge.

Bitte zurücksenden an: PRO ASYL, Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt/Main

Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik

Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert

Herausgegeben von **Knut Wolfgang Nörr / Bertram Schefold / Friedrich Tenbruck**

1994. 452 Seiten. Geb. DM 96,–

Aus dem Inhalt: K. Acham: „Kollektivismus" als Problem der Soziologie im dt. Sprach-Kulturraum nach dem Ersten Weltkrieg — **J. G. Backhaus:** Wirtschaftsverfassung und Ordnungspolitische Grundvorstellungen im nationalökon. Denken der 20er Jahre — **M. Bock:** Die Entwicklung der Soziologie und die Krise der Geisteswissenschaften in den 20er Jahren — **K. Häuser:** Das Ende der historischen Schule und die Ambiguität der dt. Nationalökonomie in den 20er Jahren — **E. Heuss:** Die Wirtschaftstheorie in Deutschland während der 20er Jahre — **R. Knoll:** Die Sozialwissenschaften in den 20er Jahren — **V. Kruse:** Historisch-soziologische Zeitdiagnostik der 20er Jahre — **K. R. Leube:** Zur methodolog. Position der österr. Schule der Nationalökonomie innerhalb der Geisteswissenschaften in den 20er Jahren — **W. März:** Der Richtungs- und Methodenstreit der Staatsrechtslehre, oder der staatsrechtliche Antipositivismus — **K. W. Nörr:** Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im jurist. Denken vor und nach dem Ersten Weltkrieg — **J. Rückert:** Richtertum als Organ des Rechtsgeistes — **B. Schefold:** Nationalökonomie und Kulturwissenschaften — **P. Schneider:** Geisteswissenschaften in den 20er Jahren — **J. Schröder:** Kollektivistische Theorien und Privatrecht in der Weimarer Republik — **F. Tenbruck:** Wie kann man die Geschichte der Sozialwissenschaft in den 20er Jahren schreiben?

Migration im Neuen Europa

Herausgegeben von **Manfred Knapp**

1994. 180 Seiten (Internationale Beziehungen, Band 5). Kart. DM 68,–

In diesem fünften Band des interdisziplinären Studienkreises Internationale Politik werden die wichtigsten Aspekte der Migration im neuen Europa aus der fachlichen Perspektive verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen eingehend untersucht. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Fragen nach den Ursachen, den Dimensionen und Auswirkungen sowie nach den Steuerungsmöglichkeiten der Migration im neuen Europa.

Konzepte europäischer Friedensordnungen

Herausgegeben von **Manfred Knapp**

1992. 199 Seiten (Internationale Beziehungen, Band 4). Kart. DM 68,–

Die in diesem Band enthaltenen Aufsätze behandeln aus der fachlichen Perspektive verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen ausgewählte Problembereiche des Umbruchs der überkommenen Nachkriegsordnung in Europa nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation. Das Hauptaugenmerk ist dabei auf die denkbare Entwicklung und Ausgestaltung einer möglichst alle Staaten und Völker Europas umfassenden Neuordnung gerichtet.

Franz Steiner Verlag Stuttgart

Postfach 10 10 61 — D-70009 Stuttgart

Preisänderungen vorbehalten

Neu im Programm Politikwissenschaft

Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hrsg.)

Parteien und Wähler im Umbruch

Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern

1994. 353 S. Kart.
DM 54,–/öS 421,–/SFr 54,–
ISBN 3-531-12648-2

Mit diesem Band wird erstmals eine umfassende und detaillierte Analyse der dramatischen Wandlungsprozesse im Parteiensystem und Wählerverhalten der heutigen neuen Bundesländer von der Wende in der ehemaligen DDR 1989 bis in die neueste Zeit hinein vorgelegt. Im Anschluß an eine übergreifende Analyse der Parteiensystementwicklung werden in Einzelkapiteln alle relevanten Parteimitgliederstudien vorgestellt. Auf der Wählerebene ergänzen Untersuchungen zu allgemeinen politischen Einstellungen und insbesondere zum Rechtsextremismus die flächendeckenden bzw. regionalspezifischen Wahlverhaltensanalysen.

Anne Katrin Flohr

Fremdenfeindlichkeit

Biosoziale Grundlagen von Ethnozentrismus

1994. 271 S.
(Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 124) Kart.
DM 46,–/öS 359,–/SFr 46,–
ISBN 3-531-12576-1

Ethnische Konflikte zählen zu den bedrückendsten Problemen unserer Zeit. Über die Ursachen von Ethnozentrismus weiß die Wissenschaft aber noch wenig. Aus der Perspektive Politischer Anthropologie leistet dieses Buch einen beachtlichen Beitrag zur Grundlagenforschung. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach den natürlichen Wurzeln der ethnozentrischen Verhaltensneigung. Diese wird in ihrem Kern als Ausweitung von Nepotismus bestimmt, der selbst wiederum Ausdruck des Strebens nach Gesamtfitness ist.

Reinhard Stockmann

Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten

Eine Methode zur Evaluierung am Beispiel von Berufsbildungsprojekten

2., durchges. Aufl. 1993. 224 S. Kart.
DM 36,–/öS 281,–/SFr 36,–
ISBN 3-531-12404-8

Die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern wird immer größer. Allein mit Entwicklungshilfe ist dieses Problem nicht zu lösen. Immer wieder gerät die Entwicklungszusammenarbeit ins Kreuzfeuer der Kritik. Die negativen Beispiele sorgen für Schlagzeilen und erwecken den Eindruck, die Hilfe bleibe bestenfalls wirkungslos oder schade gar. Ein differenziertes Bild der Entwicklungspolitik fehlt, und ihre Resultate sind zu wenig untersucht. Diese Arbeit ist die erste systematische, wissenschaftliche Analyse der Nachhaltigkeit von Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Mit einem eigens dafür entwickelten Evaluationsinstrument wurden abgeschlossene Vorhaben der beruflichen Bildung in Lateinamerika vergleichend untersucht.

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

DUV Deutscher Universitäts Verlag
GABLER · VIEWEG · WESTDEUTSCHER VERLAG

Herbert Effinger

Individualisierung und neue Formen der Kooperation

Bedingungen und Wandel alternativer Arbeits- und Angebotsformen

1990. 387 Seiten, 115 Abb. und Tab.,
Broschur DM 72,—/ÖS 562,—/SFr 72,—
ISBN 3-8244-4068-7

Die ehemals als alternativ bezeichneten Projekte und Betriebe mit ihren kollektiv-egalitären Sozialutopien haben sich gewandelt. Die Studie untersucht die Wandlungen und Chancen.

Christoph Görg

Neue Soziale Bewegungen und Kritische Theorie

Eine Aufarbeitung gesellschaftstheoretischer Erklärungsansätze

1992. 275 Seiten,
Broschur DM 49,—/ÖS 382,—/SFr 49,—
ISBN 3-8244-4100-4

In dieser Arbeit wird versucht, eine der geschichtlichen Situation gemäße Verhältnisbestimmung von sozialem Protest und theoretischer Kritik in der Tradition dialektischer Gesellschaftstheorie zu entwickeln.

Tibor Kliment

Kernkraftprotest und Medienreaktionen

Deutungsmuster einer Widerstandsbewegung und öffentliche Rezeption

1994. XII, 506 Seiten, 39 Abb., 79 Tab.,
Broschur DM 79,—/ÖS 616,—/SFr 79,—
ISBN 3-8244-4155-1

Am Beispiel des Anti-AKW-Protests wird gezeigt, daß die Vielfalt der Deutungsmuster innerhalb einer Bewegung durch die Massenmedien nur in Ausschnitten rezipiert wird.

Thomas König

Entscheidungen im Politiknetzwerk

Der Einfluß von Organisationen auf die arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung in den 80er Jahren

1992. 259 Seiten, 4 Abb., 27 Tab.,
Broschur DM 49,—/ÖS 382,—/SFr 49,—
ISBN 3-8244-4095-4

Diese Policy-Netzwerk-Studie behandelt das Zustandekommen von kollektiven Entscheidungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Politik wird als Resultat eines Interaktions- oder Einflußprozesses privater und staatlicher Akteure angesehen.

Roland Kollert

Die Politik der latenten Proliferation

Militärische Nutzung „friedlicher" Kerntechnik in Westeuropa

1994. 551 Seiten, 15 Abb. und Tab.,
Broschur DM 86,—/ÖS 671,—/SFr 86,—
ISBN 3-8244-4156-X

„Diese Studie demonstriert ausgezeichnet und einzigartig, welche Wirkung das militärische Streben nach Atomwaffen auf den Bau von Atomkraftwerken hatte."

Ellen Matthies

Umweltproblem „Müll"

Eine psychologische Analyse ost- und westdeutscher Sichtweisen

1994. 285 Seiten, 32 Abb., 47 Tab.,
Broschur DM 54,—/ÖS 421,—/SFr 54,—
ISBN 3-8244-4160-8

Die Autorin des Buches betrachtet die Überzeugungen zum Müllproblem, z. B. Annahmen über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, als sozial vermittelt und gleichzeitig als individuell handlungswirksam.

Die Bücher erhalten sie in Ihrer Buchhandlung. Informationen über unser Verlagsprogramm schicken wir Ihnen gerne zu: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH, Postfach 30 09 44, D-51338 Leverkusen.

Aktuelle Neuerscheinungen

Harald A. Mieg

Verantwortung

Moralische Motivation und die Bewältigung sozialer Komplexität

1994. 231 S. Kart.
DM 42,–/öS 328,–/SFr 42,–
ISBN 3-531-12631-8

Faßt man Verantwortung als eine konkrete zwischenmenschliche Leistung auf, so zeigt sich: Verantwortung ist eine Funktion der Art und des Ausmaßes sozialer Reflexion der betroffenen Personen. Die Experimente und sozial-psychologischen Studien, die in diesem Buch vorgestellt werden, vermitteln einen Einblick in die soziale Wirklichkeit von Moral – d.h. in die Wirklichkeit von Autonomie, Fiktion der Gerechtigkeit und menschlichen Situationsdefinitionen.

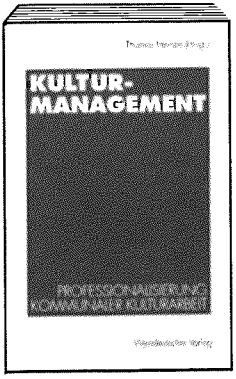
Frank Benseler / Bettina Blanck / Rainer Greshoff / Werner Loh

Alternativer Umgang mit Alternativen

Aufsätze zu Philosophie und Sozialwissenschaften

1994. 287 S. Kart.
DM 49,–/öS 382,–/SFr 49,–
ISBN 3-531-12647-4

In den Kulturwissenschaften ist kontroverse Meinungsvielfalt normal. Nach wie vor stellt es ein grundsätzliches Forschungsproblem dar, unter dieser Vielfalt methodisch geleitet und verantwortbar entscheiden zu können. Die Arbeiten dieses Bandes sind vor dem Hintergrund der Idee eines erwägungsorientierten Forschungsansatzes zu verstehen. Das Themenspektrum reicht von wissenschaftlicher Kommunikation über Dezision in den Wissenschaften, nicht-patriarchaler Wissenschaft, dem psychophysischen Problem, Theoriebildung und Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften, erwägender Vernunft, Kant-Forschungen und Aussagenlogik bis zur Diskussion der evolutionären Ethik.



Thomas Heinze (Hrsg.)

Kulturmanagement

Professionalisierung kommunaler Kulturarbeit

1994. 284 S. Kart.
DM 44,–/öS 343,–/SFr 44,–
ISBN 3-531-12615-6

Angesichts der wirtschaftlichen Rezession, die zunehmend alle Bereiche des Kulturlebens erfaßt, präsentiert dieser aus einem internationalen Symposium hervorgegangene Band Perspektiven, Strategien und Modelle zur Professionalisierung kommunaler Kulturarbeit. Gefordert wird der Typ des professionellen Kulturarbeiters (Kulturmanagers), der strategisches Denken und kommunikative Kompetenzen verbindet, als „Grenzgänger" zwischen unterschiedlichen Sprach- und Sinnwelten vermittelt sowie die Fähigkeit des „Magiers" entwickeln kann, d.h., Kunst zu fördern und kulturelle Entwicklungsprozesse zu aktivieren, ohne deren Autonomie zu zerstören.

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft

28 Dieter Rehfeld
Neustrukturierung der Deutschen Bundespost
Ansätze für eine Controllingkonzeption unter Berücksichtigung der Instrumentalfunktion der DBP in der sozialen Marktwirtschaft
150 S. 1990 ⟨3-428-07003-8⟩
DM 68,– / öS 531,– / sFr 68,–

29 Reiner Selbach
Die Kreditgenossenschaften im Wettbewerb der Bankengruppen
320 S. 1991 ⟨3-428-07202-2⟩
DM 132,– / öS 1.030,– / sFr 132,–

30 Michael Heister
Gottlieb Duttweiler als Handels- und Genossenschaftspionier
Vom eigennutzorientierten Großhändler zum gemeinwohlorientierten Genossenschafter
292 S. 1991 ⟨3-428-07180-8⟩
DM 98,– / öS 765,– / sFr 98,–

31 Claus Recktenwald
Der Stufenverbund der ländlichen Warengenossenschaften in der Fusionskontrolle
XIV, 170 S. 1991 ⟨3-428-07203-0⟩
DM 78,– / öS 609,– / sFr 78,–

32 Rolf W. Nagel
Die Transformation der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) als morphologisch-typologisches Problem
XX, 341 S. 1992 ⟨3-428-07539-0⟩
DM 118,– / öS 921,– / sFr 118,–

Band 33

Perversion einer Idee

Die Dienstbarkeit der Genossenschaftstheorie für das Konzept des Staatssozialismus

Von

Tode Todev, Gerhard Rönnebeck, Johann Brazda

232 S. 1994 ⟨3-428-08071-8⟩
DM 128,– / öS 999,– / sFr 128,–

Das Genossenschaftswesen hat in der ehemaligen Sowjetunion und in der Folge in den Ländern des „realen Sozialismus" eine machtpolitisch begründete Deformation durchgemacht. Die Genossenschaften, insbesondere die Konsum- und Produktionsgenossenschaften, wurden zu rein verwaltungswirtschaftlichen Einrichtungen transformiert.

Ziel dieser historischen Aufarbeitung ist es, Argumente dafür zu finden, daß der Mißbrauch des Genossenschaftsgedankens während der „realsozialistischen Entwicklung" noch lange kein ausreichender Grund für eine genossenschaftsfeindliche und mancherorts bereits genossenschaftsvernichtende Politik im Transformationsprozeß zur Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa sein kann.

Duncker & Humblot · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (030) 79000631

Aktuelle Neuerscheinungen

Josef Schmid (Hrsg.)

Bevölkerung – Umwelt – Entwicklung

Eine humanökologische Perspektive

1994. 196 S. Kart.
DM 38,–/öS 297,–/SFr 38,–
ISBN 3-531-12659-8

In dem Bestreben der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie, immer mehr Bereiche für ihren interdisziplinären Denkansatz zu öffnen und ihre Methode für die Analyse und Lösung globaler Probleme nutzbar zu machen, leistet dieser nunmehr dritte Sammelband einen weiteren wichtigen Beitrag. Neben grundlegenden Untersuchungen, welche die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Umweltbedingungen beschreiben und erklären, stehen vor allem anwendungsbezogene Themen aus Epidemiologie und Entwicklungspolitik im Vordergrund.

Karl-Heinz Reuband

Soziale Determinanten des Drogengebrauchs

Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Gebrauchs weicher Drogen in der Bundesrepublik Deutschland

1994. 346 S. Kart.
DM 59,–/öS 460,–/SFr 59,–
ISBN 3-531-12584-2

Der Drogengebrauch Jugendlicher – insbesondere von Cannabis – ist weniger eine Reaktion auf ungelöste individuelle Problemlagen als vielmehr ein Akt von Konformität gegenüber den Alltagsnormen Gleichaltriger. Die Zusammensetzung des Freundes- und Bekanntenkreises bestimmt in maßgeblicher Weise darüber, welchen Verlauf die Drogenkarriere nimmt. Die Arbeit ist über die spezifische Problematik des Drogengebrauchs hinaus zugleich ein Beitrag zur Soziologie abweichenden Verhaltens und damit auch zur Grundfrage der Soziologie, unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Konformität und Abweichung auftreten.

Reinhard Stockmann / Wolf Gaebe (Hrsg.)

Hilft Entwicklungshilfe langfristig?

Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten

1993. 223 S. Kart.
DM 36,–/öS 281,–/SFr 36,–
ISBN 3-531-12487-0

Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten und damit die Frage, ob die Hilfe langfristig wirklich hilft, ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema in der Entwicklungszusammenarbeit avanciert. Das Buch legt hierzu eine erste, umfassende Bilanz vor. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten sowie die Erfahrungen der wichtigsten deutschen und schweizerischen Geberorganisationen werden in kurzen Aufsätzen präsentiert. Alle Autoren bestätigen die große Bedeutung der Nachhaltigkeit als entwicklungspolitisches Erfolgskriterium. Die Herausgeber verbinden damit die Forderung nach einer systematischen Erfolgskontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe von Ex-post-Evaluationen, weil nur so festgestellt werden könne, ob die Förderung die Zielgruppen dauerhaft zu einer Hilfe zur Selbsthilfe befähigt.

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

informationszentrum dritte welt - Freiburg

Neuerscheinung
in der Schwarzen Reihe

... alles ändert sich die ganze Zeit

Soziale Bewegung(en) im „Nahen Osten"

Hrsg. Jörg Später

Der „Nahe Osten" wird zumeist auf den islamischen Radikalismus und den Palästina Konflikt reduziert, seine Gesellschaftsstruktur als statisch und mittelalterlich gebrandmarkt. Demgegenüber präsentiert das Buch aktuelle Analysen zur gesellschaftspolitischen Situation sowie zu politischen Kräften und Initiativen in Ägypten, Kurdistan, Palästina, Syrien, dem Irak, Iran und der Türkei.

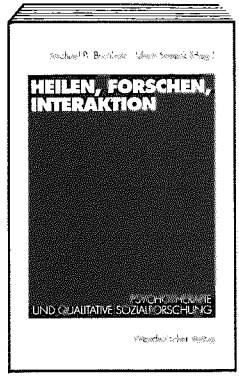
224 Seiten, 25,- DM
ISBN 3-92226314-3
Für den Buchhandel: Prolit, Fernwald
oder direkt beim :
iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.:0761-74003, Fax: 0761-709866

Michael B. Buchholz / Ulrich Streeck (Hrsg.)

Heilen, Forschen, Interaktion

Psychotherapie und
qualitative Sozialforschung

1994. 328 Seiten. Kartoniert
DM 59,–/öS 460,–/SFr 59,–
ISBN 3-531-12587-7



Die in diesem Band versammelten Arbeiten gehen von der These aus, daß Psychotherapie und Psychoanalyse sich im Medium von Interaktion abspielen und Handeln und Behandeln wechselseitig aufeinander bezogene Formen der Beeinflussung sind. Mit dieser interaktiven Auffassung der therapeutischen Situation wird sowohl an verschüttete Traditionen der Psychoanalyse angeknüpft, wie auch eine eigene Analyseebene markiert, die an entwickelte Forschungsmethoden und Begriffe von Interaktion in den Sozialwissenschaften anschließen kann. Die Beiträge verdeutlichen, daß 'therapeutische Interaktion' ein eigenes Untersuchungsfeld für Forschungsbemühungen ist, die qualitativer methodischer Verfahren bedürfen.

WESTDEUTSCHER
VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

Nr. 47/48 Geschlechterverhältnisse
Nr. 49 Migration
Nr. 50 Modernisierung ohne Alternative?

die neuen Hefte:

Nr. 51/52 Ökologie und Ökonomie
Nr. 53 Anstöße zur Methodendiskussion

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Summaries

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
10961 Berlin

Vierteljahreszeitschrift (112 S.)
Einzelheft DM 13,- / Doppelheft DM 25,-
Abo Einzelperson DM 45,-
Abo Institutionen DM 80,-
Überseeabo (Luftpost) DM 65,- (DM 100,-)

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

Carola Schmid

Glücksspiel

Über Vergnügen und „Sucht" von Spielern

1994. 242 Seiten.
Kartoniert DM 38,–/öS 297,–/SFr 38,–
ISBN 3-531-12643-1

Warum geraten manche Spieler in ernsthafte psychische und finanzielle Schwierigkeiten, während andere Glücksspiel als eine Freizeitbeschäftigung wie jede andere auch betreiben? Dieser Frage geht die Studie auf breiter empirischer Grundlage nach. Die Autorin hat Zocker in Automatenhallen, Spielbanken und illegalen Spielclubs aufgesucht, beobachtet und interviewt. Sie dokumentiert deren Auskünfte minutiös, da die Selbstdefinition der Spieler zuverlässigere Anhaltspunkte über Spielerprobleme enthalten als extern herangetragene und oftmals fragwürdige Suchtdefinitionen.